

GLOBALE HEGEMONIE



Angelika Beer/
Otfried Nassauer
Quo vadis, NATO? –
Quo vadis, Europa?

Peter W. Schultz
Russland: Europa
oder die USA?

Sebastian Vollmer
Wunderwaffe
Tobin Tax?

Jörg Deml
Wer kündigt den
Generationenvertrag?

Im Forum
DL21 schreiben:
Andrea Nahles, Thomas
Sauer, Barbara König,
Dietmar Köster u. a.

von Horst Peter

Es war eine Episode in einer der vielen Talk-Shows – ich weiß schon nicht mehr in welcher, aber ziemlich nah an der Bundestagswahl: Der Vertreter der SPD versuchte Forderungen des Wahlprogramms in einen größeren Zusammenhang zu stellen, ihnen einen weiterreichenden Sinn zu geben. Das sei theoretisches Gerede, die Zuhörer aber interessierten die Fakten, so der Moderator. Damit nahm die Runde den üblichen Verlauf des Durcheinander- und Aneinandervorbeiredens.

Ich erinnerte mich dieser Episode bei der Darstellung der rot-grünen Regierungsvereinbarung und der Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Bundestag. Die Regierungsvereinbarung „Erneuerung, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“ und auch die Regierungserklärung des Kanzlers – zumindest, wenn man sie liest – vermitteln durchaus den Stoff für die „Sprechagenda“. Damit meine ich die Darstellungsform, in der einzelne Vorhaben und Projekte ihren Zusammenhang, ihren Sinn finden. Sie steht allerdings – so zeigt die Episode – im Widerspruch zur Agenda der Talk-Shows: Bei ihnen geht es darum, außerhalb des Zusammenhangs im Minutentakt das Wesentliche zu den Fragen des Moderators zu äußern. Die Herausforderung lautet: gelingt es im vorgegebenen Rahmen den Zusammenhang zur „Sprechagenda“ herzustellen.

Kurzum: es muss gelingen, die gesellschaftliche Botschaft von Rot-Grün in knappster Form als Diskussionsherausforderung für jede Gelegenheit zu formulieren. Wie wäre es mit „Wir wollen mehr Zukunft wagen“ nach Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“?

Verabschieden wir uns vom Begriff „Sprechagenda“, indem wir uns bewusst machen, dass die Verkündung einer Leitidee der Erläuterung bedarf. Sprache ist das Bindemittel, das die Einzelforderungen erst zusammenbindet – in einer Welt, die von Wissenschaft, Medien und Politik in Einzelteile zerlegt ist. Die Schule bereitet auf diese Zerlegung vor. Die Welt wird in Schulfächer zerlegt. Das Training in Zerlegung wird in der Arbeitswelt fortgesetzt und endet im Alter, wo das Pflegeversicherungsgesetz den pflegebedürftigen Menschen in einzelne Einrichtungen zerlegt. Deshalb bedarf die Betrachtung der Welt in Zusammenhängen erheblicher geistiger und argumentativer Anstrengung. Die Aufgabe ist es, Zuhörer und vorher schon Journalisten zu komplexem Denken zu bringen.

So wundert es nicht, dass es der neuen rot-grünen Regierung bisher an öffentlichen Erklärungen und Begründungen mangelt, wohin die Koalition das mit ihren Subventionskürzungen, mit Sparmaßnahmen und staatlichen Einnahmeerhöhungen führen will. Dabei wird gerade von den Wählerinnen und Wählern die bewusst die Konstellation Rot-Grün gewählt haben, erwartet, dass die Regierung ein Leitbild vorstellt, für das es sich lohnt, genau diese finanziellen Entscheidungen zu treffen und gegen Lobbyisten auch durchzuhalten. Wird nicht deutlich, wofür es sich zu engagieren lohnt, werden die geistigen Unterstützer eines Zukunftsdiskurses zurückgewiesen und ein Projekt des „Wir wollen mehr Zukunft wagen“ gerät geistig in die Defensive.

Wer zeigt ihnen, dass Arbeit und Umwelt zusammengehören, dass Steuersystem und Sozialsysteme die Lebensgrundlagen der heutigen und künftigen Generationen im Blick haben müssen, dass wir mit heutigen Umweltbelastungen die Lebensmöglichkeiten der Menschen global und in der Zukunft determinieren, dass Arbeitsweise und

Lebensweise die Gesundheit des Menschen fördern oder gefährden können?

„Nur mit einem eindeutigen Koordinatensystem und klaren Wertentscheidungen wird die Generation Schröder/Fischer es vermeiden, in Klein-Klein zermürbt zu werden.“ formuliert Richard Meng in der FR vom 23.10.2002.

Kurzum: Es geht darum, die Erneuerung der Gesellschaft insgesamt an den Reformprinzipien Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu orientieren. Auch das Denken in Zusammenhängen brachte Willy Brandt auf den Punkt: „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.“

Apropos Reformen: der Reformbegriff hat seit Willy Brandt mehrere Wandlungen durchlaufen: 1969 traten die Jusos in München mit der Forderung nach „Systemverändernden Reformen“ an. Willy Brandt zielte auf die Aufhebung des konservativen Staus zur Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme mittels tiefgreifender sozialer, an Gerechtigkeit orientierter Reformen. Mit der wirtschaftlich krisenhaften Entwicklung gegen Ende der 70er Jahre mussten Sozialdemokraten lernen, dass Reform genannt wurde, was dazu diente, das Erreichte zu bewahren und bezahlbar zu sein. Die konservative Wende zu Kohl war verbunden mit dem Anspruch der „geistig-moralischen Erneuerung“ und der Forderung, dass sich Leistung wieder lohnen müsse. Damit war der Weg bereitet zum heute vor allem in den Medien und den Wirtschaftswissenschaften herrschenden neoliberalen Reformbegriff: Reform ist was zur Entfaltung des Marktes und des egoistischen Nutzen maximierenden Wirtschaftsbürgers beiträgt und staatliche Regulierungen zurückdrängt: Stand bei Willy Brandt der Mensch als soziales Wesen im Mittelpunkt der Reformen, so steht bei den Neoliberalen aller Schattierungen der globale Markt im Mittelpunkt der Reformen.

Der Rot-Grüne Reformbegriff zielt auf die ökologische und soziale Entwicklung der Weltgesellschaft ab. Dazu muss das kapitalistische Verwertungsprinzip zugunsten der Reproduktion von Mensch und Natur zurückgedrängt werden. In diesem Sinne sind Energiepolitik, Nahrungsmittelproduktion, Verkehrspolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und ökologisches Wirtschaften Felder, in denen der neoliberale und der rot-grüne Reformbegriff im Wettstreit liegen.

Kurzum: Wir müssen wieder eine eigene große Reformgeschichte erzählen. Dazu braucht es Zeit und Gelegenheit. Die Regierung hatte in der Debatte um die Regierungserklärung des Kanzlers durchaus Zeit und Gelegenheit, ihr Modell gesellschaftlicher Erneuerung in den Mittelpunkt zu stellen. Aber wo waren die Debattenredner, die Angela Merkels Polemik konterten?

Es war eine Debatte der vertanen Chancen. Nur die Minister Hans Eichel, Renate Künast und Edelgard Bulmahn sowie – im globalen Zusammenhang – Heidemarie Wiecek-Zeul und Joschka Fischer stellten ihre Beiträge in ein rot-grünes Koordinatensystem. Wohl deshalb fanden sie in der Medienberichterstattung und Bewertung der Debatte in der Öffentlichkeit keine nennenswerte Berücksichtigung. Ein Beleg, dass die Agenda der Debatte von den Medien vorgegeben wurde und die Regierung sich der Vorgabe anpasste. Noch ist es Zeit für Rot-Grün, der Öffentlichkeit ihre eigene Geschichte zu erzählen.

Kurzum: Da das Prinzip lebenslangen Lernens auch für Parlamente und Regierungen gilt, ist es in der Tat auch noch nicht zu spät.

p.s.: Das kurzum in spw 127 schrieb nicht, wie dort angegeben, Horst Peter, sondern Thomas Westphal. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Kraitke (Amstertarn)
 Ulwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weller)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rospel (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apenert)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Uta Biermann
 Björn Böhning
 Stefanie Gerszewski
 Oliver Kaczmarek
 Anja Krake
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauf
 Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nölte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Dezember 2002

Kurzum 2

FORUM DL21

Andrea Nahles
 Was tun? 4

Detlev von Larcher
 Auf dem Weg zur Deflation? 6

Eurospot 6

Thomas Sauer
 Reform des Arbeitsmarktes 7

Barbara König/Dietmar Köster
 Von Clement zu Steinbrück 9

Dörthe Liebethuth
 Perspektiven schaffen!
 Bericht vom Zukunftskongress der Jusos Niedersachsen 11

Joachim Pieczkowski
 Sozialdemokrat aus Überzeugung
 Zum 10. Todestag von Jürgen Egert 12

Hans-Joachim Olczyk
 Halbmond vor der Waterkant... 13

Globale Hegemonie?

Thorben Albrecht, Frank Schauf
 Globale Hegemoniestrukturen
 Einleitung zum Heftschwerpunkt 14

Angelika Beer/Otfried Nassauer
 Quo Vadis, NATO? – Quo Vadis, Europa? 15

Lars Klingbeil u. Mario Patuzzi
 First they take Manhattan, than we take the world 20

Peter W. Schulze
 Europa oder die USA:
 eine wirkliche Option der russischen Außen- und Sicherheitspolitik? 22

Peter Wahl
 Seattle, Genua ... und jetzt Florenz 25

Kai Burmeister
 Ein globales Insolvenzverfahren für Staaten 27

Sebastian Vollmer
 Für die Einführung einer Tobin-Steuer in Europa 29

Horst Peter
 Die Schatten der Globalisierung
 Rez. zu Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung 35

Internationale Politik

Hans-Georg Wieck
 Belarus – unter der Knute eines neosowjetischen Herrschers 38

Georg Brockmeyer
 Glückliches Österreich 41

Theorie & Strategie

Gerry Woop
 Worst case für die PDS 44

Jörg Deml
 Wer kündigt da den „Generationenvertrag“? 47

Wolfgang Wodarg
 Vorwärts – und nicht vergessen ...!
 Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung 52

Rez.: Arbeitspsychologie (Marcus Schwarzbach) 55

Rez.: Mythos Leistungseliten (Ingo Zander) 56

Rez.: Korruption für Fortgeschrittene (Michael Klundt) 57

Rez.: Die Narrative der Gewalt (Lennart Laberenz) 58

Rez.: Im Visier - Die DDR (Christoph Vietzke) 58

Was tun?

Rot-Grün und die Herausforderung für die sozialdemokratische Linke

Von Andrea Nahles

Die rot-grüne Bundesregierung steht seit Wochen im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Vor dem Hintergrund der schlechten Prognosen für Konjunktur, Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen setzt sie sich selber unter einen enormen Handlungs- und Erfolgsdruck. Die öffentliche Debatte operiert mit Vorwürfen und Schlagwörtern. Eine kampagnenartige Stimmungsmache peitscht die kochende Volkseele hoch. Der Strudel, in den die Bundesregierung torkelt – „halb zog er sie, halb sank sie hin“, – ist aber auch hausgemacht. Was will die rot-grüne Bundesregierung? Sparen oder aus der Konjunkturfalle herauskommen? Vor wichtigen Landtagswahlen öffentlich Streichlisten diskutieren? Aktionismus pur oder einen Befreiungsschlag in die richtige Richtung?

Klar ist: Eine offensive beschäftigungsfördernde Finanz- und Wirtschaftspolitik ist dringend notwendig. Die aktive Schaffung von Arbeitsplätzen muss solange Vorrang vor der Haushaltskonsolidierung haben, wie das Wachstum unterhalb der Beschäftigungsschwelle liegt. Konkret heißt das: es darf keinen restriktiven Haushalt geben, mindestens das. Aber vernünftige Politikansätze in diese Richtung kommen aus dem Nischendasein nicht hinaus.

I. Orgie der Kritik

Die Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Kritik an der rot-Grünen Bundesregierung: Vorwurf Nr. 1 „Wahlbetrug“

Laut Emnid werfen derzeit 68 % der Wahlberechtigten der Koalition falsche Wahlversprechen im Wahlkampf vor. Damit einher geht der Vorwurf, die Koalition habe die Wahrheit über das Ausmaß der Wirtschaftskrise bewusst verschwiegen. Pauschal wird ebenfalls eine unberechtigte und ungerechte Steuer- und Abgabenerhöhung konstatiert. Dass der lächerliche Vorschlag eines Untersuchungsausschusses nun wohl tatsächlich von der CDU in den Bundstag eingebracht wird, zeigt die kampagnenartige Stimmungsmache. Weder die Opposition noch die Medienkommentatoren liefern jedoch Alternativen zu den Regierungsvorschlägen – sparen, Sozialleistungen kürzen, sonst finden sich keine weiterführenden Hinweise.

Vorwurf Nr. 2 „Kanzler der Gewerkschaften“ Insbesondere Gerhard Schröder – so leitarti-

kelt es – habe sich vom selbst gesteckten Kurs der „Neuen Mitte“ verabschiedet. Im Duktus der Vorhaltung und Negativkritik werden als Beweis angeführt, dass der SPD-Parteivorsitzende den Schulterchluss mit den Gewerkschaften suche, nachdem die Wirtschaftsverbände im Wahlkampf offen Partei für den konservativen Kandidaten Stoiber ergriffen hatten. In dieser Lesart avancieren die Gewerkschaften zum „heimlichen Koalitionspartner“ und zur „Nebenregierung“ (SPIEGEL). Die Grünen werden als erfolglose, aber ehrlich um „Modernisierung“ bemühte Antipoden geschont.

Vorwurf Nr. 3 „Regierung ohne Mut“: Im Focus der Kritik steht der vermeintlich mangelnde Mut zur Reformpolitik. Reformbedarf wird dabei sehr eingeschränkt ermittelt, fast ausschließlich im sozialstaatlichen Bereich – vor allem das Renten- und Gesundheitssystem und der Arbeitsmarkt müssten „radikal“ (wahlweise „grundlegend“) umgebaut werden. Gebetsmühlenartig wird vom „eingegipsten Arbeitsmarkt“ (wahlweise „verknöcherten“, „überreglementierten“) gesprochen, der einer „Auflockerung“ (wahlweise „Deregulierung“, „Entbürokratisierung“) bedürfe. Wohlgermerkt: Diese Kommentare stammen von Ende November 2002. Dass diese Vorwürfe an der Realität vorbei gehen, sei nur an zwei Beispielen belegt:

Beispiel Nr. 1: Die hart umkämpfte und systemverändernde Rentenreform aus dem Jahre 2000 wird entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder einfach als gescheitert hingestellt. Die Diskussion um eine „Zwangsrente“ oder die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten in die Sozialversicherungssystem wird sofort skandalisiert. Im günstigsten Fall fällt das Stichwort „Schweizer Modell“. Problematisch ist insbesondere, dass sich ausgerechnet der Finanzminister mit Rentenreformvorschlägen zu Wort meldet.

Beispiel Nr. 2: Die Hartz-Vorschläge und das verabschiedete erste Gesetzespaket dazu werden bereits als „erledigt“ hingestellt. Oder sie werden als von den Gewerkschaften „verwässert“ entwertet. Dass die Umsetzung in der BA und der Zeitarbeitsbranche usw. gerade mal ernsthaft *begonnen* hat, wird ausgeblendet. Die „grundlegende“ Reform des Arbeitsmarktes findet statt, Medien und Opposition fordern gleichzeitig eine „grundlegende Re-

form“ – gesagt wird von ihnen aber nicht, was das über Hartz hinaus heißen soll. doch ihre Forderungen sind im Ton der Kritik angelegt: Mehr Leistungskürzung, mehr Niedriglohn, mehr untertarifliche Zeitarbeit.

II. Was ist eigentlich los?

Wer nach Gründen für diese aufgeheizte Stimmung sucht, stößt gleich auf mehrere Quellen. Die erste ist in dem gesamten Medienbetrieb zu finden. Die Mehrzahl der Medien hatte sich zwischen Januar und April 2002 zu einem Wahlverlust der rot-grünen Regierung „entschlossen“. Die konservativen Blätter (Welt, Focus, BILD) ganz bewusst, um Stoiber zu puschen. Die anderen aus einer Mischung aus Resignation („sie schaffen es einfach nicht“) und Enttäuschung („sie können es einfach nicht“). Die Stimmung war eindeutig: „Das wird nix mehr.“ Der erste Teil ist konsequent bei der Pro-Stoiber-Linie geblieben. Der zweite Teil hat in der Schlußphase – teils überrascht und mitgerissen durch die Schröder-One-Man-Show, teils in kultureller Ablehnung der Alternative – wohlwollend bis aktiv unterstützend agiert. Eine „Sammlung“ hinter einem kohärenten politischen Projekt war das zu keiner Zeit – und schließlich wurde ein solches von der Regierung auch kaum erkennbar angeboten.

So kommt es, dass die Bundesregierung heute sogar Erwartungen enttäuschen kann, denen sie nie Nahrung gegeben hat. Denn rot-grün war offensichtlich von der eigenen Wiederwahl zu überrascht, so dass kaum eigene Eckpunkte für die kommenden vier Jahre worden formuliert waren.

Darüber hinaus ist es simpel: Die Pro-Stoiber-Medien holen dieser Tage den verpassten Wahlsieg nach. Das macht insbesondere deshalb Sinn, weil es längst nicht mehr nur um das Nachkarten geht, sondern – ähnlich 1999 – um die nun möglich scheinenden Wahlsiege in Hessen und Niedersachsen am 2.2.2003 und damit den Gewinn der Bundesratsmehrheit. Der beleidigte Unterton in vielen Medien wundert denn doch. Die Feststellung einer mehr oder minder deutlichen Abkehr vom „Neue Mitte“-Projekt wurde seit 1999 immer wieder in den Kommentaren diskutiert. Der Strategiewechsel und die klare Schwerpunktverlagerung der Wahlkampagne Schröder spielte dann während des Wahlkampfes eine größere Rolle in allen Medien. Allerdings wurde unterstellt, Schröder meine das inhaltliche und persönliche Zugehen auf die eigene Partei und andere Verbündete bloß „wahlaktisch“. Nach der Wahl werde er daran nicht festhalten. Diese Gruppe hat sich mit dem Schlagwort „Neue Mitte“ – so vage definiert das immer war – identifiziert. Weniger im Sinne eines politischen Projektes als vielmehr im Sinne einer soziokulturellen Zuordnung.

Das Nichteintreffen von eigenen Prognosen und Voraussagen spielt dabei bislang eine zu geringe Rolle, verbunden mit einer kollektive Unfähigkeit zur Selbstkorrektur! Dazu zwei Beispiele:

1. „Die New-Economy braucht keine Betriebsräte“ wurde in wahrer Goldrausch-Mentalität 1999/2000 zum Credo erhoben. Dass die New Economy längst ihre Betriebsräte hat, sofern die Betriebe noch bestehen, der Nemax gar nicht mehr existiert, wird in der deutschen Medienlandschaft zwar gemeldet, aber nicht verarbeitet.

2. Ob eine restriktive Haushaltspolitik in der derzeitigen Konjunkturlage noch funktionieren kann, ob die EZB mit hohen Leitzinsen beschäftigungsfördernde Impulse erstickt, ob das dogmatische Festhalten an den Stabilitätskriterien Europa in ein ungesundes Korsett zwingt – das alles bleibt in der Nische, es bleibt Minderheitenmeinung.

Unabhängig davon gibt es zudem eine Reihe von internen Problemen und Betroffenheiten im Medienapparat, die sich derzeit auf die veröffentlichte Meinung auswirken. Die Zeitungsverlage (mit Einschränkungen auch die Fernsehanstalten) stehen unter enormen Druck. Wegbrechende Anzeigeneinnahmen bedrohen derzeit u.a. „FR“, „Süddeutsche“ und „Welt“ in existentieller Weise. Die Eigenprofilierung (eigene Story, eigener O-Ton, eigener Skandal oder neuer Dreh im aktuellen Skandal) erzeugen Eigendynamiken. Zum ersten Mal seit Jahren werden Journalisten im größeren Umfang entlassen. Ob im Kirch-Konzern oder bei der FR, die Erfahrung von Arbeitslosigkeit ist nicht länger nur Gegenstand der Beobachtung. Sie betrifft nicht länger nur den zuarbeitenden Apparat, sondern auch bekannte (wirtschafts-)politische Redakteure. Eine weitere Verschärfung des internen Wettbewerbs ist die Folge. Beide Phänomene verstärken den Effekt einer Selbstbezogenheit der einzelnen Zeitung auf ihre jeweiligen Verlagsinteressen und eine Selbstbezogenheit des Mediensektors insgesamt – „was machen die anderen“ – steht zunehmend vor der substantiellen Relevanz des Sachverhaltes/Ereignisses selbst. Wesentliches Problem aus dieser Situationsbeschreibung ist, dass die Medien immer weniger die Prozeßhaftigkeit von Politik nachvollziehen bzw. nachvollziehbar machen (s. o. meine Ausführungen zum Hartz-Konzept).

Es könnte noch so viel ‚Kampagne‘ gegen die derzeitige Regierung gemacht werden, wenn es nicht auf fruchtbaren Boden fiel, müssten die Medien aus Eigeninteresse ihre Berichterstattung korrigieren. Wer sich umhört oder die Leserbriefspalten (auch von Regionalzeitungen) in den letzten Wochen gelesen hat, stellt fest: Die Leute sind tatsächlich sauer. Deutschland ist im Jammerthal. Dass die konjunkturelle Situation schlecht ist, wussten die Leute vor der Wahl, dass Hans Eichel ein zweistelliges Milliardenloch im Haushalt hat, ein Defizit von 3,8% am Bruttosozialprodukt, wussten sie nicht. Dass Insider so was geahnt haben, spielt hier keine Rolle. Hans Eichel ist populär geworden, weil er ein so konsequenter

Sparer ist. Dieses Image – und vor allem der Glaube an die Wirksamkeit einer restriktiven, ausgabenbegrenzenden Haushaltspolitik, hat er bis zum Schluss hochgehalten – obwohl seit 2001 die Wegzeichen längst in eine andere Richtung gezeigt haben. Darin liegt das Gefühl des Betrugtes begründet.

Gerhard Schröder hat nicht die Kraft gebracht, diesen absehbar falschen Weg nach vorne zu öffnen und zu kommunizieren. So war man in der Wahlkampagne dazu verurteilt, wesentliche Fakten zu verschweigen. Eine Streichlisten aus dem Bundesfinanzministerium machte bereits während des Wahlkampfes von sich reden, wurde ganz schnell unter den Teppich gekehrt, um sie jetzt in leicht veränderter Fassung über Wochen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Bundesregierung hat selber mit ihrem öffentlichen Geschacher um Hundefutter-Mehrwertsteuer und Eigenheimzulage den Eindruck vermittelt, dass es den Leuten jetzt breit an den Kragen geht, obwohl eine genaue sachliche Prüfung dem nicht standhält.

Der Eindruck der Abzockerei setzte sich durch. In der letzten Woche werden Botschaften (jüngste Pressekonferenz Schröder/Eichel) klarer. Neuverschuldung wird in Kauf genommen und damit die konjunkturelle Situation zumindest stabilisiert. Die Mindeststeuer bei Spekulationsgewinnen, Kontrollenmeldungen, Verlustvortrag. Das ist richtig. „Erneuerung und Gerechtigkeit“ wird als Leitmotiv nachgeschoben. Für eine offensive Gesamtkommunikation hat es noch nicht gereicht. Eine Abstimmung mit den Ländern ist nicht zielführend erfolgt. Die Sparfixierung längst nicht aufgebrochen. Investitionsprogramme immer noch verpönt. Jeder einzelne der genannten Punkte im Bundesrat strittig und das nicht nur mit den B-Ländern.

Die Konsequenz für Schröder, Müntefering & Co daraus heißt: Die Bundesregierung muß sich inhaltlich und strukturell neu aufstellen. Die Steinmeier'sche Konsens-Republik kann nicht fortgeführt werden, ohne eine verschärfte Debatte um die Führungsschwäche der derzeit Regierenden zu provozieren.

III. Die Linke muss die Gelegenheiten beim Schopfe packen!

Das ist seit 1998 die erste reale Chance zu einer Repolitisierung der SPD. Eine deutliche Einschränkung der Konsensrunden im „Off“ ist nötig. Es gilt, den Dialog, d.h. auch Kontroversen und Erörterungen in die dafür vorgesehenen Strukturen zurückzuholen. Das Parlament, die SPD und die SPD-Fraktion müssen wieder Politik machen. Das ist neben einer mittelfristig angelegten Fortführung der Grundsatzprogrammdiskussion wichtig, um überhaupt eine klare Zieldefinition und einen strategischen „Metaplan“ für die nächsten 24 Monate rot-grüner Regierung auszuhandeln.

Die sozialdemokratische Linke kann dann aus der Defensive herauskommen, wenn sie diese überall spürbare Notwendigkeit der inhaltlichen Verständigung als Chance versteht, sich öffentlich hörbar einzumischen. Es müssen Dissense dort öffentlich gemacht werden, wo eigene Alternativen formuliert werden können. Wir haben keinerlei Veranlassung, uns den Schuh als Reformbremse anzuziehen, den Spiegel, FAZ & Co. uns hinstellen.

So ist der sozialpolitische Konsens in Deutschland zunehmend gefährdet, in bestimmten soziokulturellen Milieus bröckelt es unübersehbar. Dazu zählen viele junge Abgeordnete und Journalisten. Alternative Politikmodelle, insbesondere makroökonomische Zusammenhänge, werden als karrierehemmend und traditionalistisch gemieden. Eine einfache „Auflösung“ ist hier nicht möglich. Gegenhalten und die Auseinandersetzung suchen, eigene Politikentwicklung z.B. das Konzept der Arbeitsversicherung ausbauen und promoten – das ist jetzt die Aufgabe der Linken.

Unsere Beiträge zum Umbau der Sozialversicherungssysteme, deren Anpassung an die neuen Lebensrealitäten des veränderten Kapitalismus, sind auf der Höhe der Zeit. Aktuell werden wir deshalb z.B. eine Artikelsammlung aus dem thematischen Feld der „Rürup-Kommission“ als gemeinsame Broschüre von DL21 und spw kurzfristig auflegen (vgl. die Ankündigung im spw intern dieser Ausgabe).

Der weitverbreitete Rückzug der letzten Jahre darf aber so nicht weitergehen. Das Forum DL 21 ist ohne Frischzellenkur, zusätzliche Aktive in den Regionen und auf der Berliner Ebene nicht zukunftsfähig. Beispiele für dringenden Handlungsbedarf gibt es – wie oben angedeutet – genug.

Oft habe ich jedoch den Eindruck, dass viele linke Genossinnen und Genossen darauf warten, dass „irgend etwas passieren“ muss, bevor sie sich im Forum DL21 engagieren. Aber mir ist nicht klar, was ist das, worauf sie warten? Dass irgendjemand die zerfallenen linken Strukturen in ihrer Regionen wieder herstellt? Wer soll die Initiative ergreifen, wenn nicht diejenigen, die mit der Diskussionskultur in der Partei, mit der Politikentwicklung unzufrieden sind? Linke Strukturen vor Ort sind nicht „von oben“ wieder zu reorganisieren. Was das Forum DL21 aber tun kann ist, diejenigen zu vernetzen, die solche Strukturen wieder aufbauen wollen. Wann sollte ein geeigneterer Zeitpunkt sein als jetzt?

Alleine auf unsere Kräfte können und müssen wir dabei nicht setzen. Sammeln und neu aufstellen, was in der eigenen Partei, im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Raum an Verzahnung möglich ist, sollte für uns Schwerpunkt der nächsten Monate sein. Alles nicht neu, aber wann fangen wir an das ernst genug zu nehmen?

Auf dem Weg zur Deflation?

Von Detlev von Larcher

Konsolidieren kann man nur im Aufschwung. In eine wirtschaftliche Krise hineinsparen, heißt die Krise vergrößern. So sprach Hans Eichel sinngemäß bei einem seiner ersten Auftritte als Bundesfinanzminister in der SPD-Fraktion. So warb er um Zustimmung für sein Haushaltskonsolidierungskonzept. Das ist ein richtiger Satz. Damals konnte man unterschiedlicher Auffassung sein, ob das Wirtschaftswachstum hoch genug werden würde, um die Neuverschuldung abzubauen. Dass die immensen Zinszahlungen, die aus der hohen Staatsverschuldung erwachsen, zur Haushaltssanierung im Aufschwung zwingen, ist unbestritten.

Doch jetzt, wo das Wachstum ausbleibt, ist der zweite Teil des Eichelschen Satzes von damals ebenso richtig. Er war es auch schon im Jahr 2000. Dennoch blieb die Rückführung der Neuverschuldung oberste Leitlinie rot-grüner Regierungspolitik. So hat diese zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beigetragen.

Wir sparen uns zu Tode

Öffentliches Sparen in der jetzigen wirtschaftlichen Situation verschärft die Krise, weil zu dem Ausfall privater Investitionen ungenügende öffentliche Investitionen dazu kommen. Das führt zu einem katastrophalen Ausfall von Nachfrage. Der dadurch verursachte Arbeitsplatzabbau vergrößert die Arbeitslo-

sigkeit und reißt immer neue Haushaltslöcher. Der Ruf nach Lohnsenkung und nach Senkung der Transfereinkommen ist wirtschaftspolitisch töricht. Ihm zu folgen, würde die Nachfrage noch mehr senken. Es würde eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Wenn dann wegen mangelnder Nachfrage und Überangebot an Waren die Verbraucherpreise insgesamt in den Keller gehen sollten, hätten wir eine Deflation, die im Selbstlauf nur in der Vernichtung der Werte enden würde.

Ich halte eine Deflation nicht für unmöglich, wenn der gegenwärtige Sparkurs Hans Eichels beibehalten wird. Hans Eichels Kurs wird Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit vergrößern und die rot-grüne Koalition aus der Regierung bringen

Die Erkenntnis, dass in der Wirtschaftspolitik umgesteuert werden muss, schimmert in der Koalitionsvereinbarung durch. Und auch Kanzler Schröder weist auf die „automatischen Stabilisatoren“ (steigende Sozialausgaben bei zurückgehenden Steuereinnahmen) hin, aber es fehlt an Mut gegen die fast geschlossene Phalanx der „Sachverständigen“, die als Interessenvertreter die neoliberale Ideologie verkünden und der Interessenverbände der Wirtschaft auf expansiven Wirtschaftskurs zu gehen. So kommt das Herumdoktern heraus, das der saarländische SPD-Vorsitzende Heiko Maas jüngst mit Recht kritisiert.

Gut gemeint, statt gut gemacht

Die einzige lange Linie der rot-grünen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist und bleibt die Haushaltskonsolidierung, wie sie Hans Eichel und der Maastrichter Vertrag sie verstehen – und sie führt zum Gegenteil der guten Absicht.

Die Maastricht-Kriterien müssen fallen. Prodi hat Recht, sie sind dumm. Wo die private Nachfrage ausfällt, muss verstärkt öffentliche Nachfrage hergestellt werden, so wie die Dinge stehen neben der Beteiligung der Reichen an den Ausgaben auch durch Neuverschuldung. Die Kommunen müssen Geld in die Hand bekommen, um nachfragewirksame Investitionen tätigen zu können. Das würde besonders im Mittelstand neue Arbeitsplätze schaffen. Allerdings müsste geklotzt und nicht gekleckert werden.

Und die Europäische Zentralbank muss schleunigst die Leitzinsen senken, damit Kredite für die Privatwirtschaft und damit Reinvestitionen billiger werden. Auch für die Nachfrage der Verbraucher wäre eine Zinsenkung gut.

Vorbild USA: Wasser predigen, Wein trinken

Die eifrigsten Verkünder der neoliberalen Heilslehre haben das begriffen. Die USA predigen weiter, aber sie handeln ganz anders. Die Fed hat ein um das andere mal die Zinsen gesenkt und Bush fährt ein großes Ausgabenprogramm, darin leider auch enthalten ein großes Rüstungsprogramm. Aber hierzulande verschließen die Mehrzahl der Politiker wie der Wirtschaftswissenschaftler die Augen vor den Auswirkungen der gepriesenen „Sparpolitik“ Oder sie verschreiben noch mehr von der schädlichen Medizin. Da kann einem schon angst und bange werden.

Forum DL21

Eurospot

Die französischen Genossinnen und Genossen haben sich nach der katastrophalen Wahlniederlage neu sortiert. Ein großer Teil der Gauche Socialiste gründeten mit der courante von Henri Emanuelli die Strömung „Nouveau Monde“. Aktivisten unseres europäischen Vereins SRE blieben bei den Gauche Socialiste oder folgten der Neugründung, andere ordnen sich weder der einen noch der anderen Richtung zu. Die Auseinandersetzungen in der französischen Linken der PS gehen weniger auf ideologische Unterschiede als viel mehr auf strategische Überlegungen im Hinblick auf den Parteitag der PS im Mai 2003 zurück.

Es gab bei einigen unserer französischen Freunde den Gedanken, der Neugründung der Nouveau Monde ebenfalls die Gründung eines neuen Vereins auf europäischer Ebene folgen zu lassen. Diese Gefahr scheint nun gebannt zu sein. Denn in verschiedenen Gesprächen gewann die Einsicht die Oberhand, dass sich in der SRE Sozialisten und Sozialdemokraten zusammenfinden, weil sie sich in Bezug auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Europas und der internationalen Politik gemeinsame Positionen erarbeitet haben.

Von daher wäre es politisch unsinnig, auf europäischer Ebene auseinander zu gehen. Alle, die bisher mitgearbeitet haben, sollen weiter mitarbeiten. Und natürlich gehört die Nouveau Monde als ganzes dazu.

Gleichzeitig müssen wir unseren Verein auf der Basis des bisher erarbeiteten aufbauen, viele Mitglieder werben und zu einem politischen Einflussfaktor machen in Bezug auf unsere nationalen Parteien und mehr noch in Bezug auf die SPE. Es ist selbstverständlich, dass die Weiterentwicklung auch immer bedeutet, darüber nachzudenken und zu diskutieren, wie wir unsere Strukturen verändern müssen, um die optimale politische Wirksamkeit zu erreichen.

Es zeichnet sich ab, dass die nächste Vorstandssitzung der SRE am 8. Januar 2003 in Brüssel stattfindet. Am 9. Januar soll dann ein Workshop im großen Rahmen der SRE ebenfalls in Brüssel stattfinden, in dem über die Zukunft der Linken in Europa gesprochen werden soll. Weitere Themen werden der nächste Kongress der SPE und die Arbeit des europäischen Verfassungskonvents sein.

Die SRE wird sich auf dem 3. Weltsozialforum vom 23 bis 28. Januar 2003 in Porto Alegre präsentieren und sich aktiv beteiligen, wie sie es schon ein Jahr zuvor getan hat.

(Detlev von Larcher)

Reform des Arbeitsmarktes

Die Gesetze zu modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Von Thomas Sauer

Die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, die schon im kommenden Jahr die Arbeitsmarktpolitik fundamental verändern werden, setzen wesentliche Teile der Vorschläge der Hartz-Kommission um. Bis Mitte 2003 wird ein weiteres Gesetz zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit den Bundestag beschäftigen und in der zweiten Jahreshälfte soll schließlich die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit einem weiteren Gesetzesvorhaben vollendet werden. Dies wird auf der Grundlage von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzen passieren.

Wer die Dynamik am Arbeitsmarkt kennt, wird die Bedeutung einer effizienten und schnellen Vermittlung zwischen Nachfrage und Angebot nicht unterschätzen. Der Blick auf die monatlich bekanntgegebenen Bestandszahlen lenkt ab von den ungeheuerlichen Zu- und Abgängen in der Arbeitslosenstatistik. Es ist deshalb abwegig, wenn eine Generalkritik an den jetzigen Reformen darauf abzielt, es käme in erster Linie auf die Generierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen durch die allgemeine Wirtschaftspolitik an. Natürlich ersetzt eine moderne Arbeitsmarktpolitik keine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik. Eine an vermehrter Beschäftigung orientierte Arbeitsmarktpolitik kann aber durchaus dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Allein eine beschleunigte Vermittlung senkt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl. Es ist aber auch notwendig die Wachstumsschwelle, ab der in Deutschland neue Arbeitsplätze entstehen und die gegenwärtig bei 1,2 bis 2 Prozent liegt, zu drücken. Wachstum würde dann schneller und nachhaltiger zu einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit beitragen.

Die wesentlichen Zielsetzungen der Reformgesetze bestehen in einer effektiveren und schnelleren Vermittlung durch das Arbeitsamt, der besseren Nutzung der Zeit- und Leiharbeit für die Vermittlung Arbeitsloser in den ersten Arbeits-

markt und in der Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger sollen alle Leistungen aus der Arbeitsverwaltung erhalten.

Kundenorientiertes Arbeitsamt: Job-Center

Die Arbeitsämter können durch eine umfassende Modernisierung zu einem effizienten Dienstleister für Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt werden. Dafür schaffen die Reformen die geeigneten organisatorischen Voraussetzungen. Die inhaltliche Ausrichtung soll dabei verstärkt auf die Vermittlungs- und Beratungstätigkeit gelegt werden. Dies sollen die zukünftigen Jobcenter leisten. Durch moderne IT-Ausstattung und Entbürokratisierungen werden die Freiräume für die Stärkung der Vermittlungstätigkeit geschaffen. Erhebliche Verwaltungsvereinfachungen werden durch pauschalierte Leistungen und den Wegfall der Dynamisierung der Arbeitslosenhilfe erreicht werden. Durch die Einführung eines individuellen und erfolgsorientierten Entgelt- und Beförderungssystems werden Leistungsanreize für die Vermittler geschaffen. Die Jobcenter sollen die regionalen Arbeitsmärkte, die Struktur von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und die Veränderungen der Qualifikationsanforderungen nicht nur genau kennen, sondern auch die abschätzbaren zukünftigen Entwicklungen antizipieren, um frühzeitig geeignete Strategien zu entwickeln, Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot zeitnah in Deckung zu bringen (regionales Arbeitsmarktmonitoring). Ziel ist es mithin, die Jobcenter zu einem Instrument der Personalplanung für kleine und mittlerer Unternehmen zu machen. Dies erfordert auch die nahe Zusammenarbeit der Jobcenter auch mit der Wissenschaft und dem regionalen Sachverstand.

Es ist die anspruchsvolle Aufgabe der neuen Führung der Bundesanstalt, die Umstrukturierung der Bundesbehörde zu einem modernen Dienstleister rasch zu vollziehen.



Thomas Sauer

Durch die Meldepflicht des Arbeitnehmers bereits zum Zeitpunkt der Kündigung können die Vermittlungsbemühungen zukünftig einsetzen bevor die Arbeitslosigkeit beginnt. Um diesen frühzeitigen Vermittlungsprozess sicherzustellen, wird die Meldepflicht durch eine zeitlich gestaffelte und begrenzte Minderung des Arbeitslosengeldes sanktioniert, sofern der Arbeitnehmer sich verspätet beim Arbeitsamt meldet. Die Arbeitgeber sind ihrerseits verpflichtet im begrenzten Umfang Freistellungen mit Entgeltzahlungen zu gewähren, damit der Arbeitnehmer nach Erhalt der Kündigung Aktivitäten zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung entfalten kann. Leider wurde eine Meldepflicht der Arbeitgeber über offene Stellen nicht in das Gesetz aufgenommen.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist regional äußerst unterschiedlich. Neben Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit gibt es Arbeitsmärkte mit Fachkräftemangel. Deshalb wird eine größere Mobilität von ungebundenen ArbeitnehmerInnen erwartet.

Die Bundesregierung erwartet, dass durch diese Maßnahmen kurzfristig 5 Prozent der Eintritte in die Arbeitslosigkeit vermieden werden können und sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (und damit auch des Leistungsbezugs) zeitnah von gegenwärtig 36 Wochen auf 28 Wochen reduziert werden kann. In der mittelfristigen Perspektive sollen noch weitergehende Reduzierungen erschlossen werden.

Thomas Sauer, MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Dipl. Volkswirt, spw-Mit-herausgeber, er lebt in Mölln.

Personal-Service-Agenturen

Die öffentliche Debatte wurde weitgehend von dem Thema der Neuorganisation der Arbeitnehmerüberlassung beherrscht. Die Arbeitsämter sollen in jedem Arbeitsamtsbezirk zukünftig Personal-Service-Agenturen (PSA) einrichten, die auf vertraglicher Basis die ihnen zugewiesenen Arbeitslose vorrangig in den ersten Arbeitsmarkt verleihen sollen. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit rechnet damit, dass kurzfristig 50.000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt den PSA zugewiesen werden können. Die ArbeitnehmerInnen werden Angestellte der PSA und sollen in den Zeiten des Nichtverleihs qualifiziert und weitergebildet werden.

Im Mittelpunkt der Kritik der Arbeitgeber aber auch von Union und FDP stand die grundsätzliche Kritik an tarifvertraglichen Regelungen im Zeit- und Leiharbeitsbereich. Da nur im Ausnahmefall die PSA in Eigenregie der Arbeitsämter organisiert werden soll, entsteht ein Markt für private Jobagenturen. Das Gesetz sieht vor, dass ab Mitte nächsten Jahres die Vorschriften über die Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern mit den Stammbeschäftigten in Kraft treten. Bis dahin kann

eine PSA nur dann einen Vertrag mit dem Arbeitsamt erhalten, wenn sich die Arbeitsentgelte ihrer Arbeitnehmer nach einem Tarifvertrag richten. Die grundsätzliche Regelung der Gleichbehandlung zwischen Stamm- und Leiharbeitnehmern stellt sicher, dass Drehtüreffekte vermieden werden. Schließlich muss der Gefahr begegnet werden, dass die Stammbeschäftigten zugunsten der Leiharbeit ausgedünnt werden. Deshalb wurde zudem die Regelung geschaffen, dass die PSA grundsätzlich kein Entgelt vom Arbeitsamt erhält, wenn eine Entleiherung an einen früheren Arbeitgeber des Arbeitslosen erfolgt. Die Branche der Leih- und Zeitarbeit wird die kommenden Monate nutzen, um zusammen mit den Gewerkschaften geeignete tarifvertragliche Regelungen zu finden, die natürlich auch Sonderregelungen für bestimmte Arbeitnehmergruppen, wie etwa für Langzeitarbeitslose, enthalten. Nur so können sie den strengen Regeln im Gesetz ausweichen. Die Gewerkschaften erhalten auf diese Weise Gestaltungsmöglichkeiten. Von den konkreten tarifvertraglichen Regelungen wird abhängen, ob es gelingt, die Zeitarbeit in Deutschland erheblich auszuweiten und Wege in Bes

chäftigung auch für schwieriger zu vermittelnde Arbeitnehmer zu eröffnen.

Die Erfahrung zeigt, dass Leiharbeit nicht selten in ein festes Arbeitsverhältnis mündet. Zudem gilt es, das unausgeschöpfte Potential nicht besetzter offener Stellen zu nutzen und ein attraktives Mittel zum Abbau des riesigen Überstundenberges in unserer Volkswirtschaft zu entwickeln. Es bleibt zu hoffen, dass dies mit dem jetzigen Instrumentarium gelingen kann. Die Arbeitgeber haben nunmehr eine Möglichkeit risikoarm (Kündigungsschutz) und flexibel, vorhandene Arbeit über die PSA zu Arbeitsplätzen

zu machen und die Arbeitnehmer bleiben unter tarifvertraglichen Bedingungen.

Ein System neuer Instrumente

Daneben enthält die Reform eine ganze Reihe neuer Instrumente, die über Zuschüsse und günstige Kreditvergaben helfen sollen Arbeitslose in Arbeit zu führen. Es sind Regelungen vorgesehen, um Mitnahme- und Substitutionseffekte zu verhindern. Es wird zu prüfen bleiben, ob diese hinlänglich sind.

Gleichzeitig wird allerdings auch die Möglichkeit geschaffen, befristete Einstellungen bereits ab dem 50. Lebensjahr vornehmen zu können. Ob dies allerdings tatsächlich geeignet ist, Einstellungen älterer Arbeitnehmer zu befördern, kann durchaus kritisch gesehen werden. Wenn keine zusätzlichen Beschäftigungschancen entstehen, stellt diese Lockerung des Kündigungsschutzes einen zu hohen Preis dar.

Qualifizierte Weiterbildung

Auch die Qualität der Weiterbildung soll verbessert und stärker auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Durch eine Zertifizierung durch unabhängige Agenturen und durch die Stärkung des Wettbewerbs (wie etwa durch Bildungsgutscheine) können positive Effekte erwartet werden. Der DGB weist in seiner Stellungnahme zu recht auf den unübersichtlichen Wildwuchs im Bildungssektor hin. Wir brauchen einen umfassenden und effizienten Bildungssektor um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und in Arbeit zu qualifizieren.

Verschlechterte Leistungen bei der Arbeitslosenhilfe

Im Bereich der Bundesanstalt und im Bundeshaushalt sind Kostenkonsolidierungen in Höhe von fast 6 Mrd. Euro vorgesehen. Beitragserhöhungen und zusätzliche Neuverschuldung sollen vermieden werden. Es ist bereits für 2003 kein Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit mehr vorgesehen. Um dieses Ziel zu erreichen sind auch Kürzungen des Leistungsumfanges für Arbeitslose in Höhe von 2,48 Mrd. Euro im ersten Jahr vorgesehen.

Die Begrenzungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe sind sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen. Der DGB kritisiert zu recht, dass hiermit eine Gruppe betroffen ist, die bereits heute am Existenzminimum lebt. So wird die Leistungshöhe bei 80 % der Empfänger von Arbeitslosenhilfe mit unter 600 Euro angegeben. Durch die vollständige Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe 2003 entsteht hier neuer Handlungsbedarf. Mit der jetzigen Regelung ist die Richtung festgelegt. Für die Betroffenen sind bereits die jetzigen Einschnitte eine erhebliche soziale Belastung. Sie sind daneben auch aus verteilungs- und konjunkturpolitischen Gründen zu kritisieren.

Forum DL21



spw

spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis.

spw steht für die Verständigung radikalreformerscher Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS.

In spw publiziert das Forum DL21.

Kostenloses Probeheft:
www.spw.de oder Fax 02 31 - 40 24 16

... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Von Clement zu Steinbrück: Chancen für eine neue Politik?

Zur Lage der NRW-SPD

Von Barbara König, Dietmar Köster

Ein Lichtblick im tristen Meinungsbild der SPD geht von NRW und Niedersachsen aus: Eine lange von der Parteilinken geforderten Abgabe für hohe Vermögen zur Finanzierung von Bildungsaufgaben und dringend erforderlichen Investitionen in den Gemeinden wollen die beiden Landesregierungen in den Bundesrat einbringen. Die Erbschaftssteuer soll NRW 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro in die Kasse bringen, für Niedersachsen geht man von 700 Millionen Euro aus. Sicherlich gäbe es auch hier im Detail Anlass für Kritik, allerdings stimmt die Stoßrichtung und die Logik: Notwendig ist ein



Barbara König

wirtschaft- und finanzpolitischer Kurswechsel, der zum einen die Einnahmenseite des Staates durch eine höhere Belastung des Kapitals und der Besserverdienenden verbessert. Zum andern wird die öffentliche Nachfrage gestärkt, indem Investitionen der Gemeinden angestoßen werden. Darüber hinaus ist die Vermögenssteuer aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit geboten, denn die Vermögens-

verteilung hat sich zunehmend ungleich entwickelt: 1998 verfügten zehn Prozent der reichsten Haushalte in Deutschland über gut die Hälfte (50,4 Prozent) des gesamten Nettogeldvermögens, 1993 betrug dieser Anteil noch 46,4 Prozent.

Auch wenn es höchst unsicher ist, ob die Initiative angesichts der konservativen Mehrheiten im Bundesrat erfolgreich ist, trägt sie dazu bei, politische Konturen gegenüber dem politischen Gegner zu schärfen. Zudem kann diese Initiative auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung rechnen. In der Partei findet die Vermögenssteuer große Unterstützung. Leider bleibt die Bundespartei eher zögerlich und stützt das sinnvolle Vorhaben nur unzulänglich. Notwendig ist eine politisch zugespitzte Kampagne in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen für die Vermögenssteuer, die als Teil einer Gesamtstrategie einen Politikwechsel einläutet, der eine expansive antizyklische Finanzpolitik stärkt, um die Binnennachfrage zu stärken.

Ist die Initiative zur Vermögenssteuer nun ein Anzeichen für eine neue Politik in NRW, nachdem Wolfgang Clement sein Amt als Ministerpräsident an Peer Steinbrück abtrat, um als Wirtschafts- und Arbeitsminister der Superman in der Bundesregierung zu werden?

Die Wahl Peer Steinbrücks zum neuen Ministerpräsidenten hat in der Planung der NRW-SPD einiges durcheinander geworfen: Für die Nachfolge Clements als Ministerpräsident war mittelfristig der Landesvorsitzende der Partei und jetzige Arbeits- und Wirtschaftsminister in NRW, Harald Schartau, vorgesehen. Als ehemaliger IG-Metall-Bezirksleiter und von Franz Müntefering im Jahre 2001 zu seinem Nachfolger als Landesvorsitzenden erkoren, genießt Schartau in der Partei große Sympathien, da man ihm noch am ehesten zutraut, eine sozialdemokratische Politik in NRW zu realisieren, die sich an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Erneuerungen und des

Zusammenhalts in der Gesellschaft orientiert. Der neue Landesvorsitzende stand vor der nicht leichten Aufgabe, die reformierte Landes-SPD handlungsfähig zu machen, denn nach harten innerparteilich-



Dietmar Köster

chen Auseinandersetzungen, die zur organisationspolitischen Stärkung der Landesebene führte und die Bezirke – besonders das traditionsreiche Westliche Westfalen – in ihrem Einfluss zurechtstutzte, standen sich unterschiedliche Lager gegenüber. Er stand allerdings für das Amt des Ministerpräsidenten nicht zur Verfügung, da er kein Landtagsmandat besitzt, was nach der Verfassung in NRW Voraussetzung ist, um Chef der Landesregierung zu werden. So musste eine andere Lösung gefunden werden. Innerhalb kürzester Zeit schwörte die Spitze der Bundes- und Landespartei die Genossinnen und Genossen in NRW auf den ehemaligen Finanzminister, Peer Steinbrück, ein. Es gab dabei doch einiges Bauchgrimmen, da er als Finanzminister mit seinem rigiden Sparkurs öfter auf den Widerspruch in der Partei stieß. Zuletzt gab es eine Lehrstunde in innerparteilicher Demokratie bei der geplanten Einführung von Studiengebühren. Der von dem Kabinett vorgesehenen Aderlass der Studierenden führte nicht nur zu massiven Protesten an den Universitäten in NRW, sondern wurde nach heftiger innerparteilicher Debatte auf einer Landesausschusssitzung von der Partei mehrheitlich

abgelehnt. Als jetzt noch bei einer Anhörung im Landtag verfassungsmäßige Bedenken laut wurden, mussten die Pläne vom Tisch genommen werden. Jetzt steht eine Debatte um die Einführung von Studienkonten bevor.

Die Leitlinien seiner künftigen Politik hat der neue Ministerpräsident in der Regierungserklärung „Konzentration der Kräfte“ formuliert. Deutlich wird eine höchst nüchterne Beschreibung von Problemen, die von den BürgerInnen nicht nur „Anpassung“, sondern auch „Verzicht“ erfordern. Vor dem Hintergrund geschätzter Einnahmeausfälle für das Jahr 2003 über ca. 1,5 Milliarden Euro netto werden weitere Sparvorhaben und die Verbesserung der Einnahmeseite angekündigt. Obwohl die „konjunkturell negativen Effekte sinkender Investitionsmöglichkeiten“ durch die Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte benannt werden, bleibt diese Erkenntnis folgenlos. Die Forderung nach einer antizyklischen expansiven Finanzpolitik zum Gegensteuern der labilen wirtschaftlichen Entwicklung sucht man vergeblich.

Für die zentrale Aufgabenstellung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleiben die Ausführungen zum Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ im Kern auf zwei Elemente begrenzt: Erstens steht die Umsetzung der Vorschläge der Hartzkommission im Vordergrund; einschließlich der unsäglichen „Ich AG“, mit der eher eine neue Form der Scheinselbständigkeit gefördert wird. Zweitens soll der Mittelstand gestärkt werden. Auch hier ist man weit von einer Strategie entfernt, die durch Wachstum des nachgefragten Arbeitsvolumens und einer Umverteilung der vorhandenen Arbeit mehr Arbeitsplätze schafft. Harald Schartau wird als zuständiger Minister, der das Wirtschaftsministerium von Ernst Schwanhold zusätzlich übernimmt, vor der Schwierigkeit stehen, mit diesen unzureichenden Instrumenten, die Arbeitslosigkeit senken zu müssen.

Ärgerlich ist die Behandlung des Themas Alter in der Regierungserklärung: Der demographische Wandel wird als Bedrohungsszenario für die sozialen Versicherungssysteme beschrieben. Auch wenn dies unisono so geschildert wird, ist es falsch. Die entscheidenden Grundlagen für die Finanzierbarkeit des Sozialstaates bleiben die wirtschaftliche Leistungskraft und die Produktivkraftentwicklung und nicht der Altersstrukturwandel. Die Chancen einer Gesellschaft des langen Lebens bleiben fast völlig ausgeblendet. Lediglich das ehrenamtliche Engagement wird erwähnt. Wenn dann noch fälschlicherweise statt von der Landeseniorenvertretung vom Landesseniorenrat die Rede ist, bleibt dies mehr als bedauerlich.

Positive Entwicklungsszenarien eröffnen sich möglicherweise in der Bildungspolitik. Die in den Medien für alle möglichen Mängel und Schwierigkeiten der Bildungspolitik herhaltende Gaby Behler machte den Weg frei für eine Umstrukturierung im neuen Kabinett. Ute Schäfer wird als neue Ministerin die Aufgaben für Jugend, Kinder und Schule bündeln. Hannelore Kraft wird Wissenschafts- und Forschungsministerin. Die hinlänglich bekannte Misere in der Schulpolitik soll vor allem durch den Ausbau von Ganztagschulen, besonders in der Primarstufe, bekämpft werden. Dies fügt sich sinnvoll in das 4-Milliarden-Euro-Programm der Bundesregierung ein. Allerdings scheint es nötig, dies auch finanziell auf Länderebene zu unterfüttern. Dazu ist die oben beschriebene Vermögenssteuer ein sinnvolles Instrument. Darüber hinaus sollen zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden.

Die Landes SPD hat mit der Bildungspolitik in einem zentralen Politikfeld der Zukunft die politische Initiative ergriffen. Diesmal gehen die Impulse nicht von der Ministerialbürokratie aus. Vielmehr hat am 30.11. ein Bildungskongress der Landespartei stattgefunden, der von über 500 Interessierten besucht wurde. Sieben Arbeitsgruppen haben Papiere zu unterschiedlichen Themen der Bildungspolitik entwickelt, um bis zum Sommer des nächsten Jahres auf einem ordentlichen Landesparteitag zu einer Positionsbestimmung zu kommen. So besteht die Möglichkeit, in einer breiten gesellschaftlichen Debatte das Thema öffentlichkeitswirksam zu besetzen und zu ausgereiften Konzepten zu kommen, die nicht an Einzelfragen und bei Schnellschüssen hängen bleiben.

Neue Akzente setzte das Steinbrück-Kabinett bei der Diskussion um den Metrorapid und die künftige Entwicklung des Ruhrgebiets. Die Landesregierung hat wohl geschlossen mit seinem Regierungspartner, den Grünen, betont, dass die Magnetschwebebahn für die Zukunft eine wichtige Bedeutung für die industriepolitische Entwicklung hat. SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron gab aber schon mal kund: Wenn der Bund die Finanzmittel nicht bereitstellt, „wäre das Projekt zu Ende“. Da zentralen Fragen, wie zum Beispiel die Finanzierung durch private Investoren, noch nicht geklärt sind und die verkehrspolitischen Bedenken bleiben, ist die Zukunft dieses „Leuchtturmprojektes“ vage.

Auch für die künftige Ruhrgebietspolitik werden die Weichen verbandsorganisatorisch anders gestellt. Hatte der frühere Ministerpräsident dem Kommunalverband-Ruhr (KVR) noch die Projekt-Ruhr GmbH des Landes zur Förderung regionalpoliti-

scher Vorhaben entgegengestellt, so ist jetzt die SPD in NRW zu einer Position gekommen, die den KVR wieder politisch stärkt und ihm eine größere Handlungskompetenz für die künftigen Planungen überträgt. Dies scheint durchaus sinnvoll, da das Ruhrgebiet im internationalen Wettbewerb der Regionen besser aufgestellt sein und seine endogenen Entwicklungspotentiale bündeln muss. Die Projekt-Ruhr wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, indem in einem erneuerten KVR Landes- und Kommunalinteressen in Projekten gebündelt werden müssen. Allerdings scheint es kaum ein Bewusstsein darüber zu geben, dass eine innovationsorientierte Regionalpolitik im strukturschwachen Ruhrgebiet wie zum Beispiel in den Feldern der Werkstoffindustrie, der Energiewirtschaft und der Wissenschafts- und Weiterbildungspolitik auf die makroökonomische Stützung der Bundes- und Europaebene angewiesen bleibt.

Zusammengefasst: Ein Politikwechsel in der Ära nach Clement war nicht zu erwarten und wird nicht eintreten. Nach wie vor wird eher einer technokratischen Moderne, die der Soziologe Ulrich Beck einmal als erste Moderne bezeichnet hat, verfolgt, die den komplexen Herausforderungen der neuen Zeit nicht gerecht wird. Allerdings gibt es neue Akzente und auch neue Gestaltungsspielräume für die SPD in NRW. Dabei sind als Zukunftsperspektive die Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 mit wichtigen Spielstätten in NRW und die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Austragungen der Olympischen Spiele im Jahre 2012 für die Sportler und Interessierten wichtig, sie reichen allerdings gesellschaftspolitisch kaum. Es wäre Aufgabe der kritischen und linken Kräfte in der Partei ihre Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft in Abgrenzung zum Neoliberalismus intellektuell und politisch zu bündeln. Das Ziel wäre, von NRW aus einen Beitrag für überzeugendes Gesellschaftsprojekt zu entwickeln, dass Antworten auf die wachsenden individuellen und gesellschaftlichen Unsicherheiten findet, die auf einer längerfristigen Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft und ihrer sozialen Integrationskraft gründet und ihre Ursache in dem Umbau des Produktions- und Sozialmodells hat. Die Entwicklung einer übergreifenden Perspektive, welche die Sinnhaftigkeit der Politik der SPD im Ganzen unterstreicht, ist die Basis für die Zukunftskompetenz der SPD und ihre viel beschworene strukturellen Mehrheitsfähigkeit. So könnte das rotgrüne Regierungsbündnis in Berlin wirklich eine historische Epoche werden und keine Episode.

Wetter, Bonn 2.12.2002

Perspektiven schaffen!

Bericht vom Zukunftskongress der Jusos Niedersachsen

von Dörte Liebethuth

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Für die Jusos Niedersachsen ging es, kaum dass sie nach den Bundestagswahlparties wieder nüchtern waren, bei den Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf zur Sache. Die Zeit bis zum Wahltermin am 2. Februar wollen sie nutzen, um im Rahmen ihrer Kampagne *zukunftsbedarf_nds03* inhaltliche Diskussionen anzustoßen, die weit über die Tagespolitik hinausgehen, und um die Öffnung des Juso-Verbands voran zu treiben. Ein Zukunftskongress, der am 16. November auf dem Expo-Gelände in Hannover stattfand, bildete den Auftakt für den Jugendwettbewerb *zukunftsbedarf_nds03*, der nun bis Mitte Januar läuft und von dezentralen Veranstaltungen begleitet wird.

Ideen der Kampagne

Ausgangspunkt für die Zukunftskampagne war die Situation junger Menschen heute – mit all den Unsicherheiten, die dazu gehören. In Zeiten, in denen der lebenslange Zugang zu (Aus-) Bildung und Arbeit nicht selbstverständlich ist, muss heute eine breite Debatte über langfristige Zukunftsperspektiven geführt werden. Es gilt z. B. zu fragen, wie die schlechteren Chancen für Jugendliche im ländlichen Raum und aus sozial benachteiligten Familien verbessert werden können. Was wollen junge Menschen selbst leisten und was erwarten sie von Gesellschaft und Staat? Die Jusos Niedersachsen wollen mit diesen und anderen Fragen bewusst nach außen gehen. Junge Menschen, die Interesse an Politik haben, sich kritisch mit ihr auseinandersetzen, den Jusos zwar inhaltlich nahe stehen aber bei allem, was mit Parteien zu tun hat, eher distanziert auftreten, sollen angesprochen werden. Gemeinsam mit diesen ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen, Studierenden oder KünstlerInnen sollen langfristige Perspektiven der jungen Generation diskutiert werden.

Der Zukunftskongress

Mehr achtzig TeilnehmerInnen, darunter viele Nicht-Jusos, folgten der Einladung auf das Expo-Gelände. In fünf Panels zu den Themen Politik und Medien, Arbeit, Bildung, Europa und Kultur, die allesamt im Plenum stattfanden diskutierten sie von morgens um 10h bis abends um 20.30h mit ReferentInnen aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft.

Bemerkenswert war, wie intensiv sich die KongressteilnehmerInnen sich in die Diskussion eingebracht haben und die kreative Atmosphäre, die entstand. So schrieb die Hannoversche Allgemeine Zeitung in ihrer Berichterstattung zum Kongress auf der Niedersachsenseite: „Die Podiumsgäste sind bunt gemischt: Neben Wissenschaftlern, Künstlern wie Filmregisseurin Franziska Stünkel und Politprofis wie Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, der kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Monika Griefahn, und dem niedersächsischen Europaminister Wolfgang Senff sitzen immer wieder Studentinnen der jeweiligen Fachrichtung. Gerade das macht die Diskussion so spannend. Wenn jemand politische Phrasen drischt oder zu wissenschaftlichen Tiraden abhebt, wird er schnell durch Einwürfe aus dem Publikum auf den Boden der Tatsachen zurück geholt.“

7 ½ Stunden intensiver Diskussionen zu den unterschiedlichsten Themen inhaltlich zusammen zu fassen fällt sehr schwer. (Grundlegende Positionen der meisten PodiumsteilnehmerInnen des Kongresses sind im aktuellen „rotwild“ der Jusos Niedersachsen abgedruckt, das unter info@jusos-nds.de bestellt werden kann.)

Hier deswegen nur ein kurzer Aufriss, welche Stoßrichtung die einzelnen Foren verfolgten. Im Forum „medienzukunft“ kamen die KongressteilnehmerInnen u. a. mit Dirk von Gehlen, dem Chefredakteur des Jugendmagazins der Süddeutschen Zeitung *jetzt-Online*, zu dem Schluss: Auch in der Mediengesellschaft darf sich Politik nicht nur an kurzfristigem PR-Erfolg orientieren, sondern muss erkennbar langfristig handeln, um glaubwürdig zu sein. Sehr breit gefächert war die Debatte im Forum *zukunftsbedarf_in_arbeit*: Im Mittelpunkt stand u. a. für Silke Bargstädt-Franke (Sprecherin des AK-Chancengleichheit der Dt. Physikalischen Gesellschaft) und dem Juso-Bundesvorsitzenden Niels Annen die Frage, wie Ar-

der wettbewerb

Jetzt können bis zum 20. Januar junge Menschen unter 30 beim Juso-Landesverband einreichen. Diese Beiträge müssen Bildung oder Demokratie auseinander setzen. Zu gewinnen: Zukunftsidee für Niedersachsen und 2003 Euro für die beste Idee. Eine Jury, der der VIVA-Chef Dieter Gorny, der Medizin-Nobelpreisträgerin Dr. Susanne Knorre, die Präsidentin der Kunsthalle Emden Eske Nannen angehören.

zukunftsbedarf_nds03

der wettbewerb der jusos niedersachsen

Schirmherr: Ministerpräsident Sigmar Gabriel

Einsendeschluss ist der 20. Januar 03.

beit trotz aller Flexibilität solidarisch abgesichert werden kann und die Gleichstellung der Geschlechter voran getrieben werden kann. Nach den idealen Bildungseinrichtungen und dem Weg dorthin wurde vom Sprecher des Nds. LandesschülerInnenrats Maximilian Schmidt im Forum „zukunftsbedarf_bilden“ gefragt. Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage spielte in der folgenden europapolitischen Diskussion die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur für die Jugendkonventsdelegierte Manuela Schauerhammer eine zentrale Rolle. Am Ende wurde im Forum „zukunftsbedarf_kultur“ u. a. mit dem Grafiker Klaus Staack über Kunst als Form der politischen Analyse gesprochen. Der Tag klang mit einem Konzert des Berliner Künstlers Maximilian Hecker aus, zu dem auch Nicht-KongressteilnehmerInnen auf das Expo-Gelände kamen.

Ein Anfang

Der Zukunftskongress war ein erfolgreicher Versuch, die Öffnung des Juso-Verbands weiter voran zu treiben, aber er kann nur ein Anfang gewesen sein. Weitere Diskussionen und Aktionen müssen folgen. Eine Folgeaktion ist der Jugendwettbewerb *zukunftsbedarf_nds03*, der bis Mitte Januar läuft von dezentralen Veranstaltungen begleitet wird. Schirmherr des Wettbewerbs ist Sigmar Gabriel, der Jury gehören VIVA-Chef Dieter Gorny, die Leiterin der Kunsthalle Emden Eske Nannen, die Präsidentin der Internationalen Frauenuniversität Prof. Ayla Neusel, der Medizin-Nobelpreisträger Prof. Erwin Neher und die niedersächsische Wirtschaftsministerin Susanne Knorre an. Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es unter www.zukunftsbedarf.de

Sozialdemokrat aus Überzeugung

Zum 10. Todestag von Jürgen Egert

Von Joachim Pieczkowski

Am 16.12.2002 laden die Berliner SPD, die Historische Kommission der SPD Berlin und das Franz-Neumann-Archiv zu einer Gedenkveranstaltung ein. Das Gedenken gilt Jürgen Egert, der an diesem Tag vor 10 Jahren im Alter von nur knapp 51 Jahren starb. Er galt mit und neben Harry Ristock als eine der herausragenden Führungspersönlichkeiten der Linken in der Berliner SPD und war einer der profiliertesten Sozial- und Gesundheitspolitiker der Bundestagsfraktion. Auch wenn er nicht annähernd die Popularität von Regine Hildebrandt erreichte, deren Todestag sich in diesen Tagen das erste Mal jährte, prägte auch er nachhaltig das Profil der Sozialdemokratie als einer Partei, die die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen gegen wirtschaftliche und Eigeninteressen in den Mittelpunkt stellte. Und was er politisch vertrat, das lebte er vor: Kistenweise trugen seine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter die weihnachtlichen Werbegeschenke der Pharmaindustrie oder anderer Lobbygruppen zur Rücksendung zur Post, konsequent lehnte er angebotene Bewirtung über die Tasse Kaffee oder das Glas Selters hinaus ab, wenn er zu politischen Gesprächen bei Interessengruppen oder in Konzernnetzen geladen war. Persönliche Integrität und Glaubwürdigkeit waren für ihn Voraussetzung politischen Handelns.

1941 geboren trat er 1963 in die Charlottenburger SPD ein. Seine politische Sozialisation erfolgte u.a. in den Diskussions- und Schulungszirkeln der Charlottenburger Falken, in denen Harry Ristock als ihr Landesvorsitzender prägenden Einfluss hatte. 1968 wurde mit Jürgen Egert der erste linke Juso-Landesvorsitzende gewählt. Als Mitautor des „Berliner Strategiepapier“, einem Vorläufer der Herforder Thesen, beteiligte er sich an der bundesweiten Positionierung der Jungsozialisten als linkem Motor zur Änderung der SPD. Mit Harry Ristock organisierte er die im Berliner Landesverband in einer Minderheit befindliche Linke im Donnerstagskreis und wurde zu ihrem Sprecher. Hier hatte er großen Anteil an der Ausformung einer Strategie der „Konzentration der Kräfte“ bei innerparteilichen Wahlen und bei der Besetzung leitender Parteifunktionen, die schließlich 1985 in seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der Berliner Parteior-

ganisation führte. In einer Rede vor dem Berliner Landesparteitag, 1988 beim spw-Verlag in seinem Buch: *Aufbruch, Beiträge zur Erneuerung der Berliner SPD* veröffentlicht, charakterisiert er diese Strategie der innerparteilichen Integration als Angebot:

„Ein Wort zur Integration. Ich denke, dass wir die Begriffe Integration und Moderation nicht miteinander verwechseln sollten. Integration darf auch nicht ein Synonym für Standpunktlosigkeit werden. Ich habe in meiner 13jährigen Tätigkeit in Bonn bewiesen, dass ich unterschiedliche Positionen in der Arbeit der Fraktion zu bündeln verstanden habe. Es war da nämlich nicht anders als in der Berliner SPD. Die Genossinnen und Genossen, die ich dort getroffen habe, waren auch nicht alle meiner Meinung. Trotzdem waren wir zusammen fähig, an der politischen Arbeit der Partei und der Fraktion mitzuwirken. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir zum Zusammenstehen aus Einsicht fähig sind.“

Ich mache den Delegierten des Parteitag ein Angebot der Integration von links Heute auf diesem Parteitag wird entgegen mancherlei Erörterungen auch in der Partei nicht die Macht ergriffen. Nein, es wird Arbeit verteilt.“

Den Vorsitz führte er nur 512 Tage, weil ihn seine angegriffene Gesundheit Ende 1986 zum ersten Mal zwang, ein politisches Mandat vorfristig aufzugeben. In dieser kurzen Zeit leistete er Beachtliches: Während er bei der Wahrnehmung seines Bundestagsmandats in harter Kärnerarbeit, „den festgefahrenen Karren der Berliner SPD aus dem Morast“ zog und dabei seine durch Diabetes angeschlagene Gesundheit ruinierte, sanierte er die Berliner Parteiorganisation und legte organisatorisch wie inhaltlich politisch die Grundlagen für die Rückkehr der SPD in die Berliner Landesregierung in einem rot-grünen Reformbündnis, das er u.a. in zähem Ringen mit der jetzigen Bundesministerin Renate Künast schmiedete.

„Er belebte die Beziehungen zu den Gewerkschaften neu, er ermöglichte den Dialog zwischen SPD und Friedensbewegung, er begann die Diskussion um die Kampagnefähigkeit der



vorne links: Jürgen Egert

SPD....und vor allem: er brachte die Gleichstellungspolitik der SPD ein großes Stück voran“, so die stellvertretende Landesvorsitzende Monika Buttgerit in ihrer Trauerrede am 8. Januar 1993.

Seine lange Phase des bundespolitischen Wirkens als Berliner Bundestagsabgeordneter begann 1972. Hier entwickelte er sich schnell zum ausgewiesenen Experten der Bundestagsfraktion in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Soziales. Persönlich uneitel war er dennoch stolz auf seine Berufung als parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in der Regierung Schmidt.

Über sein Wirken in der parlamentarischen Linken und im Frankfurter Kreis wissen andere mehr als ich berichten kann, mit seinen Veröffentlichungen in der Zeitschrift „spw“ und der Übernahme der Mitherausgeberschaft Mitte der 80er Jahre hat er einen wesentlichen Beitrag geleistet, das „publizistische Flaggschiff“ der Juso-Linken, „salonfähig“ zu machen als publizistisches Angebot der Integration von links und Instrument der innerparteilichen Strategiediskussion.

In der zum 10. Todestag vom Franz-Neumann-Archiv veröffentlichten Broschüre wird in Schwerpunktartikeln das Wirken von Jürgen Egert als Linker, Landespolitiker und Sozial- und Gesundheitspolitiker analysiert und mit mehreren kürzeren Beiträgen von bekannten und unbekanntem Weggefährten und -gefährtinnen auch ein persönliches Bild des Politikers Jürgen Egert gezeichnet, das seine Bedeutung auch gerade in der aktuellen Situation für uns Sozialdemokraten deutlich macht. So zieht Klaus-Uwe Benneter, frisch gebackenes Mitglied des Bundestags in seinem Beitrag für diese Broschüre abschließend Bilanz:

„Ich denke in letzter Zeit häufiger an Jürgen. Was würde er zur Entwicklung der SPD sagen? Hätte er sich wie sein enger Mitstreiter Andreas Wehr zur PDS abgemeldet? Als Jürgen Egert Mitte 1969 beim Berliner Auftakt zum Langen Marsch durch die Institutionen zum Berliner Juso-Vorsitzenden gewählt wurde, war Hans-Christian Ströbele noch Wilmersdorfer Juso-Delegierter und die von Klaus Schütz und Kurt

Joachim Pieczkowski, war 1984-1985 Berliner Mitarbeiter des MdB Jürgen Egert, arbeitet heute als Jugendhilfeplaner in Berlin-Reinickendorf

Neubauer geleitete Berliner SPD für Persönlichkeiten wie Heinrich Albertz oder Günter Grass so weit rechts im Spektrum der SPD angelangt, dass beide sich andere Ortsvereine außerhalb Berlins suchten. Keiner weiß, was und wie Jürgen zur heutigen politischen Situation innerhalb und außerhalb der SPD beitragen würde. Sicher ist nur: wenn es seine Gesundheit zugelassen hätte, hätte er uns in den

letzten Jahren häufig aufgerüttelt und rhetorisch durchgeschüttelt. Er hätte Mantel und Baskenmütze abgelegt und dann losgelegt: mit klaren und deutlichen Worten. Gewaltig, wie es seine unvergessene Art war: einen Hünerhaufen hätte er auch als solchen bezeichnet; und einen Kotzbrocken auch. Er hätte das nationale und internationale Geschehen zunächst analysiert und nicht nur darauf prag-

matisch reagiert. So wie er auch die Berliner SPD damals einen Tauglichkeits-Check unterzogen hat, bevor er ihre Führung übernahm. Vielleicht handeln wir, am ehesten in Jürgens Sinn, wenn wir uns gelegentlich seine damaligen Perspektiven zur politischen Führung dieser traditionsreichen Partei mal wieder nachlesen, darüber nachdenken und danach handeln.

Forum DL21

Halbmond vor der Waterkant ...

...oder: Wird der europäische Islam die Kirche im Dorf lassen?

Von Hans-Joachim Olczyk

Unbeachtet von den überregionalen Medien hat vom 1. bis 7. November die 2. Bremer Islam-Woche stattgefunden. Das Motto, „Nur wer zuhört, kann auch antworten“. Eine 20-köpfige Planungsgruppe aus VertreterInnen der islamischen Einrichtungen und öffentlichen Institutionen hatten ein abwechslungsreiches, kulturelles und politisch brisantes Programm zusammengestellt. Insgesamt 90 Vorträge, Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Konzerte – über: „Frau und Mann im Islam“, die „aktuelle Lage der Muslime in Deutschland“, den „Islam als Selbstdefinitionsquelle der Migranten“, über „spirituelle Aspekte des islamischen Gebets“, über den alevitischen Glauben, über Gewalt und Dialog informierten sich knapp 4.000 Menschen. Oder sie nutzten die Tage der offenen Tür in den Moscheen oder sahen die „tanzenden Derwische des Mevlevi-Ordens“. Kinder konnten Geschichten über den Fastenmonat Ramadan hören. Hören konnte man auch, dass im 19. Jahrhundert an der Waterkant „muslimische Piraten“ gefürchtet waren, die die „humanisierende Wirkung des Christentums“ bisher nicht erfahren konnten. Solche gezielt eurozentrismuskritischen Töne des Vereins Jacobsweg e.V. waren die Ausnahme. Von DGB bis Sparkasse, von der Kuba Moschee bis zum Unternehmensverband – die Unterstützerliste war lang – wie 1997. 2002 ist das Publikum aber anders: Gekommen waren die Akteure aus den Stadtteilen, die Sozialarbeiter, Streetworker, Gemeinde- und Jugendzentrums- und Kirchenaktivisten. 1997: Euphorie bei den durchführenden Gruppen, Neugier und Wohlwollen bei interessierten BremerInnen – eine große Aufgeschlossenheit. 2002: Eine Mischung aus Selbstfindung und Positionierung der islamischen Gruppen – Gräben zwischen den verschiedenen Kulturen. Von der Aufbruchsstimmung, von dem Willen, intensiv und lange hinzugucken, zuzuhören und voneinander zu lernen ist nicht mehr so viel zu spüren. Eine der Ursachen: Es gibt die sog. „Bassam-Tibi“isierung“ und den Thesen vom „Euro-Islam“

„einfache Lösungen: Die Muslime müssen die Trennung von Staat und Religion akzeptieren und den universellen Anspruch des Islam aufgeben. Tibi: „Seit der Wandlung Europas vom „christlichen Abendland“ zur säkularen westlichen Zivilisation bedeutet Dialog hier: diskursiver Austausch, nicht aber Missionierung Andersgläubiger.“ (Vgl. Bassam, Tibi: Selig sind die Belogenen. Der christlich-islamische Dialog beruht auf Täuschungen – und fördert westliches Wunschdenken. Essay. In: Die Zeit. Nr. 23 (2002)) Wer dies nicht akzeptiere, bleibt außerhalb der pluralistischen europäischen Moderne. Und: „Die historische Beziehung zwischen der christlich-europäischen und der islamischen Zivilisation ist durch gegenseitige Bedrohung, aber auch durch gegenseitige Faszination gekennzeichnet. Mit kriegerischen Mitteln – Dschihad einerseits, Kreuzzüge andererseits – wollte die eine Zivilisation die andere unterwerfen. Dieses kriegerische Bewusstsein ist im Islam bis heute lebendig geblieben. Auf westlicher Seite hat dagegen die Faszination obsiegt.“ (Ebd) Trotz aller Faszination nahm Bernd Neumann (CDU) an der Auftaktveranstaltung nicht teil: Er wolle „islamisch-extremistische Gruppen“ nicht als „normale Gesprächspartner bzw. als Sprachrohr der Muslime akzeptieren“. Übersetzt: Distanzierung von Milli Görus erwünscht. Milli Görus muß sich seit mehreren Jahren gegen den Vorwurf wehren, eine extremistische Ausländerorganisation zu sein, die ihre finanziellen Quellen verschleiert und sich in den Grundzügen integrationsfeindlich verhält. Der Schirmherr der Islam Woche Henning Scherf, hält davon nichts: „Wir wollen nicht über Muslime reden, sondern mit ihnen. Die kritische Auseinandersetzung ist dabei nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.“ Das gilt dann für alle, die das Alltagsleben der 40.000 Muslime in Bremen begleiten – auch für Muslime von Milli Görus, die gerade in Bremen den interreligiösen Dialog konstruktiv mitgeprägt haben.

Sogar Milli-Görus-Kritiker Eberhard Seidel (taz) musste sich auf der Abschlußveranstaltung „Milli Görus zwischen Religionsgemeinschaft und politischer Kaderorganisation“ der Kritik stellen, dass er die Veränderungen bei Milli Görus, die Zubewegung auf die bundesrepublikanische Realität nicht wahrnimmt. Die Modernisierung von Milli Görus sei kein politisches Kalkül, sondern ein Sinneswandel: Es gäbe für die in Deutschland lebenden Muslime keine andere Heimat mehr. Immerhin: Seidel schaffte es, zuzugeben, dass es in Bremen vielleicht anders sei, als er es aus Berlin kenne. Aber ein deutlich höheres Niveau erreichte die Debatte in Bremen anschließend auch nicht: Der Bremerhavener Schuldezernent Weiss (SPD) wollte eine muslimische Praktikantin mit Kopftuch in die Schule lassen – das störe den Schulfrieden seiner Ansicht nach nicht. Die CDU wollte das nicht dulden – und drohte mit Krach. Den gab es dann im Landtag bei einer aktuellen Stunde: Heftige Debatten – Bildungssektor Lemke musste (?) deutlich machen, dass er auch gegen Kopftücher bei Praktikantinnen ist.

Positives Fazit: Das Niveau der Debatte in Europa kann noch gehoben werden: „Einen interreligiösen Dialog oder vielmehr ein alltägliches Zusammenleben der drei großen monotheistischen Religionen gab und gibt es, wenn auch aktuell aus politisch bedingten Gründen, unter schwierigeren Bedingungen in der Heimatregion des Islam seit Jahrhunderten. Bestimmte Vorstellungen vom Islam würde so mancher arabische Christ als Resultat eines rassistischen Araberbildes auch als Beleidigung seiner Selbst zurück weisen.“ (Eisermann, Frank: Halbmond vor der Waterkant. Vortrag zur Islamwoche. Hg.: Jacobsweg e.V.) Es geht wohl insgesamt darum, in vielerlei Hinsicht erst einmal die Entstehung „unseres“ Islambildes zu rekonstruieren, bevor „Europa“ diskursfähig ist. Die Bremer Islam-Woche hat dazu einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Homepage der Bremer Islamwoche: www.bremerislamwoche.de

Forum DL21

Globale Hegemoniestrukturen

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Thorben Albrecht und Frank Schauf

„Es gibt keine globale Sicherheit ohne globale Gerechtigkeit.“
(Gerhard Schröder)

Gut ein Jahr nach dem 11. September (Vgl. den Schwerpunkt „Terror und Krieg“ in spw 122 (November/Dezember 2002).) ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme, inwieweit die mit diesem Datum verbundenen Entwicklungen in der internationalen Politik die globalen Strukturen verändert haben. Wurden die langfristige Entwicklungen der Jahre 1991 bis 2001 (Vgl. hierzu den Schwerpunkt „Zehn Jahre verpasste Chancen“ in spw 116, November/Dezember 2001). umgekehrt, verstärkt, beeinflusst oder einfach nur fortgeschrieben? Wurde die hegemoniale Stellung der „westlichen Welt“ im Allgemeinen und der USA im besonderen durch den 11. September und dessen Folgen geschwächt oder gestärkt? Gibt es Alternativen zu diesen hegemonialen Entwicklungen innerhalb der dominierenden Staatenwelt (Europa als Friedensmacht, die sich für globale Gerechtigkeit einsetzt)? Gibt es in der Opposition zum vorherrschenden Modell der Globalisierung nur destruktive (El Kaida) oder auch wirksame konstruktive Kräfte (globale globalisierungskritische Bewegung)?

Eindeutige Antworten auf diese Fragen zu finden, ist natürlich schwierig. Die Materie ist komplex, da eine Betrachtung sich nicht auf die politisch-militärischen Machtverhältnisse beschränken darf, sondern wirtschaftliche und soziale, aber auch kulturelle Aspekte berücksichtigen muss.

Als George Bush sen. 1991 seine „New World Order“ ausrief, manifestierte sich dies in dem Anspruch, amerikanische Interessen, und insbesondere vitale ökonomische Interessen, weltweit durchzusetzen. Am Anfang stand dabei ein Krieg gegen den Irak zur Sicherung der Ölinteressen am Golf. Gut zehn Jahre später befindet sich George Bush jun. in einem zeitlich und geografisch nicht eingrenzenden „War on Terrorism“ und wieder droht ein Krieg gegen den Irak (vgl. den Artikel von Lutz, Mutz und Neuneck in spw 127). In diesen zehn Jahren ist die Vorherrschaft der USA nicht in Frage gestellt worden. Eine Einbindung in multilaterale Strukturen erfolgte à la carte, d.h. oftmals gar nicht (Inter-

nationaler Strafgerichtshof) oder lediglich formal, ohne wirkliche Konsequenzen (Ausrufung des Artikel-5-Falls in der NATO). Militärischen Erfolgen, wie dem Kosovo-Krieg – dem ersten Krieg, den ein Land bzw. eine Allianz gänzlich ohne eigene Verluste gewinnen konnte –, stehen militärische Misserfolge, wie der Somalia-Einsatz 1993, gegenüber und eine bislang ungekannte Verletzlichkeit der USA, wie sie am 11. September aber auch in den Anschlägen auf US-amerikanische Einrichtungen und Truppen in Ostafrika und in der Golfregion sichtbar wurde.

Die Zahl der Kriege und Bürgerkriege hat in diesem Zeitraum zugenommen und gleichzeitig haben sie ihren Charakter verändert. Es gibt eine Gleichzeitigkeit von „Old Wars and New Wars“ (Mary Kaldor), eine „Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt“ (Erhard Eppler) und eine steigende Bedeutung der öffentlichen Wahrnehmung und „Inszenierung“ von Kriegen (Mary Kaldor spricht von „Spectacle Wars“).

Derweil schreitet die ökonomischen Globalisierung voran mit dem Ergebnis, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weltweit weiter öffnet, so dass das UN-Entwicklungsprogramm UNDP in seinem Human Development Report 1999 von einer „globalen Apartheid“ der Lebenschancen spricht.

Dass die sich weiter verschärfende Verteilungsungerechtigkeit in der Welt Auswirkungen auf die globale Stabilität und mithin auch die Sicherheit der westlichen Welt haben würde, war absehbar und wurde mit dem 11. September überdeutlich. Nicht weil die Täter selbst arm waren, aber weil sie mehr oder weniger heimliche Zustimmung bei Armen und Benachteiligten finden, durchaus mit praktischen Vorteilen wie Rückzugsräumen z.B. in Afghanistan oder Somalia.

Das vorangestellte Schröder-Zitat stammt daher auch nicht zufällig vom New Yorker Weltwirtschaftsforum kurz nach dem 11. September – gerade in der europäischen Debatte erlebte die Entwicklungspolitik plötzlich wieder erhöhte Aufmerksamkeit. „Die an der weltpolitischen Peripherie geplanten Terrorakte auf die Hochburgen der westlichen Wirtschafts- und Militärmacht schienen ihr wieder aus der politischen Irrelevanzfalle und Rechtfertigungskrise zu hel-

fen, in die sie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geraten war“, schreibt Franz Nuscheler. Nur um wenig später feststellen zu müssen, dass die nur geringfügig erhöhten Mittel und fehlende strukturelle Veränderungen bei gleichzeitig erhöhten Anforderungen an die Entwicklungspolitik als Armutsbekämpfung und globaler Sozialpolitik, präventiver Sicherheitspolitik, Schutz vor Flüchtlingsbewegungen, Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, von Marktwirtschaft, „good governance“ und Demokratie, die Entwicklungspolitik weniger stärken als vielmehr überfordern. (Franz Nuscheler: Überforderte Sicherheitspolitik. Veränderungen nach dem 11. September. In: Internationale Politik, November 2002 (Nr. 11, 57. Jahrgang), S. 1-8)

Die Frage ist also, mit welchen Strategien und Instrumenten strukturelle Veränderungen angestrebt und durchgesetzt werden, was Bausteine einer „globalen Strukturpolitik“ (Heidemarie Wiczorek-Zeul) sein könnten. Sebastian Vollmer beschäftigt sich in seinem Artikel daher noch einmal eingehend mit dem „Lieblingskind“ der linken Debatte inner- und außerhalb der Sozialdemokratie, der Tobin Tax. Soviel darüber geredet wird, so wenig sind doch die Einzelheiten dieses Konzepts einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Die Machbarkeitsstudie des BMZ liegt vor, ist aber nur ExpertInnenkreisen bekannt, so dass es im neuen rot-grünen Koalitionsvertrag bei vagen Formulierungen bleibt. Vollmers Artikel schließt die Lücke und analysiert Vor- und Nachteile der Tobin Tax aus ökonomischer wie fiskalpolitischer Sicht.

Mit einem anderen Aspekt der ökonomischen Globalisierung beschäftigt sich Kai Burmeister in seinem Bericht von der Jahrestagung von IWF und Weltbank. Er stellt die Frage der Verschuldung von Entwicklungsländern und speziell die Diskussion um ein Insolvenzrecht von Staaten in den Mittelpunkt seines Artikels. Dabei geht es nicht nur um „technische“ rechtliche Fragen, sondern vor allem um die Frage der politischen Durchsetzbarkeit vernünftiger Ansätze. Auch Vollmer diskutiert daher auch Möglichkeiten zur Einführung der Tobin Tax zunächst ausschließlich in Europa. Denn gerade Washington und die US-amerikanische Wirtschaftslobby stehen strukturellen Veränderungen ablehnend gegenüber. Ganz im Gegenteil versuchen sie, die dominierende Stellung der Industriestaaten in der Weltökonomie noch auszubauen, wie die Vorschläge

Foto: Christian Kiel (Berlin)



zur anstehenden WTO-Runde, sämtliche Zölle auf verarbeitete Güter abzuschaffen, zeigen. Eine solche Regelung würde nicht nur Entwicklungsstrategien wie die der asiatischen „Tiger“ unmöglich machen, die vor der Marktöffnung auf Phasen der Abschottung zum konsolidierten Aufbau eigener Industriestrukturen gesetzt haben. Die Vorschläge der USA schließen auch bewusst jene Bereiche vom Freihandel aus, die zu Wanderungsbewegungen führen könnten, wie ein Freigabe der Dienstleistungen, oder in denen Länder des Südens chancenreich am Wettbewerb teilhaben könnten, wie bei Rohstoffen und Agrarprodukten.

Aber auch in der EU sind z.B. Marktöffnung und Subventionsabbau im Agrarsektor noch nicht in Sicht. Die innergesellschaftliche Debatte über diese Fragen steht erst am Anfang. Peter Wahl berichtet vom ersten Europäischen Sozialforum im November in Florenz und bewertet Chancen und Probleme der globalisierungskritischen Bewegung in Europa. Dabei nehmen neben ökonomischen und sozialen Fragen auch Protest gegen einen Krieg im Irak und kritische Diskussionen des außenpolitischen und militärischen Vorgehens der USA einen immer breiteren Raum ein.

Wie notwendig diese sind zeigt auch der Artikel von Lars Klingbeil und Mario Patuzzi zur

neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, in der u.a. sogenannte „präemptive“ Militärschläge und „gefahrenabwehrende“ Präventivkriege eine Rolle spielen. Liest man neben der Sicherheitsstrategie auch das „Nuclear Posture Review“ der USA, stellt man fest, dass im Rahmen solcher Operationen auch der Einsatz von Atomwaffen nicht ausgeschlossen wird. (Vgl. Klaus-Dieter Schwarz: Die imperiale Abschreckung, SWP-Aktuell 16 (Mai 2002), Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 3-6) Das die Frage „präemptiver“ Militäreinsätze nach dem 11. September keine rein US-amerikanische Diskussion geblieben ist, zeigen die Äußerungen Wolfgang Schäubles in der Bundestagsdebatte vom 14. November: „Man kann diese Gefahren aber nur vermeiden, indem man Anschläge und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen verhindert. Mit Vergeltung, also einem Zweitschlag schützen Sie unsere Bevölkerung nicht.“ (Protokoll Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode – 10. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 14. November 2002, S. 536). Und auch der NATO-Gipfel in Prag hat US-amerikanische Vorstellungen in Bezug auf weltweite Militäreinsätze und neue militärische Mittel „europäisiert“, wie der Artikel von Otfried Nassauer deutlich macht. Neben den Ergebnissen des Gipfels selbst, diskutiert Nassauer auch die Auswirkungen auf die europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Last but not least wird die Umorientierung der russischen Außenpolitik seit den 90er Jahren bis heute von Peter W. Schulze analysiert. Demnach sind die Veränderungen in der russischen Außenpolitik einerseits der ökonomischen Transformation und der Herausbildung einer „pragmatischen Machtelite“ geschuldet, andererseits reagiert die russische Politik auf die internationalen Veränderungen seit dem 11. September 2001 und kann dadurch mit dem Westen ein neues Zusammenspiel entwickeln.

spw 6/2002

Quo Vadis, NATO? – Quo Vadis, Europa?

Von Angelika Beer und Otfried Nassauer

Vorspann

Große Ereignisse werfen lange Schatten voraus. So auch der NATO-Gipfel am 21.-22. November in Prag. Schon die Ortswahl war Symbol. Der Gipfel in einem neuen NATO-Staat sollte weitere Staaten zum Bei-

tritt einladen. Doch ein Jahr nach den Terroranschlägen in den USA stand nicht die Erweiterung der NATO, sondern deren Umgestaltung und Neuausrichtung im Zentrum der Ereignisse. Der Erweiterungsgipfel wur-

de zu einem „Transformationsgipfel“, zu einem Gipfel, der das transatlantische Bündnis so tiefgreifend verändern haben könnte wie kaum ein anderer zuvor. Eine Analyse der Risiken und Nebenwirkungen.

1. Die NATO in der Krise

Die NATO steckt in einer substantiellen Krise. Pierre Lehoucq, ein profiliertes französischer Sicherheitspolitiker meint, in einer der tiefgreifendsten seit ihrer Gründung. Lord Robertson, der Generalsekretär der NATO,

Angelika Beer, Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, war bis vor kurzem verteidigungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Sie arbeitet jetzt bei als externe Expertin bei BITS mit.

Otfried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).

wähnte die das Bündnis schon vor Monaten vor der Wahl zwischen „Modernisierung“ und „Marginalisierung“. Robertson glaubt, der Grund der Krise sei vor allem in der wachsenden Ausrüstungs-, Bewaffnungs- und Technologielücke zwischen den USA und Europa zu suchen. Er befürchtet, dass die Streitkräfte der Bündnispartner schon bald kaum noch gemeinsam operieren können. Dadurch verlöre die NATO aus amerikanischer Sicht an Bedeutung. Das sehen diesseits wie jenseits des Atlantiks manche Kommentatoren anders. Sie glauben, die Krise sei grundsätzlichen Charakters. Sie sehen eine Kontinentaldrift tektonischer Platten. Je nach Standpunkt und Herkunft der Beobachter hat diese ihren Ursprung entweder im mangelnden europäischen Willen zu harter militärischer Machtpolitik. Oder sie resultiert aus der amerikanischen Neigung zu einem machtpolitischen Handeln, dass sich primär militärischer Mittel bedient. Alle gemeinsam sehen: Historisch ist die NATO ein Regionalbündnis zur kollektiven Verteidigung. Da fällt es schwer, in den Kategorien weltweiten militärischen Handelns zu denken. Das um so mehr, weil viele in Europa fürchten, dass eine weltweit nach amerikanischem Vorbild und unter amerikanischer Führung agierende NATO sie vor all jene Probleme stellt, vor denen die USA bereits heute stehen: Streitkräfteeinsätze ohne Mandat der Vereinten Nationen; präventive und präemptive militärische Schläge, die von Angriffskriegen nicht oder kaum zu unterscheiden sind; oder gar die Mitverantwortung für den Einsatz von Nuklearwaffen in einem solchen Kontext. Mithin vor Situationen, in denen die NATO ihren eigenen Wertekodex verletzt würde – denn zu diesem gehört die Anerkennung der Gültigkeit des internationalen Rechts. Die Gipfel-Beschlüsse machen diesen zu einem Erfolg für George W. Bush, der wie so oft nach der Maxime auftrat: „Wenn Du das Maximale herausholen willst, dann muß Du

mehr fordern.“ Die Initiativen zu den wesentlichen Beschlüssen kamen aus den USA; die europäischen NATO-Staaten boten keine ernsthaften Alternativen an. Sie suchten lediglich, das aus ihrer Sicht Schlimmste zu verhindern. Washington konnte deshalb auch äußerst umstrittene Veränderungen durchsetzen. Die NATO wird damit wieder ein ganzes Stück amerikanischer und ganz nebenbei mußte die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einige schwere Torpedotreffer hinnehmen.

2. Neue globale Aufgaben

Obwohl die NATO nur einen Tag nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 den Bündnisfall ausrief, forderte Washington nur marginale militärische Beiträge von Brüssel und vermied es, die Allianz in strategische Entscheidungen über militärische Reaktionen einzubeziehen. Die NATO wird meist nur informiert oder konsultiert. Mit aller Macht versucht Lord Robertson seit Monaten, diesem Relevanzverlust entgegenzusteuern. Die NATO müsse die Bekämpfung des Terrorismus in das Zentrum ihrer Aktivitäten mit hineinnehmen. Der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen komme wachsende Bedeutung zu. Etlliches sei doch schon erreicht. So habe das Bündnis schon während der Außenminister-tagung im Mai 2002 endlich die „sterile Debatte“ um „Out-of-Area-Einsätze“ zu den Akten gelegt. Persönlich interpretierte Robertson die Aussage der Minister, das Bündnis benötige Streitkräfte, die schnell dahin verlegt werden können, „wo auch immer sie benötigt werden“. Dies besage, die NATO könne global agieren, „nach Erfordernis und wo nötig“ Einsätze durchführen“. Während das deutsche Außenministerium noch im September eine solche Interpretation für unzulässig erklärte, hat Robertson sich mittlerweile durchgesetzt. Die NATO kann weltweit agieren. Das Prager Kommuniqué

betont: Die NATO müsse die Fähigkeit haben, „den Herausforderungen gegen die Sicherheit unserer Streitkräfte, Bevölkerungen und unseres Territoriums“ zu begegnen, „wo immer diese auch herkommen mögen.“ Sie müsse auf Beschluß des NATO-Rates „Streitkräfte einsetzen können, die schnell überall dahin verlegt werden können, wo sie benötigt werden.“ Das „volle Spektrum der Aufgaben“ der Allianz umfaßt nun „die Bedrohung, die der Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie deren Trägersystemen“ darstellen. Das Bündnis übernimmt auch gleich erstmals eine globale Aufgabe: Wenn das Deutsch-Niederländischen Korps in Kürze die Führung der ISAF-Mission in Afghanistan übernimmt, dann wirkt die NATO mit. Es ist der globale Präzedenzfall für die Allianz. Seit Monaten betont Robertson, die NATO könne jetzt eine „führende Rolle“ bei der Bekämpfung des Terrorismus übernehmen und ihre militärischen Fähigkeiten anderen internationalen Organisationen und Koalitionen von Fall zu Fall zur Verfügung stellen. Ein vom Militärausschuß erarbeitetes „Militärisches Konzept zur Verteidigung gegen den Terrorismus“ wurde beim Prager Gipfel gebilligt. Die neuen Aufgaben werfen neue Probleme auf. Die USA haben ihre nationale Strategie deutlich verändert – zuletzt durch eine neue Nationale Sicherheitsstrategie. Diese schließt es bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht aus, selbst anzugreifen, bevor die USA angegriffen werden können. Dafür stehen die Begriffe „präemptive Schläge“ und „defensive Intervention“. Der amerikanische Begriff „pre-emptive strikes“ umfasst zweierlei. Zum einen meint er ein präventives Vorgehen, zum Beispiel die Zerstörung gegnerischer Raketenabschussrampen, unmittelbar bevor mit diesen ein Angriff durchgeführt werden soll. Zweitens sind vorbeugende, präemptive Angriffe gemeint, Angriffe, mit denen das Entstehen längerfristiger Bedrohungen verhindert werden sollen, also zum Beispiel der Bau von Massenvernichtungswaffen. Israels weltweit kritisierte Bombardierung des irakischen Atomreaktors Osirak ist ein Beispiel. Doch Washington geht noch weiter: Selbst der Einsatz nuklearer Waffen wird durch die Bush-Administration bei solchen Einsätzen nicht ausgeschlossen. Das wurde Anfang des Jahres deutlich, als der geheime Nuclear Posture Review an die Öffentlichkeit gelangte. Schon seit einigen Jahren beschränken die USA ihre nationale nukleare Einsatzplanung zudem nicht mehr auf Staaten. Auch „nicht-staatliche Akteure“, z.B. Terroristen, religiöse Extremisten oder transnationale Konzerne, die den Versuch machen, sich Massenvernichtungswaffen zuzulegen, könnten Ziele für einen Nuklearangriff sein. Damit gerät die NATO in ein Dilemma. Sie hat – wie so oft in der Vergangenheit – mit zeitli-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

cher Verzögerung ihre Strategie den Entwicklungen US-Strategie im Grundsatz angepaßt. Wie weit diese Anpassung im Einzelnen geht, ist noch unklar, zumindest in der Öffentlichkeit. Nur soviel ist klar: Schwerwiegende Probleme mit der völkerrechtlichen Legitimität künftiger NATO-Planungen drohen. Weder präemptive Angriffe noch gar der Einsatz nuklearer Waffen, möglicherweise gar unter Rückgriff auf die nukleare Teilhabe, wären völkerrechtlich gedeckt.

Man stelle sich vor: Washington will präemptiv das existierende bzw. entstehende Massenvernichtungswaffenpotential eines Staates oder eines nichtstaatlichen Akteurs zerstören. Die Planer im Pentagon glauben, daß dies gesichert nur mit einer Nuklearwaffe gelingen kann. Da dies aber völkerrechtlich und im Lichte der internationalen öffentlichen Meinung sehr umstritten wäre, entschließen sich die USA, die NATO um Solidarität und Mitwirkung zu bitten. Als Gemeinschaft von 19, künftig 26 demokratischen Staaten, lasse sich der Angriff besser verteidigen. Die Flugzeuge, die den Angriff durchführen, sollen in einem NATO-Land starten, ein zweites soll Luftbetankungsmittel bereitstellen, ein drittes beim Begleitschutz durch Jagdflugzeuge helfen und ein viertes, nicht-nukleares Land gar durch die Bereitstellung eines Trägerflugzeugs für Nuklearwaffen. Unschwer ist zu erkennen, wie gravierend die Probleme für die europäischen NATO-Partner wären.

Die NATO liefe Gefahr, aktiv das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu schwächen. Die Auswirkungen auf das nukleare Nichtverbreitungsregime wären verheerend. Das Bündnis würde aktiv an der von der Regierung Bush initiierten Deregulierung der internationalen Beziehungen mitzuwirken, die viele der europäischen NATO-Staaten schon jetzt beklagen.

Ein kaum lösbares Dilemma, dem man in Brüssel nur mit Formelkompromissen oder selbstauferlegten Denkverboten vorläufig entkommen kann, wie es sich während und nach dem wegen politischer Kontroversen abgebrochenen Krisenmanagement-Manövers CMX02 erst im Frühjahr wieder zeigte. Antworten auf solche Fragestellungen finden sich nicht in öffentlichen Gipfeldokumenten. Eher schon in vertraulichen Papieren wie denen des Militärausschusses. Mithin: Dokumente wie z.B. das jetzt gebilligte „Konzept zur Verteidigung gegen den Terrorismus“ verdienen höchste Aufmerksamkeit.

Verteidigungsminister Peter Struck glaubt zwar, daß die NATO ein präventives oder präemptives Vorgehen auch in Zukunft ablehnen werde, da das Bündnis im Konsens entscheide. Doch das Konsensprinzip in der Allianz wird mit Blick auf die wachsende Mitgliederzahl immer mehr in Frage gestellt. Das Bündnis müsse jene, die zu bestimmten Schritten bereit sind, handeln lassen, wenn

es seine Bedeutung erhalten wolle – so lautet das Argument. Es gibt auch europäische Stimmen, die präemptives militärisches Handeln erwägen. Wolfgang Schäuble ist eine. Klaus Naumann, ehemals Vorsitzender des Militärausschusses der NATO eine andere: Wenige Tage vor dem Gipfel ging er davon aus, dass „die NATO in Prag die ersten Schritte in Richtung auf ein neues strategisches Konzept unternehmen wird, das Prävention und Präemption als Optionen, nicht aber als leitendes Prinzip“ enthalten sollte. Die NATO müsse über neue Wege entscheiden, gegen chemische, biologische oder nukleare „Angriffe auf unsere Streitkräfte und unsere Bevölkerungen“ zu reagieren. Dies sei mehr als Heimatverteidigung. „Das bedeutet, daß die Bedrohung da angegangen werden muß, wo sie entsteht, daß die NATO darauf vorbereitet sein muß, zu intervenieren, wo dies notwendig ist“, ohne ihre Grundausrichtung als Verteidigungsbündnis aufzugeben. Der Prager Gipfel gab Naumann weitgehend recht. Das Gipfel-Kommunique versucht zu beruhigen: Nein, die neuen Aufgaben der NATO sollten „von keinem Staat und keiner Organisation als Bedrohung wahrgenommen werden, sondern vielmehr als Ausdruck der Entschlossenheit unsere Bevölkerung, unser Territorium und unsere Streitkräfte vor jedem bewaffneten Angriff zu schützen, einschließlich terroristischer Angriffe, die von außen gelenkt werden“. Dies alles solle „in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Vertrag (d.h. dem NATO-Vertrag) und der Charta der Vereinten Nationen“ geschehen. Wie, das sagt das Kommunique allerdings nicht.

3. Neue militärische Mittel

Mit den militärischen Einsatzmitteln des Kalten Krieges lassen sich solche Aufgaben kaum bewältigen. Mit diversen Beschlüssen versucht der Prager NATO-Gipfel deshalb schnelle Abhilfe zu schaffen.

Erst im September hatte Donald Rumsfeld, der US-Verteidigungsminister, seinen NATO-Kollegen die Idee präsentiert, die NATO solle eine schnelle Eingreiftruppe für weltweite Interventionen aufbauen, die NATO Response Force (NRF). Der Truppe, 21.000 Mann stark, sollten die besten und modernsten Kräfte aller NATO-Staaten zugeordnet werden: Heeresverbände in Brigadegröße, Kampfflugzeuge für bis zu 200 Einsätze am Tag und Marinekräfte im Umfang einer der ständigen Einsatzflotten der NATO. Binnen 5 bis 30 Tagen solle sie weltweit einsetzbar sein, spezialisiert auf intensive Kampfhandlungen, solche wie sie nötig sind, um Interventionen wie in Afghanistan durchzuführen. Bis zu 30 Tage soll sie autonom kämpfen können. Mit dieser Truppe könne die NATO sich dann an US-geführten Operationen beteiligen. Bis Oktober 2006 soll sie einsetzbar sein. Der Prager NATO-Gipfel faßte den Beschluß die Truppe aufzubauen. Im Frühsom-

mer soll den Verteidigungsministern ein erster Bericht vorgelegt werden, wie sie aussehen soll.

Die zweite verabschiedete Initiative sind die „Prager Fähigkeitsverpflichtungen“ (Prague Capabilities Commitment, PCC). Mit diesen verpflichten sich vor allem die europäischen NATO-Staaten politisch verbindlich, zu festen Terminen bestimmte militärische Fähigkeiten in Kernbereichen wie dem Luft- und Seetransport, der Luftbetankung, der modernen Luft-Boden-Bewaffnung, der Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Gefahren oder im Bereich Führungssysteme bereitzustellen. Im Gegensatz zu der breiter angelegten Vorgängerinitiative DCI (Defense Capabilities Initiative) sollen die PCC vor allem auf den Bedarf der NRF und damit auf weltweite Einsätze hoher militärischer Intensität ausgerichtet werden. In Arbeitsgruppen wird an den einzelnen Fähigkeiten gearbeitet. Nicht jeder NATO-Staat muß zu allen beitragen. Arbeits- und Rollenteilung, so lauten die Zauberverbände, von denen man sich Fortschritt erhofft. Spanien kümmert sich um die Luftbetankung, Holland um Abstandswaffen. Deutschland leitet die Arbeitsgruppe strategischer Lufttransport. Unklar bleibt, ob sich hier vorrangig das Interesse der Bundeswehr spiegelt, die Bestellung von 73 (oder „nur“ 60) Militärtransportern vom Typ A400M zu rechtfertigen. Klar dagegen ist, daß bereits erste, exorbitant teure Angebote zum kurzfristigen Leasing amerikanischer Großraumtransporter vom Typ C-17 in Berlin vorliegen, mit dem die Zeit bis zum Zulauf der A400M ab 2009 oder 2012 überbrückt werden könnte. Möglich und erheblich billiger wäre es, Großraumtransportflugzeuge vom Typ Antonow 124 zu leasen, mit denen die Bundeswehr ihre Soldaten in Afghanistan zuverlässig und recht billig versorgt.

Eine dritte Gipfel-Initiative stärkt die Fähigkeit der NATO zur Abwehr von Angriffen mit biologischen, chemischen, radiologischen und nuklearen Waffen auf Streitkräfte und Territorium der Mitglieder. Das Vorhaben, das auf den ersten Blick wie eine logische Konsequenz des Risikos terroristischer Angriffe erscheint und auf die Stärkung von ABC-Abwehrfähigkeiten und Zivilschutz ausgerichtet ist, wurde jedoch breiter angelegt. Hier verbergen sich auch Pläne zur Raketenabwehr für die Streitkräfte, Bevölkerungen und das Territorium der NATO-Länder. Erstmals geht die NATO über Studien zur taktischen Raketenabwehr hinaus. Jetzt sollen die Abwehrmöglichkeiten gegen Flugkörper mit mehr als 3000 km Reichweite untersucht werden. Damit stellt die Allianz sich auch offen die Frage, ob Teile des amerikanischen Raketenabwehrschirmes, einschließlich Abfangraketen in anderen NATO-Staaten aufgestellt werden sollen. Unklar ist noch, ob sich hinter dieser Initiative zusätzlich eine weitere Facette der Diskussion über

präventiven und präemptiven militärische Optionen des Bündnisses verbirgt – Arbeiten zu den Möglichkeiten des Bündnisses, Massenvernichtungswaffen, und deren Trägersysteme sowie Produktionsanlagen vorbeugend auszuschalten.

Viertens machte der Prager Gipfel Vorgaben für eine neue, straffere, flexiblere und einsatzorientierte Kommandostruktur. Eine heikle Aufgabe, geht es doch für jeden NATO-Staat um Einfluss, den Anteil an gut dotierten Posten und um die Hauptquartiere auf seinem Boden. Bis Sommer 2003 soll der Militärausschuss einen Vorschlag unterbreiten, wie die NATO mit deutlich weniger Kommandobehörden militärisch flexibler agieren kann. Darum ist er kaum zu beneiden. Eine Reform der Kommandostrukturen muß die Ansprüche der künftigen NATO-Mitglieder berücksichtigen. Das wirkt gegen das Ziel der Straffung. Zum anderen hat die Reform der nationalen Kommando-Struktur der USA in Brüssel Probleme ausgelöst. Die NATO verliert demnach ihren wichtigsten Stab in den USA, SACLANT. Der ist dem NATO-Oberbefehlshaber SACEUR gleichgestellt, befiehlt die Seestreitkräfte im Atlantik und im Krieg auch die assignierten strategischen Nuklear-U-Boote, den Kern der NATO-Nuklearabschreckung. Ein operativ-strategisches Oberkommando sei genug, argumentierte Washington. Doch SACLANT ist auch Symbol für die Aufgabe der NATO, zur Verteidigung der USA beizutragen. Ein Signal, dass die NATO zur Verteidigung der USA nicht länger gebraucht wird? Washington bot angesichts europäischer Widerstände an, SACEUR zum einzigen operativen Oberkommando der NATO weiterzuentwickeln, zu einem Strategic Command for Operations. SACLANT dagegen solle in ein strategisch „funktionales“ Oberkommando umgewandelt und künftige NATO-Einsatzkonzepte, Operationsformen und Bewaffnungs- und Ausstattungsoptionen planen – das Strategic Command for Transformation. So beschloß es der NATO-Gipfel, obwohl mancher Europäer fürchtet, der Kompromiß sei ein Danaergeschenk.

Weitere Änderungen der Kommando-Struktur dienen vor allem einer effektiveren, schnelleren Einsatzführung. Das operative Oberkommando soll von zwei teilstreitkräfteübergreifenden Hauptquartieren unterstützt werden, aus denen je ein multinationales teilstreitkräfteübergreifendes Einsatzhauptquartier (CJTF-HQ) herausgelöst werden kann, sowie durch ein kleineres, seegestütztes Einsatzhauptquartier. Die Zahl der anderen NATO-Hauptquartiere und der Luftraumüberwachungs- und -führungszentren wird deutlich reduziert.

4. Europas Bedenken

Obwohl die meisten amerikanischen Initiativen von den europäischen Staaten in Prag im Grundsatz begrüßt wurden, gab es sub-

stantielle Bedenken. Außenminister Joschka Fischer ließ sie in einer Regierungserklärung kurz vor dem NATO-Gipfel erkennen. Zur NRF, dem Kernstück der Initiativen, formulierte er drei Voraussetzungen: Erstens müsse die Entscheidung über den Einsatz der Truppe beim NATO-Rat liegen, also einstimmig fallen. Zweitens sei eine deutsche Einsatz-Beteiligung nur nach einem Beschluß des Bundestages möglich. Die nationale Rechtslage in den NATO-Staaten müsse beachtet werden. Drittens müsse das Vorhaben mit dem Aufbau europäischer Krisenreaktionskräfte vereinbar sein. Unter diesen Voraussetzungen werde man der Ausarbeitung eines Konzeptes für die NRF zustimmen. Dahinter standen handfeste Befürchtungen. Fischer wollte verhindern, dass die NATO-Truppe auf Anforderung durch die USA oder andere NATO-Länder schnell und ohne die zeitraubenden Beschlussfassungsmechanismen der NATO eingesetzt werden kann. Er wollte dafür sorgen, dass z.B. der deutsche Parlamentsvorbehalt gewahrt wird, nahm aber zugleich billigend in Kauf, daß nun der Druck, mittels eines deutschen Entsendegesetzes Entscheidungsfindung in Deutschland zu beschleunigen, wächst. Diesen beiden Bedenken trägt das Gipfelkommunique jedoch Rechnung.

Schließlich die dritte Voraussetzung, die Vereinbarkeit mit den europäischen Krisenreaktionskräften: Das Kommunique postuliert diese solle gewahrt werden. Doch die Realität dürfte ganz anders aussehen.

Wird die NRF aufgestellt, so werden – wegen der Rotation – mindestens 60.000 der besten Soldaten dafür benötigt. Soldaten, die zumeist auch für die europäischen Krisenkräfte vorgesehen sind und den Kern der Einsatzfähigkeit der künftigen EU-Truppe berühren. Die Bundesrepublik plant beispielsweise, ihren Beitrag aus dem selben Pool von 18.000 Soldaten zu stellen, der auch für EU-Einsätze vorgesehen ist. Würde die NRF häufig angefordert oder wären ihre Kräfte auch nur oft in Bereitschaft, so stünden sie für EU-Einsätze kaum zur Verfügung. Genau dies dürfte aber eintreten. Die weltweite Bekämpfung des Terrorismus und die globale Unterstützung Washingtons können leicht eine Dauerbeschäftigung für die NRF sein.

Zudem: Um die Zusammenarbeit mit den US-Truppen zu gewährleisten, müssen die NRF-Verbände nach US-Vorbild modernisiert werden. Mit anderen Worten: Damit sie auch weiterhin im EU-Rahmen eingesetzt werden können, müssen auch die restlichen EU-Krisenkräfte verstärkt nach US-Vorbild modernisiert werden. Spötter bezeichnen deshalb die Prague Capability Commitments bereits als BAC, als „Buy American Commitments“, und sehen in dem Oberkommando für Transformation eine Werbeagentur für die Transformation „the American way“.

Der Aufbau autonomer EU-Fähigkeiten dürfte sich also zumindest verteuern, wenn er nicht gar weitgehend durch die NATO absorbiert wird. Zudem droht eine für die Europäer unliebsame Arbeitsteilung: Während die NATO sich auf globale Kampfeinsätze unter Führung der USA spezialisiert, müßten die EU-Krisenkräfte jene Aufgaben übernehmen, die die USA nicht interessieren: Friedensmissionen und das ungeliebte, weil langwierige Nation-Building nach Interventionen.

Trotz all diese Zugeständnisse an die USA würde Europa aber keine Gewähr dafür haben, dass die USA ihre europäischen NATO-Partner in der alles entscheidenden Frage berücksichtigen: Es gibt keine Garantie, dass Washington Europa strategische Mitsprache in der Frage gewährt wie mit Krisen umgegangen soll.

5. Der NATO-Gipfel und die ESVP

Anfang 2003 sollte sie endlich einsatzbereit sein, die 60.000 Mann starke Truppe, die der Europäischen Union eine autonome Möglichkeit zu militärischem Krisenmanagement verschaffen soll. Daraus wird nichts. Der erste Einsatz – die Übernahme der Friedensmission in Mazedonien – ist vertagt. Die NATO bleibt für sechs weitere Monate. Im Februar wird die Lage überprüft. Und warum die Verzögerung? Immer noch gibt es keine Einigung zwischen der NATO und der EU darüber, ob und unter welchen Bedingungen die EU auf die Planungskapazitäten und andere militärische Mittel der Allianz zurückgreifen kann. Der für Prag geplante EU-NATO-Gipfel wurde abgesagt. Verhindert wird die Einigung durch einen bizarren griechisch-türkischen Streit. Oder besser gesagt dadurch, daß die Türkei die Europäische Union vorführt, um nicht zu sagen grillt.

Ankara stellt auf zwei Feldern Bedingungen, droht mit seinem Veto in der NATO, die den beabsichtigten Verträgen mit der EU einstimmig zustimmen muß. Da ist zunächst der NATO-EU-Vertrag, der der EU einen garantierten Zugang zu den Planungskapazitäten der NATO sichern und dafür sorgen soll, daß die EU diese NATO-Fähigkeiten nicht dupliziert. Hier wurde zwar Einigkeit erzielt, daß bei Operationen, bei denen die EU auf NATO-Fähigkeiten zurückgreift, auch alle NATO-Staaten das Recht zur Beteiligung an der EU-Operation und damit ein Mitspracherecht haben, nicht aber, was geschieht, wenn die EU autonom agiert, d.h. nicht auf die Fähigkeiten der NATO zurückgreift. Die Türkei will auch dann ein Mitspracherecht – unter anderem wegen der Streitigkeiten in der Ägäis und um Zypern. Griechenland droht mit seinem Veto, wenn die türkischen Forderungen erfüllt würden. Ein Spiel, daß seit Jahr und Tag funktioniert und beliebig fortgeführt werden kann.

Zum zweiten geht es um das Sicherheitsabkommen zwischen der NATO und der EU, mit

dem die militärischen Geheimnisse der NATO geschützt werden sollen. Der Abschluß ist Voraussetzung dafür, daß die EU die Mazedonien-Mission übernehmen kann, in der sie mit NATO-Kommandobehörden zusammenarbeiten und auf Aufklärungsergebnisse der NATO zurückgreifen würde. Auch hier droht die Türkei mit einem Veto. Ankara fordert, daß dieses Abkommen nur für die heutigen Mitglieder der EU gilt. Die Gültigkeit für die EU-Beitrittskandidaten soll unter Zustimmungsvorbehalt der NATO stehen. Mithin, unter türkischem Vorbehalt. Denn Zypern ist Kandidat für den EU-Beitritt. Und die Türkei drängt, endlich eine zeitlich klare Beitrittsperspektive eröffnet zu bekommen.

Frankreich forderte zwar immer wieder, die EU möge die Mazedonien-Mission auch dann unternehmen, wenn die türkische Blockade fortbestehe. Notfalls müsse die EU begrenzte eigene Planungskapazitäten aufbauen. Doch dazu konnten sich die EU-Staaten bislang nicht durchringen. Großbritannien ist zwar für den Aufbau der EU-Krisenkräfte, will deren Aufgabe aber am liebsten möglichst lange auf Friedensmaßnahmen begrenzen. Kampfaufgaben sollen von der NATO erfüllt werden. Andere europäische Staaten – darunter die Bundesrepublik – argumentieren, daß eigene EU-Kapazitäten, also eine Dopplung der NATO-Fähigkeiten, Geld und Zeit kosten. Ein „Satz an Fähigkeiten“, aus dem sich EU und NATO bedienen, sei die beste Lösung. Mithin, der EU fehlt der gemeinsame politische Wille, das türkische Veto zu umgehen. Statt dessen wird das Prinzip Hoffnung proklamiert: Die Türkei werde schlußendlich schon einlenken.

Derweil können drei Akteure sich freuen. Solange der Streit währt, kann sich Großbritanniens Premier Blair gewiß sein, daß das „Schreckgespenst“ einer Europäischen Armee und Verteidigung samt Einschränkung der britischen Souveränität in die ferne Zukunft gehört. Der NATO-Generalsekretär darf sich gewiß sein, daß am Vorrang der NATO in der europäischen Sicherheitspolitik nicht ernsthaft gerüttelt wird. Beide gemeinsam dürfen sich mit US-Präsident Bush über die Ergebnisse des Prager NATO-Gipfels freuen. Die stellen sicher, daß in der europäischen Sicherheit weiterhin nichts ohne die NATO geht.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt zahllos; die EU-Krisenkräfte können weiter nicht eingesetzt werden. Das dürfte bei George W. Bush ein Schmunzeln ausgelöst haben. Europas Nationen haben ihm die fähigsten Teile ihrer Krisenkräfte für die NATO-Interventionstruppe zugesagt und versprochen, vorhandene Finanzmittel vorrangig für diese Truppe einzusetzen. Er kann sich nun zurücklehnen. Die militärische Unterstützung für Washington ist gesichert; was aus dem eigenständigen Krisenmanagement der EU wird und damit aus Europas Anspruch, nicht nur mitmachen,



sondern auch mitentscheiden zu können, das wird man angesichts knapper Kassen sehen. Selbst wenn das Geld aufgebracht würde: Modernisiert wird in Europa jetzt wohl nach amerikanischem Gusto.

6. Die Osterweiterung

Zehn Kandidaten standen vor der Tür, sieben bekamen die Einladung zum Beitritt: Die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen, die Balkan-Staaten Slowenien, Bulgarien und Rumänien sowie die Slowakei. Außen vor bleiben vorläufig Kroatien, Albanien und Mazedonien. Der „big bang“, die große Erweiterung wird realisiert. Im Frühjahr 2004 sollen die Beitritte – etwa zeitgleich zur Erweiterung der EU – bei einem erneuten Gipfels in Washington rechtswirksam vollzogen werden.

Erstaunlich ist, wie geräuschlos die zweite Erweiterung der Allianz vonstatten ging. Kein ausgedehnter Streit mit Rußland, keine öffentliche Diskussion über die Frage, ob die Baltischen Staaten im Ernstfall überhaupt verteidigt werden könnten, keine strategische Debatte, ob hier nicht zu vielen oder zu schwachen Kandidaten eine Beistandsgarantie gegeben werde.

Wesentliche Ursachen dafür liegen in Washington. Die Regierung Bush weist der NATO in Europa eine veränderte Rolle zu. Hier liegt die Bedeutung der NATO zunehmend im Politischen und weniger im Militärischen. Es wird immer unwahrscheinlicher, daß das Bündnisgebiet in einem klassischen Krieg verteidigt werden muß. Global kann die Allianz Washington begrenzt militärische Schützenhilfe leisten, ist aber kaum der unverzichtbare Partner, dem die USA ein Mitspracherecht einräumen müssen, wie mit einer Krise umgegangen werden soll. Die Kooperation wichtiger NATO-Staaten kann auch bilateral sichergestellt werden.

In Europa soll die NATO deshalb zum einen die Integration der mittel-, ost- und südost-

europäischen Staaten in die westlichen Institutionen absichern und ein Wiederaufflammen der Kämpfe auf dem Balkan verhindern. Sie soll zweitens den Einfluß der USA auf die europäische Sicherheitspolitik sichern und dies in einem deutlich erweiterten geographischen Raum. Vor allem Rumänien und Bulgarien haben dabei strategische Bedeutung. Ihr Beitritt verbessert die Möglichkeit, westliche Interessen im Schwarzmeerraum zu vertreten. Für den Balkan lautet das Signal: Die Stabilisierung Südosteuropas ist dauerhaft Gemeinschaftsaufgabe. Die Aufnahme von sieben Staaten auf einen Streich sichert Washingtons Einfluß in Europa nicht zuletzt auch deshalb, weil deren neue Eliten oft in den USA ausgebildet wurden.

Schließlich ist nach dieser großen Erweiterung klar, daß auf absehbare Zeit keine das Verhältnis zu Rußland politisch stark belastende Ausdehnung der NATO mehr ansteht. Das enthebt der Notwendigkeit, erneut über eine kompensatorische Vertiefung der Zusammenarbeit mit Rußland nachzudenken. Der 1997 eingerichtete, der Konsultation dienende Ständige Gemeinsame Rat wurde 2002 in einen NATO-Rußland-Rat umgewandelt, in dem im Konsens aller 20 Staaten auch gemeinsam Beschlüsse – z.B. zur Terrorismusbekämpfung – gefaßt werden können. Diese Art der Zusammenarbeit soll zunächst praktiziert werden. Als nächster Schritt – so die teils ernst gemeinte, teils spaßige Begründung – bleibe ja eh nur, Rußland die Vollmitgliedschaft zu offerieren. Doch damit lasse man sich besser viel Zeit.

Die NATO soll zwar für neue Mitglieder offen bleiben. Konkrete Maßnahmen aber, die weitere Staaten an den Beitritt zur NATO heranzuführen sollen, verlieren an Dringlichkeit. Ausgebaut werden soll dagegen die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen des Euro-Atlantischen Kooperationsrates. Viele Staaten, die für einen NATO-Beitritt auf absehbare Zeit nicht infrage kommen, spielen – wie die

zentralasiatischen Republiken – als Stationierungsländer bei Interventionen eine wichtige Rolle.

7. Tagesordnungspunkt oder nicht? – Der Irak

Lange wurde gerätselt, „Steht der Irak auf der Tagesordnung des Prager Gipfels oder nicht?“ Washington hat ihn zum Thema gemacht. Präsident Bush wünschte die politische Unterstützung der NATO für das weitere Vorgehen gegen den Irak und er bekam sie. Nach langem Ringen war klar: Die NATO unterstützt die jüngste UN-Resolution zum Irak, droht Saddam Hussein mit ernsthaftesten Konsequenzen, verzichtet auf eine direkte militärische Drohung, erwähnt aber auch

nicht explizit, daß im Falle irakischer Verstöße gegen die UN-Resolution der UNO-Sicherheitsrat das entscheidende Wort haben sollte. Quasi zeitgleich präsentierte die US-Regierung ihren Partnern bilateral die Frage, was sie zu einem neuen Krieg am Golf beitragen wollen.

Schweijk in Prag

Das weitaus heikelste Problem des Prager NATO-Gipfels lösten die tschechischen Gastgeber – ganz der nationalen Tradition verhaftet – nach der Methode Schweijk. Leonid Kuchma, der Präsident der Ukraine, war ungeladen zum Gipfel des Euroatlantischen Kooperationsrat angereist. Protokollarisches Ungemach dräute, hätte ihn doch die nor-

male Sitzordnung der NATO, an den englischen Staatsnamen orientiert, just neben jenen beiden Staatsmännern plaziert, die ihn partout nicht in Prag treffen wollten – Tony Blair und George W. Bush. Tschechiens Schwejk bewies seine NATO-Tauglichkeit und wußte Rat: Flugs wurde die zweite Amtssprache der Allianz bemüht – die Sitzordnung wurde an den französischen Staatsnamen orientiert. Und schon war der nötige Abstand wieder hergestellt.

spw 6/2002

Anmerkungen:

¹ Siehe zur Nationalen Sicherheitsstrategie der USA auch den Artikel von Klingbeil/Patuzzi in diesem Heft [Die Redaktion]

First they take Manhattan, than we take the world...

Von Lars Klingbeil und Mario Patuzzi

„Für die Auseinandersetzung mit den nichtstaatlichen Akteuren des neuen Terrors scheint die *grand strategy* ebenso ungeeignet wie das neue Arsenal des Pentagon. Bin Laden und seine Helfer sind der geballten Macht der U.S. Air Force offenbar auf Eselrücken gen Pakistan entkommen.“¹ Der Irak-Konflikt war ein mobilisierendes Thema für den Wahlkampf – und das nicht nur in Deutschland. Während Gerhard Schröder und seine rot-grüne Bundesregierung in den letzten Wochen des Wahlkampfes mit ihrer klaren Ablehnung eines Irak-Krieges punkten konnten, schaffte auch George W. Bush es, mit immer neuen Drohungen, militärisch gegen das Regime im Irak vorzugehen, bei den Parlamentswahlen in den USA erheblich Stimmen zu mobilisieren. Die Zwischenwahlen zum Kongress gelten in den USA als Abstimmungen über die bisherige Politik des US-Präsidenten. Nicht selten stärkten die amerikanischen Wähler bei den Zwischenwahlen die Opposition in Senat und Repräsentantenhaus, um die Machtkontrolle über den Präsidenten zu gewährleisten. Anders bei diesen Wahlen: Die republikanische Partei von Bush konnte nicht nur ihren Vorsprung im Repräsentantenhaus ausbauen, sie gewann auch die Mehrheit im Senat zurück. Passend titelte die Süddeutsche Zeitung: „Amerika

gibt Bush freie Hand für seine Politik“ (SZ, 07. November 2002). Der Irak-Konflikt hat im Wahlkampf für eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten geführt. Nicht selten musste sich Gerhard Schröder den Vorwurf anhören, seine Position zum Irak vertrete er nur aus Wahlkampfzwecken. Ob dies der Fall war, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Bemerkenswert ist jedoch, dass der Wahlkampf mit einem außenpolitischen Thema gewonnen werden konnte. Es ergibt sich hier die Frage, wie tiefgehend die Substanz der sicherheitspolitischen Differenzen zwischen Deutschland bzw. Europa und den Vereinigten Staaten, gerade was den Umgang mit dem internationalen Terrorismus anbelangt, eigentlich ist. Im Rahmen dieser Diskussion ist es notwendig, sich mit der neuen US-amerikanischen Strategie auseinander zusetzen. Nationale Sicherheitsstrategie der USA Seit 1996 sind die Präsidenten der Vereinigten Staaten verpflichtet, dem Kongress in regelmäßigen Abständen ihre nationale Sicherheitsstrategie vorzulegen. Am 20. September 2002 hat George W. Bush dem Kongress die „National Security Strategy of the United States“ (NSS) vorgelegt. Die Vorarbeiten begannen schon im Frühjahr 2002 unter Leitung der nationalen Sicherheitsberaterin

des Präsidenten, Condoleezza Rice. Das Strategiedokument ist vor allem von den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus geprägt. Der Bericht beschäftigt sich auf mehr als 30 Seiten mit der Sicherheitspolitik der USA. Themen wie die Bedeutung des freien Handels und der Entwicklungspolitik aber auch Gesundheit (AIDS) und die Reduzierung der Treibhaus-Emissionen werden als wichtig herausgestellt bei der Herstellung von Sicherheit. Trotz dieses erweiterten Sicherheitsbegriffes lässt sich die Strategie der USA größtenteils auf zwei Punkte reduzieren: Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. An diesen beiden Problemfeldern orientiert sich die *grand strategy* der USA. Als wichtiges Instrument haben die USA die Möglichkeit der Präventivschläge in ihrem Bericht festgeschrieben. Sie sollen künftig die Möglichkeit eröffnen, Krieg vorbeugend zu führen, um Bedrohungen von den USA abzuwehren. Bush hatte schon im Präsidentschaftswahlkampf 2000 die strategische Neuausrichtung der Sicherheitspolitik und die Neugestaltung und Modernisierung der Armee angekündigt. Auch in zahlreichen Reden von ihm und wichtigen Kabinettsmitgliedern nach dem 11. September 2001 wurde die Neuausrichtung der Strategie deutlich. In seiner vielbeachteten Rede im Juni 2002 vor der Militärakademie West Point sprach er sich für eine präventive Selbstverteidigung mit militärischen Mitteln aus. Auch wenn die NSS keine Überraschungen enthält, da sie

Lars Klingbeil, Jusos, Leiter der Internationalen Kommission, Hannover
 Mario Patuzzi, Jusos, Leiter AK-Frieden, Augsburg

lediglich die Sicherheitspolitik der letzten Monate niederschreibt und es diese strategischen Überlegungen auch schon vor dem 11. September gegeben hat, kann die Doktrin als „radikalste Neuordnung der amerikanischen Weltmachtspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges“ bezeichnet werden.² Vor allem das globalpolitische Konzept, dass sich aus der Strategie ablesen lässt, wird weitreichende Folgen für die Weltordnung haben.

Abschreckung durch Verwehru

In der bisherigen US-Doktrin spielte die reaktive Abschreckung durch Vergeltung eine wichtige Rolle. Die sicherheitspolitische Lage hat sich jedoch in den letzten Jahren komplett gewandelt. Nicht mehr die bipolare Welt mit zwei starken Staaten ist ausschlaggebend für die künftige Sicherheitspolitik. Es sind heute asymmetrische Bedrohungen, denen die USA gegenüberstehen. Nicht mehr in einem etwa gleichstarken Gegner mit ähnlichen Mitteln, sondern in feindseligen schwachen Staaten und nicht-staatliche Akteuren, wird eine Bedrohung gesehen. Bei Terroristen bzw. Führern von Schurkenstaaten, so die Sicherheitsstrategen der USA, ist die auf eine Vergeltungsdrohung setzende Form der Abschreckung nicht wirksam. Künftig soll daher auf Abschreckung durch Verwehren gesetzt werden. Terroristen sollen dabei nicht in die Lage kommen, eine Gefahr für die USA darzustellen. Auf die Innenpolitik bezogen bedeutet dies den Auf- und Ausbau neuer Geheimdienste, Heimatschutz und Raketenabwehr, außenpolitisch die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen, die Zerschlagung von Terrornetzwerken und wohl auch das Herbeiführen von Regimewechseln in den sogenannten Schurkenstaaten.

Andere Formen der Prävention, wie etwa die Stärkung der Nicht-Verbreitungspolitik, Abrüstungsmaßnahmen, die Stärkung kooperativer und multilateraler Strukturen auf internationaler Ebene werden nicht genannt. Auch Entwicklungshilfe oder gerechte Weltwirtschaftsbeziehungen, die dazubetragen würden, terroristischen Organisationen die gesellschaftliche Unterstützung abzugraben spielen eine eher untergeordnete Rolle in diesem Konzept.

Doktrin der präventiven Selbstverteidigung In der aktuellen Diskussion werden Prävention und Präemption nahezu gleich gesetzt. Was immer wieder von den USA als Präemption bezeichnet wird, bedeutet eigentlich Prävention. Zwischen beidem besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Präemption bedeutet, der Gefahr eines erkannten und unmittelbar bevorstehenden Angriffes zuvorzukommen. Prävention bedeutet dagegen, Bedrohungen, die noch nicht unmittelbar erkennbar sind, verhindern zu wollen. Ort und Zeit dieses Angriffs sind dabei ungewiss. Die UN-Charta erlaubt die Kriegsführung zur Selbstverteidigung jedoch nur für

den Fall eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs.

Wenn im Zusammenhang mit dem Irak immer wieder von einem *preemptive strike* gesprochen wird, ist dies nicht korrekt. Begründet wird die Notwendigkeit zur Präemption damit, dass man potentielle Gefahren für die USA abwehren muss. Die USA konnten bisher allerdings keine Bedrohung nachweisen, die akut vom Irak gegen andere Staaten ausgeht. Ein Angriff gegen den Irak wäre somit völkerrechtlich keineswegs legitimiert.

Wie widersprüchlich das Verhalten der USA ist, lässt sich am Beispiel Nordkorea zeigen. Während Nordkorea im Gegensatz zum Irak zugegeben hat, an Nuklearwaffen zu arbeiten, gibt es hier keine militärischen Drohungen seitens der USA. Stattdessen setzt man auf diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Druck. Deutlich wird hier, wie interessenorientiert die Sicherheitspolitik der USA ist. Was Präemption und was aber Aggression ist, wird nirgendwo definiert. Sollten die USA einen Präventivkrieg führen, würden sie einen weltweiten Präzedenzfall schaffen. Andere Staaten könnten sich zukünftig auf die USA berufen, wenn sie ebenfalls gegen potentielle Gegner vorgehen.

Globalpolitische Bedeutung der Strategie

Gestärkt von ihren ökonomischen, militärischen, technischen und kulturellen Ressourcen versuchen die USA die internationalen Beziehungen in ihrem Interesse zu strukturieren. Wie in der US-Außenpolitik abzulesen ist, geht es dabei auch um ökonomische und geostrategische Interessen. Die Bemühungen aller US-Administrationen in den letzten Jahren zielten darauf ab, die Machtposition der Vereinigten Staaten abzusichern und wenn möglich auszubauen. Die Clinton-Administration legte dabei größeren Wert auf eine Sicherung der ökonomischen Interessen, während Bush und seine Berater mehr geopolitischen und sicherheitspolitischen Überlegungen den Vorrang einzuräumen scheinen.

Mit der nationalen Sicherheitsstrategie hat sich die neokonservative Elite in den USA mit ihrer Forderung, die US-Hegemonie auszubauen und zu verewigen, durchgesetzt. Die USA wollen es potentiellen Rivalen nicht ermöglichen, zu ihnen aufzusteigen. Als Rivalen genannt werden in dem Papier vor allem China und Russland. Zu beiden hat sich das Verhältnis zwar verbessert, ihr Interesse an Machtmaximierung könnten jedoch eine Gefahr für die USA darstellen. Der geopolitische Kampf um die Golfregion ist zwar schon seit Jahren im Gange, er scheint sich momentan jedoch zuzuspitzen. Mit einem Regimewechsel im Irak könnten die USA ihre Vormachtstellung in der Region ausbauen und ihren Zugriff auf wichtige Ölreserven sichern.

Den USA geht es aber nicht nur darum, ihre Rivalen zu blockieren, sie wollen zudem ihre eigene Vormachtstellung ausbauen und ihre weltweite Interessendurchsetzung absichern. Sie wollen festlegen, was und wer auf dieser Welt gut und böse ist. Bei der Absicherung ihrer Hegemonie stützen sich die USA vor allem auf ihren rüstungspolitischen Vorsprung.

Rolle der internationalen Institutionen

Die Bush-Administration will bei künftigen Bedrohungen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einfordern. Sie hat allerdings auch deutlich gemacht, dass sie entschlossen ist, gegebenenfalls alleine zu handeln. In der Bush-Administration ist man sich offensichtlich uneinig über den Umgang mit internationalen Organisationen und internationalen Abkommen. Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungsabkommen werden keine hohe Bedeutung zugestanden und bestehende Verträge werden regelmäßig unterlaufen. In der Auseinandersetzung mit dem Irak war es vor allem Außenminister Powell, der gestärkt durch den Druck aus der Bevölkerung und der Kritik der europäischen Verbündeten, eine Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen forderte und letztendlich auch durchsetzen konnte.

Innerhalb der Nato haben die USA vorgeschlagen, eine NATO Response Force mit einem Umfang von 21.000 Soldaten zu schaffen, die innerhalb kürzester Zeit für Kampfeinsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes eingesetzt werden kann. Ob diese Truppe nach Ansicht der USA auch präventive Kämpfe führen soll, ist momentan noch unklar. Ebenso ist nicht klar, welche Konsequenzen eine NATO-Einheit für die Ausgestaltung der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben würde. Den Europä-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

ern werfen die USA vor, ihre neue Strategie nicht zu unterstützen, da sie sich in einem rüstungspolitischen Rückstand befänden und zudem moralisch entkräftet seien.

Transatlantische Differenzen

Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert eine strategische Differenz zwischen den USA und Europa im Umgang mit dem internationalen Terrorismus. Sie liegt darin, dass die USA Terroristen ihre Fähigkeiten zum Handeln nehmen wollen, während die Europäer ihr Ziel darin sehen, Terroristen die Motivation zu Handeln nehmen wollen.³ Diese Ziele liegen durchaus auf beiden Seiten vor, sie sind aber jeweils unterschiedlich stark ausgeprägt. Während die USA mehr auf rüstungspolitische und militärische Maßnahmen setzen, zielt die Strategie der Europäer (stärker) auf sozioökonomische und politisch-kulturelle Ursachen von Konflikten. Zudem drängen

die Europäer stärker als die USA auf eine Demokratisierung und Verrechtlichung des internationalen Systems.

Ob diese Differenzen lediglich in den unterschiedlichen Stärken der Akteure liegen und die Europäer daher nicht in der Lage sind, ihre Interessen so deutlich zu formulieren und durchzusetzen wie es die USA tun oder ob es grundsätzlich unterschiedlich transatlantische Ansätze gibt bleibt unklar. Eine Entwicklung, die die Europäische Union zu einem hochgerüsteten Akteur auf der Weltbühne werden lässt, sollte auf jedem Fall verhindert werden. Die Linke muss sich in den kommenden Jahren verstärkt der Diskussion widmen, welche Rolle die Europäische Union in der Welt spielen soll und vor allem welche Möglichkeiten die Europäische Union entwickeln soll, um politischen Druck auf die Vereinigten Staaten ausüben zu können. Wenn die Europäische Union gegenüber den USA und im globalen Machtgefüge ihre Ver-

handlungsmacht stärken will, ist sie dafür bisher schlecht vorbereitet. Dies hat zuletzt die uneinheitliche Vorgehensweise in der Diskussion um den Irak deutlich gemacht. Die Europäer müssten ihre Stärken bündeln statt die militärischen Schwächen zu kompensieren. Eine strategische Rivalität mit den USA ist weder gewünscht noch politisch sinnvoll. Es wird vielmehr in den nächsten Jahren darum gehen, die Stärken der Europäischen Union im internationalen Gefüge auszubauen und die EU als zivile Friedensmacht zu etablieren. Hier gilt es die USA herauszufordern.

spw 6/2002

Anmerkungen

- ¹ NAUMANN, Michael: Die Zeit, 46/2002
- ² SCHWARZ, Klaus-Dieter: „Amerikas Mission – Eine Analyse der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“, swp-Aktuell, Berlin Oktober 2002
- ³ DAUDERSTÄDT, Michael: „Die transatlantischen Differenzen im Kampf gegen den Terrorismus“ in: FES-Politikinfo, Referat Politikanalyse der Abteilung Internationaler Dialog, Berlin September 2002

Europa oder die USA:

eine wirkliche Option der russischen Außen- und Sicherheitspolitik ?

Dr. Peter W. Schulze

Die Scheidelinie zwischen alter und neuer Ökonomie, zwischen dem instabilen politischen System der Konstitutionsphase und der beginnenden staatlichen Neuordnung hat sicher die Finanz- oder Bereinigungskrise vom August 1998 gezogen. Generell lässt sich sagen, dass die russische Wirtschaft nach einer langen Stagnations- und Abschwungsperiode sich seit 2000 wieder in der Aufschwungphase befindet. Sie setzte zwar dem russischen Kasinokapitalismus der Anfangsphase ein Ende und mahnte eine Neuorientierung der Politik an, aber die Neuformierung einer neuen Machtelite begann noch in der Hülle der alten Machtverhältnisse. Gleichzeitig fand ein Paradigmenwechsel in der russischen Politik statt: die Konstitution staatlicher Autorität und die Wiederherstellung Russlands als Akteur der internationalen Politik traten an die Stelle demokratischer und marktwirtschaftlicher Ziele aus der frühen Transformationsperiode. Trotz eines eindrucksvollen Aufschwungs im Warenverkehr mit China und der fortschreitenden Integration in den Weltmarkt bleiben die Europäische Union und besonders Deutschland die wichtigsten Handelspart-

ner Russlands. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entwickeln sich zum gewichtigsten Faktor für die Außenorientierung des Landes. Damit werden aber zugleich Annahmen angesprochen, welche Interessengruppen die Formierung von außen – und sicherheitspolitischen Zielen beeinflussen. Bekanntlich strömen Öl und Politik in die gleiche Richtung. Für Russland gilt das auch für den Gasbereich, der durch Exporte und Kapitalbeteiligungen in Europa zu einer relevanten Scharnierstelle russisch-europäischer Kooperation wurde. Greifen wir den eingangs geäußerten Gedanken auf, das im Laufe der Transformation sowohl tragfähige und akzeptierte politische Institutionen entstanden sind und mehr Berechenbarkeit in die Politik Eingang gefunden hat, als auch die Wirtschaft sich

aus der tiefen Depression der 90er Jahre hat lösen können, so kann daraus gefolgert werden, dass sich mit der Konstitution einer neuen Machtelite auch erstmals im neuen Millennium eine eigenständige russische Außenpolitik formuliert wird, die stärker gesellschaftliche Interessen zum Ausdruck bringt.

Die ökonomische Transformation in Russland wurde begleitet von einer Neuorientierung der Außenpolitik in den 90er Jahren.

Rückblickend können in etwa drei Phasen im Formierungsprozess der russischen Außenpolitik seit 1991 unterschieden werden. Für alle drei Phasen gelten die Besonderheiten der Übergangsperiode, nämlich das starke Linkages zwischen der außen- und der innen-, aber insbesondere der wirtschaftspolitischen Entwicklung bestehen. Diese Phasen haben Grundhaltungen in der russischen Außenorientierung geschaffen, die zum Verständnis der jetzigen Politik in der Präsidentschaft Putins herangezogen werden müssen.

Die Phase der Westorientierung von 1991 bis 1993/95 war noch von den Anschubkräften des Gorbaschtowschen Reformkurses und weiterwirkenden Denkmustern der Bipolarität getragen. Trotz Auflösung der UdSSR und des wirtschaftlichen wie politischen Niederganges des postkommunistischen Raumes

Peter W. Schulze, Dr. habil., Politikwissenschaftler, Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation

verkörperte das neue Russland, nunmehr virtuell, die vormalige Macht der Sowjetunion. Diese Fiktion wurde zum normativen Kristallisationskern der sich umgruppierenden außen- und sicherheitspolitischen Eliten in der postsowjetischen Zeit. Obgleich privilegiert und internationalisiert wie keine andere Gruppe unter den übrigen Funktionseliten, blieb der Hunger nach „greatness, majesty, grandeur“ und der Rückfall in die fatale Falle der Selbstisolation, des Wagenburg-Denkens.

Als zweite Phase zeichnete sich eine *balancierte und geopolitisch diversifizierte „Realpolitik“* nach den Wahlen zur II. Staatsduma und dem Machtwechsel im russischen Außenministerium 1996 ab. Sie dauert in Grundzügen bis heute an, derzeit ist jedoch eine neue Gewichtung der Ziele zu erkennen. Der Kurs des damaligen Außenministers Primakow setzte auf „Diversifizierung“ und auf eine realistische Außenpolitik entsprechend den geopolitischen Gegebenheiten des Landes, um die einseitige Ausrichtung auf den Westen abzuschwächen.

Am Ende der Transformation hat sich eine *pragmatische Machtelite* konstituiert und schließlich hat sich nach den bitteren Erfahrungen auf dem Balkan und mit der NATO-Osterweiterung die Erkenntnis durchgesetzt, dass, um als Großmacht anerkannt zu werden, mehr dazu gehört als der nukleare Status. Diese Einsicht wird denn auch in zwei grundlegenden Dokumenten zur Außen- und Sicherheitspolitik des Landes unterstrichen, nämlich im „Konzept der Nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“ und in der „Militärdoktrin der Russischen Föderation“. Beide Doktrinen gehen von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus und definieren innenpolitische Prioritäten, nämlich die Stärkung des Rechtsstaates und staatliche Autorität sowie die fortschreitende demokratische und marktwirtschaftliche Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft als unabdingbare Voraussetzung für das Ziel, innere und äußere Gefährdungen abzuwenden und Russland einen gebührenden Platz unter den Großmächten zu verschaffen. In der 2002 vorgelegten Bedrohungsanalyse folgt die russische Politik amerikanischen Vorgaben und definiert erstmals auch ihre Bereitschaft zu pre-emptiven Militärfaktionen.

Damit wird der langjährige Richtungsstreit zwischen Westlern, Eurasiern und Isolationisten zwar nicht beigelegt, verliert aber an Schärfe. Die ideologisierte Intelligenz wird weiter dem Konzept der Multipolarität das Wort reden und in der Außenpolitik weiter „Strategische Partnerschaften“ suchen, aber die Gefahr einer Schaukelpolitik wie sie im Primakowschen Konzept der euroasiatischen, geostrategischen Option tendenziell angelegt war, scheint gebannt. Von der russischen Politik jedoch, kann weder eine erhöhte Konflikt- oder Risikoorientierung erwartet

Schaubild 1: Einflussfaktoren der russischen Außenpolitik, in % (Mehrfachnennungen)

- 91,0 – Präsident der Russischen Föderation
- 52,4 – Außenminister, seine Stellvertreter
- 47,6 – Präsidialverwaltung
- 36,7 – Öl- und Gasindustrie
- 26,7 – Führung der Staatssicherheit
- 22,9 – Militärisch-industrieller Komplex
- 14,8 – Medien
- 9,8 – Ausschüsse der Staatsduma
- 9,5 – Staatsduma
- 7,1 – Armeeführung
- 6,7 – Experten, Fachleute für internationale Beziehungen
- 5,2 – Föderationsrat

werden. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Reformaufgaben, die es innenpolitisch zu bewältigen gilt, erlauben es nicht, sich in außenpolitische Abenteuer zu verstricken. Mit Tendenzen der innenpolitischen Stabilisierung und weitaus wichtiger, der sozialen Differenzierung wie des Aufkommens starker partikularer wirtschaftlicher Interessengruppen wird zunehmend der Rahmen vorgezeichnet, in dem sich die russische Außenpolitik bewegen wird. Jenseits machtpolitischer Faktoren, scheint sich als Tendenz die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik abzuzeichnen.

Eine von der FES Moskau im Jahre 2001 durchgeführte Elitenbefragung stützt die Annahme, dass insbesondere der russische Energiesektor zu einem äußerst einflussreichen Faktor der russischen Außen- Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik entwickelt hat.

Nicht überraschend ist, dass die überwiegende Mehrheit (91%) der Befragten als wichtigste Schaltstelle der russischen Außenpolitik den Präsidenten der Russischen Föderation nennt. Ihm folgen mit deutlichem Abstand der Außenminister und die Präsidialverwaltung: Aber herausgehoben wird an vierter Stelle potentieller Einflussnahme bereits der Energiesektor¹ genannt. Andere potentielle Interessengruppen, wie die Gouverneure russischer Regionen, politische Parteien, die Ausschüsse des Föderationsrates usw., haben nach Überzeugung der befragten Experten kaum Einfluss oder diesen verloren. Diese Tendenz hat mehrere Ursachen. Erstens wuchsen das Ansehen und die Autorität des neuen Präsidenten. Zweitens wird die Außenpolitik heute entschiedener vom Kreml bestimmt und ihre Implementierung konsequenter von der Exekutive wahrgenommen. Gleichmaßen wurden nach den Wahlen zur letzten Duma (1999) und nach der Restrukturierung des Föderationsrates (2001) die Stellung und der Einfluss der beiden an-

deren Verfassungsorgane, Duma und Föderationsrat, schwächer. Der Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes ist in etwa gleich geblieben und letztlich kann auch ein Machtzuwachs der Sicherheitsdienste konstatiert werden.

Nationale Interessen und Ziele der Außenpolitik

Vergleicht man die Ergebnisse dieser und der anderen Studien, so zeigt sich, dass pragmatische, realistische Orientierungen bei der außenpolitischen Elite in den vergangenen fünf bis sieben Jahren imperiale Träume zurückgedrängt haben.

Seit 1993 hat sich der Anteil derer, die glauben, dass Russland in absehbarer Zukunft zu den fünf am höchsten entwickelten

Staaten der Welt gehören wird, mehr als halbiert. Die Zahl derjenigen, die dafür eintreten, dass Russland auf globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung seiner inneren Probleme konzentrieren sollte, stieg um das Sechsfache. Parado-

Am Ende der Transformationsperiode hat sich eine pragmatische Machtelite konstituiert, die sich auch in der Außenpolitik bemerkbar macht.

xerweise wuchs aber auch die Anhängerschaft der Supermächsideologie. Nicht erstaunlich ist, dass sich die meisten von ihnen unter den Anhängern der LDPR und KPRF befinden.

Tabelle Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll und die im nationalen Interesse liegen, in %

Die außenpolitische Elite, besonders die Analytiker, haben sich offenbar damit abgefunden, dass Russland auf absehbare Zeit nicht zur ersten Liga der internationalen Gemeinschaft gehören wird.

Zugleich werden die Unterschiede zwischen Traditionalisten/Eurasiern und Westlern deutlich. Bemerkenswert ist, dass jene Experten, die eine Integration Russlands in die westliche Gemeinschaft befürworten, zugleich „isolationistische“ Positionen vertreten, denn ein Drittel von ihnen ist davon überzeugt, dass Russland sich auf die Lösung

Schaubild 2: Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll und die im nationalen Interesse liegen, in %

Ziele	1993	1996	2001
Den Status der Supermacht, wie es die UdSSR war, wiedererlangen	4	7	13
Zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt zu gehören	55	57	21
Zu den 10-15 entwickelten Staaten wie Spanien, Südkorea, Brasilien etc. zu gehören	30	24	28
Führungsposition im Rahmen der GUS erreichen	6	6	5
Auf jegliche globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung innerer Probleme konzentrieren	4	2	24
Keine Antwort	1	3	9

seiner inneren Probleme konzentrieren sollte. Außenpolitischer Aktionismus ohne eine materielle Basis wird von ihnen nicht befürwortet.

Danach nimmt die Schaffung einer strategischen Partnerschaft mit führenden asiatischen Mächten und namentlich mit China nach wie vor einen zentralen Platz ein. Nahezu gleichrangig trat der Wunsch nach einem partnerschaftlichen, strategischen Verhältnis mit der Europäischen Union hinzu. In diesem Bereich der Westpolitik fand eine deutliche Umorientierung statt. Sie vollzog sich auf Kosten der strategischen Partnerschaft zu den USA.

Russische Politik im „nahen Ausland“ und gegenüber ehemaligen Bündnispartnern der UdSSR

Der Paradigmenwechsel in der russischen Innen- und Außenpolitik spiegelt sich, verstärkt durch den 11. September 2001 und durch den Krieg in Tschetschenien, in den Bedrohungsanalysen wider. In der erwähnten FES Studie wird zwar die NATO-Osterweiterung noch an hervorragender Stelle genannt, doch bereits von der Furcht vor dem internationalen Terrorismus überschattet. Diese Entwicklung hat sich seither und besonders durch die Moskauer Geiselnahme vom Oktober 2002 verschärft.

Selbst in früheren Vorstellungen spielte die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten, GUS, kaum eine prominente Rolle in der russischen Politik. Als Handelspartner von geringem Interesse und durchzogen von politischen Konflikten suchte die russische Politik mit der Konzeption des „nahen Auslands“ zunächst eine befriedete Zone russischen Einflusses zu schaffen, die notfalls durch mili-

tärische Interventionen stabilisiert werden sollte. Ansätze, wie die Politik des früheren Außenministers und späteren Premierministers Primakow, eine differenzierte Strategie für den GUS-Raum zu entwickeln sowie die Beziehungen zu traditionellen Partnern der alten UdSSR wieder zu beleben, scheiterten letztlich an der wirtschaftlichen und politischen Schwäche des neuen Russland.

Eine neue Situation ergab sich als Folge des 11. September 2001. Mit dem Erscheinen der USA als Akteur in postsowjetischen Raum der GUS, durch den Krieg gegen das Taliban-Regime und durch die Verschärfung des amerikanischen Drucks auf das Regime im Irak sowie durch die verheerende Krisenspirale im Nahen Osten geriet die russische Politik unter Handlungsdruck. In Ermangelung fehlender Konzeptionen für die GUS, aber

auch für die Krisenregionen des Golf-Raumes und des Nahen Ostens, kaprizierte sich die russische Politik auf Nachahmung der US-amerikanischen Vorgaben und bot sich selbst als Bündnispartner an. Der vormalig prädominant als innenpolitischer Konflikt definierte Krieg in Tschetschenien, wurde nunmehr urplötzlich als Teil im Kampf gegen den internationalen Terrorismus umgedeutet. Damit gelang es der russischen Politik sich internationalem Druck gegen die beständigen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen partiell zu entziehen und sich zudem in die internationale Allianz gegen den Terror mit eigenen Interes-

sen einzubringen. Die Logik dieses Richtungswechsels war bestechend einfach und bislang erfolgreich.

Mögliche innenpolitische Gegner einer zu starken Öffnung zum Westen, insbesondere zur USA, der in der zurückliegenden Periode imperiale Absichten im Kaspischen, Zentralasiatischen und im Raum des Kaukasus unterstellt wurden, konnten über die anti-terroristische Rhetorik eingefangen und neutralisiert werden. Außen- und sicherheitspolitisch erlangte die russische Politik erweiterten Handlungsspielraum, ohne dass diese selbst zum aktiven Impulsgeber der internationalen Politik wurde oder sich dem amerikanischen Interessen bedingungslos unterordnen musste.

Im Gegenteil: erstmals seit der anfänglichen Euphorie nach dem Zerfall der UdSSR sah sich das Russland umworben und nicht in Gefahr, in Europa ausgegrenzt zu werden, wie der NATO-Osterweiterung unterstellt wurde.

Die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien und der Einsatz amerikanischer Militärberater für die georgische Armee, stieß demzufolge auch innenpolitisch kaum auf nennenswerte Proteste. Das russische Einverständnis wurde eher als kühl kalkulierter Schachzug zuvorderst des Präsidenten interpretiert, dem es vorerst gelungen sei, sich

Es scheint sich die Tendenz einer Ökonomisierung der russischen Außenpolitik orientiert an Interessen des Energiesektors herauszubilden.

der amerikanischen Weltmacht zu bedienen und die Front der Kritik gegen die russische Kriegsführung in Tschetschenien zu spalten.

An diesem Punkt schimmert der Interessenzusammenhang der russischen Außenpolitik durch: Das Pri-

mat der Innenpolitik behält auch in dieser Region seine Bedeutung.

Im Grunde genommen weicht die russische Haltung im Irakkonflikt von dieser Position nicht ab. Gemeinsam mit europäischen und asiatischen Kritikern einer eindeutig militärischen Lösung des Konflikts, wie sie von den USA angestrebt wird, zielt die russische Politik auf Wahrung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen in dieser Region. Dabei geht es im Kern um Sicherung gleichberechtigter Zugangsrechte für die Erkundung, Ausbeutung und Vermarktung irakischer Ölvorkommen. Russische Ölkonzerne sind aber nicht nur an der Vermarktung irakischen Öls beteiligt, wie es das UN-Sanktionsregime erlaubt. Darüber hinaus sind Investitionsvorhaben in Höhe von ca. 30 Mrd. US Dollar russischen Konzernen von der irakischen Regierung in Aussicht gestellt worden. Um diesen zukünftigen Markt geht es schließlich und hier kann es zu potentiellen Konflikten im russisch-amerikanischen Verhältnis kommen. Denn, werden die russi-

Schaubild 3: Ziele, die Russland in den nächsten 10-15 Jahren anstreben soll und die den nationalen Interessen entsprechen, Unterscheidung nach Westlern und Traditionalisten/Eurasiern in %

Ziele:	Traditionalisten/Eurasier	Westler
Den Status der Supermacht, wie es die UdSSR war, wiedererlangen	23,7	3,6
Zu den fünf am höchsten entwickelten Staaten der Welt zu gehören	25,8	16,9
Zu den 10-15 entwickelten Staaten wie Spanien, Südkorea, Brasilien etc. gehören	24,7	32,5
Führungsposition im Rahmen der GUS erreichen	4,1	6,0
Auf jegliche globale Ambitionen verzichten und sich auf die Lösung interner Probleme konzentrieren	15,5	33,7
Andere Meinung	5,2	4,8
Keine Antwort	1,0	2,4

schen Interessen nicht oder nur unvorteilhaft bedient, kommt es zudem zu einer hegemonialen Aufteilung der Ölvorkommen mit Folgen für die Preisentwicklung auf den Energiemärkten, also zum Rückgang der Ölpreise auf breiter Front, könnten sich für die russische Wirtschaft und für das Staatsbudget erhebliche negative Konsequenzen ergeben. Die Wachstumsprognosen würden bei einem Verfall der Ölpreise erheblich reduziert werden müssen.

Dies wiederum würde in einem Wahljahr, im Dezember 2003 wird die Staatsduma gewählt und im März 2004 stehen Präsidentschaftswahlen an, politische Auswirkungen haben.

Folgt man den Annahme einer pragmatischen, von nationalen Interessen determinierten russischen Außenpolitik, muss bezweifelt werden, dass die russische Politik zum willfähigen Objekt amerikanischer Interessen wird oder sich in die Sackgasse hinein zwängen lässt, zwischen den USA und Europa zu wählen.

Russland hat ohne große außen- und sicherheitspolitische Entwürfe vorzulegen in den vergangenen Jahren der Transformation ei-

nen sehr pragmatischen realpolitischen Kurs gesteuert, der arbeitsteilig versucht unterschiedliche Interessenlagen in der internationalen Politik miteinander zu vereinen.

Die oft als störend und moralisch, aber perspektivlos gebrandmarkte europäische Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien ist letztlich weniger bedrohlich, weil sie trotz aller Kritik die Lösung des Problems anmahnt als die unberechenbaren Folgen der amerikanischen Politik in der Golfregion. Seit mehreren Jahren bereiben sie eine dezidierte internationale Strategie der Marktpenetration in Süd- und Zentraleuropa und sind an der Ausweitung des Handels mit China beteiligt. Im kaspischen Raum spielen sie eine zunehmend wichtigere Rolle und ha-



ben sich nach den Ereignissen vom September 2001 in die pipeline-Diskussion gut einbringen können. Beispielsweise hat der russische LUKoil-Konzern in die Ölexploration im Irak (West Quarna Feld) investiert und hat Explorationsabkommen mit Algerien, dem Sudan und Libyen abgeschlossen. Mit Venezuela sind Kooperationsabkommen abgeschlossen worden.

spw. 6/2002

Seattle, Genua ... und jetzt Florenz

Eine Bilanz des ersten Europäischen Sozialforums in Florenz

Peter Wahl

Die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ist ungebrochen. Das erste Europäische Sozialforum (ESF) vom 6. bis 9. November in Florenz hat dies überaus eindrucksvoll bestätigt. Mit der Demonstration von mehr als einer halben Million Menschen – die größte in der Geschichte der Globalisierungskritik – wird Florenz zukünftig in einem Zuge mit Seattle und Genua genannt werden müssen. Etwa zwei Drittel der Teilnehmer gehören jüngeren Jahrgängen an. Beim Forum selbst, ein dreitägiger Veranstaltungsmarathon mit ca. 200 Podien, Seminaren und Workshops, war mit 20.000 Teilnehmern gerechnet worden. Am zweiten Tag waren es bereits doppelt soviel und am Schluss sogar 60.000. Allerdings gingen die damit verbundenen organisatorischen Probleme zu Lasten der Qualität mancher Veranstaltungen.

Es ist aber nicht der quantitative Aspekt allein, der das ESF zu einem herausragenden Ereignis macht. Die besondere Qualität von Florenz liegt darin, dass

- die Bewegung aus dem Schatten der Gewalt getreten ist,
- der Brückenschlag zum Thema Krieg und Frieden gelungen ist,
- die politische Pluralität und Breite weiter zugenommen hat.

Gleichzeitig hat das ESF einige Probleme und Defizite der globalisierungskritischen Bewegung sichtbar gemacht.

Aus dem Schatten der Gewalt getreten

Die neue Bewegung ist aus dem Schatten der Gewalt, der seit Genua über ihr lag, herausgetreten. Florenz zeigt einmal mehr, dass dann, wenn tatsächlich große Menschenmengen mobilisiert werden, weder staatliche Provokationen noch die Orientierung auf Militanz durch kleine Gruppen eine Chance haben.

Die Berlusconi-Regierung hatte alles getan, um im Vorfeld des ESF ein Klima von Hysterie und Angst zu erzeugen. Ein zweites Genua wäre ihr gerade recht gekommen, um von innenpoliti-

schen Problemen abzulenken. Berlusconi hatte die Zerstörung von Kunstwerken der Renaissancestadt durch talibanisierte Horden an die Wand gemalt und von Verbot des ESF gesprochen. Die in der Regierung vertretenen Neofaschisten der „Forza Italia“ hatten wochenlang Stimmung im Stil des „Stürmer“ gemacht, z.B. mit Karikaturen von Demonstranten mit Hakenase, in der einen Hand eine Flasche Wodka in der anderen Hammer und Sichel. Der „Corriere della Sera“ brachte zum Auftakt des Forums einen von Hass triefender Beitrag der gewendeten Linken Oriana Fallaci. Unter diesem Eindruck vernagelten viele Geschäfte in der historischen Altstadt ihre Schaufenster.

Auf Seiten der Demonstration war ein wie auch immer gearteter „Schwarzer Block“ nicht auszumachen. Andere Gruppen, die zu Militanz tendieren, wie die sog. „Disobediente“ („Ungehorsame“, eine Mischung aus Punk und Anarchismus) und die Tute Bianche, die bei der IWF/Weltbanktagung in Prag an der Spitze der Auseinandersetzung mit der Polizei gestanden hatten, marschierten diszipliniert in der Demonstration mit. Schließlich wird mit Florenz auch das Argument hinfällig, dass nur durch Gewaltszenen Medienöffentlichkeit herzustellen sei. Nach den Konfrontationen von Prag, Göteborg und

Peter Wahl ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED und Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland. Wir entnehmen den Beitrag mit freundlicher Genehmigung aus dem Internet-Angebot www.attac-netzwerk.de



vor allem Genua ist mit Florenz der Gegenseite die Möglichkeit genommen, die globalisierungskritische Bewegung mit dem Gewaltthema zu isolieren oder zumindest zu splaten.

Nein zum Krieg

Das beherrschende Thema des ESF war der Krieg. Die Ablehnung der Militarisierung der Außenpolitik im Allgemeinen und eines Kriegs gegen den Irak im Besonderen war einhellig.

So wichtig und richtig diese Orientierung ist, so birgt sie auch einige Risiken. So besteht z.B. die Gefahr, dass im Windschatten der Auseinandersetzung um den Krieg der neoliberale Kurs relativ ungestört fortgesetzt und das Potential der kritischen Kräfte davon völlig absorbiert wird. Es ist gerade einer der gesellschaftspolitischen Effekte der Militarisierung, durch den Aufbau von Feindbildern und äußeren Bedrohungsszenarien die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken. Am deutlichsten wird dies in den USA, wo der patriotische Konformitätsdruck so groß ist, dass vom Geist von Seattle nicht mehr viel zu spüren ist.

Dabei hat sich die Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung, die wir in Seattle konstatierten, inzwischen zu einer veritablen Funktionskrise ausgewachsen. Der Crash an den Börsen, das unrühmliche Ende der „New Economy“, die sog. Bilanzskandale großer Konzerne, die Passivität des IWF in der Argentinienkrise und die deflationäre Entwicklung in vielen Volkswirtschaften sind nur die Spitze des Eisberges. Es kommt daher darauf an, Globalisierungskritik und Friedensbewegung nicht gegeneinander zu setzen, sondern die Zusammenhänge zwischen beiden Themen deutlich zu machen.

Wachsende Pluralität und Breite

Das quantitative Wachstum der Bewegung geht einher mit einer wachsenden politischen Pluralität. Vertreten waren lokale Sozialforen, ATTAC,

Gewerkschaften, Friedensbewegung, NGOs, diverse K-Gruppen, Greenpeace, die Jugendorganisation der Partei der Demokratischen Linken (ehem. PCI), Amnesty, Schwule und Lesben, katholische Nonnen, die italienischen Grünen, christliche Pfadfinder, die Rifundazione Comunista und last but not least der Bürgermeister von Florenz und der Präsident der Region Toskana (beide DS). Letztere hatten dem Forum politische und logistische Unterstützung gewährt. Der Zulauf aus den verschiedenen politischen Lagern signalisiert, dass die Akzeptanz der herrschenden Politik immer mehr schwindet. Gleichzeitig wächst damit die Notwendigkeit, einen produktiven Umgang mit dem Pluralismus der Bewegung zu finden und zentrifugalen Tendenzen entgegenzusteuern. Es scheint sich eine politische Kultur der Dialogbereitschaft, des toleranten Umgangs mit Widersprüchen, und – sieht man von einigen trotzkistischen Splittergruppen ab – des bewussten Verzichts auf Avantgardismus und Dominanz herauszubilden.

Am deutlichsten wird dies bei der Rifundazione Comunista. Obwohl die Partei mit ihren ca. 100.000 Mitgliedern eine unübersehbare Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung von Forum und Demonstration spielte, hat sie weder intern im Vorbereitungskomitee noch öffentlich versucht, anderen ihre Positionen aufzuzwingen. Offenbar hat man begriffen, dass Selbstbeschränkung und die Absage an parteipolitische Instrumentalisierung sozialer Bewegung eine Bedingung für deren Erfolg ist. Dass es die Rifundazione mit linkem Pluralismus durchaus ernst zu nehmen scheint, zeigt auch ihr Verzicht auf eine der heiligen Kühe des Leninismus, das Fraktionsverbot in den eigenen Reihen. Von daher geht der immer mal wieder geäußerte Verdacht, das ESF sei ein von der Rifundazione gelenktes Projekt, ins Leere.

Gegen Privatisierung und GATS

Das zweite Thema, das sich in Florenz als Schwerpunkt herauskristallisierte, ist die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, von Bildung, über Gesundheit und Renten bis zu Wasser Energie und Verkehr. Das Problem wird in der gesamten EU immer brisanter. Eng verbunden damit sind die Verhandlungen zur Liberalisierung der Dienstleistungen in der WTO (GATS). Beschlossen wurde eine europäische Kampagne, die zunächst auf Aktionen Ende März 2003 orientiert mit einer zentralen Initiative in Brüssel. Bis dahin wird in der WTO nämlich die Verhandlungsphase abgeschlossen, in der die einzelnen Länder ihre Liberalisierungsangebote und -forderungen vorlegen. Danach wird die Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancùn Anfang September 2003 zum nächsten Höhepunkt der Kampagne.

Deutsche Präsenz mit niedrigem Profil

Aus der Bundesrepublik waren 500 bis 700 Teilnehmer angereist. Die meisten auf ATTAC-Ticket. Fahnen von VER.DI waren zu sehen, auch die IG-Metall war vertreten, NGOs, die parteina-

hen Stiftungen von SPD, Grünen und PDS ebenso wie die Anthroposophen und der BUKO. Auf einem Forum über das Verhältnis von Parteien zu sozialen Bewegungen trat auch Christian Ströbele auf. Er übte Kritik an seiner Partei und plädierte für ein Zusammenwirken von Grünen und sozialer Bewegung. Frank Bsirske, VER.DI-Vorsitzender, hatte wegen dringender Angelegenheiten bei der Gesundheitsreform kurzfristig abgesagt, aber Interesse bekundet, weiter am Prozess beteiligt zu sein. Insgesamt war das Profil und die Sichtbarkeit der Deutschen sehr niedrig. Offenbar war wenig in die Vorbereitung investiert worden. Hier besteht Nachholbedarf. Dabei geht es nicht um nationale Selbstdarstellung. Vielmehr haben die deutschen Globalisierungskritiker die Verantwortung, die soziale Bewegung des größten Landes in der EU angemessen in die internationale Bewegung zu integrieren.

Probleme

So positiv die Entwicklung insgesamt ist, so gibt es jedoch auch unverkennbar einige Probleme und Defizite:

So gingen auch von Florenz kaum Impulse zur Entwicklung inhaltlich-konzeptioneller Alternativen zum Neoliberalismus aus. Noch immer koexistieren Ein-Punkt-Ansätze für bescheidene Reformen unverbunden mit sehr allgemeinen gehaltenen Wertorientierungen. Eine Diskussion zwischen den Standpunkten findet noch nicht wirklich statt. Typisches Beispiel ist die Erlassjahrkampagne, die Schuldenerleichterungen für die armen Ländern will, während andere für eine vollständige und bedingungslose Schuldenstreichung eintreten. Eine Lösung für die Argentinienkrise aber ist beides nicht. Protest und Ablehnung als gemeinsamer Nenner sind zwar die Ausgangsbasis für Veränderung, auf Dauer aber wird das nicht reichen. Insofern ist das eigentliche Ziel des ESF, unabhängig von Regierungsgipfeln einmal in Ruhe untereinander zu diskutieren und den Selbstorganisationsprozess international voranzubringen nur sehr unvollständig erreicht. Dass die neue Bewegung mehrheitlich aus jungen Leuten besteht, ist eine ihrer großen Stärken. Dies verleiht ihr inzwischen einen regelrechten Touch von Jugendkultur und über weite Strecken nahm das Forum in der Tat Happeningcharakter an. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass angesichts der demographischen Verhältnisse in den Industrieländern Jugend eine strukturelle Minderheit ist. Die Bewegung darf sich nicht auf eine reine Jugendbewegung beschränken. Die Verbindung zur demographischen Mitte der Gesellschaft ist unerlässlich, wenn sie Aussichten auf Erfolg haben will.

Ein Moment des jugendgeprägten Charakters der Bewegung ist eine gewisse Tendenz zur Verbalradikalität, wie sie ja auch in der Geschichte sozialer Bewegungen notorisch ist. Zwar erfordert der Problemstand heute tatsächlich eine Überprüfung überkommener Konzepte. Ob einseitige Dialog- und Lobby-Strategien, wie sie einige NGOs praktiziert haben, noch Sinn machen, kann gerade nach der Pleite des Rio-Pro-

zesses zurecht in Frage gestellt werden. Auch könnte die Krise des Neoliberalismus Alternativen, die näher an die Wurzeln der Probleme gehen, nachgerade zum Imperativ machen. Ebenso notwendig ist es, die Behauptung Bertinottis, „Wer vom Neoliberalismus spricht, kann vom Kapitalismus nicht schweigen“ einmal gründlich zu diskutieren, und zwar nicht in der im schlechten Sinne abstrakten und historisch toten Entgegensetzung von „Reform und Revolution“. Gefragt sind innovative Antworten einer Gesellschaftskritik, die auf der Höhe der Zeit ist und sich nicht in die Kostümierung unwiederbringlich vergangener Kämpfe wirft. Mit platten Parolen vom Schlage „One Solution – Revoluti-

on“ kommt man nicht weiter. Im Gegenteil, das führt geradewegs ins Sektierertum. Hier lohnt sich noch einmal ein Blick auf die K-Gruppen-Erfahrung der 68-Bewegung. Schließlich ist davor zu warnen, aus der verständlichen Euphorie von Florenz die italienischen Erfahrungen auf den Rest der Welt zu übertragen. Der Erfolg von Florenz geht zum größten Teil auf das Konto der innenpolitische Konstellation in Italien. Dazu gehört u.a. dass – die italienische Linke im Vergleich zum übrigen Europa ohnehin generell recht stark ist, – die Konflikte mit Berlusconi seit einiger Zeit wachsen und bereits zu einem Generalstreik geführt hatten, – die US-freundliche Haltung Berlusco-

nis auf breiten Widerstand weit über die Linke hinaus stößt, – Berlusconi einen Tag vor dem Forum sein Gesetz zur freien Richterwahl durchs Parlament peitschte, was bis ins konservative Milieu hinein auf Ablehnung stieß, – die psychologische Kriegführung mit dem Gespenst eines zweiten Genua zu Gegenreaktionen führte.

All dies sind Faktoren, die nicht auf andere Länder übertragbar sind. Deshalb dürfte es mindestens verfrüht sein, in der Bundesrepublik ein deutsches Sozialforum aus dem Boden stampfen zu wollen. Die politischen Voraussetzungen dafür sind (noch?) nicht vorhanden.

spw 6/2002

Ein globales Insolvenzverfahren für Staaten

Bericht von der Jahrestagung von Weltbank und IWF

Von Kai Burmeister

Nachdem in der SPW 126 die entwicklungspolitische Debatte mit der Grundthese „fehlende Staatlichkeit als Entwicklungshemmnis“ angestoßen wurde, soll in diesem Beitrag über die Ergebnisse der diesjährige Jahrestagung von Weltbank und IWF (sog. Bretton-Woods- Institutionen), die im Herbst in Washington stattfand, berichtet werden. Im Zentrum dieser Tagung stand der Vorschlag über ein internationales Insolvenzrecht.

Internationales Insolvenzrecht

Im Wirtschaftsrecht vieler Staaten ist die Insolvenz seit langem bekannt und als für alle Beteiligten ökonomisch vorteilhaft anerkannt. Das Insolvenzrecht soll den Widerspruch auflösen zwischen dem Recht des Gläubigers auf Rückzahlung seiner Forderung und dem Rechtsgrundsatz, dass die Vertragserfüllung nicht verlangt werden darf, wenn dies eine unangemessene Härte darstellt. Ist die Insolvenz eines Unternehmens im allgemeinen Wirtschaftsgeschehen ein gewöhnlicher Vorgang, so erscheint die Insolvenz eines Staates bzw. einer seiner Körperschaften auf den ersten Blick als ungewöhnlich. Doch können z.B. in den Vereinigten Staaten Schuldner mit Hoheitsgewalt, wie etwa Städte und Bezirke, bei Gericht Insolvenz nach Kapitel 9, Artikel 11 des amerikanischen Kongressgesetzes beantragen.

Das besondere an dieser Kapitel-9-Regelung ist, dass ausdrücklich nicht in die politischen und hoheitlichen Angelegenheiten der öffentlichen Körperschaften eingegriffen werden darf und gleichzeitig die Schulden in einem fairen Verfahren angepasst werden. Diese Regelung, die als Reaktion auf die Finanzkrise der 30er Jahre eingeführt worden ist, wurde bisher in ca. 500 Fällen angewendet.

Wäre angesichts der Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer ein Insolvenzrecht auf internationaler Ebene ebenso denkbar? Die beiden Tabellen zeigen das

Millenium Development Goals – Entwicklungsziele bis 2015:

1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers
2. Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau
4. Senkung der Kindersterblichkeit
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern
6. Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
8. Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

dramatische Ausmaß der Verschuldung von Staaten des Südens. Allein von 1994 bis 2000 ist die Auslandsverschuldung der Entwick-

lungsländer um 500 Mrd. US\$ angestiegen und die Verschuldung befindet sich weiter in einem problematischen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die hohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer kann neben ihrem Defizit an Staatlichkeit als weiteres Entwicklungshemmnis betrachtet werden. Daher wurde in den 80er Jahren vom österreichischen Entwicklungsökonom Kunibert Raffer und später auch von dem Havard-Ökonomen Jeffrey Sachs vorgeschlagen, nach Vorbild des US-amerikanischen Kapitel 9 ein internationales Insolvenzrecht für Staaten einzuführen.

Kai Burmeister, Lübeck, geb. 1976, hat als Praktikant an der Jahrestagung in Washington teilgenommen

Tabelle 2: Auslandsverschuldung in Mrd. US\$

Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Entwicklungsländer	1718,4	1861	1930	2021	2182,3	2223,1	2199,3
Regional							
Afrika	287	303,2	300	290,9	289,4	287,9	277,1
Asien	509,5	565,7	600,1	653,2	683,9	987,3	661,3
Mittlerer Osten und Türkei	356,4	371,7	382,6	403,9	451,5	468,8	491,6
Südamerika und Karibik	565,5	620,3	647,4	673	757,5	779,1	469,3

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Tab. 38, Sep. 2002

ring Mechanismus -SDRM-) vor. Auf der diesjährigen Jahrestagung von Weltbank und IWF stand die Diskussion im den SDRM im Mittelpunkt. Im Ergebnis erteilte der internationale Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee) dem IWF das Mandat, einen konkreten Vorschlag für den Entschuldungsmechanismus zu erarbeiten. Dieser soll Ende des Jahres vorgestellt und auf der auf nächsten Frühjahrstagung der BWI verabschiedet werden.

Auch wenn die SDRM-Initiative im Grundsatz positiv zu beurteilen ist, so zeigt der derzeitige IWF-Vorschlag im Vergleich mit dem von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vorgeschlagenen Vermittlungsprozess („Fair Transparent Arbitration Process“ -FTAP) eine Reihe von Problemen, Unzulänglichkeiten und Widersprüchen auf.

Die Gläubigergemeinschaft der Entwicklungsländer ist umfassend, zu ihr zählen Staaten, Internationale Organisationen wie IWF und Weltbankgruppe sowie der privatwirtschaftliche Sektor. Der IWF-Vorschlag soll zunächst nur Schulden gegenüber dem Privatsektor umfassen, nicht aber alle Verbindlichkeiten aus bi- und multilateralen Übereinkünften zwischen Staaten. Soll an der Zielstellung eines wirtschaftlichen Neuanfangs festgehalten werden, müssten aber alle bi- und multilateralen Schulden miteinbezogen werden.

Der IWF möchte sich durch seine SDRM-Initiative selbst eine starke Stellung einräumen und sowohl über die Einleitung des Verfahrens und die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners als auch über den Fortgang des entsprechendem Verfahren selbst- bzw. mitentscheiden. Die angestrebte starke Position des IWF ist aus mehreren Gründen problematisch. Zunächst ist anzumerken, dass die demokratische Legitimation der BWIs zu hinterfragen ist, da die interne Stimmengewichtung von der wirtschaft-

lichen Leistungsfähigkeit abhängt und damit die G7-Staaten USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Japan diese Organisationen dominieren. Des weiteren ist der IWF selbst bedeutender Gläubiger gegenüber Entwicklungsländern, so dass der Rechtsgrundsatz „Niemand darf Richter in eigener Sache sein“ missachtet würde. Dieser Vorwurf (Richter in eigener Sache) ist ebenso dem Pariser Club zu machen, einem informellen Zusammenschluss von Industriestaaten, der eine Koordination für den Fall vornimmt, dass Entwicklungsländer nicht in der Lage sind, öffentlich garantierte Auslandskredite zu tilgen.

Anstelle des IWF sollten die Vereinten Nationen im SDRM-Verfahren stärkeres Gewicht erhalten, ggf. könnte auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag stärker mit eingebunden werden. Es muss sichergestellt werden, dass im Verfahren die Schuldner- und die Gläubigerseite gleich gewichtet vertreten sind, ergänzend könnte noch eine unabhängige Institution, die nicht mit einem der beiden Konfliktparteien verbunden ist, teilnehmen. Es wird daneben darauf ankommen, den Schuldnerländern ein Existenzminimum einzuräumen, das sowohl ein Mindestmaß an sozialer Grundsicherung der Bevölkerung ermöglicht als auch die politische Souveränität des Landes weiterhin gewährleistet. Die bisherige Einschränkung souveräner Entscheidungen der Entwicklungsländer in allen Politikfeldern durch die Konditionalitätspolitik des IWF wurde in der letzten Zeit vielfach kritisch besprochen. CAFOD, eine katholische Hilfsorganisation in England, hat vorgeschlagen, dass ein pro-Kopf-Betrag vom Schuldendienst freigestellt wird, und von den verbleibenden öffentlichen Einnahmen nur ein prozentualer Betrag für die Bedienung von Auslandsschulden zur Verfügung gestellt werden muss.

Schröder und Kaiser betonen in ihrem Arbeitspapier für die Erlassjahrkampagne und die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass es strategisch beim SDRM darum geht, die privaten Gläubiger in das Entschuldungsverfahren einzubinden. (Vgl. Schröder/Kaiser, New Steps to a Faster and Broader Debt Relief for Developing Countries) Tatsächlich haben während der Jahrestagung die Privatbanken den IWF-Konkursplan mit zwei Argumenten torpediert. Einerseits würde damit massiv in die Eigentumsrechte der Banken eingegriffen (Vgl. Financial Times Deutschland, S.13, vom 30. September 2002). Andererseits würden sich Länder nach der Einleitung eines entsprechenden Verfahren langfristig vom internationalen Kapitalmarkt ausschließen. Insofern könne der SDRM auch nicht im Sinne der Entwicklungsländer sein. Dies zeigt, dass die Lobby des Bankensektors möglicherweise die Umsetzung des SDRM verhindern kann. Ihren Argumenten kann entgegnet werden, dass die Banken heute mit entsprechenden risiko- aber vor allem renditereicheren Anleihen gute Geschäfte machen. Ein weiteres Argument gegen ein internationales Insolvenzrecht liegt im Pauschalvorwurf „Aufbau neuer Bürokratie“. Dem kann entgegnet werden, dass Verfahren nur temporär geführt werden würden und durch eine Ansiedlung bei der UN keine zusätzliche Bürokratie entstehen würde.

An dieser Stelle sei noch einmal auf die Unterschiede zwischen den von NGOs und IWF vorgeschlagenen Entschuldungsmechanismen hingewiesen. Der IWF strebt einen Schuldenstand an, der es den betroffenen Ländern wieder möglich macht, die Kreditverpflichtungen weiter tilgen zu können. Die NGOs hingegen zielen auf die allgemeine Überwindung der Verschuldung ab, um so Entwicklung erst wieder möglich zu machen. Bis zur entscheidenden BWI-Frühjahrstagung gilt es diese Differenzen in der Zielstellung deutlich zu machen, die hervorgehobene Rolle des IWF mit dem Argument „Richter in eigener Sache“ zurückzudrängen und die Transparenz im künftigen SDRM-Verfahren sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Ab dann wird es darauf ankommen, dass der SDRM zeitnah angewendet wird und nicht durch zeitaufwendige Änderungen der IWF-Charta und Ratifizierungen im US-Kongress verschleppt wird. Wo steht die HIPC-Initiative ?

Die 1996 initiierte und 1999 auf dem Kölner Gipfel erweiterte Entschuldungsinitiative für die hochverschuldeten armen Länder (Highly Indebted Poor Countries HIPC) ist ein negatives Beispiel für eine entsprechende Verzögerung. Die HIPC-Initiative umfasst die 41 ärmsten und hochverschuldetesten Länder des Südens mit einer Bevölkerung von ca. 600 Millionen Menschen und sollte ursprünglich bereits 1998 beendet sein. Bis heute ist der Schuldenerlass jedoch nur in sechs Ländern vollzogen worden, viele wei-

Tabelle 2: Verhältnis Auslandsverschuldung/Gross Domestic Product

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Afrika	77,80%	73,70%	68,80%	65,40%	67,50%	67,10%	63,60%	62,50%
Afrika südlich der Sahara	80,20%	74,20%	70,10%	66,40%	69,60%	70,10%	67,60%	68,10%
entwickelndes Asien	34,60%	32,10%	30,30%	31,90%	36,00%	33,50%	30,10%	29,60%
Asien ohne China und Indien	51,50%	51,00%	49,80%	57,60%	81,50%	70,10%	63,60%	63,00%
Mittlerer Osten und Türkei	64,70%	59,30%	54,50%	54,90%	62,80%	62,20%	59,10%	60,70%
Südamerika und Karibik	35,50%	36,80%	35,30%	33,60%	37,80%	44,30%	39,30%	39,60%
Alle Entwicklungsländer	43,10%	41,50%	39,00%	38,60%	43,20%	44,50%	40,60%	40,30%

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Tab. 41, Sep. 2002

tere haben jetzt den sog. Entscheidungspunkt erreicht. Doch bereits jetzt ist der HIPC-Fonds nahezu leer. Dieser Fonds wird von den bilateralen Geldgebern gespeist und unterstützt die Weltbank dabei, ihren Anteil am Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative zu refinanzieren. Die Weltbank begründet die Notwendigkeit zur Refinanzierung damit, das andernfalls künftig Mittel zur Vergabe von Zuschüssen und Neukrediten fehlen würden.

Die HIPC-Initiative wird von der rot-grünen deutschen Regierung gerne als positives Beispiel der entwicklungspolitischen Bilanz angeführt. HIPC würde sich jedoch als Farce entlarven, wenn selbst jene Ländern, die sich aufwendig für den Teilschuldenerlass qualifiziert haben, nicht in den Genuss der Schuldenreduzierung kommen, weil die Finanzierung nicht gesichert ist. Es muss jetzt darum gehen, die HIPC-Initiative finanziell abzusichern. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, hat in Washington angekündigt, den HIPC-Fonds um 100 Mio. aufzustocken zu wollen.

Ausblick

Auch wenn die HIPC-Initiative auf der Zielgeraden doch noch durchstarten sollte und das internationale Insolvenzrecht zeitnah eingeführt werden sollte, ist damit nicht mehr erreicht, als dass den betroffenen Ländern ein finanzieller Neustart eröffnet würde. Zur Krisenprävention taugen beide Initiativen nicht.

Weitergehende Initiativen sind notwendig um die auf dem UN-Millenniumsgipfel verabredeten Ziele (siehe Kasten) bis 2015 erreichen zu können. Darüber hinaus muss die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung gesichert werden. Am Rande der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 sind mit Forderungen nach einer Einrichtung einer internationalen Steuerbehörde und der gemeinschaftlichen Finanzierung sog. Globaler Öffentlicher Güter neue Vorschläge in die internationale Diskussion eingebracht worden. Das Ziel dieser Diskussionen muss darin liegen, in den Ländern des Südens die ökonomische Basis durch einen ausreichenden Kapitalstock aufzubauen und regionale Wertschöpfungsketten zu

etablieren. Klassischerweise sind hierfür sowohl Entwicklungshilfe, Direktinvestitionen und heimische Ressourcen zu stärken. Angesichts weltweiter Verflechtungen und zahlreicher Finanz- und Währungskrisen ist aus der Stärkung der ökonomischen Basis allein jedoch noch keine Stabilität garantiert. Es ist daher ebenfalls zu diskutieren, wie die Instrumentarien von Weltbank, IWF und vor allem der Vereinten Nationen im Ziele einer entwicklungspolitischen Initiative zu nutzen und zu verändern sind.

spw 6/2002

Literaturliste:

- Dirk Bergrath, Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik In: SPW 126
 Anne O. Krueger, A New Approach to Sovereign Debt Restructuring, Washington 2002
 Frank Schröder, Jürgen Kaiser, New Steps to a Faster and Broader Debt Relief for Developing Countries, New York 2002
 Economist, Battling over the bankrupt, Nr. 8293, S. 82
 IWF-Jahrestagung vor düsterem Hintergrund, Neue Zürcher Zeitung vom 28.09.2002, S. 10
 Kunibert Raffer, Handlungsoptionen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive, www.lrz-muenchen.de/~kl811av/www/Raffer.htm

Für die Einführung einer Tobin-Steuer in Europa

Von Sebastian Vollmer

Einleitung

Die Globalisierung in keinem anderen Bereich so weit fortgeschritten wie auf den Finanzmärkten. Fast sämtliche Devisen können heutzutage, mit Unterstützung der modernen Informationstechnologie, an jedem beliebigen Ort der Welt in immensen Beträgen gegen andere Währungen getauscht werden. Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich wurden 2001 täglich rund 1,2 Milliarden US-Dollar an Devisen umgesetzt, wovon etwa 80 Prozent nur für einen Zeitraum von sieben oder weniger Tagen gehalten wurden. Nur ein Bruchteil wird davon benötigt, um sämtliche Waren und Dienstleistungen weltweit bezahlen zu können. Bei einem Großteil der Transaktionen handelt es sich folglich um reine Finanztransaktionen, auf deren politische und ökonomi-

sche Bewertung später noch eingegangen wird.

Insbesondere in den 90er Jahren waren in bemerkenswerter Regelmäßigkeit schwerwiegende Währungskrisen zu beobachten, die alle mittelbar oder unmittelbar in einem kausalen Zusammenhang mit übermäßiger Spekulation standen. Beispielhaft genannt seien hier nur die Krise des Europäischen Währungssystems von 1992/1993, die sogenannte „Tequila-Krise“ 1995, die Asienkrise 1997/1998 sowie die jüngeren Ereignisse in Lateinamerika. In solchen Situationen sind Zentralbanken meist gezwungen, die nationalen Währungsreserven aufzulösen. Damit bedeuten Währungskrisen in Entwicklungsländern faktisch auch immer eine Umverteilung von Süd nach Nord oder anders ausgedrückt von armen zu reichen Ländern.

James Tobin und eine lange vergessene Idee

Der US-Ökonom James Tobin hat erstmals 1972 in einer Rede eine weltweite Steuer auf Devisentransaktionen gefordert (vgl. Tobin, 1974). Dieser Vorschlag wurde damals weitgehend ignoriert. Der Glaube an die positiven Auswirkungen freier Märkte war mittlerweile hegemonial geworden.

Tobin begründete seinen Vorschlag im wesentlichen mit einer Entkopplung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft und der damit verbundenen Destabilisierung. Die Finanzmärkte hatten sich sehr viel schneller entwickelt und internationalisiert als alle politischen oder ökonomischen Institutionen. Darauf basierend folgte Tobin, dass „etwas Sand in ihrem gut geschmierten Getriebe“ nötig sei, um das Tempo auf den Finanzmärkten zu bremsen und somit einer faktischen Entkopplung dieser von der Realwirtschaft entgegenzuwirken.

Zweifelsohne war das damalige weltweite Finanzsystem sowie dessen Auswüchse im Vergleich zum heutigen noch recht über-

schaubar. Drei verschiedene Motive für Devisentransaktionen konnten unterschieden werden: Solche für Export und Import (1), Auslandsinvestitionen (2) sowie solche mit hauptsächlich spekulativer Absicht (3). Liquiditätshandel sowie ähnlich motivierte Finanztransaktionen waren kaum entwickelt. Die Funktionsweise der Steuer in einem solchen Finanzsystem war damit vergleichsweise komplikationsfrei: Kurzfristig angelegte Spekulationen werden durch eine stärkere Belastung gegenüber langfristig angelegten Transaktionen mit realwirtschaftlichem Äquivalent zurückgedrängt. In Anbetracht eines komplizierter gewordenen Finanzsystems ist für die Gegenwart jedoch eine differenziertere Argumentation nötig. Die Grundzüge dieser Idee waren übrigens gar nicht so neu. Bereits 1936 hat Keynes vorgeschlagen, Spekulationen in Finanzmärkten zu reduzieren, indem man sie durch Steuern verteuert (vgl. Keynes, 1936). Tobin übertrug diese Idee auf Devisenmärkte und gab ihr damit eine globale Motivation. Regelmäßig zu Währungskrisen vermehren sich die Rufe nach einer Tobin-Steuer, um am Ende der Krise schnell wieder zu verstummen. Folgerichtig wurde die Steuer von Otmar Issing scherzhaft als stets wiederkehrendes „Loch-Ness-Monster“ bezeichnet. (vgl. Tobin, 1996). Tobin hat seine Idee aller Häme zum Trotz bis ins hohe Alter als geeignetes Mittel verteidigt, um das Weltwährungssystem zu stabilisieren und Globalisierung gerechter zu gestalten. Für seine Analyse der Finanzmärkte wurde er 1981 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, 2002 ist er im Alter von 84 Jahren verstorben.

Die aktuelle politische Diskussion

Erst mit dem wiederholten Auftreten von Währungskrisen in den 90er Jahren hat Tobins Idee ein nachhaltiges Comeback gefeiert, das bis heute andauert. Als zentrale Forderung von attac gehört die Tobin-Steuer mittlerweile zum propagierten Ziel der globalisierungskritischen Bewegung. Auf außerparlamentarischen Druck hat Ende 2001 die französische Nationalversammlung den Beschluss gefasst, eine Tobin-Steuer einzuführen, sofern die ande-

ren Staaten der Europäischen Union ebenfalls einen solchen Beschluss fassen. Das kanadische Parlament hat die Tobin-Steuer mit einem Steuersatz von 0% eingeführt, mit der Option diesen zu erhöhen, wenn andere Länder die Tobin-Tax einführen.

Aber nicht nur in Frankreich und Kanada sondern auch in anderen Ländern steht die Tobin-Steuer auf der politischen Agenda. Das Europäischen Parlament sieht in der Steuer eine Möglichkeit, Spekulationen zu begrenzen. In den nationalen Parlamenten sprechen sich fast alle grünen sowie sehr viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien für die Steuer aus, entschiedene Ablehnung kommt von den meisten konservativen und liberalen Parteien. Dieses Bild überträgt sich in etwa auch auf Deutschland.

Die entscheidendsten Gegner der Steuer sind die USA und Großbritannien. Während die Ablehnung in den USA auf ausgesprochen breiter Basis steht, gibt es in Großbritannien durchaus einige differenziertere Stimmen. Inwieweit dies von Relevanz für eine mögliche Umsetzung der Steuer ist, wird später noch zu diskutieren sein.

Funktionsweise und erwünschte Effekte einer Tobin-Steuer

Das Konzept von Tobin klingt leicht verständlich. Devisentransaktionen werden mit einer geringen Steuer belegt. Durch diese Steuer würden kurzfristig angelegte Devisentransaktionen immens verteuert und somit zurückgedrängt, hierunter fallen fast alle reinen Finanztransaktionen. Für langfristig angelegte Transaktionen mit realwirtschaftlichem Äquivalent, wie Auslandsinvestitionen oder die Bezahlung von Importen und Exporten, ist die Steuer hingegen marginal. Die folgende Tabelle vergleicht zur Verdeutlichung die nötigen Auslandszinssätze bei verschiedenen Halteperioden, um bei einem Inlandszinssatz von 5 % ein Arbitragegleichgewicht erzielen zu können.

Hieran sieht man sehr klar die stark unterschiedliche Wirkung der Steuer auf Devisentransaktionen kurz- und langfristiger Art. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einer degressiven Natur der

Steuer. Bei der konkreten Ausgestaltung des Modells einer Devisentransaktionssteuer tauchen darüber hinaus noch zahlreiche Fragen auf, die zunächst beantwortet werden müssen, bevor über die eigentliche Umsetzung diskutiert werden kann. Was ist das Steuerobjekt? Was ist die Bemessungsgrundlage? Wie hoch ist der Steuersatz? Wo soll die Steuer eingeführt werden? Wer erhebt die Steuer? Wer ist steuerpflichtig?

Steuerobjekt soll jeder Devisentausch, der am Kassa- oder Terminmarkt getätigt wird, sein, und die Bemessungsgrundlage der Nominalwert der Transaktion. Als Steuersatz hatte Tobin zunächst 1% vorgeschlagen (vgl. Tobin, 1978), später meinte er jedoch, dass ein Wert zwischen 0,1 % und 0,25 % sinnvoller sei (vgl. Tobin, 1996). In der Diskussion stößt man noch auf andere Werte, aber zunächst soll von einem Steuersatz von 1% ausgegangen werden. Im Idealfall sollte die Steuer weltweit eingeführt werden. Da dies momentan jedoch höchst unrealistisch ist, werden später noch Alternativen zur weltweiten Einführung diskutiert. Erhoben wird die Steuer von den nationalen Steuerbehörden der Länder, welche die Steuer eingeführt haben. Die Verwendung der Einnahmen sollte jedoch international geregelt werden. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle am Devisenmarkt tätigen Wirtschaftssubjekte, als Ausnahmen werden lediglich bisweilen nationale Zentralbanken und Regierungen sowie internationale Organisation vorgeschlagen. Es ist jedoch nicht unmittelbar einsehbar, warum überhaupt Ausnahmen gemacht werden sollten.

Für die Einführung einer Tobin-Steuer gibt es verschiedene, sich zum Teil ergänzende, Motivationen. Eine Motivation, die für Tobin selbst zunächst im Hintergrund stand, ist das Erzielen von Steuereinnahmen. Dieser Aspekt der Tobin-Steuer ist besonders für Entwicklungspolitikerinnen und -politiker von Interesse, da die Verwendung der Steuereinnahmen international geregelt werden soll. Bei der Berechnung der Steuereinnahmen ist jedoch Vorsicht angebracht, da zu erwarten ist, dass sich die Bemessungsgrundlage durch die Einführung der Steuer verringert.

Dadurch, dass die Steuer kurzfristige Investitionen stark verteuert, ist zu erwarten, dass nach Einführung der Steuer diverse kurzfristige Transaktionen wegfallen. Da dies insbesondere Spekulanten trifft, kann durch die Einführung einer Tobin-Steuer eine Verringerung von Wechselkursschwankungen erwartet werden. Dies ist aus vielerlei Hinsicht po-

Halteperiode	Erforderlicher Auslandszinssatz				
	0,01%	0,05%	0,10%	0,50%	1,00%
Steuersatz					
Ein Tag	8,92%	26,11%	51,47%	558,39%	4066,77%
Drei Tage	6,30%	11,65%	18,72%	94,27%	260,55%
Eine Woche	5,56%	7,83%	10,74%	37,07%	79,19%
Ein Monat	5,14%	5,68%	6,37%	12,07%	19,66%
Drei Monate	5,04%	5,21%	5,42%	7,13%	9,31%
Ein Jahr	5,02%	5,11%	5,21%	6,06%	7,13%
Fünf Jahre	5,01%	5,06%	5,13%	5,63%	6,27%

sitiv, zumal es sich bei der Tobin-Steuer um ein marktkonformes Instrument zur Regulierung der internationalen Kapitalströme handelt. Zum einen würden hierdurch die Zentralbanken gestärkt, die dadurch weniger häufig zu Interventionen gezwungen wären. Deshalb ist zu erwarten, dass die Zentralbanken im Falle tatsächlicher spekulativer Angriffe mehr Währungsreserven zur Verfügung hätten und somit entschlossener intervenieren könnten.

Darüber hinaus werden durch stabilere Wechselkurse insbesondere Außenhändler und Investoren gestärkt, da die Notwendigkeit einer zusätzlichen Absicherung gegen Wechselkursschwankungen sinken würde. Hiervon würden neben den Investoren und Händlern gerade Länder profitieren, die heute über verhältnismäßig instabile Währungen verfügen. Das heißt, es ist durch die Tobin-Steuer auch ein höheres Investitionsaufkommen in Entwicklungsländern zu erwarten. Zusätzlich würden Ressourcen frei, die bislang zur Spekulation oder zur Absicherung von Währungsschwankungen verwendet wurden.

Außerdem gibt es berechtigte Hoffnung, dass durch die Stabilisierung der Wechselkurse die wirtschaftlichen Grunddaten stärkere Beachtung fänden. Stimmungen und Gerüchte würden bei Anlageentscheidungen in den Hintergrund gedrängt. Insgesamt würde dies den Handlungsspielraum von nationalen Regierungen erweitern.

Ein weiteres Motiv für die Einführung einer Tobin-Steuer ist weniger ökonomischer als politischer Natur. Die Steuer wird als ein geeignetes Mittel angesehen, um „etwas Sand ins Getriebe der Finanzmärkte zu streuen“ und den Prozess der Globalisierung dadurch besser unter Kontrolle zu bekommen. Darüber hinaus wird zum Teil eine Systemveränderung angestrebt. Für die Kritik an der ungezügelter Globalisierung gibt es gute Gründe, doch wird die Tobin-Steuer stark überschätzt, wenn man ihr allein einen systemverändernden Charakter zuspricht.

Mögliche negative Effekte und Unzulänglichkeiten der Steuer

Oftmals ist die Kritik an der Tobin Steuer rein grundsätzlicher Natur in dem Sinne, dass die Steuer die Effizienz von Märkten verringert und damit dem Bestreben der internationalen Liberalisierung der Märkte widerspricht. Dem kann man schlichtweg entgegen, dass genau dies im Sinne der Steuer ist, da eben nicht an die Allmacht der Märkte geglaubt wird. Auch das partielle Wegschmelzen der Bemessungsgrundlage ist im Sinne der Steuer, da sie als Steuerungsinstrument anzusehen ist. Aber nun zu fundierterer Kritik. Der Steuer wird vorgeworfen, dass sie nicht zwischen

spekulativen bzw. destabilisierenden und ökonomisch sinnvollen Devisentransaktionen unterscheiden könne. Dies ist richtig, da die Steuer streng genommen nur zwischen kurz- und langfristigen Transaktionen unterscheiden kann. Weiterhin ist richtig, dass auch langfristige Investitionen besteuert werden. Dies mag man als Schönheitsfehler der Steuer ansehen, aber der ökonomischen Bedeutung dieser Investitionen ist immerhin durch die degressive Struktur der Steuer Rechnung getragen. Zudem kann die gesteigerte Stabilität der Wechselkurse als Ausgleich für die höheren Transaktionskosten angesehen werden. Auf eine Ausnahmeregelung sollte aber darüber hinaus bereits aus praktischen Gründen verzichtet werden, fiskalische Gründe kommen hinzu. Daher bleibt nur noch die Frage zu klären, inwieweit kurzfristige Transaktionen spekulativ, destabilisierend bzw. ökonomisch nicht sinnvoll sind. Ein Teil der kurzfristigen Transaktionen wird zur Absicherung von Währungsrisiken bei realen Geschäften getätigt und ist somit ökonomisch durchaus sinnvoll. Jedoch würden sich Transaktionen dieser Motivation zumindest teilweise erübrigen, wenn durch die Steuer eine Stabilisierung der Wechselkurse erreicht werden kann. Andere relevante kurzfristige Transaktionen fallen unter den Begriff Liquiditätshandel (oder auch „hot-potato trading“ genannt). Über diese Transaktionen kann man sicherlich geteilter Meinung sein, gerade wenn man grundlegende Systemkritik betreibt, nichtsdestotrotz werden sie in der Regel als ökonomisch sinnvoll und stabilisierend angesehen. Deshalb verdient das Problem, dass die Tobin-Steuer die Durchführbarkeit solcher Transaktionen gefährdet, im Rahmen einer ökonomischen Analyse Beachtung. Die Behauptung, dass Spekulationen sich weitgehend neutralisieren und darüber hinaus ökonomisch sinnvoll seien, weil sie die Konvergenz zum Marktgleichgewicht verbessern ist nicht besonders überzeugend. Sie geht davon aus, dass es ein gottgegebenes Marktgleichgewicht gibt, das zudem auch noch optimal ist. Die letzten Jahre haben aber eindrucksvoll gezeigt, dass dem nicht so ist und zuviel Phantasie an den Märkten schädlich ist. Des weiteren wird ins Feld geführt, dass eine Verringerung der Volatilität durch erhöhte Transaktionskosten nicht erwiesen sei. Diese Kritik ist prinzipiell zutreffend, allerdings ist sie unpräzise. Ob eine Transaktion getätigt wird oder nicht, hängt entscheidend davon ab, ob der erwartete Gewinn größer ist als die Steuer bzw. als die Kosten insgesamt. Das größte Dilemma der Tobin-Steuer scheint daher zu sein, wie man einen Steuersatz findet, der zwar Spekulationen zurückdrängt, aber gleichzeitig die reale Wirtschaft durch seine Höhe



Malcolm Sylvers: Die USA – Anatomie einer Weltmacht
ISBN 3-89438-240-6
333 S.; EUR 16,90

Die USA im Zeitalter der Globalisierung: Wirtschaft, Gesellschaft, Innen- und Außenpolitik, Opposition



W. Biemann/A. Klönne: Kreuzzug für die Zivilisation?
ISBN 3-89438-239-2
268 S.; EUR 15,50

Internationaler Terrorismus, American Jihad und die Kriege der Zukunft: Faustrecht statt Völkerrecht



R. Göbel/J. Guillard (Hg.): Der Irak - Ein Belagertes Land;
ISBN 3-89438-223-6
243 S.; EUR 14,50

Noam Chomsky, Ramsey Clark, Norman Paech, Scott Ritter, Hans von Sponeck über Embargo und Krieg

PapyRossa Verlag
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: (02 21) 44 85 45, Fax: 44 43 05 – mail@papyrossa.de



Gerhard Feldbauer: Marsch auf Rom
ISBN 3-89438-248-1
224 S.; EUR 14,80

Faschismus und Antifaschismus in Italien von Mussolini bis Berlusconi und Fini



K. Pätzold/M. Weißbecker: Geschichte der NSDAP
ISBN 3-89438-260-0
Sonderausg., 580 S.; EUR 14,95

Die Rolle von Millionen Deutschen; die Interessen hinter der Diktatur; die Eliten und die NSDAP



Karl Georg Zinn: Wie Reichtum Armut schafft
ISBN 3-89438-249-X
226 S.; EUR 14,80

Überfluß und Mangel – Das Paradoxon kapitalistischen Wohlstands und seine Überwindung

nicht beschädigt. Vor diesem Problem muss die klassische Tobin-Steuer kapitulieren, da insbesondere bei Währungskrisen oftmals so hohe Gewinne zu erzielen sind, dass dies durch keinen vernünftigen Steuersatz verhindert werden kann. Wenn sie am dringendsten gebraucht wird, funktioniert die klassische Tobin-Steuer also nicht. Dem kann man natürlich erwidern, dass sie dafür auch nicht ausgelegt ist, weil sie eher eine langfristige und strukturelle Natur hat, die auf Währungskrisen präventiv wirkt. Da dies allein jedoch unbefriedigend bleibt, sollte nach einer Ergänzung gesucht werden, die diesem Problem gerecht wird.

Ein weiteres Problem ist die mögliche räumliche Umgehung der Steuer, insbesondere wenn sie nicht weltweit eingeführt wird. Tobin selbst hat daher eine partielle Einführung seiner Steuer nicht vorgesehen. Diese Frage soll jedoch im Zusammenhang mit einem europäischen Al-

leingang eingehend untersucht werden. Eine weitere Möglichkeit die Steuer zu umgehen, ist durch Finanzderivate gegeben. Paul Bernd Spahn schlägt vor, dies dadurch zu lösen, dass Derivate ebenfalls, allerdings mit einem niedrigerem Steuersatz, besteuert werden (vgl. Spahn, 1996). Der niedrigere Steuersatz ist durch die Hebelwirkung dieser Finanzprodukte begründet. Eine kleine Schwierigkeit ist hierbei das Finden des richtigen Steuersatzes, was technisch nicht ganz einfach aber zumindest mathematisch lösbar ist. Vor kreativen neuen Finanzprodukten muss sich ebenfalls nicht gefürchtet werden, da man die Steuer später bei Bedarf auf sie ausweiten kann.

Durch den internationalen Charakter der Steuer drängt sich natürlich auch noch das Problem der internationalen Koordinierung des Steuersatzes sowie der Verteilung der Einnahmen auf, aber hierzu später mehr. Auch die Frage nach der ökonomischen

Berechtigung der fiskalischen Motive der Steuer bleibt zu klären.

Vorschläge zur Anpassung des Modells

Die wesentlichen Weiterentwicklungen des Konzepts einer Tobin-Steuer gehen auf die Arbeiten von Paul Bernd Spahn Mitte der 90er Jahre zurück. Spahn greift hierin die beiden konzeptionellen Hauptprobleme der Steuer auf, nämlich ihre negative Wirkung auf kurzfristige aber ökonomisch sinnvolle Devisentransaktionen sowie ihre Schwäche bei Auseinandersetzungen mit sehr starken Währungsschwankungen.

Spahn schlägt vor, den Steuersatz der Tobin-Steuer so niedrig zu wählen, dass die Steuer keine direkten Auswirkungen auf das Transaktionsvolumen hat. Dies würde sicherstellen, dass keine ökonomisch sinnvollen aber kurzfristigen Transaktionen durch die Steuer verhindert werden. Spahn hat hierfür zunächst einen Steuersatz von zwei Basispunkten vorgeschlagen (vgl. Spahn, 1996), später ist er sogar auf einen Basispunkt runtergegangen. Er begründete dies mit dem Absinken der Margen beim Liquiditätshandel in den letzten Jahren (vgl. Spahn, 2002). Die Steuer hätte in dieser Form keine nennenswerten Auswirkungen auf die Stabilität der Wechselkurse mehr, bestenfalls kleine Effekte langfristiger und struktureller Art. Auf diese Weise wäre die Tobin-Steuer ein primär fiskalisches Instrument, dies jedoch mit gewissem Charme. Durch den geringen Steuersatz ist nämlich zu erwarten, dass es nicht zu massiven Ausweichreaktionen kommen wird bzw. kann. Gerade räumliche Ausweichreaktionen sind oft mit gewissen Kosten verbunden, die in diesem Fall wahrscheinlich oftmals höher wären als die Steuer. Auch die Bemessungsgrundlage dürfte sich aufgrund der Einführung der Steuer nicht nennenswert verändern. Der niedrige Steuersatz erlaubt einem also eine seriöse Kalkulation der potentiellen Steuereinnahmen.

Als Antwort auf die Frage nach der Bekämpfung von Währungskrisen dient die sogenannte „Circuit-Breaker-Steuer“, sozusagen als zweite Komponente einer neuen Tobin-Steuer (vgl. Tobin, 1996). Bei der „Circuit-Breaker-Steuer“ handelt es sich um eine schlafende Steuer, die automatisch aktiviert wird, wenn es zu großen Spekulationen an den Devisenmärkten kommt, welche sich in sehr starken Wechselkursschwankungen äußern.

Das Prinzip ist recht einfach, es wird ein Zielwechselkurs durch den gleitenden Durchschnitt der täglichen amtlichen Wechselkurse festgelegt. Verläßt der tatsächliche Wechselkurs einen Toleranzkorridor um diesen Zielwechselkurs, so wird eine Steuer aktiviert, durch die der Anteil außerhalb des Korridors mit einem erheblichen Steuersatz von 50 % bis 100 % be-

Der Kalender 2003 / Wegbereiterinnen



Kennen Sie Luise Zietz – wer war Julie Bebel? Bestenfalls haben Frauen über ihre Männer Geschichte gemacht. Der Wandkalender mit Wegbereiterinnen der Sozialdemokratischen Frauenbewegung, der erstmals 2003 erscheint, räumt damit auf. Der Kalender im Großformat DIN A3 (297 x 420 mm) erinnert jeden Monat an eine andere starke und unabhängige Frau. Jede der 12 Frauen hat ihre eigene Geschichte. Ihnen gemeinsam ist, dass sie Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts geboren sind, eine Zeit in der Frauen noch wenig Rechte hatten, weder wählen noch gewählt werden konnten und sich Universitäten nur von außen ansehen durften. Sie haben das Kaiserreich und zwei Weltkriege erlebt und – so lange sie gelebt haben – für eine bessere Zukunft gekämpft.

Bestellung (an H. Biermann, Frauenbeauftragte, Friedrich-Ebert-Stiftung, 53170 Bonn)
 per Fax: (0228) 883 622 oder per E-Mail: Hannelore.Biermann@fes.de



Hiermit bestelle ich zum Subskriptionspreis und zur Lieferung frei Haus gegen Rechnung nach Erscheinen:

_____ Exemplare **Der Kalender 2003 / Wegbereiterinnen** à 8,90 €

Name _____ Vorname _____

Institution _____ Telefon _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Rabatt bei Bestellungen in größeren Mengen auf Anfrage.

legt wird, der Anteil innerhalb des Korridors jedoch nicht. Über die Breite des Korridors und exakte Steuersätze äußert sich Spahn nicht, da er es durchaus für sinnvoll hält, wenn einzelne Länder für sich passende Größen individuell festlegen. Durch eine solche Spekulationssteuer wird der eigentlichen Tobin-Steuer übrigens noch eine weitere Berechtigung gegeben, da sie die technischen Voraussetzungen schafft, um die Spekulationssteuer im Bedarfsfall schnell mobilisieren können. Dies gilt insbesondere für elektronische Erfassung und Abrechnung der Transaktionen.

Einer solchen Steuer wird oft vorgeworfen, dass sie Unsicherheit über Transaktionskosten schafft. Dies ist aber falsch, denn mit ihr sind keinerlei fiskalische Motive verbunden, im Idealfall wird sie sogar niemals ausgelöst. Sie schafft also keine Unsicherheit bzgl. der Transaktionskosten, im Gegenteil schafft sie Sicherheit über die Wechselkurse. Von ihrer Anlage ist sie so gestaltet, dass Änderungen der Wechselkurse weiterhin möglich sind, extreme Schwankungen aber vermieden werden. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie prinzipiell von einzelnen Ländern autonom eingeführt werden kann. Dies ist insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer interessant, welche bislang Währungspekulationen hilflos ausgeliefert waren. Interessanter Nebeneffekte ist, dass bei Währungskrisen nun nicht mehr Zinsen im kurzfristigen Bereich erhöht bzw. Währungsreserven vergeudet werden müssen, nein es wird sogar Geld eingenommen. Diese neu ausgestaltete Steuer hat Spahn als „Tobin-cum-Circuit-Breaker-Steuer“ bezeichnet, mitunter wird sie auch „Spahn-Steuer“ oder „Two-Tier Tobin Tax“ genannt. Das Bemerkenswerte daran ist, dass Spahn hiermit die wesentlichen Argumente gegen eine Tobin-Steuer entkräftet.

Die mögliche Verwendung der Steuereinnahmen

Die Frage nach der Verwendung der Steuereinnahmen dient auch gleichzeitig zur Begründung für die fiskalischen Motive der Tobin-Steuer. Ursprünglich hatte Tobin vorgeschlagen, die aus seiner Steuer resultierenden Einnahmen an den IWF und die Weltbank zu geben. Die aktuelle Diskussion zielt jedoch hauptsächlich darauf ab, die Einnahmen für die Finanzierung von Einrichtungen und Programmen der Vereinten Nationen (VN) zu verwenden. Die Vereinten Nationen sind notorisch unterfinanziert und haben derzeit einen Gesamtetat von ca. 18 Milliarden Dollar. Dies steht im krassen Gegensatz zu den an die VN gestellten neuen Herausforderungen. Hierbei sind in erster Linie Maßnahmen zur Friedenssicherung sowie die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus zu nennen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



In diesem Kontext sind die erwarteten 50 Milliarden Dollar pro Jahr bei weltweiter Einführung der Tobin-Steuer ein höchst interessanter Betrag, bereits die erwarteten 17 bis 20 Milliarden Dollar pro Jahr bei Einführung in Europäischer Union und Schweiz sind nicht zu verachten (vgl. Spahn, 2002). Die Verwendung der Steuereinnahmen soll dabei zweckgebunden für die Finanzierung globaler öffentlicher Güter erfolgen. Neben der Friedenssicherung seien hier insbesondere Umweltschutz und die Bekämpfung von Menschen- und Drogenhandel genannt. Auch die Bekämpfung von Krankheiten, die ein globales Problem darstellen, wie zum Beispiel AIDS, fällt sicherlich in diese Kategorie. Da nicht damit zu rechnen ist, dass alle Länder weltweit sofort die Tobin-Steuer einführen, bliebe zudem genug Zeit, um die Verwendung der Einnahmen sinnvoll zu planen. Von Gerd Grözinger stammt ein kreativer Vorschlag, wie man für Länder den Anreiz erhöhen könnte, die Tobin-Steuer auf nationaler Ebene einzuführen. Er schlägt vor, durch die weitergegebenen Steuereinnahmen die regulären Mitgliedsbeiträge stunden zu können. Zudem soll Mitspracherecht über die Verwendung der Einnahmen erfolgen, die über die Mitgliedsbeiträge hinaus weitergegeben wurden. Die Steuer wird zu gleichen Teilen den beiden Ländern gutgeschrieben, die an der Transaktion beteiligt sind, natürlich nur sofern sie beide selbst die Steuer erheben. Andernfalls würde der halbe Betrag als freiwilliger Zusatzbeitrag ohne Mitspracherecht behandelt (vgl. Grözinger, 2001). Eigentlich ist dieser Vorschlag nicht begrüßenswert, da die Einnahmen dadurch nicht komplett zusätzlich für die Finanzierung globaler öffentlicher Güter zur Verfügung stehen, sondern zum Teil bestehende Zahlungen ersetzen. Trotzdem verdient diese Idee eine gewisse Beachtung, auch

wenn sie, gerade was die Frage der Mitbestimmung angeht, noch nicht ausgereift ist. Ihren Charme macht aber aus, dass sie durch einen finanziellen Anreiz für die Länder die Chance der politische Durchsetzbarkeit der Tobin-Steuer erhöht. Zudem stärkt die Zweckbindung der Steuereinnahmen die Vereinten Nationen, da diese dadurch unabhängiger von der Zahlungsmoral der Länder werden.

Nur am Rande sei darauf verwiesen, dass Entwicklungspolitik ohne umfassenden bzw. kompletten Schuldenerlass keinen Sinn macht. Was nützen die ganzen Finanzhilfen, wenn sie ohnehin dazu verwendet werden müssen, um Zinsen an ein paar Großbanken zu zahlen?

Die Frage eines europäischen Alleinganges

Da die Vereinigten Staaten die Tobin-Steuer in all ihren möglichen Formen ablehnen, ist die Überlegung entscheidend, ob die Steuer auch ohne die USA realisiert werden kann, zum Beispiel von der EU oder auch nur vom Euroraum. Zweifels ohne ist Europa wirtschaftlich bedeutend genug, so dass die einseitige Einführung hier ein nicht unwesentliches Gewicht hätte und auch zu erheblichen Einnahmen führen würde, wie bereits festgestellt wurde.

Es bleibt also zu klären, wie ein Zusammenschluss einiger Länder die Steuer bei sich einführen kann („Tobin-Zone“), ohne die eigene Wirtschaft zu benachteiligen oder Umgehungseffekte zu verursachen. Hier sind grundsätzlich zwei Ansätze denkbar, ein währungsbezogener und ein handelsplatzbezogener Ansatz. Beide haben gemeinsam, dass der Übergang von einer Währung zur anderen innerhalb der Zone grundsätzlich besteuert wird. Der währungsbezogene Ansatz postuliert weitergehend, dass die Steuer allein im Eu-

roraum eingeführt werden kann, da der Euro eine zu große Bedeutung als Weltwährung hat, um ihn zu umgehen. Neben dem Wechsel von Währungen werden auch Euro-Transaktionen besteuert, welche die Tobin-Zone verlassen. Auf diese Weise ist zu vermuten, dass bestehende Euro-Parallelmärkte außerhalb der Zone mit der Zeit austrocknen. Dieses Argument überzeugt, allerdings bleibt trotzdem ein gewichtiges Problem hierbei ungelöst: Der Handel mit anderen Währungen könnte die Tobin-Zone verlassen, sofern dies kostengünstig genug möglich ist. In der Tat hat Paul Bernd Spahn in einem Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung festgestellt, dass der Handel mit Währungen geographisch fast komplett von den jeweiligen Heimatländern losgelöst ist, so dass dieses Problem schwer wiegt.

Um einen globalen 24-Stunden-Handel in Echtzeit sicherzustellen, ist die Finanzwelt weitgehend in drei verschiedene Zeitzonen aufgeteilt, wobei alle die Tendenz haben, dass ein Börsenplatz in dieser Zeitzone fast ein Monopol hat bzw. die Konzentration auf diesen Handelsplatz immer weiter steigt (vgl. Spahn, 2002). Bei diesen drei Handelsplätzen handelt es sich um London, New York und Tokio.

Die Tobin-Steuer kann folglich in einer der drei Zonen eingeführt werden, sofern der Haupthandelsplatz und alle wesentlichen Nebenplätze der Tobin-Zone angehören. In Europa sind zum Beispiel Frankfurt und

Zürich solche Nebenplätze. Eine räumliche Ausweichreaktion wäre nicht möglich, da sich der finanzielle und technische Aufwand weder kurz- noch langfristig lohnen würde, den die Einrichtung eines neuen Haupthandelsplatzes in einem Offshore-Zentrum außerhalb der Tobin-Zone aber innerhalb der Zeitzone bedeuten würde. Dies gilt insbesondere bei niedrigen Steuersätzen. Man muss schließlich auch beachten, dass die Herausbildung des Monopolstandortes noch andere Gründe hat. So hat sich London zum Beispiel trotz hoher Büromieten, hoher Gehälter und sogar einer Börsenumsatzsteuer zum weltweit führenden Handelsplatz für Devisen entwickelt.

Der Euroraum könnte die Steuer also mit Großbritannien und der Schweiz ohne Probleme einführen. Sicherlich wäre auch eine Einführung durch den Euroraum (mit geringerer Wirkung) möglich, ohne wesentlichen Schaden zu verursachen. Auch könnte sich insbesondere Großbritannien einer solchen Entscheidung auf Dauer nicht entziehen, wenn es den Euro irgendwann einführen möchte. Aber nichtsdestotrotz ist ein politischer Konsens mit Großbritannien wünschenswert.

Da der weltweite Devisenhandel mittlerweile nahezu komplett elektronisch abgewickelt wird, ist die Berechnung und Entrichtung der Steuer kein Problem. Die genaue Beschreibung der Vorgänge würde hier den Rahmen sprengen, Rodney Schmidt stellt dies aber beispielsweise sehr detailliert und überzeugend dar (vgl. Schmidt, 1999). Letztendlich läuft es nur darauf hinaus, dass der entsprechende Programmcode der jeweiligen Zahlungssysteme um ein paar Zeilen ergänzt wird, so dass die Steuer automatisch abgeführt wird. Dies würde insbesondere die Kontrolle der ordnungsgemäßen Steuerzahlung recht einfach machen.

Eine andere Möglichkeit ist es, die Steuer direkt am Handelsplatz zu erheben und die ordnungsgemäße Zahlung dadurch sicherzustellen, dass Tobin-Steuer-relevante Transaktionen zertifiziert werden. Hierunter würden, wie bereits erwähnt, Geldumtausch und grenzüberschreitende Aktivitäten fallen. Der Kontrollaufwand wäre hierbei jedoch erheblich höher.

Schlussbemerkung

Es ist klar geworden, dass die Tobin-Steuer kein Allheilmittel ist, um die Weltfinanzordnung grundlegend zu reformieren. Hierfür wären mehrere umfassende Maßnahmen notwendig, von denen die Tobin-Steuer eine sein könnte. Schon gar nicht kann die Tobin-Steuer den Prozess der Globalisierung aufhalten oder ihn gar umkehren. Gerade in diesem Punkt wird sie von der globalisierungskritischen Bewegung maßlos überschätzt. Auch soll und kann

die Tobin-Steuer nicht die nationale und internationale Politik von ihren Aufgaben entbinden.

Nein, die Tobin-Steuer kann nur ein Mittel sein, um gefährdete Länder vor massiven Währungskrisen zu schützen, gerade in der Form der dargestellten „Tobin-cum-Circuit-Breaker-Steuer“. Aber auch hier wäre es naiv zu glauben, dass sie als Schutz ausreicht. Die Politik bleibt gefragt.

Auch wenn dies von Tobin nicht beabsichtigt war, sind die fiskalischen Aspekte der Steuer mittlerweile in den Vordergrund gerückt. Organisationen wie die Vereinten Nationen sind von der Weltgemeinschaft gewollt, daher ist es nur recht und billig, wenn man sie mit angemessenen Finanzmitteln ausstattet. Dies gilt insbesondere in Zeiten massiver globaler Aufgaben, wie sie hier bereits skizziert wurden. Die Steuereinnahmen würden also eine sinnvolle Verwendung finden.

Neben all diesem hat die Tobin-Steuer auch noch eine immense psychologische Bedeutung, die vielleicht auch aus ihrer Überschätzung herrührt. Aber gerade dieser psychologische Aspekt darf wiederum nicht unterschätzt werden. Die Steuer wird als Zeichen verstanden, dass Globalisierung kein unkontrollierbarer Prozess ist, und die Politik das Primat über die Wirtschaft zurückerobern kann. Die Entscheidung für die Tobin-Steuer wäre somit ein Signal für den Aufbruch hin zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Was die fast schon hysterische Ablehnung der Steuer durch Konservative und das Großkapital angeht, fühlt man sich in diesem Zusammenhang und bei Anblick der weltweiten Reichtumsverteilung ein wenig an Marx und Engels erinnert: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

spw 6/2002

Literaturangaben

Gröziinger, Gerd (2001), Die Tobin-Steuer: machbar, wünschenswert, erfolgversprechend?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2001
 Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money, Cambridge University Press
 Schmidt, Rodney (1999), A Feasible Foreign Exchange Transaction Tax, in: <http://www.weedbonn.org/tt/TT-Schmidt.PDF>, zugegriffen am 04.10.2002
 Spahn, Paul Bernd (1996), The Tobin Tax and Exchange Rate Stability, in: Finance and Development, 6/1996, S. 24-27
 Spahn, Paul Bernd (2002), Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer, in: <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/>, zugegriffen am 15.09.2002
 Tobin, James (1974), The New Economics One Decade Older, The Eliot Janeway Lectures on Historical Economics in Honor of Joseph Schumpeter, 1972, Princeton University Press
 Tobin, James (1978), A Proposal for International Monetary Reform, in: Eastern Economic Journal, Vol. 4, S. 153-159
 Tobin, James (1996), Prologue, in: ul Haq, Mahbub / Kaul, Inge / Grunberg, Isabelle (Hrsg.), The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility, Oxford University Press

isw institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

Ware Wasser
Die Wasserwirtschaft zwischen Ökonomie und Profitorientierung



isw-report 53
Dezember 2002
3,50 EUR

Die Trinkwasserressourcen der Erde reichen nur dann für alle Menschen, wenn es gelingt, zu nachhaltiger Nutzung und effektiverer Verteilung zu kommen. Dieser Notwendigkeit stehen die Interessen der großen Konzerne und die Privatisierungsbestrebungen entgegen.

Bestellungen, Gesamtprogramm
isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de
<http://www.isw-muenchen.de>

Die Schatten der Globalisierung

Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. Siedler-Verlag, Berlin, 2002, 304 S., 19,90 €

Es wäre bedauerlich, wenn in der aktuellen Vielfalt der globalisierungskritischen Veröffentlichungen der letzten beiden Jahre eines der wichtigsten Bücher unterginge, das zur Pflichtlektüre eines Jeden gehören sollte, der sich für die Operationalisierung der Kritik durch konkrete Politikansätze interessiert.

Das Besondere an dem Buch ist, dass die theoretischen Aussagen von Joseph Stiglitz – im Jahre 2001 Nobelpreisträger für Wirtschaft – mit den ökonomischen und politischen Analysen von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf sowie Michel Chossudovsky kompatibel sind, die strategischen Ansätze einer Globalisierung von unten berücksichtigen und sich in der Kritik der konkreten Politik mit Oskar Lafontaine und den basisorientierten Anregungen von Naomi Klein und Noreena Hertz treffen.

„Ich hoffe, mein Buch wird eine Debatte anstoßen, die nicht nur hinter verschlossenen Türen und in den Elfenbeintürmen der Wissenschaft stattfindet. Diejenigen, deren Leben durch Entscheidungen über die Gestaltung der Globalisierung beeinflusst wird, haben ein Recht, an dieser Debatte mitzuwirken, und sie haben ein Recht zu wissen, wie solche Entscheidungen in der Vergangenheit getroffen wurden“ stellt er das Programm seines Buches in der für die Lektüre wichtigen Einleitung vor. (S. 15)

Der Autor integriert in dem Buch die eigene wissenschaftliche und politische Biografie als politischer Wirtschaftswissenschaftler und als wirtschaftswissenschaftlicher Politiker. Bis 1993 war er Professor an den Universitäten Yale, Princeton, Oxford und Stanford und lehrt seit 2000 an der Columbia Universität in New York. 2001 wurde ihm gemeinsam mit den US-Ökonomen George Akerlof und Michael Spence für ihre Forschungen zur Transparenz der Märkte der Nobelpreis verliehen. Ihre Forschungsergebnisse zeigen, dass die Märkte wegen asymmetrischer Informationen keineswegs so perfekt funktionieren, wie es die traditionellen Lehrbücher beschreiben und die neoliberale Gemeinde weltweit gewissermaßen als politische Pflingstbotschaft verkündet. 1993 wurde er Mitglied des Sachverständigenrats von Präsident Clinton, dessen Aufgabe es war, sämtlichen Dienststellen der US-Regierung mit wirtschaftswissenschaftlichem Rat zur Seite zu stehen. (Wie ungenügend nimmt sich dagegen die ökonomische Politikberatung der Regierungen in Deutschland aus!) 1997 bis Januar 2000 war er zudem Chefvolkswirt und erster Vizepräsident der Weltbank.

Im Zentrum des Buches steht die Frage nach politischen Alternativen zur internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, da diese bei „der Umwandlung der russischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft“ versagt habe und bei der Finanzkrise, die 1997 in Asien begann und schließlich auf die ganze Welt übergriff, krisenverschärfend gewirkt habe. Besonders beschäftigt sich das Buch mit den „verheerenden Folgen“..., die die Globalisierung für Entwicklungsländer haben kann, und besonders für die Armen in diesen Ländern. Die ideologische Programmatik des internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) – fern der sozialen Realität in den einzelnen Staaten und möglicher negativer Folgen ihrer Strategie – müsse durchbrochen werden, nennt er als politisches Ziel. Die Beseitigung von Hemmnissen für den freien Handel und die Integration der nationalen Volkswirtschaften als oberste Ziele von IWF und WTO müssten gemessen werden an den ökonomischen, von Fall zu Fall durchaus unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Erfordernissen einzelner Staaten. Damit ist er nahe bei den Vorstellungen Robert Reichs, zu dem es viele wirtschaftswissenschaftliche Berührungspunkte gibt und der als Mitglied der Clinton-Administration für Arbeit und Soziales mit dem Sachverständigenrat von Bill Clinton zusammenarbeitete. Reich suchte Antwort auf die Frage: „Wie kann sich die Gesellschaft vor dem vernichtenden Erfolg des Kapitals schützen?“ In seinem Buch „Die neue Weltwirtschaft“ (Ullstein 1993) schlägt er einen „positiven Wirtschaftsnationalismus“ vor, der eine Brücke zwischen der gesellschaftlichen Gleichgültigkeit der reichen kosmopolitischen Klasse und dem „Nullsummen-Nationalismus“ der benachteiligten Mehrheit, die ihr Heil im krassen Protektionismus sucht: Staatliche Gelder für Forschung und Entwicklung, Investitionen in die Infrastruktur, Anpassungshilfen und Anreize für ökologische und sozialverträgliche Vorhaben, zwischenstaatliche Kooperationen. – Übrigens gibt es Interpreten des amerikanischen Booms zur Zeit Clintons, die diesen auf die Übernahme von Elementen aus Reichs Konzept, der ja Clintons Studienfreund war, zurückführen.

Das Buch zeichnet den Weg von den Verheißungen der globalen Institutionen über gebrochene Versprechen und die schädlichen Wirkungen der Strategien dieser Institutionen, um aus der Kritik heraus bessere Wege zur Gestaltung der Globalisierung zur Diskussion zu stellen. Die wichtigsten Stationen des Wegs sind die Kapitel „Die Ostasien-Krise“ und „Wer hat Russland zugrunde gerichtet?“ In diesem Kapitel wird die Praxis der politischen Nötigung des IWF und deren Folgen konkret: Allerdings auch, dass die Staaten, die den IWF-Vorschlägen nicht gefolgt sind, politisch und ökonomisch besser gefahren sind. als Beispiele werden die Ent-

wicklungen in Malaysia, Südkorea, China im Zusammenhang mit der Ostasienkrise und in Polen im Zusammenhang der Transformation der ehemaligen zentralen Verwaltungswirtschaften zu Marktwirtschaften analysiert.

Diese Strategie des IWF steht im Widerspruch zu der am Ende des Zweiten Weltkriegs vereinbarten Aufgabenstellung für IWF und Weltbank: Es ging darum, den Wiederaufbau Europas zu fördern und künftigen schweren Wirtschaftskrisen vorzubeugen. Der IWF hat sich seit seiner Gründung stark verändert. Während sein Handeln ursprünglich von der Überzeugung getragen war, dass die Märkte oftmals nicht störungsfrei funktionieren, predigt er heute mit ideologischer Inbrunst die Überlegenheit des Marktes. Und während der IWF ursprünglich davon ausging, man müsse Länder durch internationalen Druck zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik drängen, stellt er heute in der Regel nur dann Mittel bereit, wenn sich Länder zu einer kontraktiven Wirtschaftspolitik verpflichten. Keynes würde sich im Grabe umdrehen, könnte er sehen, was aus seinem Kind geworden ist?

Die entscheidendste Veränderung dieser Institutionen vollzog sich in den achtziger Jahren, als Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien die Ideologie der freien Marktwirtschaft predigten. IWF und Weltbank wurden zu den neuen missionarischen Institutionen, über die diese Konzepte den widerstrebenden armen Ländern aufgenötigt wurden, die oftmals dringend auf deren Kredite und Zuwendungen angewiesen waren. Die Finanzminister der armen Länder ließen sich, wenn es nicht anders ging, bekehren, um an die Geldtöpfe zu kommen...“ (S. 27)

Diese Kritik bringt Stiglitz schon in der Einleitung auf den Punkt: „Die Programme des IWF, die an die markeigene Effizienz glauben, zogen wünschenswerte staatliche Eingriffe, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln und alle besser stellen können, gar nicht erst in Erwägung... Als ich auf die internationale Bühne wechselte, stellte ich fest, dass es bei der Konzipierung von Politik, insbesondere beim Internationalen Währungsfonds, weder auf ökonomische, noch auf politische Rationalität ankommt. Entscheidungen wurden auf der Grundlage einer sonderbaren Mixtur aus Ideologie und schlechter Ökonomie gefasst, eines Dogmas, das manchmal nur hauchdünn eigene Interessen zu verschleiern schien. Wenn Krisen auftraten, verordnete der IWF überholte, ungeeignete „Standardlösungen“, ohne sich um die Auswirkungen auf die Menschen in den Ländern zu scheren, die diese Vorgaben umsetzen sollten“ (S. 10 und 12)

Diese Kritik zieht sich durch das ganze Buch. Dabei werden in jedem Abschnitt die Schat-

tenseiten – man kann auch *Kolateralschäden* sagen – konkret und mit den Folgen für die Menschen in der nüchternen Sprache des Ökonomen aber mit spürbarer innerer Teilnahme und mit spürbarem Frust beschrieben. Er nennt die westlichen Banken als Profiteure von den vom IWF empfohlenen Lockerungen von Kapitalmarktkontrollen in Lateinamerika und Asien, oder den sogenannten „bail outs“, die Absicherung der Kredite und durch Gewinne auf kurzfristig in diese Länder gepumpte Spekulationsgelder. Im Vergleich zu den Schädigungen der Umwelt und der Spaltung der Gesellschaften fielen die Früchte der Globalisierung meist kümmerlich aus. Auch die Weltbank, die zunächst projektbezogene Finanzierungen als Aufgabe hatte, wurde an die Programme der IWF angebunden, in dem ihr neues Instrument umfassender Strukturanpassungskredite auf das Plazet des IWF angewiesen war.

„Viele der wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF, vor allem die verfrühte Liberalisierung des Kapitalmarktes, verschärften die Instabilität der Weltwirtschaft. Und sobald ein Land in einer Krise steckte, haben die Finanzspritzen und Programme des IWF die Lage nicht nur destabilisiert, sondern in vielen Fällen sogar noch verschlimmert, insbesondere für die Armen. Der IWF hat nicht nur seinen ursprünglichen Auftrag verfehlt, die internationalen Finanzbeziehungen zu stabilisieren, sondern war auch in den ihm übertragenen Aufgaben nicht erfolgreich, wie etwa der Förderung der Marktwirtschaft in ehemals planwirtschaftlich gelenkten Ländern.“ (S. 30)

Während IWF und Weltbank fast ausschließlich in der dritten Welt und in Transformationsländern aktiv sind, bezieht die 1995 gegründete Welthandelsorganisation die Industrieländer in den Globalisierungsprozess ein. Die Leitlinien des „Washington Consensus“ unterwerfen den Welthandel umfassend dem „Mantra der freien Marktwirtschaft.“

Wird beim IWF die Strategie von den dominierenden Finanzinteressen insbesondere der Wall-Street beherrscht, geben bei der WTO die Handelsinteressen der weltweit operierenden Konzerne den Ausschlag. Jeweils bleiben die sozialen Belange der Mehrheit der Bevölkerung auf der Strecke. Handelsinteressen stehen vor allen anderen Belangen einschließlich der Belange des Umweltschutzes.

In den Analyseteilen des Buches untersucht Stiglitz ausführlich und überzeugend die Gefahren der schematischen Anwendung der Hauptziele der neoliberalen Strategien auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in verschiedenen Ländern. Er setzt sich mit der Anwendung der auf fiskalische Austerität, Privatisierung und Marktöffnung fixierten Instrumente kritisch auseinander.

So habe der Austeritätskurs oftmals zu so hohen Zinsen geführt, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und Gründung von Unternehmen selbst in entwickelten Ländern unmöglich wäre. Das notwendige Kapital zur Finanzierung sei einfach zu teuer. So habe der IWF die Situation in vielen Ländern verschlimmert.

Wenn Menschen von Arbeitsplätzen in Staatsbetrieben mit niedriger Produktivität in die Arbeitslosigkeit gedrängt würden, steige dadurch nicht das Einkommen eines Landes und gewiss nicht die Wohlfahrt der Arbeitnehmer, außerdem fördere Privatisierung die Korruption.

Die Marktöffnung als Voraussetzung der Handelsliberalisierung führe zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in ineffizienten Wirtschaftszweigen, ohne dass – entgegen der Theorie des IWF und der WTO – neue produktive Arbeitsplätze entstünden wegen des oft fehlenden Kapitals und des völlig unzureichenden Bildungssystems in Ländern der dritten Welt. Regelrecht zerstörerisch wirke die unüberlegte Öffnung der Finanzmärkte durch Deregulierung der inneren Finanzmärkte – selbst in Industrieländern. Kapitalverkehrskontrollen aufzuheben sei eine der ideologischen Kernforderungen von IWF aber auch des US-Finanzministeriums. Die Deregulierung der Finanzmärkte öffnete der Spekulation auf Wechselkurse die Tür.

Die Kritik an den Instrumenten wird jeweils mit Einzelbeispielen belegt.

Aus der Kritik der Politik der internationalen Finanzinstitutionen und aus den Erfahrungen der Staaten, die sich gegen die IWF-Programme gewehrt haben, entwickelt Stiglitz Bausteine für alternative Strategien: Bodenreform, Regulierung des Finanzsektors, Bekämpfung der Armut. „Es gibt Alternativen zu den Entwicklungs-, Krisenbewältigungs- und marktwirtschaftlichen Transformationsstrategien des „Washington Consensus“, die allesamt weniger auf der Ideologie des Marktes basieren. Diese Alternativen stützen sich zwar auf Märkte, messen jedoch auch dem Staat eine wichtige Rolle bei. Sie erkennen die Bedeutung von Reformen an, aber diese Reformen müssen in sach- und zeitgerechter Reihenfolge durchgeführt werden. Veränderungen sind für sie niemals rein ökonomische Prozesse, sondern immer Teil einer umfassenden Evolution der Gesellschaft. Sie erkennen, dass Reformen langfristig nur dann erfolgreich sein können, wenn sie einen breiten Rückhalt haben, und um einen breiten Rückhalt zu bekommen, müssen die Früchte breit gestreut werden (S. 107f). Dies präzisiert Stiglitz:

Um so weit wie möglich Vollbeschäftigung zu erreichen, müsse man eine expansive, zumindest keine kontraktive Geld- und Fiskalpolitik betreiben, wobei der exakte Mix von dem jeweiligen Land

abhängige. Zur Schuldenfrage habe die Aussetzung der laufenden Schuldentilgung in Krisensituationen Vorrang vor bailouts. Ein Schlüsselement für die Sanierung von Unternehmen wäre die Einführung einer speziellen Konkursvorschrift, die finanzielle Schieflagen infolge makroökonomischer Störungen, die weit über das Normale hinausgingen, schnell bereinigen solle. (S. 155) Dazu müssen die internationalen Institutionen ihre Agenda ändern. Das ist durch politische Entscheidungen der Regierungen der wichtigsten Länder möglich.

„Um die Globalisierung so zu gestalten, dass ihre Früchte gleichmäßiger verteilt werden, bedarf es vor allem einer grundlegenden Revision des governance-Systems – also der Leitungs- und Aufsichtsstrukturen (der internationalen Wirtschaftsinstitutionen). Hierzu müssen beim IWF und bei der Weltbank die Stimmrechte neu verteilt werden und bei allen internationalen Wirtschaftsinstitutionen Veränderungen sicherstellen, dass bei der WTO nicht nur die Stimmen der Wirtschaftsminister und beim IWF und der Weltbank nicht nur die Stimmen der Finanzminister Gehör finden.“ (S. 260)

Abschließend fasst Stiglitz seine Position in sieben Reformforderungen zusammen:

1. Notwendigkeit politischer Interventionen, um den Gefahren der Kapitalmarktliberalisierung und der kurzfristigen Kapitalspekulation entgegenzuwirken;
 2. Reformen des Konkursrechts und Schuldenmoratorien unter bestimmten Bedingungen;
 3. Zurückhaltung bei bail-outs;
 4. Eine bessere Regulierung des Bankensektors;
 5. Verbessertes Risikomanagement;
 6. Verbesserte soziale Sicherheitsnetze;
 7. Verbesserte Krisenreaktion;
- Das Buch müsste Pflichtlektüre für alle sein, die in den Globalisierungsprozess institutionell eingreifen wollen.

Horst Peter, Kassel

Literatur:

Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik (Westfälisches Dampfboot, 2002)

Michel Chossudovsky, Global brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. (Zweitausendeins, 2002)

Noreena Hertz, Wir lassen uns nicht kaufen! Keine Kapitulation vor der Macht der Wirtschaft (Econ-Verlag, 2001)

Naomi Klein, No Logo! – Der Kampf der Global Players um Marktmacht im Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern (Riemann – One Earth Spirit 2001)

Oskar Lafontaine, Die Wut wächst – Politik braucht Prinzipien (Econ 2002)

Maria Mies, Globalisierung von unten – Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne (Rotbuchverlag 2001)

Deutscher Bundestag, Schlussbericht der Enquete-Kommission, Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten (Drucksache 14/9200 vom 12.06.2002)

jetzt

vernetzen!

Die Tageszeitung

junge Welt

und

**Globalisierungskritiker /
Linke Zeitschriften**

Jetzt testen: 10-Wochen-
Probeabo. Bestellungen unter
0 30/53 63 55-10 oder
verlag@jungewelt.de
www.jungewelt.de

Terror der Ökonomie, politische Strategien, Abbau von
Staat und Recht, Geschichte der Arbeiterbewegung und des
Sozialismus – junge Welt ist eine Tageszeitung, die mehr
liefert als Informationen und Meinungen. Theoretische Ana-
lysen namhafter Wissenschaftler, Expertengespräche und
Hintergrundberichte machen sie zu einer Fundgrube für
politisch Engagierte. Auf Dauer leistet junge Welt das nur,
wenn sie genügend Abonnenten findet. Wir arbeiten da-
ran, daß es mehr werden. Nutzen Sie unser Probeabo!

Das Aktionsbüro ist erreichbar unter: 0 30/53 63 55-10 bzw.
verlag@jungewelt.de

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Probeabo

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 16 Euro. Will ich die *junge Welt* danach nicht
weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens
zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls
ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der
Probewochen monatlich

- Normalabo: 25,80 Euro,
- Soliabo: 33,00 Euro,
- Sozialabo: 18,40 Euro.

Ich bezahle mein Abo monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt), halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt) per Rechnungslegung Einzugsermächtigung
Das Abo soll ab Montag, den beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert
sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es
nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündigt.

Belarus – unter der Knute eines neo-sowjetischen Herrschers

Alexander Lukaschenko – der Herrscher in Belarus ohne Zukunft

Von Hans-Georg Wieck,

Alexander Lukaschenko – seit 1996 der autoritäre Lenker eines neo-sowjetischen Herrschaftssystems in Belarus – spürt politischen Gegenwind aus Moskau und aus dem Westen. Im August 2002 hat Putin die von Lukaschenko lange gehegte und auch in Verträgen mit Jelzin niedergelegte Wunschvorstellung, gleichberechtigt mit dem russischen Präsidenten die Union beider Länder lenken zu können, schroff entzaubert und den belarussischen Herrscher und sein Land auf die tatsächliche Größe zurückverwiesen: drei Prozent des russischen Bruttosozialprodukts. Mit der vermeintlichen politischen Deckung von Moskau hat Lukaschenko jahrelang den Bemühungen der Europäischen Institutionen – OSZE, Europarat und Europäische Union – widerstanden, den demokratischen Transformationsprozess wieder in Gang zu setzen, den er mit seinem Staatsstreik im November 1996 zum Stillstand und in Richtung eines neosowjetischen Modells umdirigiert hatte. Der Verweigerung der Visa-Erteilung für die Mitarbeiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe, die Jahre hindurch Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition in Belarus gefördert und die zivile Gesellschaft in den Stand gesetzt hatte, glaubwürdige politische Alternativen zum System Lukaschenkos aufzubauen, begegnen NATO und die Europäische Union nun mit der Verweigerung, dem Herrscher in Minsk die Teilnahme am NATO-Gipfel und seinen Ministern die Mitwirkung an europäischen Konferenzen und Besuche im Westen zu ermöglichen. Der Europa-Rat setzte eine Sonderkommission zur Erforschung der Hintergründe der Entführung von politischen Gegnern im Jahre 1999 und später ein.

Seit Mitte des Jahres spürt Lukaschenko Gegenwind aus Moskau und aus dem Westen.

Offenbar haben die europäischen Institutionen schließlich erkannt, dass sie ihre Glaubwürdigkeit als Vertreter und Vorkämpfer der individuellen Menschenrechte, der demokratischen Staatsverfassungen und der Marktwirtschaft bei den Bürgern in Belarus und vielleicht auch in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ernsthaft in Frage stellen lassen, wenn sie sich auf faule politische und diplomatische Kompromisse mit Lukaschenko einlassen und das Beratermandat der OSZE-Mission aufgeben, nur um

im Lande – Belarus – überhaupt vertreten sein zu können. Es gibt auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich den prinzipiellen Positionen und politischen Engagements der Europäischen Institutionen in der Zivilgesellschaft entziehen wollen, um bilaterale Fragen im Verhältnis zu Belarus nicht in Mitleidenschaft geraten zu lassen.

Dem Laufpass, den Putin dem belarussischen Herrscher mit der Absage einer Union mit zwei gleichberechtigten und gleichgewichtigen Partnern erteilt hat, sollte die Visa-Verweigerung der Europäischen Union und der NATO für Lukaschenko und seine engsten Berater als eine Botschaft an das Regime entsprechen: Ohne die Wiederaufnahme des genuinen und nachhaltigen Demokratisierungsprozesses gemäß OSZE-Standards wird es keine politische Anerkennung des Lukaschenko-Regimes im Westen geben. Lukaschenko mag längere Zeit hindurch angenommen haben, dass eben diese Anerkennung durch die Europäischen Institutionen für ihn unerheblich sei und unerheblich bleiben werde. Davon kann jedoch nicht mehr die Rede sein:

In wenigen Jahren wird Belarus ein Nachbarstaat der Europäischen Union, und einige

seiner Nachbarn werden zur Europäischen Union gehören, vor allem Polen und Litauen. Die Einwohner von Belarus werden mit eigenen Augen sehen, was schon jetzt erkennbar ist: Wer zur Europäischen Union gehört, hat mittelfristig große Chancen, seine Lebensverhältnisse substantiell zu verbessern – und dazu ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu führen, was gegenwärtig in Belarus wegen der willkürlichen Eingriffe des Staates und seiner Schergen in das Leben und Treiben seiner Bürger nicht möglich ist.

Russland verweigert dem Land die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung in der angestrebten Union und nähert sich selbst den Europäischen Institutionen. Damit wird Belarus zu einem Ärgernis der internationalen Stellung der Russischen Föderation. Die derzeit für Belarus wirtschaftlich unerlässlichen russischen finanziellen Subventionen werden in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass Putin und seine Mannschaft dem nach dauerhafter Sicherung seiner Machtposition in Belarus drängenden Lukaschenko ein drittes Mal bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2006 die Treue halten und dem Oppositionskandidaten die faire Chance verweigern, sich über die russischen Fernsehstationen an die belarussische Bevölkerung wenden zu können. Diese Möglichkeit hat Moskau dem Koalitionskandidaten der politischen und sozialen Opposition beiden Präsidentschaftswahlen im Jahre 2001 verweigert und sich selbst die Möglichkeit genommen, auf diesem Wege die manipulierte Wiederwahl Lukaschenkos in Frage zu stellen.

Die Europäischen Institutionen – die OSZE, der Europarat und die Europäische Union – haben erkennen müssen, dass – wer auf Lukaschenko setzt – seine eigentlichen Alliierten verliert. Es ist aus mehreren Gründen nicht akzeptabel, dass der Generalsekretär der OSZE bei seinen Gesprächen in Minsk die scharfe Kritik der Mitarbeiter von Lukaschenko an der angeblich das Mandat überschreitenden Tätigkeit der OSZE-Mission unwidersprochen hinnimmt, nur um eine wie auch immer geartete OSZE-Präsenz im Lande zu erreichen. Er lässt damit auch die demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft im Stich, die sich von den europäischen Grundsätzen der Demokratie, vom Schutz der individuellen Menschenrechte und der unver-

Dr. Hans-Georg Wieck, Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Belarus (1997–2001), u.a. Deutscher Botschafter in Teheran (1974–77), Moskau (1977–80), New Delhi (1990–93); Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Rat (1980–85) und Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) (1985–1990).

zichtbaren Gewaltenteilung im Staat leiten lassen. In diesen Positionen spiegeln sich die Interessen der Bürger des Landes wieder, von denen heute weniger als 30 Prozent in Lukaschenko die beste Garantie für ihr Wohlergehen und das Gedeihen des Staates und seiner Bürger sehen. Im Herbst 2001 – also bei den Präsidentschaftswahlen – waren es immerhin noch 50 Prozent der Bevölkerung, die in Lukaschenko den besten Garanten für die Sicherheit und Freiheit des Landes und der Bürger sahen.

Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung streben nun die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Europa ist also gut beraten, für seine Politik gegenüber Belarus Konsequenzen aus diesen sich vollziehenden Veränderungen zu vollziehen. Partner für Belarus ist die Gesamtheit der zivilen Gesellschaft, die auf vielfältige Weise mit Nichtregierungsorganisationen aus Europa und den Vereinigten Staaten verknüpft ist.

Im Jahre 2001 gab es eine Koalition der demokratischen politischen Parteien mit den von Lukaschenko abgefallenen großen gesellschaftlichen Strukturen – den staatlichen, den offiziellen Gewerkschaften sowie dem Großteil der Frauen- und Jugendverbände. Diese Koalition hat mir ihrem Kandidaten Gonscharik etwa 30 bis 40 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen. Die staatliche Manipulation machte aus diesen Zahlen einen Anteil von 15 Prozent für den Herausforderer bei Zuerkennung von 85 Prozent aller abgegebenen Stimmen an den Präsidenten Lukaschenko. Seinen angeblichen Wahlsieg

setzte Lukaschenko in verstärkte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politischen Opponenten, gegen die unabhängige Presse und gegen Dissidenten unter den Fabrikdirektoren um, die indirekt oder direkt die Opposition förderten und mit ihr sympathisierten. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich Lukaschenko durch den tatsächlichen, nicht den erklärten Ausgang der Wahlen geschwächt sah und daher zu Gewaltmassnahmen griff, um die Ausbreitung der Ablehnung zu verhindern. Er erreichte das Gegenteil.

Russland wird mit der Opposition, der politischen und der sozialen reden müssen. Sie stellt heute die Mehrheit unter der Bevölkerung dar. Die Europäischen Institutionen können sich eindeutig für die Unterstützung der demokratischen Alternative einsetzen und sollten diese Politik nicht durch eine vordergründige Verständigungspolitik mit Lukaschenko in Zweifel ziehen lassen.

Lukaschenko – Hemmschuh für die Entwicklung von Wohlstand und demokratischen Freiheiten in Belarus

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 strebte ein großer Teil der belarussischen Bevölkerung möglichst enge Beziehungen zur Russischen Föderation an – ja wünschte eine gemeinsame Währung und

die Vereinigung mit Moskau. Der in freien Wahlen im Jahre 1994 nach der neuen demokratischen Verfassung gewählte Alexander Lukaschenko versuchte, die Überwindung der Wirtschaftskrise durch die Wiedereinführung einer zentralistischen Wirtschaftspolitik und eine möglichst enge Anbindung, ja auch eine Vereinigung auf paritätischer Basis mit Russland zu erreichen. Neben der belarussischen Sprache führte er Russisch wieder als Amtssprache und eine, alten sowjetischen Symbolen nachempfundene Nationalflagge ein. Die Hinwendung zu einem gemeinsamen Staatsverband

mit Russland ist jedoch ins Stocken geraten. Russland fordert die Integration von Belarus in die Russische Föderation oder eine Union nach dem Vorbild der Europäischen Union, in der es eine gewichtete, aber keine absolute Parität zwischen den Teilnehmerstaaten gibt. Der Verlust der Kontrolle über die staatlichen Unternehmen, die vom russischen Kapital aufgekauft werden sollen, würde Lukaschenko jedoch die Basis seiner Macht nehmen.

Andererseits kann das Lukaschenko-Regime nur auf Grund russischer Subventionen überleben, ganz zu schweigen von der schwächer werdenden Konkurrenzfähigkeit belarussischer Waren auf dem

russischen und auf dem westeuropäischen Markt. Belarus wird mit seiner neo-sowjetischen Politik zu einer politischen Belastung für Moskau – nachdem es das in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht schon seit mehreren Jahren ist.

Vor allem die Bevölkerung unter 40 Jahren sieht in dem Beitritt Polens und Litauens sowie der anderen baltischen Republiken zur Europäischen Union und zur NATO eine neue Perspektive auch für Belarus. Mit dem Näherrücken der Europäischen Union und der NATO an die Grenzen des Landes erfahren die Europäischen Institutionen in Belarus eine psychologische Aufwertung. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung sehen heute in der Marktwirtschaft und im Beitritt zur Europäischen Union das rettende Ufer für das Land.

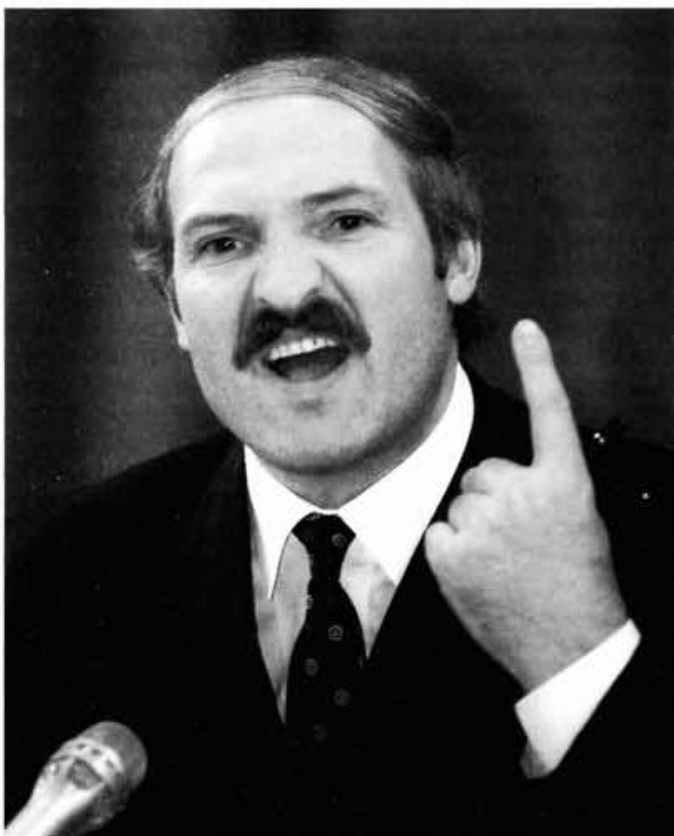
Lukaschenko ist für die Protagonisten der Vereinigung mit Russland und für die Anhänger des Beitritts zur Europäischen Union zum großen Hemmschuh, zum großen Hindernis geworden. Aber aus eigener Kraft – ohne die Hilfe Russlands oder der Europäischen Union – kann sich Belarus aus der politischen Sackgasse und dem wirtschaftlichen Niedergang nicht befreien.

Lukaschenko gilt für einen großen Teil die Bevölkerung in Belarus nicht mehr als Garant des kommenden Wohlstands des Landes.

Belarus – vor dem demokratischen Neuanfang

Bei der dritten Teilung Polens zwischen Russland, Preußen und Österreich im Jahre 1795 annektierte das russische Zarenreich die Provinz Weissruthenien – zusammen mit Litauen. Der Zar und seine Nachfolger, auch die sowjetischen Machthaber betrieben seither eine systematische Russifizierungspolitik. Bis zum Jahre 1795 war Weißruthenien Teil des Polnisch-Litauischen Königreichs gewesen. Christen unterschiedlicher Konfession lebten in diesem mehrsprachigen Land

In wenigen Jahren wird Belarus direkter Nachbar der EU sein. Das vereinfacht Lukaschenkos Situation keinesfalls.



mit einer großen jüdischen Minderheit zusammen und genossen mit den nach dem Magdeburger Recht sich selbst verwaltenden Städten wie Minsk, Grodno, Witebsk und Pinsk relative bürgerliche Freiheit. Das galt auch für die jüdische Bevölkerung.

Davor bildeten das Großherzogtum Litauen und Weissruthenien eine Personalunion, in der lange Zeit hindurch die weißrussische Sprache als Amtssprache fungierte. Die Grenzen dessen, was heute als Belarus bezeichnet wird, verschoben sich vielfach. Heute bezeichnen noch etwa 10 Prozent der Bevölkerung Polnisch als ihre Muttersprache. Nach dem Brest-Litowsker Frieden zwischen dem Deutschen Reich und dem auf dem Gebiet des zaristischen Russland sich etablierenden Sowjetstaat im März 1918 unterstützte Berlin die Bildung eines selbständigen Staates Weißrussland, dessen Nationalfarben die des früheren Litauisch-Belarussischen Großherzogtums wurden. Nach der deutschen Invasion während des Zweiten Weltkriegs wurde die jüdische Bevölkerung fast vollkommen vernichtet. Das Land verlor ein Fünftel seiner Bevölkerung von 10 Millionen Menschen. Die sowjetische Herrschaft diskriminierte und dezimierte vor allem die polnische Bevölkerung, die zu einem großen Teil nach Sibirien verschleppt und später nach Polen (Schlesien, Pommern) ausgewiesen wurde, sowie die bürgerlichen und selbständige bäuerliche Bevölkerung.

Auf den Ruinen des zweiten Weltkriegs errichtete die sowjetische Regierung in Minsk ein regionales Industrie- und Verwaltungszentrum mit dem Hauptquartier des westlichen Militärbezirks und starken Truppenkonzentrationen sowie einer Reihe von akademischen Lehr- und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Es entstand ein sozialer Mittelstand sowjetischer Prägung – ohne Privateigentum – aber mit einem relativ hohen Ausbildungsniveau.

Die belarussische Sprache wurde als regionale, meist von der bäuerlichen Bevölkerung gesprochene Sprache gepflegt. Aber im täglichen Leben der sowjetischen Gesellschaft spielte sie keine Rolle. Nach Einleitung der Gorbatschow-Reformen, also noch vor dem Zerfall der Sowjetunion etablierte sich in Belarus eine Belarussische Nationale Volksfront (BNF), die der belarussischen Sprache in dem unabhängig werdenden Belarus wieder die beherrschende Rolle als Kommunikationsmittel geben wollte. Die russische Sprache wurde als Sprache des Besatzers qualifiziert. Die BNF verfolgte eine anti-russische nationalistische Politik.

Bis in unsere Tage hinein betrachtet die russische Führungsschicht in Moskau Belarus als eine russische Provinz, die auf die eine oder andere Weise in den Schoß Russlands zurückkehren sollte. Sie sieht in der demokratischen Opposition die Vorboten eines neuen belarussischen Nationalismus, der gegen Russland gerichtet ist, und hat es daher bislang vermieden, mit der politischen und gesellschaftlichen Opposition (Vertreter der von Lukaschenko abgefallenen großen gesellschaftlichen Strukturen wie den Staatsgewerkschaften, den Frauen- und Jugendorganisationen) offizielle Beziehungen aufzunehmen.

Die russische Führungsschicht baut darauf, dass bei einem Machtwechsel ein hoher Repräsentant der belarussischen Nomenklatur die Nachfolge von Lukaschenko antreten wird, dem daran liegen wird, gute und enge Beziehungen mit Moskau zu pflegen, aber auch eine schrittweise demokratische Reform des Landes ins Auge fassen könnte, um das Verhältnis zum Westen, zu den Europäischen Institutionen zu verbessern.

Wie viel Demokratie es geben wird und geben kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob eine staatstragende, also nicht nationalistisch-radikale demokratische Koalition durchsetzen kann, dass Neuwahlen nach OSZE-Standards durchgeführt werden, die durch einheimische und durch internationale Wahlbeobachter systematisch beobachtet werden können. Solche Strukturen – eine

landesweite Koalition politischer und gesellschaftlicher Strukturen gegen den Kandidaten der „Partei der Macht“ – und Netzwerke einheimischer Wahlbeobachter für alle Phasen des Wahlprozesses sind für die Wiederaufnahme des im Jahre 1994 unterbrochenen demokratischen Transformationsprozesses, der

auch für die jetzt vom Staat kontrollierte Wirtschaft gilt, unerlässlich.

In den Jahren 1999 entstand ein Konsultations- und Kooperations-Organ der politischen Oppositionsparteien, um eine begrenzte demokratische Reform mit der Regierung zu verhandeln – und zwar unter der Mitwirkung der OSZE-Mission in Minsk in einer unterstützenden, beratenden Rolle. Mit Hilfe der OSZE-Beratung konnte bei den Präsidentschaftswahlen – allerdings nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten – auch eine landesweite Koalition demokratischer und anderer Oppositionsparteien mit den großen gesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel mit den Staatsgewerkschaften und einigen Frauen- und Jugendverbänden gebildet werden, die von Lukaschenko abgefallen waren. Lukaschenko

hat diese Strukturen nach den Wahlen zer schlagen, aber die Bündelung der Kräfte dürfte mit ausländischer Hilfe auch in Zukunft wieder erreicht werden können. Die ausländische Hilfe ist in diesem Staatswirtschaftsland unerlässlich, da es außer den vom Staat kontrollierten Einkünften und Kapitalstöcken kein privates Kapital gibt, dessen Erträge in die gesellschaftliche oder politische Arbeit investiert werden könnten.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die basis-demokratische Struktur der unabhängigen einheimischen Wahlbeobachter, die – ausgebildet, vernetzt und ausgestattet mit dem nötigen juristischen und technischen Rüstzeug – in der Lage sind, die staatlichen Interventionen in die vorbereitenden Arbeiten, z.B. bei der Bildung der Wahlkommissionen und der Registrierung der Kandidaten sowie am Wahltag beim Management der Wahllisten und der Auszählung die Masse der Manipulationen zu erkennen und öffentlich anzuprangern oder auch zu Gericht zu gehen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2001 waren 15.000 Menschen dafür vorbereitet worden, die Wahlen systematisch zu beobachten.

Derzeit ist die OSZE-Mission nicht handlungsfähig. Es ist nicht zu übersehen, wann sie wieder handlungsfähig sein wird. Daher sind andere Verfahren für die systematische und wirkungsvolle Beratung der demokratischen und gesellschaftlichen Alternative zu Präsident Lukaschenko zu entwickeln.

Mehrere Regierungen könnten einen „Freundeskreis Belarus“ mit dem Ziel bilden, eine gemeinsame Belarus-Strategie zu entwickeln und die zu treffenden Maßnahmen abzustimmen. Das Ziel sollte sein, die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Belarus zu stärken, die das Vertrauen der Bevölkerung für einen demokratischen Neuanfang mit dem Westen und mit Russland gewinnen können, Kräfte aber auch, die in der Lage sind, die politische Kohäsion zu schaffen, die für den politischen und wirtschaftlichen Neuanfang unerlässlich ist. Die basis-demokratischen Strukturen der Wahlbeobachter und Wahlhelfer könnten da eine besonders wichtige Aufgabe haben. Diese Menschen arbeiten meist in Nichtregierungsorganisationen zusammen, z.B. im Belarussischen Helsinki-Komitee.

Der von den Regierungen gebildeten Freundeskreis müsste auch die Hilfe vorbereiten, die nach dem Sturz des ungeliebten derzeitigen Herrschers über Belarus – Alexander Lukaschenko – von Regierungen und Europäischen Institutionen gegebenenfalls unverzüglich zu leisten wäre.

Noch ist Zeit für die Vorarbeiten. Aber die Zeit ver rinnt, wenn sie nicht zügig und konsequent genutzt wird.

Nach dem Ende des Krieges entstand mit dem Wiederaufbau von Minsk ein sozialer Mittelstand sowjetischer Prägung mit einem hohen Bildungsniveau.

Glückliches Österreich?

Österreich hat gewählt

von Georg Brockmeyer

Wien im November – Österreich hat gewählt und wieder einmal reibt sich zumindest Europa verwundert die Augen, ob dieses Wahlergebnisses in der Alpenrepublik.

Nicht nur, dass die Mitte-Rechts-Koalition aus konservativer Volkspartei (ÖVP) und rechtsextremen Freiheitlichen (FPÖ) ihre Mehrheit verteidigten. Der ÖVP und ihrem Obmann Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gelang der größte Sieg in der Geschichte der zweiten Republik und damit eine völlige Verschiebung innerhalb der österreichischen Parteienlandschaft.

Die seit den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 siegesgewohnte Sozialdemokratie (SPÖ) schaffte zwar den zweithöchsten Zugewinn in ihrer Parteigeschichte, büßte aber ihre über dreißig jährige Position als stimmenstärkste Fraktion im österreichischen Nationalrat ein.

Die Zeiten der SPÖ als dominierender Faktor österreichischer Innenpolitik sind damit endgültig vorbei.

Dabei schien doch mit der Selbstaflösung der blau-schwarzen Koalition die Chancen für ein fortschrittliches Regierungsprojekt und einen Neuanfang der österreichischen Politik denkbar gut. In den Umfragen gab es zu Beginn der Wahlauseinandersetzung einen knappen, jedoch stabilen Vorsprung für rot-grün.

Doch die Sozialdemokratie verfehlte alle ihre Wahlziele: Weder konnte sie gemeinsam mit den Grünen die blau-schwarze Mehrheit brechen, noch als stärkste Fraktion den Kanzleranspruch weiterhin stellen.

Dieses Wahlergebnis wirft somit einige Fragen auf: Was ist seit dem Zerbrechen der ersten Mitte-Rechts-Koalition in Europa geschehen? Wie konnte die ÖVP zur Wahlsiegerin werden? Und nicht zuletzt: Wie wird eine künftige Regierung Österreichs konstituiert sein und welche Rolle wird dabei die SPÖ haben oder sollte sie haben?

Zahlen

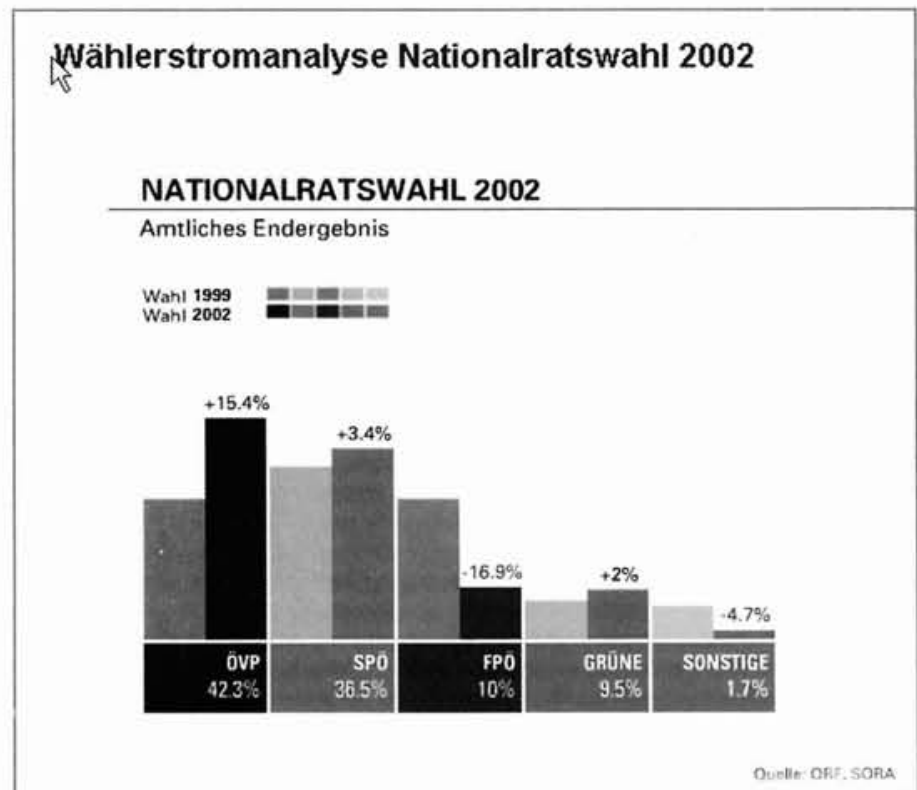
Das von den MeinungsforscherInnen prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen blieb aus. Die ÖVP wurde mit 42,27 Prozent stimmenstärkste Partei gefolgt von der SPÖ mit 36,9 Prozent. Mehr als halbiert wurde die FPÖ mit

10,15 Prozent. Die Grünen gelang es nicht, drittstärkste Partei zu werden. Mit 8,96 Prozent der Stimmen erreichten sie jedoch ihr bislang historisch bestes Ergebnis.

Der ÖVP ist es somit gelungen, den überwiegenden Teil der ehemaligen FPÖ-WählerInnen zu gewinnen. So wählten insgesamt 50 Prozent der FPÖ-WählerInnen von 1999 diesmal die Volkspartei (hier und alle weiteren Daten sind aus Sora, Institut for Social Research and Analysis; <http://www.sora.at/wahlen>) Der Sozialdemokratie gelang es kaum, aus dem Erosionsprozeß der Freiheitlichen Gewinne zu ziehen, gerade einmal elf Prozent gewann sie aus dieser Konkursmasse.

Zudem gelang es rot und grün insgesamt 234.000 Stimmen aus dem bürgerlichen Block zu gewinnen, im Gegenzug verloren beide Parteien 124.000 Stimmen an blau und schwarz, dies entspricht einem Plus von 110.000 Stimmen.

Die Grünen verfehlten alle, recht hochtrabenden, Erwartungen der MeinungsforscherInnen. Sie gewannen zwar eineinhalb Prozentpunkte hinzu, von einem bis zum Schluss prognostizierten zweistelligen Ergebnis sind sie jedoch weit entfernt. Insbesondere gelang es Alexander van der Bellen nicht, enttäuschte AnhängerInnen der ÖVP anzusprechen. Ganz im Gegenteil, die Grünen verloren 38.000 Stimmen oder



Allerdings hat die SPÖ die höchste Behalterate bei diesen Wahlen: 94 Prozent der SP-WählerInnen von 1999 hielten ihr die Treue. Ebenso gelang der SPÖ, acht Prozent der NichtwählerInnen zu mobilisieren.

zwölf Prozent an die Konservativen und erhielten nur 13.000 Stimmen oder ein Prozent zurück. Lediglich von den ehemaligen WählerInnen von Heide Schmidts untergegangenen Liberalen Forum erhielten sie das größte Stück vom Kuchen mit 33 Prozent.

Die SPÖ hat hauptsächlich bei den ArbeiterInnen und den öffentlich Bediensteten mit 44 und 43 Prozent punkten können. In diesen Gruppen liegt sie auch vorne. Zudem macht sich ein starkes Stadt-Land Gefälle bemerkbar: In Gemeinden mit über

www.dampfboot-verlag.de

John Holloway

**Die Welt verändern,
ohne die Macht übernehmen**

übersetzt von Lars Stubbe

in Kooperation mit dem Instituto de Ciencias
Sociales y Humanidades, Mexiko

2002 – 255 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90
ISBN 3-89691-514-2

Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf

Globalisierung der Unsicherheit
Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld
und informelle Politik

Gebunden

2002 – 393 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90
ISBN 3-89691-513-4

Claudia Gather/Birgit Geissler/
Maria S. Ferrich (Hrsg.)

Weltmarkt Privathaushalt
Bezahlte Haushaltsarbeit
im globalen Wandel

(Forum Frauenforschung Band 15)

2002 – 238 Seiten – € 20,50 – SFR 35,50
ISBN 3-89691-215-1

Wolf Jürgen Röder/Klaus Dörre

Lernchancen und Markzwänge:
Bildungsarbeit im flexiblen Kapitalismus

2002 – 208 Seiten – € 19,80 – SFR 34,50
ISBN 3-89691-535-5

Michael Jonas/Sabine Nover/Ursula
Schumm-Garling

Brennpunkt „Arbeit“

Initiativen für eine Zukunft der Arbeit
(Schriftenreihe-Hans-Böckler-Stiftung)

2002 – 243 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90
ISBN 3-89691-528-2

PROKLA 128

Peripherer Kapitalismus in Europa

2002 – 168 Seiten – € 10,50 – SFR 19,00
ISBN 3-89691-328-X

PROKLA 129

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

2002 – ca. 160 Seiten – € 10,50 – SFR 19,00
ISBN 3-89691-329-8

Erscheinen: Dezember 2002



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: info@dampfboot-verlag.de

50.000 Einwohnern liegt die Sozialdemokratie mit 42 Prozent vor der ÖVP. In den kleineren Gemeinden konnte die SPÖ mit nur 35 Prozent die Vormacht der ÖVP nicht brechen.

Nicht punkten konnte die SPÖ bei den Jung- und ErstwählerInnen, hier liegt sie überall hinter der ÖVP. Bemerkenswert ist auch, dass es den Grünen gelang, bei den WählerInnen in Ausbildung die zweite Position dicht hinter der ÖVP zu erreichen. Handelt es sich hierbei doch um ein wachsendes WählerInnensegment.

Hingegen führt die SPÖ bei den WählerInnen mit Pflichtschulabschluss und oder Lehrabschluss.

Bei der älteren Generation über 60 gelang es der Sozialdemokratie ebenfalls nicht, die Führungsrolle zu übernehmen. In diesem Falle besonders erwähnenswert, als dass diese Gruppe zu den Hauptzielgruppen der sozialdemokratischen Kampagne gehörte. Doch auch hier liegt die Schüssel-ÖVP mit 41 Prozent bei den Männern und 40 Prozent bei den Frauen vorne.

Bei genauer Betrachtung der Wahlergebnisse der 90er Jahre wird deutlich, dass die SPÖ über die Jahre weniger Stimmen an die FPÖ verloren hat, als die ÖVP an die Freiheitlichen. Somit ist ein Zugewinn aus diesem Segment von elf Prozent durchaus erfolgreich. Der ÖVP ist es jedoch gelungen durch den Erosionsprozess der Freiheitlichen, ihre führende Rolle im bürgerlichen Lager zurück zu erobern. Jene Rolle, die sie vor 1986 inne hatte.

Hier wird ein kleiner Exkurs in die Parteigeschichte der zweiten Republik notwendig. Die FPÖ ist die Nachfolgepartei des Verbands der Unabhängigen. Dieser war ein Sammelbecken für mehr oder minder belastete Alt-Nazis in den frühen 50er Jahren, die durch die Entnazifizierung vorerst von Nationalratswahlen ausgeschlossen waren. Sowohl ÖVP als auch SPÖ gelang es, einen Großteil dieser Gruppe aufzufangen. Mit Bruno Kreisky öffnete sich die SPÖ in bürgerliche Kreise und konnte mit einem Modernisierungsprogramm für das eher erstarnte Österreich eine Mehrheit erringen. Dies wurde möglich durch Kreiskys Einladung „ein Stück des Weges“ mit ihm und der Sozialdemokratie zu gehen und inhaltlichen Abstrichen in der Gesellschafts- und Bildungspolitik. Für seine Wirtschafts- und Sozialpolitik ließen sich gerade die christlich-sozialen Kreise im Bürgerblock durchaus erwärmen.

Durch geschicktes agieren und Zugeständnissen an die FPÖ im Wahlrecht gelang eine dauerhafte Spaltung des bürgerlichen Lagers, die sich letztlich durch Haiders Wahl zum Parteivorsitzenden der FPÖ 1986 verfestigte.

Letztlich hat sich die SPÖ somit ihre dominierende Stellung sichern können, dabei jedoch immer mehr übersehen, dass ihr eine

strukturelle konservative bis reaktionäre Mehrheit im Land gegenübersteht.

Mit dem selbstinszenierten Untergang der FPÖ ausgehend vom Knittelfelder Putsch, scheint Wolfgang Schüssel diese Spaltung überwunden zu haben. Schüssels Coup den überaus beliebten freiheitlichen Finanzminister Karl-Heinz Grassler vor den Wahlen als Fixstarter einer von ihm geführten Bundesregierung zu nominieren, tat sicherlich sein übriges dazu.

Damit hatte Schüssel nicht nur ein inhaltliches, sondern auch ein personelles Angebot an ehemalige FP-WählerInnen gemacht und signalisierte eine Öffnung der ÖVP hin zur FPÖ.

Der Wahlkampf der SozialdemokratInnen war verglichen damit ehrlich und nahezu pannenfrei. Alfred Gusenbauer stellte neben der Rücknahme der offensichtlichsten sozialen Kürzungen wie Ambulanzgebühren, Studiengebühren und Besteuerung der Unfallrenten den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Kampagne. Gleichzeitig vermieden es die österreichischen SozialdemokratInnen penibelst, das Dogma des Nulldefizits explizit anzugreifen. Gerade weil der Staat Schulden abbauen müsse, sei eine Konzentrierung auf die wesentlichen Prioritäten wichtig. Wichtigste Aufgaben des Staates seien die Gesundheitspolitik, gerechte Pensionen, eine offene Bildungs- und Ausbildungspolitik, sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Nur so seien faire Chancen, also ein Mindestmaß an Chancengleichheit zu gewährleisten.

Darüber hinausgehend gab es keine Festlegung programmatischer Natur: Wir sorgen für faire Chancen und versichern gegen bestimmte Risiken, der Rest ist Eigenverantwortung.

Aufgrund des hohen PensionistInnenanteils an der Wahlbevölkerung bildete die Frage der Pensionsicherung und Forderung nach einer Erhöhung einen zentralen Bestandteil der SPÖ Kampagne. Allerdings war die Partei noch nicht ein schlüssiges Modell der langfristigen Pensionsicherung anzubieten. In einem Dilemma steckte die SPÖ auch insofern, als dass die Konservativen in Fragen der Pensionsreform nicht offen für eine komplette Umstellung auf den Kapitalmarkt argumentierten und der SPÖ im Zuge des ersten Hochwasserhilfe-Maßnahmen-Katalogs der SPÖ die Zustimmung zu einer sogenannten dritten Säule als Zusatzaltersversorgung basierend auf Kapitalmarktfinanzierung abgerungen hatten.

Im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik gelang es Gusenbauers SPÖ nicht, das Image der rückwärtsgewandten Beharrungspartei abzustreifen. Recht spät wurde ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen auf eine Stärkung der Binnennachfrage zur Konjunkturbelebungs setzte.

Obwohl Schüssel und sein Finanzminister Grasser nicht gerade auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik verweisen konnten, gelang es ihnen doch, die SozialdemokratInnen als die ewigen Schulden und Steuer Erhöhungspartei darzustellen. Geschickt verstärkte die ÖVP dieses Klischee durch eine recht aggressive Anti-rot-grün-Kampagne mit dem ständigen Verweis auf die BRD und seine desolante Budgetlage.

Durch einige verunglückte Abgrenzungsversuche der SozialdemokratInnen gegenüber den Grünen im Bereich der Gesellschafts-, Flüchtlings- und Drogenpolitik wurde die Negativ-Kampagne der Konservativen weiter stimuliert.

Letztlich dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass die Stimmung in Österreich nach wie vor für eine konservative „Reform“-regierung vorhanden war. Für die Sozialdemokratie war diese Stimmung mit einem reinen Kernschichten-Wahlkampf nicht zu durchbrechen.

Dafür steht die Partei nun nicht schlecht dar. Sie hat sich konsolidieren und ihre AnhängerInnen und WählerInnen mobilisieren können. Inhaltlich hat sie wieder an Profil gewonnen. Alfred Gusenbauer hat die Chance des Wahlkampfes genutzt, sich selbst als Alternative zu profilieren. Das direkte Fernsehduell gegen den Bundeskanzler konnte er sogar für sich entscheiden.

Der richtige Weg ist somit beschritten. Eine weiter ausgearbeitetes programmatisches Angebot, eine Perspektive für ein modernes

Österreich in einem geeinten Österreich, fehlt jedoch noch. Mit solch einem Projekt hätte die Sozialdemokratie in der Alpenrepublik eine reelle Chance, ihr derzeitiges Potential kräftig auszubauen. Somit könnte sie Teile des Bürgertums wieder „ein Stück des Weges“ mitnehmen.

Dafür müsste sich die SPÖ jedoch für den Gang in die Opposition entschließen.

Es gehört jedoch zu den Besonderheiten der österreichischen politischen Verhältnisse, dass sich rund 41 Prozent der Bevölkerung und ca. 51 Prozent der eigenen Anhängerschaft eine große Koalition wünschen.

Auch die Gewerkschaften erhoffen sich von der „Spiegelung“ der Sozial-Partnerschaft in der Regierung einen Vorteil oder zumindest ein Abwenden größerer Systemumbauten. Dass Schüssel jedoch, wenn es darauf ankommt, die vielgerühmte Sozial-Partnerschaft mit Füßen tritt, hat er häufig und eindeutig unter Beweis gestellt, beispielsweise bei der Zerschlagung der Selbstverwaltungskörper der Sozialversicherungsträger. Zudem befindet sich der Kanzler Österreichs in der bequemen Situation, sich zwischen drei potentiellen Partnern entscheiden zu können:

Die Grünen wollen zwar offiziell in der Opposition bleiben, doch mehren sich die parteiinternen Stimmen für gemeinsame Projekte. Die Freiheitlichen beschäftigen sich hauptsächlich mit sich selbst, sind aufgrund ihrer finanziellen Situation aber auf

eine Regierungsbeteiligung geradezu angewiesen.

Die SPÖ steht unter dem starken Druck der eigenen WählerInnen und der veröffentlichten Meinung, sich dem sogenannten Staatsinteresse nicht zu verweigern.

Nicht unbedingt eine starke Verhandlungsposition für die Sozialdemokratie.

Ginge sie mit Schüssel in eine Koalitionsregierung, wäre sie gezwungen viel an neu gewonnenen inhaltlichen Profil aufzugeben. Insbesondere verlöre sie ihre gerade wiederhergestellte Glaubwürdigkeit.

Ein Projekt links der Mitte in Österreich wieder gesellschaftsfähig zu machen, wäre unter solchen Vorzeichen kaum oder gar nicht verwirklichtbar.

Die Chance mittelfristig eine fortschrittliche Gestaltungsmehrheit zu erlangen würde der Chance „das Schlimmste zu Verhindern“ mit ungewissem Ausgang geopfert.

Alles in allem keine rosige Situation.

Allerdings hat der eingeschlagene Weg bewiesen, dass die Sozialdemokratie dazugewinnen kann. Mit starken Nerven, Selbstbewusstsein und einem konzisen Programm sollte auch eine Gestaltungsmehrheit möglich sein.

Diese Zeit hätte die SPÖ und Gusenbauer jetzt auch. Ob und wie sie sie nutzen hängt nicht zu letzt davon ab, wie erfolgreich es Gusenbauer gelingen wird, die inhaltlichen Zielsetzungen der SPÖ zu verteidigen – nach außen und innen.

spw 6/2002

Jetzt bestellen!

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg.)



Jobs, Jobs, Jobs!

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?

spw

Ulla Burchardt, Reinhold Rünker (Hrsg.)



Nachhaltigkeit
als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag
von Horst Peter

spw

Detlev von Larcher (Hrsg.)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte
Finanz- und Steuerpolitik

spw

Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro

Bestellungen an: verlag@spw.de oder über www.spw.de

Worst case für die PDS

Nach der Bundestagswahl regiert das Prinzip Hoffnung

von Gerry Woop

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 sind für die PDS ein Desaster. Noch vor den Wahlen 1994 und 1998 war ein Szenario des Verlusts der Gruppenvertretung im Bundestag ein mögliches, in dem auch der Anfang vom Ende gesehen wurde. Die Drei-Direktmandate-Regelung und der Gesamterfolg der PDS im Jahre 1998 im Umfeld einer allgemeinen Stimmung des Politikwechsels ließen es nicht zu diesem Szenario kommen. Jedoch war die Annahme durchaus begründet, dass sich in einem solchen Falle wichtige aktive Mitglieder, potenzielle Mitstreiter, mehr Wähler abwenden, ein Abwärtstrend beginnt, der Zentrifugalkräfte in der Partei freisetzt. Nun ist diese Situation, zu Jahresbeginn für viele noch unvorstellbar, eingetreten. Aber niemand gestattet sich die Rückeroberung an die damaligen Befürchtungen. Das Prinzip Hoffnung regiert, auch Aktionismus, teilweise Versuche zur Analyse und politischen Neujustierung. Die Berliner Bundestagsabgeordnete Petra Pau formuliert es wohl am realistischsten, wenn sie vom Unmöglichen spricht, das nun versucht werden müsse.

Rotgrün durch die Wahl der Grünen bestätigt

Wenn die zentralen Themen des Bundestagswahlkampfes, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter dem Gesichtspunkt untersucht werden, was dabei die Problemfälle für die Bilanz der Bundesregierung, mithin ihr Risikofaktor auf dem Weg zur Wiederwahl war, so sind zwei Stichworte zu nennen: Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeitsdefizit. Die bloße Hoffnung auf eine baldige wirtschaftliche Zykluskurve nach oben mit Arbeitsplatzeffekten war trotz notwendiger vielfältiger Verbesserungen der Rahmenbedingungen mit Inaktivität verbunden und wurde durch die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des 11. September letztlich zum Desaster. Doch die Folgen des 11. September sind kein Erklärungsmuster für mangelndes Regierungshandeln mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Beispiel in Fragen der Fiskalpolitik, der Investitionen, der Arbeitszeitpolitik, der flexiblen Haushaltspo-

litik, der gezielten Wirtschaftsförderung und zuletzt auch der Umverteilung. Das Ganze kann sich nicht im JobAQTIV-Gesetz und der Steuererleichterung für Familien und Unternehmen oder Hoffnungen auf das Hartz-Rezept erschöpfen. Dieses Versagen verbindet sich mit einer Haushaltspolitik, die ihrem Ziel nach sicher notwendig, in den konkreten Ausformungen jedoch unflexibel und unausgewogen ist. Hier entsteht das Gerechtigkeitsdefizit, weil die Umverteilungsfragen, die Belastungen durch Steuern und mittelbare Auswirkungen über mangelnde Investitionsfähigkeit in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit, steigenden Beiträgen, Euro-Preiseffekten und zugleich ausbleibender Vermögens- und Erbschaftssteuer gerade in linken wie auch weiteren Stammwählerkreisen der SPD das Gefühl sozialer Unausgewogenheit aufkommen ließen. Nicht zu vergessen die gerade in Ortsverbänden und Gewerkschaftskreisen damit verbundene Demotivation. Als Klaus Staeck und Johanno Strasser dieses Unbehagen auf einem Podium beim Nürnberger Parteitag – mit wohlwollendem Veränderungswunsch – kritisch anmerkten, prallten sie am Politmanager Matthias Machnig nicht nur in der Sache, sondern auch mental ab. Diese Sensibilität für die Bedürfnisse, die aus der Partei, aber letztlich doch vermittelt über diese aus der Gesellschaft kommen, musste erst wieder erlangt werden. Die schlechten Umfragewerte und mangelnden Erfolge einer Politik der Mitte, wie sie noch 1999 bis 2000 präsentiert wurde, führten im Vorfeld der Wahlen zu gravierenden Korrekturen. Faktisch wurde eine klassische Links-Rechts-Alternative eröffnet. Schröder versus Stoiber wurde zu Sozialstaat versus soziale Kälte. In dieser Konstellation konnten Stammwähler etwas zurückgewonnen oder gebunden werden, so dass die Wahlverluste sich in Grenzen hielten. Handelte es sich 1998 um eine Kohlabwahl durch eine von den Namen Schröder und Lafontaine, von Innovation und Gerechtigkeit geprägte Mitte-Links-Politik, so folgte auf die Mitte-Politik der letzten Jahre und den relativen Schwenk wieder hin zu Mitte-Links eine Bestätigung von Rotgrün trotz des Vers-

agens bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des empfundenen Gerechtigkeitsdefizits vor allem als Alternativwahl zu Stoiber und dessen absehbarem Programm. Das wirklich Interessante ist dabei, dass diese Bestätigung von Rotgrün durch die Wahl der Grünen erfolgte. Nicht nur, dass sich die Grünen erfolgreich als der Reformmotor der Bundesregierung darstellen konnten. Selbst die SPD-Bilanz, die Vorsitzender und Generalsekretär bereits im November 2001 in Nürnberg präsentierten, war eine eher grüne. Als Erfolge wurden Staatsbürgerschaftsrecht, Atomausstieg, ökologische Steuerreform und neues Partnerschaftsrecht dargestellt, mithin also klassische grüne Themen. Der Erfolg dieser Regierung, gemessen an den Bestrebungen zur Auflösung des Reformstaus der Kohl-Ära bestand also vornehmlich in gesellschaftsverändernden Bereichen, sowohl hinsichtlich der Verfasstheit als auch der Nachhaltigkeit.

Zu den zufällig auftretenden Umständen der Wahl gehörte die Hochwasserkatastrophe, die als klassischer Krisenfall einer Regierung durch das nur ihr mögliche exekutive Handeln Zustimmung brachte. Dies nun im Osten, wo aufgrund der nicht umgesetzten Chefsache Ost die Enttäuschung zur SPD gewachsen war. Schließlich brachte die Irakpolitik der USA der rotgrünen Regierung – in Korrektur ihres bisherigen Images als Kraft, die militärische Mittel doch als normales Instrument auch deutscher Außenpolitik und dies sogar als Souveränitätsbeleg verstehend ansieht – nunmehr die Chance einer Präsentation als Krieg ablehnende, vernünftig und mäßigend auftretende Kraft. Ein CDU-Kandidat, dessen Kritik zeitlich defensiv, zuweilen sehr wahltaktisch und somit unglaubwürdig war, der aus Bayern kommt, in wichtigen Themenfeldern nur wenig Alternatives bot und wenn, dann doch in einer für viele Wähler als ungerecht und nicht zumutbar empfundenen Art, ein solcher Kandidat konnte nicht wirklich gewinnen. Gehörte doch zu seiner Seite eine FDP, die mit noch größeren sozialen Härten und einem in der Gesellschaft so doch nicht akzeptierten Spaßfaktor Profil gewinnen wollte, und mit Möllemann ins Straucheln kam.

PDS folgte falscher Strategie – oder hatte keine konsistente

Das Hauptproblem der PDS bestand darin, dass die Strategie des Wahlkampfes nicht

Gerry Woop, Politikwissenschaftler, lebt in Berlin und ist PDS-Mitglied, hat im Crossover Projekt von spw, utopie kreativ und andere zeiten mitgearbeitet.

wirklich entschieden war und sie sich der Illusion hingab, zwischen den Fronten Wähler zu gewinnen. Die Hoffnung, Wähler würden die „eigentliche Alternative“ jenseits eines pauschal und viel zu breit, also unpolitisch verstandenen, neoliberalen Lagers all der anderen wählen, erwies sich als Trugschluss. Die damit entstehende faktische Nichtzugehörigkeit zu einem in Beschlüssen immer wieder auftauchenden Mitte-Links-Lager der Gesellschaft kann nicht vorrangig der parteitaktisch logischen Abweisung der PDS durch die SPD-Spitze zugeschrieben werden. Sie findet ihre Ursache im mangelnden politischen Grundverständnis, dass eine Partei inhaltlich bestimmte Souveränität braucht, um in einer Lagerkonstellation mit eigenem Profil wirken zu können. Der Gebrauchswert im Vergleich zu anderen politischen Angeboten muss für den Wähler zu erschließen sein und eine machtpolitische Option erkennbar bleiben. Wähler wählen eine bestimmte Politik im Zusammenhang mit einer möglichen Umsetzungsoption in der Regierung. Diesen Zusammenhang hat die PDS selbst aufgelöst und ist letztlich in unterschiedlicher Qualität beiden Erfordernissen nicht gerecht geworden. Daran änderten auch die Versuche mit Angeboten zur Kanzlerwahl und möglichen Zusammenarbeit nichts mehr, die wenige Wochen vor der Wahl unternommen, jedoch im Tageswechsel konterkariert wurden und nicht mehr tiefgreifend kommuniziert werden konnten. Erschwerend war sicher der allgemeine Druck auf kleinere Parteien im medienwirksam erlebten Zweipersonen-Wettbewerb um die Kanzlerschaft sowie die verheerende Wirkung des Gysi-Rücktritts im Wählerspektrum der PDS.

Im Ergebnis ist zumindest aus PDS-Sicht der Verlust der Bundestagsfraktion auch ein Verlust für die Linke in der Bundesrepublik. Selbst die SPD-Linke hat die strukturelle Wirkung einer Kraft links der SPD für das eigene Agieren innerhalb der Sozialdemokratie zu nutzen gewusst.

k.o. im Westen

Einschränkend zur kritischen Reflexion muss hinzugefügt werden, dass die PDS im Osten 16,9 Prozent der Wähler gewinnen konnte und „nur“ im Westen auf minimalstem Niveau von 1,1 Prozent verharrte. Darin liegt nun das für die Perspektive der PDS dramatischste Problem, was in den aktuellen Debatten nicht hinreichend reflektiert wird. Zwölf Jahre nach der Vereinigung ist es trotz aller Versuche, trotz finanzieller, materieller, personeller und politischer Bemühungen, trotz erfolgreicher Gysi-Auftritte, trotz politischer Wirkung aus dem Osten heraus und auf der Bundesebene nicht gelungen, ein notwendiges Mindestmaß an Menschen zu gewinnen, die es nicht nur schade finden, wenn der Bundestag ohne PDS bleibt, sondern die die PDS auch wählen. Jenseits der

bereits genannten hausgemachten politischen Fehler ist es naheliegend, angesichts der politischen Erfolglosigkeit der PDS in den westlichen Bundesländern eine tiefe kulturelle Barriere zu konstatieren, die zu überspringen für die PDS vom Osten aus offenkundig unmöglich ist. Insofern ist die PDS ein spätes Opfer des Einigungsprozesses, denn die Wählerreservoirs im Osten reichen nicht dauerhaft und sicher für eine parlamentarische Verankerung auf Bundesebene.

Außerdem muss festgestellt werden, dass es keine wählerwirksam relevante Linke neben der Sozialdemokratie gibt, die in Abgrenzung und doch mit Perspektiven einer Beziehung neben der PDS hätte entstehen können. Es gibt offenkundig dafür derzeit und wohl auch absehbar keinen sozialen und politischen Boden. Das heißt nicht, dass demokratischer Sozialismus nicht auch jenseits der SPD intellektuell und programmatisch diskutiert werden kann oder gar eine Bezugsgröße für politisches Handeln darstellt. Es gibt nur organisatorisch im Parteienspektrum dafür keinen Raum, der erfolgreich, das heißt inklusive Parlamentsvertretung, besetzt werden kann. Ein Blick über West- und Osteuropa verdeutlicht dieses Problem. Während in Osteuropa postkommunistische Parteien mehrheitlich sozialdemokratisch werden oder so dogmatisch bleiben wie die in Russland, gibt es in Westeuropa tiefe Krisen oder gar Spaltungen wie die in Italien. Der Spagat zwischen erkennbarem Linksprofil und reformpolitischer Orientierung gelingt unter Bedingungen medienvermittelter Demokratie offenkundig immer weniger. Womöglich ist aber mit historischem Blickwinkel hier auch ein allgemeiner Niedergangprozess der kommunistischen Bewegung zu sehen, die seit der Spaltung vom sozialdemokratischen Strang in Ost- und Westeuropa letztlich doch in Bezug zum untergegangenen Staatssozialismus stand.

Parteitag in Gera offenbarte Schwäche und Niederlage der Reformer

Mit den verlorenen Bundestagswahlen haben die PDS-Reformer eine herbe Niederlage erlitten, standen sie doch gerade für einen Kurs der reformpolitischen Profilierung und der in parlamentarischen Demokratien notwendigen machtpolitischen Flexibilität. Das Paradoxon in den Wählerwanderungen besteht für die PDS darin, dass ca. 300.000 WählerInnen zur SPD wanderten und



ebenso viele ins Nichtwählerspektrum. Das eine könnte durch einen Mangel an reformpolitischer Mitte-Links-Strategie erklärt werden, das andere durch zu große Nähe zur SPD und damit verbundene mangelnde linke Profilierung. Durchgesetzt hat sich angesichts der Niederlage der Reformgruppierungen die zweite Lesart. Das hat mehrere Ursachen. Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass Schwäche und Probleme der PDS schon seit einiger Zeit nicht mehr einem Druck von außen oder der Stärke innerparteilicher dogmatischer und traditionalistischer Kräfte geschuldet sind, sondern Resultat der konzeptionellen, personellen und taktischen Schwäche der Reformer darstellen. Sie waren nicht einheitlich zu definieren, kommunizierten nicht einmal mehr miteinander. Nach der schweren Niederlage von Gysi, Bisky und Parteivorstandsmehrheit auf dem Münsteraner Parteitag 2000 haben die Reformkräfte keine konzeptionellen Debatten zu konsistenten Politikvorstellungen aufgenommen. Selbst die Programmdebatte wurde nicht wirklich dazu genutzt. Sie haben auch keine strategischen Debatten mehr geführt und schließlich haben sie es versäumt, um Mehrheiten in der Partei zu ringen. Ein kardinaler Fehler wie sich nun herausstellte. Denn die linkspopulistische und naiv-basisdemokratische Linie der neuen Parteispitze konnte sich nur vor diesem Hintergrund durchsetzen. In geradezu dilettantischer Weise, unkoordiniert, im Falle der trotzig und autistisch erfolgten Kandidatur des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Roland Claus geradezu tragikomisch, agierten die Reformer auf dem Geraer Parteitag. Die Berliner Reformkonzeption wurde personell nicht untersetzt. Nicht einmal ein Kompromissversuch vermittelnder Pragmatiker hatte eine Chance. Das Problem lag bereits in

der Vorbereitung, denn vor Beginn der Rede von Gabi Zimmer zeigte der starke Beifall bereits die klaren Mehrheitsverhältnisse. Wenngleich die Vorsitzende nicht pauschal als Dogmatikerin dargestellt werden kann – dazu hat sie sich in den sechs Jahren ihres bundespolitischen Wirkens viel zu wenig überhaupt politisch-inhaltlich für irgendwas verlässlich positioniert –, sie hat ein präkäreres Bündnis für ihren innerparteilichen Machtausbau genutzt und politischen Vorstellungen wie auch Verfahrensweisen Raum gegeben, die sich nicht etwa einfangen lassen, sondern sich erst durch die Strukturen ausbreiten. Bemerkenswert deshalb ihre abstruse Alternative, ob die PDS ein ostdeutsches sozialdemokratisches Projekt oder eine bundesweite linke sozialistische Partei sein wolle. Dies und der allgemeine Vorwurf, man dürfe sich in Regierungen nicht opportunistisch unterwerfen, war ein klarer Vorwurf an die Reformer und die Regierungsbeteiligten in Berlin und Schwerin. Der Vorwurf spielt populistisch ein Unbehagen an der Parteibasis über die zu bewältigenden Probleme in diesen Ländern an. Es gab also entgegen danach geäußerten Beteuerungen keine wirkliche Stütze dieser Regierungen. Diese hätte ohne weiteres mit einer Debatte darüber verbunden werden können, wie man erfolgreich regiert, wie man entsprechende sozial ausgewogene Konzepte ausarbeitet und wie man den Regierungen endlich einen Stempel der PDS aufdrücken kann. Das war nicht das Thema der Vorsitzenden. Ihr politisches Selbstverständnis kulminierte in der Aussage, dass die

PDS nicht ein bloßer Mitbewerber im Parteienwettbewerb sei, sondern die Kraft, die über das System hinaus will. Mit dieser simplen Politik- und Gesellschaftsvorstellung offenbart sich, dass es nicht um Problemlösungskompetenz geht, die sich in der parlamentarischen Demokratie logischerweise dem Wettbewerb der Konzepte stellen muss. Man entzieht sich mit dem Verweis auf das jenseitige Besondere, eine wärmende linke Kategorie, der Mühe zur politischen Problemlösung heute, die ohne Zweifel etwas mit Systemkritik und programmatischer Orientierung und Sozialismus zu tun haben könnte. Das vorgesehene soziologisch beschriebene Mitte-Unten-Bündnis ist in diesem Zusammenhang keine Mehrheitssuche zwischen Interessen der Mittelschichten und der sozial Deklassierten, sondern die Politikflucht ins rein Außerparlamentarische. Als ob es breite soziale Bewegungen gäbe und als ob attac gerade darauf wartet, zum politischen Wiederaufstieg der PDS beizutragen. Selbst die Friedensbewegung ist bei aller Kritik an rotgrüner Außenpolitik der vergangenen Jahre entweder inhaltlich einige Schritte von Joschka Fischer mitgegangen oder hat sich trotz Bauchschmerzen letztlich mehrheitlich wieder für Rotgrün und nicht für die PDS entschieden.

Zum Parteitag erlitten die inhaltlichen Gegenvorschläge zum Zimmer-Konzept eine Niederlage, was zur breiten Kandidaturabstimmung auf dieser Seite führte. Vor diesem Hintergrund stehen die noch agierenden an Reformpolitik interessierten Kräfte, insbesondere die Vertreter der rot-roten Koalitionszusammenarbeit, vor einer außerordentlich prekären Situation. Die entstandene innerparteiliche Atmosphäre der Kritik an Reformpolitik, der Denunziation dieser als Sozialdemokratismus, Opportunismus, Anbiederung und der naiven Begeisterung für jegliche allgemeine Kritik an politischen Kompromissen macht viele politische Aktive faktisch generell verdächtig. Sie stehen in einer permanenten Entschuldigungsposition. Zugespißt formuliert werden die Regierenden in Schwerin und Berlin trotz aller jetzt natürlich logischen Bekenntnisse für eine Regierungsfortsetzung zur taktischen Schaukelmasse der Parteispitze. Das heißt auch Regierung auf Abruf, wie es der Hildburghausener Bürgermeister Steffen Harzer zum Parteitag auch deutlich auf den Punkt brachte.

Zu erwarten ist deshalb eine weitere Auseinandersetzung um den Kurs der PDS. Dabei ist zu bedenken, dass das Reformlager oder die Sammlung von Zimmer-Kritikern alles andere als gemeinsame Politik- und Politikstilvorstellungen haben. Wahrscheinlich wird es aber eher nicht um Konzepte gehen, mit denen politische Souveränität erlangt werden kann. Eine Debatte um besseres Regieren und mehr intellektuelle Ausstrahlung der PDS in die Linke und darüber hinaus wird

sehr schwierig werden. Zu befürchten ist eine Mischung aus Linkspopulismus, politischer Naivität und Binnenorientierung. Das bedeutet jedoch nicht unbedingt einen schnellen Niedergang. Programmdebatte, Europawahlen und Landtagswahlen bieten Optionen und werden noch zu berücksichtigen sein.

Was bleibt

Die PDS hat eine durchaus historisch aner kennenswerte Bilanz vorzuweisen. Sie ebnete den Weg für viele Menschen aus der DDR in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Darunter waren auch wichtige Eliten aus technischen, wissenschaftlichen und auch politischen Bereichen. Diese Integrationsleistung ist für die innere Einheit Deutschlands nicht zu unterschätzen. Zweitens ist damit auch eine demokratiebildende Leistung verbunden, weil die Mitglieder und Anhänger der PDS bis hinein in kommunale Strukturen am demokratischen Prozess beteiligt sind und beträchtliche Bevölkerungsteile in dieses System integrieren. Drittens hat die PDS Protestwähler gebunden, was angesichts der steigenden Nichtwählerschaft und selbst der steigenden Anteile von extrem rechts wählenden Protestwählern bedeutsam war. Viertens hat die PDS ostdeutsche Interessen vertreten, die sonst im Parteienspektrum nicht vertreten worden wären. Dazu gehört auch die mittelbare Wirkung, dass sich selbst westdominierte Parteien durch die Existenz der PDS genötigt sahen, hier initiativ zu werden. Fünftens hat die PDS zur ausgewogeneren Bewertung geschichtlicher Prozesse beigetragen, damit auch Ost-Biografien verteidigt und Selbstvertrauen gestützt. Schließlich bietet die PDS noch für Tausende älterer – und vielfach mit den neuen Verhältnissen nicht zurechtkommender – Mitglieder eine politische Heimat, was vor allem als soziale Leistung anzusehen ist.

Die Herausforderung besteht nun darin, in dieser Situation vernünftig zu handeln. Das meint vor allem die Vertretung der Wählerinteressen. Das heißt konzeptionelle Arbeit, Setzen von eigenständigen Merkmalen in den Regierungsbeteiligungen, konstruktive Oppositionsarbeit, außerparlamentarisches Wirken. Die politischen, vor allem dialogischen Aktivitäten junger PDS-Mitglieder oder der reformsozialistischen Intellektuellen um die Brüder Brie oder einer basisorientierten Gruppe von stark in westlichen Landesverbänden verankerten Reformsozialisten gehen in diese Richtung. Es bleibt ein Erfordernis der Vernunft, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auch aus staatspolitischer Verantwortung, bei aller Unwahrscheinlichkeit des Erfolgs, diesen Weg einzuschlagen. Trotz eigener dominierender Skepsis füge ich hinzu, dass es zumindest legitim ist, an die Chance eines Erfolgs zu glauben.

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

GENTECHNIK
Patenterte Profite.

**STICHWORT
BAYER**

**Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.**

**Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org**

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

Wer kündigt da den „Generationenvertrag“?

Von Jörg Deml

Es ist wieder soweit: „Die Rente ist nicht mehr sicher“ wird aufgeführt. Trotz dürftiger Substanz findet dieses Volksschauspiel sein Publikum.

Aktueller Auslöser sind die mit dem Beitragssatzstabilisierungsgesetz am 15.11.2002 beschlossenen Maßnahmen zur Reduzierung des Beitragssatzanstieges auf 19,5 %. Von CDU/CSU, FDP und Teilen der Medien, aber auch von Grünen und einigen SPD-Abgeordneten, wurde dies als Scheitern der vor 18 Monaten beschlossenen Rentenreform interpretiert. Schließlich war damals noch angenommen worden, dass der Beitragssatz 2003 auf 18,9 % gesenkt werden könne. Dies ist Wasser auf die Mühlen derer, die – sei es aus Unverständnis, sei es aus

Ideologie – sowieso glauben, dass ein umlagefinanziertes Sozialversicherungssystem künftig nicht mehr funktionieren könne und daher jetzt einen ‚Konflikt der Generationen‘ ausrufen: „Die Last der Alten“ (STERN, 21.11.2002) sei für die Jungen zu groß; angesichts des demographischen Wandels müsse es kurzfristig Einschnitte in die Rentenversicherung geben und langfristig auf das – angeblich demografie-resistente – Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden. Oswald Metzger, der von Konservativen als Finanz-Experte gelobte ehemalige haushaltspolitische Sprecher der Grünen, bringt es auf den Punkt: „Ein jeder trage seine Last“ (Tagesspiegel, 22.11.2002).

In dieser Diskussion werden zwei zeitliche Ebenen miteinander vermengt und aktuelle Finanzprobleme der Rentenversicherung in die Zukunft verlängert. Eine seriöse Betrachtung muss aber trennen und die Fakten zur Kenntnis nehmen.

Kurzfristsperspektive: Einnahmedefizit als konjunkturelles Problem

Es ist natürlich nicht überraschend, dass ein Anstieg des Beitragssatzes von interessierter Seite genutzt wird, um die solidarische Alterssicherung in Frage zu stellen – ins-

besondere, wenn bei Verabschiedung der Rentenreform vor knapp 18 Monaten noch ein Rückgang des Beitragssatzes auf 18,9 % für 2003 prognostiziert worden war.

Dieser Anstieg innerhalb eines Jahres ist aber überhaupt nicht durch demografische Veränderungen zu erklären. Die Ursache ist banal: Wegen der konjunkturellen Schwäche sind die Einnahmen deutlich schwächer ge-

stiegen, als dies erwartet wurde. Statt der erwarteten Mehreinnahmen von 2,5% sind die Beiträge bis einschließlich September 2002 nur um 0,36% gegenüber September 2001 gestiegen. Noch im Frühjahr gingen die Wirtschafts-

forschungsinstitute von einem Anstieg der Beschäftigung und Lohnsteigerungen von 2,2 % aus, so dass die beitragspflichtige Lohnsumme um fast 2,5 % gestiegen wäre. Ursächlich für die prekäre Finanzsituation der Rentenversicherung sind insbesondere

- die höhere Arbeitslosigkeit,
- der Wegfall von freiwilligen – also nicht tarifvertraglich geregelten – Arbeitgeberleistungen und
- die Umwandlung von Entgeltbestandteilen (insbesondere Urlaubsgeld) zur zusätzlichen Altersvorsorge.

Es wäre also falsch, aus den zu optimistischen Prognosen über die Entwicklung in diesem Jahr auf ein generelles Finanzproblem der umlagefinanzierten sozialen Sicherung zu schließen. So prognostiziert auch die Bundesregierung im Rentenversicherungsbericht 2002, dass bei moderaten Annahmen über die Entwicklung der Beschäftigtenzahl und der Entgelte der Beitragssatz bis 2006 wieder auf 19,1 % sinken kann. Im mittelfristigen Trend kann – gerade aus demografischen Gründen – von einem starken Abbau der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der Entgelte von etwa 3 % jährlich ausgegangen werden, so dass der prognostizierte Pfad (Beitragssatz von weniger als

20% bis 2020 und weniger als 22 % bis 2030) durchaus zu erreichen ist.

Sonderproblem Deutsche Einheit

Bei der Diskussion um die Finanzentwicklung der Rentenversicherung wird zudem die besondere Belastung durch die Situation in Ostdeutschland vernachlässigt: Zwar werden seit 1999 die einheitsbedingten Lasten durch Auffüllbeträge systematisch korrekt durch Steuern finanziert – statt wie vorher aus Beiträgen –, doch verbleibt als größeres Problem die ungünstige Relation von Einnahmen und Ausgaben in Ostdeutschland. Dies ist zum einen Folge der Massenarbeitslosigkeit und geringeren Anzahl der Beschäftigten und zum anderen der niedrigeren Einkommen. Zwar ist auch das ostdeutsche Rentenniveau geringer als das westdeutsche (der aktuelle Rentenwert (Ost) beträgt seit der Rentenanpassung zum 1.7.2002 87,8 % des westdeutschen Wertes), doch erreichen die effektiven Bruttolöhne der ostdeutschen Beschäftigten nur etwa 70 bis 75 % (je nach Branche) der Entgelte (West).

In der Konsequenz unterschreiten die Einnahmen der Rentenversicherung in der Ex-DDR die Ausgaben in diesem Jahr um ca. 13 Mrd. €. In diesem Umfang müssen also Transfers aus der Alt-BRD erfolgen. Bei getrennter Betrachtung ergibt sich für Westdeutschland ein hypothetischer Beitragssatz von weniger als 18 %! Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement weist zu Recht darauf hin, dass Deutschland mit diesem Wert in Europa auftrumpfen könnte.

Sind die Kosten der Alterssicherung gestiegen?

Es gehört geradezu zum Alltagsbewusstsein, dass die Kosten der Finanzierung der Rentenversicherung in den letzten Jahren deutlich gestiegen seien. Richtig ist, dass seit Mitte der 60er Jahre der Beitragssatz zur Rentenversicherung kontinuierlich gestiegen ist; Reduzierungen waren möglich Anfang der 90er Jahre, als durch den Einigungs-Boom sich Beschäftigung und Beitragseinnahmen deutlich erhöhten, und seit 1999 durch die Erhöhung des Steueranteils an der Rentenversicherung. Betrachtet man die Kosten aus volkswirtschaftlicher Perspektive nach ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrachtet, so wird deutlich, dass die gesellschaftlichen Kosten der Rentenversicherung seit Mitte der 70er Jahre nahezu stabil sind:

In Westdeutschland liegt auch nach dem leichten Anstieg auf 9,8 % 2001 der Anteil

Es werden zwei zeitliche Ebenen vermengt und aktuelle Probleme der Rentenversicherung in die Zukunft verlängert. Eine seriöse Betrachtung muss aber trennen.

der Rentenausgaben am BIP noch unterhalb der Werte der späten 70er Jahre.

In Ostdeutschland wird hingegen deutlich, welch hoher Anteil der gesellschaftlichen Wertschöpfung für die Alterssicherung aufgewendet werden muss: 21,1 % des ostdeutschen BIP (2001).

Im gesamten Bundesgebiet ist der Anteil mit 10,9 % (2001) seit der Vereinigung nur um 1,5 Prozentpunkte gestiegen. Dies macht deutlich, wie hoch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik – trotz allem Gerede – tatsächlich ist.

Wie erklärt sich aber der stetige Anstieg des Beitragssatzes?

Relevant ist der Anteil der Bundeszuschüsse, da sie die Beiträge entlasten. Durch Einführung eines zusätzlichen Bundeszuschusses (finanziert durch einen Mehrwertsteuer-Punkt) 1998, die Übernahme einigungsbedingter Leistungen und die Zahlung von Beiträgen für die Kindererziehungszeiten seit 1999 und durch die Öko-Steuer seit 2000 wird der Anteil des Bundes an allen Einnahmen der Rentenversicherung 2002 voraussichtlich auf 28,25 % steigen. (Streng genommen müssten die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten wieder herausgerechnet werden, da es sich hierbei nicht um nicht-beitragsäquivalente Leistungen handelt, sondern um genau definierte Versicherungsleistungen. Nach dieser systematisch korrekten Berechnung reduziert sich der Anteil des Bundes auf 22,94 %.)

Die Zuschüsse des Bundes gleichen die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch die Rentenversicherung aus, so die Leistungen nach dem Fremdrentengesetz, für Kriegsfolgelasten, den Transfer von West nach Ost, aber auch arbeitsmarktbedingte Renten für Schwerbehinderte und Arbeitslose. Zudem drückt sich im Bundeszuschuss die sozialstaatliche Verantwortung aus, angesichts ökonomischer und demografischer Veränderungen die Funktionsfähigkeit der Rentenversicherung zu garantieren.

Es kann nicht ernsthaft behauptet werden, dass die gegenwärtige Höhe der Bundeszuschüsse, die jetzt wieder das Niveau von 1957 erreicht haben, zu hoch sei.

In einem beitragsfinanzierten Sozialsystem ist die Entwicklung der Lohnsumme von zentraler Bedeutung.

Da die Bruttolöhne die Grundlage für die Beiträge sind, ist es wichtig, wie hoch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist und wie sich die Entgelte entwickeln. Es ist unmittelbar einsichtig, dass Massenarbeitslosigkeit zu Beitragsausfällen führt. Übersehen wird aber die ‚politische Wirkung‘ von Arbeitslosigkeit, nämlich dass die Lohnzuwächse hinter der Wirtschaftskraft zurückbleiben. In der Lohnquote – also dem Anteil der Einkommen der abhängig

Beschäftigten am Bruttoinlandsprodukt – drückt sich diese verschlechterte Basis der Sozialversicherung deutlich aus: Betrag der Lohnquote 1982 noch rd. 74 %, so ist sie 2001 auf 67 % gesunken; spiegelbildlich erhöhte sich der Anteil von Gewinn- und Vermögenseinkommen, auf die bekanntlich keine Sozialversicherungsabgaben zu entrichten sind, von 26 % auf 33 %.

Das macht verständlich, warum bei gleichbleibenden Kosten der Rentenbeitragssatz gestiegen ist. Aber warum wird der steigende Beitragssatz seit einigen Jahren als Problem empfunden, während vorherige Anstiege – von 1970 bis 1985 immerhin um 1,7 Prozentpunkte akzeptiert worden sind?

Dies hat eine stark ideologische Komponente: Die Akzeptanz sozialstaatlicher Sicherung ist nicht nur abhängig von deren Leistungen, sondern auch von den politischen Überzeugungen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat eine Mentalität Platz gegriffen, wonach umlagefinanzierte Sozialversicherungen mit Umverteilungskomponente grundsätzlich abgelehnt werden. Immer mehr Menschen glauben, dass diese reduziert werden und sie sich stärker individuell abzusichern hätten.

Die Kritik der Abgabenquote hat aber auch einen materiellen Kern: Steigende Beiträge konnten von den Versicherten so lange akzeptiert werden, wie sie mit steigender Kaufkraft einher gingen. Die geringen Lohnzuwächse in den letzten 20 Jahren sind nicht nur durch steigende Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch durch steuerpolitische Umverteilung reduziert worden. Ver.di listet in einer aktuellen Broschüre die Ergebnisse dieser Politik auf:

„Bereits Ende der 1970er Jahre begann der ‚Marsch in den Lohnsteuerstaat‘. 1977 wurden lediglich 30 % der Steuereinnahmen durch die Lohnsteuer aufgebracht. Aus den Gewinn- und Vermögensteuern wurde ebenfalls knapp 30 % gezahlt. Damals waren die Lasten noch einigermaßen gleich verteilt. Heute werden durch die Lohnsteuer rund 35 % der Steuereinnahmen aufgebracht. Da zugleich die verbrauchsbezogenen Steuern – die überwiegend von den Beschäftigten bezahlt werden – deutlich angestiegen sind, ist die Entwicklung insgesamt noch ungünstiger. Der Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern ging hingegen auf knapp über 15 % der Steuereinnahmen zurück.“ (Ver.di 2002: 8).

Die Konsequenz für die Beschäftigten: Führen sie 1980 noch durchschnittlich 15,7 % ihres Einkommens für die Lohn- und Einkommenssteuer ab, so stieg dieser Anteil bis 1998 auf 19,5 %.

Müssen die Älteren an den Kosten der Rentenversicherung beteiligt werden?

Eine Gruppe von 18 vorwiegend jüngeren Abgeordneten von Bündnis 90/ Grüne hat in einer Erklärung zur Abstimmung des Beitragssatzsicherungsgesetzes am 15.11.2002 zu Protokoll gegeben, dass sie „bedauern, dass das Prinzip der Generationengerechtigkeit für die Übergangszeit bis zu einer grundlegenden Reform nicht berücksichtigt wird und einseitig die jungen Generationen durch Beitragssteigerungen und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze belastet werden.“

Eben diese Belastung ist aber bereits Gesetz: Die Höhe einer Rentenanpassung ist nämlich nicht abhängig von der spontanen Kulanz der Bundesregierung zum 1. Juli eines Jahres, sondern von den in §§ 67, 255e SGB VI festgelegten Parametern. Die Rentenanpassung richtet sich seit der Rentenreform 1992 nach der Entwicklung des Nettolohns, also auch nach dem Rentenbeitrag. Steigt der Rentenbeitrag der Beschäftigten, fällt die Rentenanpassung niedriger aus.

Eine steigende Belastung der erwerbsaktiven Generation führt zu verminderten Rentenanpassungen. Seit der Rentenreform 2001 wird dabei auch noch die geforderte private Altersvorsorge als Belastung der Nettolöhne eingerechnet. Es wird sowohl der komplette Anstieg des Beitragssatzes zur Rentenversicherung (also nicht nur die Mehrbelastung der Versicherten, sondern auch die der Arbeitgeber) berücksichtigt als auch eine vollständige Inanspruchnahme der geförderten Altersvorsorge durch die Versicherten unterstellt.

Damit nicht mit vorläufigen Werten gearbeitet werden muss (Angaben über die Lohnentwicklung werden vom Statistischen Bundesamt erst mit Zeitverzug geliefert), wird auf die Veränderung vom Vorjahr zum Vorvor-

jahr abgestellt. Für die Rentenanpassung 2003 ist der Beitragssatzanstieg im nächsten Jahr daher tatsächlich irrelevant, da hier die Veränderung von 2001 zu 2002 berücksichtigt wird. Für die Rentenanpassung im nächsten Jahr bedeutet dies, dass trotz Beitragssatzstabilität 2002 aufgrund der erstmaligen Berücksichtigung der Aufwendungen für die geförderte Altersvorsorge die Rentenanpassung voraussichtlich nur 0,93 % betragen wird.

Der Beitragssatzanstieg im nächsten Jahr wird entsprechend bei der Rentenanpassung 2004 durchschlagen. In der Ist-Variante A eines Beitragssatzes von 19,5 % errechnet sich für 2004 eine Rentenanpassung von 1,34 % – wäre der Beitragssatz im nächsten Jahr stabil geblieben (Variante B), so würde auch die Rentenanpassung höher ausfallen.

Betrag die Lohnquote 1982 noch rd. 74 %, so ist sie 2001 auf 67 % gesunken; spiegelbildlich erhöhte sich der Anteil von Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Umgekehrt hätte der Beitragssatzanstieg auf 19,9 %, der durch das Beitragssatzsicherungsgesetz verhindert werden soll, eine noch geringere Rentenanpassung nach sich gezogen.

Fazit: Die Rentner und Rentnerinnen sind durch verminderte Rentenanpassungen sehr wohl an den Kosten der Alterssicherung beteiligt. Von einer verminderten Rentenanpassung gehen positive Effekte auf die Ausgaben der Rentenversicherung und damit den Beitragssatz aus.

Nun könnte argumentiert werden, dass die Beteiligung nur sehr moderat sei, da die Renten weiter steigen. Konsequenterweise ist daher in den Reihen der Grünen gefordert worden, im nächsten Jahr eine Null-Runde für die Rentner und Rentnerinnen durchzuführen. Dieser Vorschlag hat wenig Sinn:

Der Einspareffekt wäre nur gering. Der Verzicht auf eine Rentenanpassung hätte den Beitragssatzanstieg nur um 0,1 Prozentpunkte reduziert. Auch so hätte es also einen Anstieg auf 19,4 % gegeben – wohlgemerkt: Unter Beibehaltung der beschlossenen Maßnahmen. Der Verzicht auf die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Reduzierung der Schwankungsreserve wäre hierdurch nicht zu kompensieren gewesen. Nur mit dem Verzicht auf eine Rentenanpassung im nächsten Jahr hätte der Beitragssatz auf 19,8 % steigen müssen.

Gesamtwirtschaftlich hätte dies die Nachfrage geschwächt. Dem stünde auf der Seite der BeitragszahlerInnen nur eine Entlastung im halbem Umfang (nämlich in Höhe von 0,05 Beitragssatzpunkten) gegenüber, da auch die Arbeitgeber in entsprechender Höhe profitiert hätten. Es wäre naiv, zu denken, dass dies entscheidend für das Investitions- und Einstellungsverhalten wäre.

Sozialpolitisch wäre dies ein fatales Signal gewesen. Grundlegendes Prinzip der deut-

schen Rentenversicherung ist die Lohn- und Beitragsbezogenheit. Dies gilt nicht nur für die relative Höhe der Rente, also die Konservierung der individuellen Einkommensposition während des Erwerbslebens auch im Alter, sondern auch für die Teilhabe am Einkommensfortschritt der Versicherten, also die Dynamisierung der Renten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion wäre dies als Schritt zur einheitlichen Grundrente interpretiert worden.

Zugegeben: Es ist eine schwierige Materie. Um so wichtiger ist es, sich um die Fakten zu kümmern anstatt pauschal von ‚verletzter Generationengerechtigkeit‘ zu fabulieren. Muss das Renteneintrittsalter angehoben werden?

Von Arbeitgeber-Funktionären, Wissenschaftlern und Politikern wird die Anhebung des Renteneintrittsalters zur Konsolidierung der Rentenversicherung diskutiert. Die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Christine Scheel, ergänzt dies um die Forderung nach einem Ende der Frühverrentung, was durch höhere Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug erreicht werden soll.

Richtig ist: Wenn eine Altersrente nicht mit dem 65. Lebensjahr bezogen wird, sondern z. B. mit dem 60. Lebensjahr, so verlängert sich die Laufzeit der Rente im Durchschnitt um ein Drittel – von 15 Jahre auf 20 Jahre. Zudem bedeutet früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, dass – die nicht-vollständige Wiederbesetzung der Arbeitsplätze vorausgesetzt – die Zahl der BeitragszahlerInnen sich verringert. Dass höhere Ausgaben und verminderte Einnahmen ein Problem für die Rentenversicherung sind, ist abstrakt

völlig richtig. (Es gilt anzumerken, dass ein vorzeitiger Rentenzugang nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist: Es handelt sich um die *Altersrente für Schwerbehinderte*, die *Altersrente für langjährig Versicherte* (mindestens 35 Jahre beitragspflichtige Beschäftigung), die *Altersrente für Frauen* (mindestens 15 Jahre Beitragszeiten, davon 10 Jahre Pflichtbeiträge seit dem 40. Lebensjahr) und die *Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit* (Erfüllung der Wartezeit von 15 Jahren und 8 Jahre Pflichtbeiträge für eine Beschäftigung in den 10 Jahren vor Rentenbeginn); die beiden letzten nur noch für Versicherte, die vor dem 1.1. 1952 geboren sind.)

Nur: Wer jetzt glaubt, damit den Stein der Weisen gefunden zu haben, hat die Gesetzgebung der letzten 15 Jahre verschlafen.

Auch hier ist bereits mit der Rentenreform 1992 die entscheidende Weiche gestellt worden. Die abschlagsfreien Altersrenten werden seit 1997 in Schritten auf das 65. Lebensjahr

(Regelaltersrente) bzw. auf das vollendete 63. Lebensjahr (Altersrente für Schwerbehinderte) angehoben. Das ist arbeitsmarktpolitisch durchaus problematisch. Eine vorgezogene Altersrente kann nur noch mit Abschlägen (für jeden Monat des vorzeitigen Zugangs 0,3 %), die für die gesamte Dauer des Rentenbezugs gelten, in Anspruch genommen werden. Bei einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, die frühestens mit 60 bezogen werden kann, betragen diese also 18 % (60 Monate x 0,3 %). Zudem werden durch den vorzeitigen Rentenzugang auch keine weiteren Anwartschaften erworben, so dass sich die Relation zu einer bei späterem Rentenzugang möglichen Rente weiter reduziert.

Eine Vergleichsberechnung macht deutlich, welche starken Anreize bereits jetzt vorhanden sind:

Wer als Standardrentner die Regelaltersgrenze überschreitet, erhält eine Brutto-Rente in Höhe von 1.163,70 €. Bei einem Rentenzugang mit 60 hat er nicht nur 5 Entgeltpunkte weniger erworben, sondern muss auch die Abzüge in Kauf nehmen, so dass seine Rente nur 848,21 € beträgt – dies sind nur knapp 73 % der Standardrente.

Umgekehrt kann auch, der Rentenzugang nach hinten zu verschoben werden. Hier gibt es Zuschläge, und zwar in Höhe von 0,5 % für jeden Monat des späteren Rentenzugangs. Für den Durchschnittsverdiener bedeutet dies, dass er 47 Entgeltpunkte erwirbt und bei einem Rentenzugang mit 67 Jahren Zuschläge von 12 % (24 Monate x 0,5 %) erhält. Die Rente beträgt 1.361,27 € und damit ca. 117 % der Standardrente.

Diese Effekte sind bereits jetzt spürbar: Das durchschnittliche Zugangsalter ist bei den

Eine steigende Belastung der erwerbsaktiven Generation führt zu verminderten Rentenanpassungen.

Tabelle 1: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Westdeutschland

Altersgruppe (in Jahren)	Männer		Frauen	
	1970	2000	1970	2000
15-20	65,5%	35,0%	63,1%	28,4%
20-25	86,3%	76,3%	68,7%	67,6%
25-30	94,5%	87,8%	49,7%	74,3%
30-35	98,7%	95,8%	45,1%	74,6%
35-40	98,8%	96,8%	46,2%	75,7%
40-45	98,4%	96,3%	48,5%	77,9%
45-50	96,5%	95,0%	48,8%	77,1%
50-55	94,5%	91,5%	44,0%	69,2%
55-60	87,8%	77,9%	35,7%	53,6%
60-65	69,5%	33,2%	20,2%	14,9%
65u.m.	18,3%	4,9%	6,1%	1,8%

Quelle: Statistisches Bundesamt

Altersrenten 2001 auf 62,3 Jahre angestiegen; bei allen Versichertenrenten (einschließlich Erwerbsminderungsrenten) betrug der Wert noch 60,5 Jahre. Dies macht deutlich, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters und die Abschläge bereits jetzt die Rentenversicherung entlasten.

Wenn trotzdem viele Versicherten diese Einbußen in Kauf nehmen, so wird deutlich, welche hohe Belastung ältere Beschäftigte gegenwärtig erfahren bzw. wie gering ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind. Die nachfolgende Tabelle macht deutlich, wie gravierend sich die Erwerbsbeteiligung in den jeweiligen Altersgruppen verändert hat. (Die Rubrik ‚Erwerbsbeteiligte‘ umfasst sowohl die ‚Erwerbstätigen‘ als auch die ‚Erwerbslosen‘, also die als arbeitslos registrierten. Um eine Vergleichbarkeit im Zeitverlauf darzustellen, werden hier nur die Werte für Westdeutschland aufgeführt; im Querschnitt zeigt der Ost-West-Vergleich im Jahr 2000 die gleiche Tendenz sowohl bei den Männern als auch den Frauen auf, wobei die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland jeweils höher ist – mit Ausnahme der über 65jährigen, wo bei den Männern nur 23,6 % und bei den Frauen nur 6,6 % dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen)

Die Erwerbsbeteiligung der Männer ist bei den Jüngeren deutlich zurück gegangen und ist bei den 30- bis 55jährigen weitgehend stabil. Danach erfolgt ein drastischer Rückgang. In der Altersgruppe der 60- bis 65jährigen stand 1970 noch jeder Siebte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung (und zwar nahezu ausschließlich als Erwerbstätiger), während dies 2000 nur noch für jeden Dritten zutrifft (hiervon waren fast 10 % arbeitslos).

Bei den Frauen nahm zwar auch die Erwerbsbeteiligung der Jüngeren deutlich ab, doch hat sich die Erwerbsquote in allen anderen Altersgruppen deutlich erhöht – mit einer Ausnahme: Die ohnehin geringe Erwerbsbeteiligung bei den über 60jährigen hat sich weiter reduziert: von 20,2 % auf 14,9 %. Das ist ein Rückgang um gut 25 %.

Diese schlechten Arbeitsmarktbedingungen drücken sich in den altersspezifischen Arbeitslosenquoten aus: In West- wie in Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote bei den über 50jährigen mittlerweile höher als die Durchschnittsquote aller Beschäftigten; jede zweite Person in dieser Altersgruppe ist langzeitarbeitslos, während es bei allen Arbeitslosen ‚nur‘ 30,3 % (West) bzw. 38,5 % (Ost) sind (Ende September 2002). Wer also möchte, dass Beschäftigte länger Beiträge zahlen, muss hier ansetzen. Die Forderung nach einer kurzfristigen Erhöhung der Abschläge ist zynisch, da die Beschäftigten keine freie Wahl haben. Ob angesichts steigender Lebenserwartung und einer Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials langfristig die Anhebung der Altersgrenze sinnvoll wäre, steht auf einem anderen Blatt.

Die Langfristperspektive: Die Renten sind weiterhin sicher – zumindest ökonomisch
Immer mehr Versicherte verlieren das Vertrauen in die künftige Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Alterssicherung. Sie erwarten, dass sie für ihre Beiträge keine akzeptable Gegenleistung mehr erhalten werden. Insbesondere Jüngere sehen einen Verstoß gegen die ‚Generationengerechtigkeit‘, da ihrer Generation durch die sozialen Sicherungssysteme nur Lasten aufgebürdet würden, während sie kaum noch Vorteile aus diesem System ziehen könnten.

Paradigmatisch formulieren es die bündnisgrünen Abgeordneten:

„Die Stabilität der Rentenversicherung ist sowohl durch die Veränderungen in der Arbeitswelt, als auch durch die demographische Entwicklung bereits seit langem gefährdet. Obwohl die Mängel hinlänglich bekannt sind, hat noch keine Regierung eine ausreichende Reformlösung umgesetzt. Zu häufig wurde versucht, die Symptome anstelle der Ursachen zu beseitigen. Die Reform der Sozialversicherungssysteme muss diesen Herausforderungen gerecht werden. Die Rentenreform der letzten Legislaturperiode war ein wichtiger Paradigmenwechsel zu mehr Eigenverantwortung, bei gleichzeitiger Unterstützung der sozial Schwächeren. (...) Die Steigerung der Lohnnebenkosten ist ein falsches wirtschaftliches Signal. Arbeit muss in unserem Land billiger werden. Die Finanzierung des Rentenversicherungssystems muss daher langfristig noch stärker kapitalgedeckt sein.“

Derart konzentriert findet sich das neo-konservative Credo der Sozialstaatskritik selten. Aber: Jede einzelne Behauptung ist falsch. Diskussionen über die demographischen Veränderungen sind in der Bundesrepublik nicht neu, sondern werden seit einem 25 Jahren geführt. In der Rentenversicherung sind die Konsequenzen früh und weitreichend gezogen worden: Durch das – gemeinsam von Union und SPD – am 9.11.1989 beschlossene Rentenreformgesetz 1992 erfolgen die Rentenanpassungen seit 1992 nicht mehr nach der Bruttolohnentwicklung, sondern nach den Nettolöhnen. Der für die alte Anpassungsformel errechnete Beitragssatz von ca. 35 % für 2030 konnte so auf – unterstellte – 26 bis 28 % reduziert werden. Weitere Einschnitte unter der alten Bundesregierung sorgten dafür, dass der Anstieg weiter reduziert worden wäre. Mit der Rentenreform 2001 ist jetzt ein Beitragssatz 2030 von knapp 22 % zu erwarten. Mit anderen Worten: Durch die Gesetzgebung der letzten dreizehn Jahre ist der erwartete Anstieg um ein Drittel (!) reduziert worden.

Die Forderung nach einer kurzfristigen Erhöhung der Abschläge ist zynisch, da die älteren Beschäftigten keine freie Wahl haben.

Steigende Sozialversicherungsbeiträge sind kein Hemmnis für die Entwicklung der Beschäftigung. In der Erklärung wird davon ausgegangen, dass bei dem ‚richtigen‘ Preis der Ware Arbeitskraft ein Gleichgewicht zwischen der nachgefragten und der angebotenen Arbeit herrsche. Störungen dieses Gleichgewichtes mit der Folge der Unterbeschäftigung drückten sich darin aus, dass keine ‚markträumenden Löhne‘ mehr zustande kämen; sozialstaatliche Absicherungen und tarifliche Mindestregelungen hätten die Arbeit derart verteuert, dass Arbeitgeber zu diesem Preis keine Arbeit nachfragen könnten. Die empfohlene Therapie scheint daher simpel: Da hiernach nicht die wirtschaftliche Entwicklung die Arbeitsnachfrage bestimmt, sondern umgekehrt diese als das bestimmende Moment erscheint, gälte es, Arbeit zu verbilligen. Mittel hierzu sind nicht nur die Senkung der direkten Lohnkosten, sondern auch die Reduzierung der Sozialversicherungsabgaben. In der Konsequenz dürften nicht nur die Lohnnebenkosten in die Kritik geraten, sondern es müsste an der Höhe der Löhne selbst angesetzt werden – und genau dies meinen auch diejenigen, die einen Niedriglohnbereich fordern.

Tatsächlich kann nicht davon gesprochen werden, dass die Höhe der Beiträge zu den Sozialversicherungen den Umfang der Arbeitslosigkeit erklärt: Wie sonst ließen sich massive Ausfuhrüberschüsse und ein entsprechender Anteil am Weltexport erklären? Dass dies möglich ist, beruht darauf, dass im Wettbewerb nicht die Höhe des Lohnes oder der Lohnzusatzkosten relevant ist. Von Interesse sind nur die Lohnstückkosten, die sämtlichen Arbeitskosten

beinhalten. Trotz der in Deutschland hohen Arbeitskosten ergeben sich niedrige Lohnstückkosten, da die Arbeitsproduktivität hoch ist. Die realen Lohnstückkosten sind dabei in Deutschland nicht

nur am niedrigsten, sondern auch ihr Anstieg seit 1970 fällt in (West-)Deutschland am geringsten aus, während Großbritannien und die USA – zwei Länder, die üblicherweise als wenig Lohnkostenintensiv bezeichnet werden – die schlechtesten Werte erzielen. Die demographischen Veränderungen müssen im Zusammenhang und in ökonomischer Perspektive betrachtet werden. Die deutlichen Veränderungen, die sich in den nächsten drei Jahrzehnten im Altersaufbau unserer Gesellschaft – wie auch in allen anderen entwickelten Industrienationen – ergeben werden, können nicht bestritten werden. Aberwitzig wäre es aber, aus den Verschiebungen in der Relation zwischen Personen im erwerbsaktiven Alter und den ‚Inaktiven‘

(„heute kommen auf einen Beitragszahler nur 0,6 Rentner, im Jahr 2030 sind es 0,6 Rentner“) auch gleich eine Verdoppelung der Belastung („der Beitragssatz steigt auf 40 %“) abzu-
 leiten. Eine derartige Betrachtung wäre einer Jäger-und-Sammler-Ökonomie angemessen, aber nicht dem entwickelten Kapitalismus. Entscheidend sind die gesellschaftliche Wertschöpfung und die Entwicklung der Erwerbstätigkeit (vgl. Hardach 1998). Gerade die demographische Entwicklung schafft die Möglichkeit, die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren (was zu entsprechenden Einsparungen führt) und gleichzeitig insbesondere die Frauenerwerbsquote auszuweiten, so dass sich die Zahl der Erwerbstätigen nur unwesentlich reduziert. Auch die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages hat dies in ihrem Abschlussbericht deutlich herausgearbeitet. *Steigende Sozialversicherungsbeiträge bedeuten nicht zwangsläufig eine reale Mehrbelastung.* Der Zusammenhang von Beitragssteigerungen und Kaufkraftverlust ist bereits oben für die letzten 20 Jahre dargestellt worden. Dies gilt auch und gerade für die Zukunft: Liegt die Lohnentwicklung oberhalb der Preissteigerung, so kann ein höherer Beitragssatz mühelos kompensiert werden, die Kaufkraft steigt weiter. Ein nominales Ansteigen des Beitragssatzes ist damit nicht maßgeblich für die Kaufkraft der dann erwerbsaktiven Generation, da sie die Einkommen der Rentner-Generation ohne Konsumverzicht finanzieren kann (vgl. Bäcker 2002). Die Annahmen, die die Bundesregierung ihren Prognosen zu Grunde legt, gehen in dem mittleren Szenario von jährlichen Lohnsteigerungen von 3 % und einer Inflationsrate von 1,5 % aus. Bei diesen plausiblen Annahmen ergäbe sich ein Zuwachs der Nettoreallöhne von etwa 50 % gegenüber heute. Ein höherer Beitragssatz wäre in der Zukunft ökonomisch leichter zu verkraften als ein geringerer heute!

Eine kapitalgedeckte Alterssicherung ist auch von demographischen Veränderungen betroffen. Dass Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft Auswirkungen auf ein umlagefinanziertes Rentensystem haben, ist einsichtig. Vernachlässigt wird aber die simple Tatsache, dass auch ein Kapitaldeckungsverfahren von diesen Veränderungen betroffen ist: Zum einen muss bei steigender Lebenserwartung mehr angespart werden, da die Mittel für eine längere Zeit reichen müssen. Ökonomisch entspricht dies einer Beitragssatzsteigerung. Zum anderen findet das Ansparen nicht auf dem Sparbuch statt, sondern die Gelder werden produktiv investiert oder in Anleihen gesteckt; in beiden Fällen muss es von der dann

erwerbsaktiven Generation erwirtschaftet werden. Da aber das ‚Entsparen‘ gerade dann stattfinden wird, wenn zahlenmäßig geringer besetzte Alterskohorten vorhanden sind, sinkt die Nachfrage, so dass es zu einem Wertverlust des Kapitals kommt (vgl. zusammenfassend Ganßmann 2000 und Bäcker 2002). Der Schwachpunkt des Ansatzes der ‚Generationengerechtigkeit‘ liegt darin, dass die Definition von Gerechtigkeit nicht erfolgt bzw. diese stillschweigend mit *intergenerationaler Gerechtigkeit* – also dem Verhältnis von Alterskohorten zueinander – gleichgesetzt wird. Aus dem Blick gerät dabei, dass auch Fragen der *intragenerationalen Gerechtigkeit* – also der Verteilung von Lebenschancen innerhalb einer Alterskohorte – zu klären sind. Gerade die Auseinandersetzung mit dem Alterssicherungssystem bietet hier genügend Anlässe, z. B.

- die unzureichenden Verteilungsergebnisse, die vielfach trotz langjähriger Beitragszahlung Altersarmut nicht vermeiden, oder
- die schlechten Voraussetzungen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren und so ausreichende Rentenanwartschaften zu erwerben, oder
- die ungleichen Leistungen und Finanzierungsformen, die die verschiedenen Alterssicherungssysteme

(Rentenversicherung, Beamtenversorgung, berufsständische Versorgungswerke etc.) aufweisen.

Diese Verletzung der intragenerationalen Gerechtigkeit lässt sich nicht mit fehlender intergenerationaler Gerechtigkeit erklären; umgekehrt

kann diese nicht hergestellt werden, ohne dass die intragenerationalen Probleme gelöst werden, da prekäre Einkommenssituationen im Alter nur das geringe Einkommen in der Erwerbsphase widerspiegeln (Bäcker 2002). Ebenso problematisch ist das rein monetäre Verständnis von (intergenerationaler) ‚Generationengerechtigkeit‘, bei dem Bilanzen von Vorleistung und späterer Leistung aufgemacht werden. Für die Rente wird übersehen, dass hier das Prinzip der ‚Teilhabeerechtigkeit‘ gilt: Ein Versicherter erhält Leistungen in der Höhe, die seiner Position im Einkommensgefüge während seines Erwerbslebens entsprechen, wobei er durch die Dynamisierung der Rente am Einkommensfortschritt teilnimmt; ein Standardrentner des Jahres 1970 hatte mit einer Netto-Rente von ca. 70 % des Netto-Einkommens eines Durchschnittsverdieners die gleiche Einkommensposition wie der Standardrentner des Jahres 1990 oder 2000.

Ausgeblendet wird auch, dass im Interesse der nachwachsenden Generationen hierzu ein umfassendes Verständnis von ‚Nachhaltigkeit‘ gehört: Hierzu gehören eine intakte und mo-

derne Infrastruktur und Umwelt (wozu jetzt Investitionen notwendig sind, die in einer monetären Generationenbilanz aber negativ zu Buche schlagen) und eine zivile Gesellschaft, in der Konflikte ohne Gewaltanwendung gelöst werden. (In diesem Sinne wird auch in der gemeinsamen Presseerklärung von JUSOS und dem Jugendverband der Bündnisgrünen argumentiert. Vgl. weiter die ‚Initiative Generationengerechtigkeit‘ junger SPD-Mitglieder: Im Internet unter www.mathias-brodkorb.de)
 Zudem kann der Versuch, sich jetzt für die vermeintlichen Interessen der Jüngeren einzusetzen, zum Rohrkrepiere geraten. Zu der Logik der ‚intergenerativen Generationengerechtigkeit‘ gehört es z. B. drastische Einschnitte in das Leistungsniveau der Rentenversicherung zu fordern. Leider ist deren BefürworterInnen aber nicht klar, dass es die Generation der jetzt in das Erwerbsleben Eingetretenen ist, die hiervon vor allem betroffen wäre: 2030, an der Orientierungsmarke für die Diskussion eines akzeptablen Beitragssatzes darstellt, gehen – so das Renteneintrittsalter nicht erhöht worden sein wird – die im Jahr 1965 Geborenen in Rente. Diese wären nicht nur gezwungen, eine eigene Vorsorge auf hohem Niveau zu betreiben, sondern sie müssten auch noch über Sozialversicherungsbeiträge bzw. Steuern die Rentenanwartschaften der Bestandsrentner und der Zugangsrentner der nächsten Jahrzehnte finanzieren, da diese keine Gelegenheit besitzen, anderweitig Vorsorge zu treffen – und Rentenanwartschaften unterliegen dem eigentumsrechtlichen Schutz des Grundgesetzes. An der Tatsache einer ökonomischen Doppelbelastung für diese Generation führt kein Weg vorbei. Auch die Forderung nach einer reduzierten bzw. ausgesetzten Rentenanpassung im nächsten Jahr belastet nicht nur die jetzigen RentnerInnen, da der Basiseffekt eines nicht erhöhten aktuellen Rentenwertes auch bei zukünftigen Rentenanpassungen nicht korrigiert wird. Es gilt weiterhin: Die Renten sind sicher – wenn die Bereitschaft besteht, das umlagefinanzierte System beizubehalten. Aus ökonomischer Sicht spricht nichts dagegen, dass es zu zumutbaren Bedingungen für die künftigen BeitragszahlerInnen finanziert werden könnte. Die beständige politische Thematisierung fördert aber die Unsicherheit und schafft damit ein Klima, in dem es zu gravierenden Veränderungen kommen könnte. Verlieren würden die Angehörigen der jetzigen jüngeren Generation.

spw 6/2002

Literatur:

- Bäcker, Gerhard (2002): Generationengerechtigkeit im Sozialstaat in: Schweppe (Hrsg.), *Generation und Sozialpädagogik*, München
 Ganßmann, Heiner (2000): *Politische Ökonomie des Sozialstaats*, Münster
 Hardach, Gerhard (1998): *Der Generationenvertrag in der Arbeitsmarktkrise*, in: Eicker-Wolf e.a. (Hrsg.), *Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat*, Marburg: S. 201-234
 Ver.di (2002): *Staatsfinanzen stärken. Zukunftsausgaben zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum*, Berlin

Die Lohnstückkosten sind in Deutschland nicht nur am niedrigsten, sondern auch ihr Anstieg seit 1970 fällt in (West-)Deutschland am geringsten aus

Vorwärts – und nicht vergessen...!

Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung

von Wolfgang Wodarg

Das gemeinsame Interesse aller gesetzlich Krankenversicherten und aller Arbeitgeber an möglichst effizienten Strukturen ohne Über- oder Unterversorgung und bester Kooperation im Sinne aller Hilfsbedürftigen wird von den hierfür zuständigen etwa 370 gesetzlichen Krankenkassen nicht ausreichend wahrgenommen.

Obschon politisch erwünscht und gesetzlich weitgehend ermöglicht, entstehen keine neuen Leistungselemente und Strukturen, mit denen die Effizienzreserven unseres Gesundheitswesens für Versicherte und Kranke endlich mobilisiert werden könnten.

Die Nachfrageseite, das gemeinsame Interesse der Solidargemeinschaft aller Versicherten, ist im Kassenwettbewerb zersplittert!

Vom Gesetzgeber werden auf öffentlichen Druck immer wieder detaillierte Vorschläge ausformuliert und mühsam durchgeboxt, weil die Krankenkassen, obwohl Sachwalter der Versicherteninteressen, wichtige strukturelle Veränderungen mit ihrer zersplitterten Marktmacht entweder gar nicht erst entwickeln oder zumindest nicht umsetzen.

Selbst unstrittig sinnvolle und bereits gesetzlich abgesegnete Elemente werden nicht praktisch in Angriff genommen. „Integrierte Versorgung“, „systematische Prävention“, „Positivlisten“, Preisverhandlungen für Arznei- oder Hilfsmittel oder das international bewährte „Hausarztmodell“, alles Möglichkeiten, die mühsam mit oder ohne Zustimmung des Bundesrates über die gesetzlichen Hürden gebracht wurden, werden verschleppt oder einfach ignoriert.

Jede der etwa 370 deutschen Krankenkassen rechnet erst einmal mit einschlägiger Software durch, wie sich eine neue Maßnahme, ein Strukturvertrag, ein Präventionsprogramm oder eine Reha-Vereinbarung auf ihr Beitrags- und Morbiditätsprofil und damit auf ihre finanzielle Wettbewerbssituation auswirken würde. Und weil jede Kasse um ihr Überleben kämpft, kann sie tendenziell nur solchen Maßnahmen zustimmen, die ihr Wettbewerbsvorteile eröffnen.

Zum Wettbewerb um Versicherte mit gutem Einkommen und geringem Krankheitsrisiko gezwungen, wäre eine Krankenkasse zur Zeit „mit dem Klammerbeutel gepudert“, wenn sie im Vertrauen auf einen irgendwann gerechteren Risikostrukturausgleich sich besonders intensiv um die Versorgung chronisch hilfsbedürftiger, „teurer“ Versicherte kümmern würde (vgl. Paetow, spw 125, S. 17-21).

Jede Kasse, die sich z.B. der Kranken mit Multipler Sklerose (MS) besonders annähme, würde nach kurzer Zeit hierfür finanziell abgestraft, weil natürlich auch MS-Kranken aus anderen Kassen zu ihr wechseln würden, um ein optimiertes Case Management für sich zu nutzen.

Noch ein Beispiel: Die Rheuma Liga bietet ihren Mitgliedern ein kostengünstiges Funktionstraining an, welches bisher von fast allen Kassen mitfinanziert wurde. Einige Ersatzkassen, wie z.B. die DAK verweigern jetzt die Kostenübernahme, sodass die dort versicherten Rheumakranken, wenn sie nicht aufwendige Widerspruchs- und Klageverfahren durchstehen wollen, in jene Kassen wechseln, die diese notwendigen Maßnahmen verantwortungsbewusst aber wettbewerbswidrig weitertragen. Kein Risikostrukturausgleich würde das besondere Engagement dieser Kassen belohnen.

Heute werden nach Aussagen vieler Selbsthilfeverbände immer häufiger sogar notwendige Leistungen bei chronisch kranken Versicherten abgelehnt. Die ablehnende Kasse profitiert hiervon in jedem Fall: Ein Widerspruchsverfahren entmutigt viele Patienten, streckt die Ausgaben und fördert damit die Liquidität. Kommt es, wie im Falle der Rheumakranken, gar zum Kassenwechsel der enttäuschten Mitglieder, wäre das aus der derzeitigen Wettbewerbsperspektive ein Glücksfall für die abgebende Kasse.

Der bisher von der rot-grünen Koalition geplante morbiditätsbezogene Risikostrukturausgleich nimmt das Rosinenpicken durch die Krankenkassen als gegeben hin und versucht durch aufwendig zu ermittelnde Risikoprofile des jeweiligen Versichertenklientels ein finanztechni-

sches Nachbessern zu ermöglichen. Das bläht die Verwaltungsapparate auf allen Seiten auf und erfreut höchstens die Anbieter von spezieller Versicherungssoftware. Außerdem bietet jedes erfasste Morbiditätsmerkmal Ansatzpunkte für weitere Diskriminierungen. Die Einschätzung der Morbidität ist eigentlich systemfremd in einer Solidargemeinschaft, die bisher nur darauf geachtet hat, wie viel Beiträge ein einzelnes Mitglied zahlen muss, damit jede/jeder die ggf notwendige Versorgung in möglichst guter Qualität erhalten kann. Solidarisch kann unsere GKV nur bleiben, wenn vor allem das Wohlergehen der hilfsbedürftigsten Versicherten, das heißt der armen chronisch Kranken wichtigster Indikator für die Qualität unserer Versorgung ist.

Der Karren der GKV steckt tief im Dreck ehrgeiziger Partikularinteressen. Die Kassen als Vertreter der Versicherten- und der Patienten sollten mit ihrer geballten Beitragsmacht die Kraft haben, ihn wieder flott zu machen. Sie sind jedoch derzeit im Wettbewerb gelähmt, ihnen fehlen die notwendigen Strukturen, Verantwortlichkeiten und Anreize um ohne dauernde staatliche Interventionen das Richtige für alle Versicherten und Patienten zu tun.

Die von der SPD aus dem Kassenwettbewerb „herausgenommenen“ Disease-Management-Programme erscheinen angesichts dieser Zusammenhänge als ein „Schrittchen“ in die richtige Richtung. Als Element des Risikostrukturausgleiches sind sie jedoch administrativ nur recht aufwendig umzusetzen. Deshalb werden sie von fast allen Beteiligten mehr widerwillig bzw. halbherzig oder gar nicht vorangebracht. Ihnen droht vermutlich ein gleiches Schicksal wie der „Integrierten Versorgung“ oder dem „Hausarztmodell“.

Existierende Modell-Inseln und Vorzeigeprojekte erscheinen im derzeitigen Wettbewerbsszenario mehr als Alibis zum Verbergen einer systematischen Verweigerung, als Feigenblätter einzelner Kassen angesichts hoher politischer Erwartungen. Präventionsangebote nützen als Marketing-Instrument zum Einfangen junger Besserverdienender. Investitionen, die nicht zeitnah zu beitragsentlastenden Effekten führen, schwächen die Kasse im Wettbewerb. Die Versichertenströme folgen derzeit fast ausschließlich

dem niedrigsten Beitragssatz und Investitionen, wie Präventionsprogramme für chronisch Kranke, kosten jetzt und sparen erst später – wer weiß für wen!

Die unerwünschten Auswüchse dieses „elastischen“ Systems schaffen oft neue Probleme, die dann ihrerseits durch weitere gesetzliche Vorschriften und Korrekturen nachgebessert werden müssen. Was bleibt, ist ein wachsender administrativer Wust bei allen Beteiligten. Qualitätssicherungsgesetze, morbiditätsorientierte Risikostrukturanpassungsgesetze, Beitragsstabilitätssicherungsgesetze und Anderes bleiben jedoch Flickwerk.

Jeder formalisierte Qualitätsnachweis muss nicht nur gemessen und dokumentiert werden, er soll dann anschließend durch spezialisierte Kassenmitarbeiter natürlich auch gelesen und ausgewertet werden. Die Verwaltungskosten bei den Krankenkassen schlucken hierdurch immer größere Beitragsanteile während in den Praxen und Krankenhäusern den Ärztinnen und Pflegern angesichts der Berichts- und Formularflut die Freude an der Arbeit vergeht.

Aber nicht den vielen tüchtigen Kassenmanagern muss dieses Drama zum Vorwurf gemacht werden, sondern dem Gesetzgeber, der diese endlose Geschichte inszeniert und den Akteuren ihre Rollen zuweist: Ärzte und Kassen – jeder gegen jeden! Patienten bleiben Statisten und die Versicherten schauen zu und zahlen teuren Eintritt.

Es ist ein Trauerspiel, doch für die gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb um gut zahlende Versicherte und um möglichst geringe Ausgaben gilt in Bezug auf notwendige strukturelle Veränderungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen: Wer sich zuerst bewegt verliert! Es wird aber höchste Zeit, dass sich etwas bewegt!

Die Krankenkassenbeiträge steigen derzeit vor allem aufgrund wachsender Arzneimittelausgaben. Sie scheinen besonders mit sogenannten medizinischen Innovationen immer weiter unter Druck zu geraten. Das ist befremdlich, denn prinzipiell gilt auch im Bereich von Dienstleistungen die Regel, dass technische Neuerungen die Produktivität steigern und somit die Kosten senken. Nicht so in der Medizin in Deutschland: Das Neue wird übersteuert angeboten und das Alte trotzdem noch so lange wie möglich gleichzeitig verkauft.

Über 50.000 Arzneimittel in Deutschland, darunter zahlreiche patentgeschützte und deshalb weit übersteuerte Scheininnovationen ohne echten Zusatznutzen (Weshalb legt eigentlich keine Kasse Widerspruch gegen solche „Erfindungen“ beim Patentamt ein?) sowie sinnlose oder gar gefährliche Doppeluntersuchungen, oder Diag-

nostik ohne therapeutische Konsequenzen verursachen schädliche Nebenwirkungen und Mehrausgaben in Milliardenhöhe.

Das alles wird von unseren gesetzlichen Krankenkassen zulasten der Beschäftigten und der Lohnnebenkosten mit kaum spürbarem Widerstand immer wieder hingeworfen und bezahlt.

Es ist genug Geld im System – mehr als in jedem anderen europäischen Land – und dieses Geld ist Macht! Warum wird diese Macht nicht wie sonst marktgerecht und üblich eingesetzt, um das Benötigte gemeinsam, möglichst preisgünstig und von optimaler Qualität einzukaufen? Weshalb wird der Einkauf nicht rationaler gestaltet, indem sich die Kassen weit mehr als bisher zusammenschließen? Das würde nicht nur Verwaltungskosten bei den Kassen sparen, sondern auch zu einem für die Kranken und die Versicherten gleichermaßen vorteilhaften Konzentration auf das Gute und Sinnvolle führen können.

Durch gesetzliche Privilegierung lässt sich hier wie in Ländern mit staatlichem Gesundheitswesen das Versichertenmonopol auch nach europäischem Recht absichern und im öffentlichen Interesse nutzbar machen. Dieser Trumpf sollte gegenüber den Anbietern endlich ausgespielt werden um das zu gewinnen, was die Hilfsbedürftigen in der Versicherten-gemeinschaft wirklich benötigen! Nicht mehr und nicht weniger!

Es gilt, die Nachfrageseite, die Solidargemeinschaft gegenüber den Anbietern zu stärken! Die paralyisierende Angst der Politikerinnen und Politiker vor dem Totschlagargument „Einheitskasse“ wirkt angesichts des gesamteuropäischen Szenarios vorgeschoben und standortschädigend! Ein stärkeres gemeinsames Auftreten der zersplitterten Solidargemeinschaft wird nunmehr auch bei uns zu

einer zwingenden gesundheitspolitischen und volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Wir können uns einen Wettbewerb der Käufer – wie man ihn sonst nur bei Auktionen kennt – nicht mehr leisten. Er treibt tendenziell die Kosten in die Höhe ohne die Qualität der eingekauften Waren bzw. Leistungen zu verbessern.

Eine Trendwende ist durch den Gesetzgeber so schnell wie möglich einzuleiten. Die Politik sollte sich nicht weiter mit gesetzlichem Flickwerk oder mit Ersatzvornahmen zum Büttel machen lassen. Durch eine Strukturreform der Krankenkassen müssen dezentralisierte, kompetente und schlagkräftige Zusammenschlüsse, die mit der notwendigen Gestaltungs- und Budgetverantwortung ausgestattet sind, geschaffen werden.

Alle Kassen sollten gesetzlich verpflichtet werden, sich zu jeweils einer Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene zusammenzuschließen. Sie sollten hier mit Ihrem gemeinsamen Budget als Einkaufsgemeinschaft die Nachfrageseite stärken. Dazu gehört eine gemeinsam getragene Vertragsagentur, welche mit großer Fach- und Detailkenntnis dafür sorgt, dass erwünschte Versorgungsstrukturen und Leistungen definiert und ausgeschrieben werden. Hier können auch regionale Unterschiede berücksichtigt und gute Angebote genutzt bzw. angereizt werden.

Die im Lande aktiven gesetzlichen Kassen sind im Vorstand dieser Arbeitsgemeinschaft vertreten. Die bisher bundesweit organisierten Kassen haben Ihre Strukturen zu verändern und wie derzeit z.B. die AOKs als Gebietskassen präsent zu sein. Die Kassenaufsicht sollte für alle Kassen jeweils auf Landesebene stattfinden. Die Bundesebene hätte dann die Funktion, spezielle neue Produkte, interregionale Best Practice- oder Benchmarkingverfahren (Ver-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

gleiche) und weitere Optimierungswerkzeuge zu entwickeln und für alle nutzbar zu machen. Auch die gemeinsamen Interessen der dezentralisierten Kassen gegenüber anderen nationalen oder internationalen Akteuren könnten hier wahrgenommen werden.

Es gibt ja bereits wichtige andere Versorgungsbereiche, in denen eine konsequente problemnahe Delegation der Gestaltungs- und der Budgetverantwortung zu einer erheblichen Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven führt: Seit die Bundesländer z.B. die Verantwortung für den eigenen Personennahverkehr vom Bund übernommen haben, gibt es dort Landesverkehrs-servicegesellschaften, welche im öffentlichen Interesse den Wettbewerb unter Leistungsanbietern nutzen, um für jeden Winkel des Landes die Mobilität der Einwohner zu verbessern. Hier klappt es bereits: Die Kombination von Kundennähe und geballter Nachfragemacht führt zu einem Erläutern des ÖPNV, zu besseren Leistungen und günstigeren Preisen für die Nutzer.

Wenn – wie besonders von betriebswirtschaftlich konsequent denkenden Kassenvertretern immer wieder gefordert – jede Kasse mit eigenen Verhandlungsführern jeweils mit einzelnen Leistungserbringern eigene Versorgungsverträge abschließen könnte (vgl. das Konzept von Wasem, spw 125, S. 22-23), wäre ein neues Feld des Rosinenpickens für den Kassenwettbewerb eröffnet (so auch die Kritik von Rosenbrock, spw 125, S. 24-26). Welche Kasse würde wohl nicht bemüht sein jede Attraktivität für unliebsame „teure“ Versicherte bei Vertragsabschlüssen zu vermeiden! Seehofers unsittliches Angebot an die Kassen, sie könnten ja bestimmte „Gestaltungsleistungen“

streichen, wenn das Geld nicht mehr reiche, war dagegen plump und vordergründig.

Auch ist eine marktradikale Strategie volkswirtschaftlich nicht zu verantworten und politisch kontraproduktiv, die den Kassenwettbewerb sich solange austoben lassen will, bis nur noch eine oder zwei große Kassen übrig bleiben.

Andererseits bliebe bei den vorgeschlagenen Landesarbeitsgemeinschaften noch genug Raum für Wettbewerb zwischen den Kassen. Dieser könnte sich zum Wohle der Versicherten bei der Betreuung, im Service, bei Aufklärung, Beistand und in der Prävention austoben. Im Bereich der Vertragsabschlüsse aber brauchen die Kassen möglichst wenige, hochqualifizierte Profis, um gegenüber den Leistungserbringern das einzufordern, was den Versicherten aller Kassen gleichermaßen zugute kommt. Diese müssen ihre „Pappenheimer“ im Versorgungsraum kennen und mit der zusammengeführten Budgetmacht für eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur die Verantwortung übernehmen.

Dann wäre es auch nach einiger Zeit möglich, den Sicherstellungsauftrag an eine solche Krankenkassen-Landesarbeitsgemeinschaft zu übertragen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen könnten sich dann als Verhandlungspartner und Interessenvertreter für Vertragsärzte profilieren und wären von der undankbaren Verwaltung der Honorarverteilung weitgehend entlastet.

Es ist klar, dass diese Reformen einen Schritt in Richtung einer zusammengeführten Gebietskassen darstellen und dass der Kassenwettbewerb zwischen den Regionen wichtiger werden wird als der Kassenwettbewerb in der Region.

Härter und für die Patienten nutzbringender wird allerdings der Wettbewerb unter den Leistungsanbietern werden. Dieses ist politisch sinnvoll und entspricht dem Prinzip in anderen dem öffentlichen Interesse dienenden Wirtschaftsbereichen.

Eine gute „Gebietskasse“ wäre dann auch ein wichtiger Standortfaktor und ähnlich wie beim ÖPNV würde das Interesse der Öffentlichkeit an einer effizienten Versorgung steigen. (vgl. R. Rosenbrock, spw 125, S. 26-28 und passim)

Grundsätzliche Ansprüche der Versicherten sind weiterhin als Versorgungsziele und durch geeignete Indikatoren bundesweit einheitlich zu definieren. Wie diese Ziele regional umgesetzt werden, das kann naturgemäß sehr unterschiedlich aussehen. (Es läuft auch jetzt in ländlichen Regionen anders als in der Großstadt.)

Um die besten Lösungen („best practice“) erkennbar und nachahmbar zu machen, sollte eine Dokumentation der regional unterschiedlichen Wege, der damit verbundenen Kosten und der Ergebnisse erfolgen. Sie sollten anhand geeigneter verbindlicher Indikatoren dokumentiert und nachprüfbar gemacht werden.

Durch die gemeinsame Vertragsverantwortung auf Landesebene wäre ein RSA zwischen den Kassen nur noch für die leicht überschaubare Einnahmeseite notwendig (Einkommen und Zahl der mitversicherten Familienangehörigen). Die bundesweiten Kassen, Betriebskrankenkassen und die korrespondierende Kassenaufsicht wären per Gesetz so umzugestalten, dass sie auf der maßgeblichen Landesebene ihre Funktion ggf. wahrnehmen können.

Fazit: Wenn wir unser bisher vorbildliches und leistungsfähiges Gesundheitssystem erhalten und verbessern wollen, kommen wir um Reformen auf beiden Seiten des „Runden Tisches“ nicht herum. Auf der einen Seite des Tisches muss die Leistungserbringung auf das effizient erbrachte medizinisch Notwendige konzentriert werden. Damit das Versicherteninteresse wirklich zum Maßstab werden kann, bedarf es auf der anderen Seite dringend einer organisatorischen Modernisierung, d.h. einer Krankenkassenstrukturreform.

Die rot-grüne Koalition hat mit dem Beitragsstabilitätssicherungsgesetz versucht sich angesichts drohender Beitragsatzsteigerungen etwas Luft für grundsätzlichere Reformen zu schaffen. Ihr wird die Luft trotzdem ausgehen wenn sie nicht die „zum Jagen“ bringt, die eigentlich für geeignete Versorgungsstrukturen zuständig wären: Die Organisation der Beitragszahler, die gesetzlichen Krankenkassen!



Foto: Christian Kiel (Berlin)

spw intern

Auf der diesjährigen spw-Jahrestagung am 07. Dezember referierte Dr. Ulrich Eith (Arbeitsgruppe Wahlen der Uni Freiburg) vor mehr als 50 InteressentInnen das Bundestagswahlergebnis vom 22.09.2002 und stellte fest, dass aufgrund des Fehlens gesellschaftspolitischer Unterschiede zwischen den maßgeblichen Parteien die Konzentration auf Personen und ihre persönlichen Kompetenzzuschreibungen erheblich an Bedeutung gewonnen habe. Gleichzeitig wende

Neue Wege gegen die Ellenbogengesellschaft im Betrieb

Kirsten Lehmkuhl, „Unbewusstes bewusst machen – Selbstreflexive Kompetenz und neue Arbeitsorganisation“, VSA-Verlag

Der Arbeitsalltag wird immer mehr von enormen Belastungen bestimmt. Das Arbeitstempo wird verschärft, die Leistungsverdichtung nimmt zu und setzen die Belegschaften enormen Stress aus.

Unabhängig, ob bei der Gruppenarbeit in der Industrie, der Projektarbeit in der IT-Branche, dem Telefonieren als Fließbandarbeit im Call-Center oder der technischen Kontrolle durch Workflow-Systeme im Dienstleistungsbereich – die Entwicklungen sind ähnlich.

Industrielle Gruppenarbeit spielt in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Das dieses Thema in vielen Betrieben jedoch weiterhin aktuell ist, zeigt eine Veröffentlichung aus dem VSA-Verlag. Die Psychologin schildert am Beispiel der Gruppenarbeit die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Beschäftigten und entwickelt daraus Anforderungen an die Industriesoziologie.

In den 80er Jahren veröffentlichte die Unternehmensberatung Mc Kinsey eine Studie zur Automobilindustrie, nach der zwei Drittel der Kostenvorteile japanischer Automobilkonzerne gegenüber bundesdeutschen Konkurrenten auf Konstruktion und Arbeitsorganisation zurückzuführen sind. Diese Erfolge der Gruppenarbeit schreckten europäische Manager auf.

sich die „klassische Klientel“ z. B. der Sozialdemokratie immer mehr ab, weil sie sich in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und Respekt gegenüber ihrer Arbeit nicht mehr akzeptiert fühle.

Zu ähnlichen Befunden kam aus milieutheoretischer Sicht Prof. Michael Vester (Uni Hannover). Die Vertrauenskrise, die allerorten diagnostiziert werde, resultiere nicht aus dem Zerfallen von Milieus, sondern ganz im Gegenteil würden sich diese über längere Zeiträume hinweg in ihren Grundmustern stabil halten. Vielmehr fehle ein überzeugendes politisches Angebot, den von den Menschen erfahrenen Modernisierungsdruck aufzufangen. „Die Menschen haben das Gefühl, dass die von ihnen erbrachten Leistungen gesellschaftlich nicht gewürdigt werden“.

An diese Befunde knüpfte Thomas Westphal mit seinen Thesen zur Frage „Gibt es einen linken Populismus?“ an, in denen er sich auf die seit einiger Zeit auch in spw rezipierten Arbeiten von Voss, Pongratz, etc. (vgl. u. a. spw-Schwerpunkt „Kollege Proteus“) bezog. Damit war der Spannungsbogen für die wei-

Durch Qualitätszirkel und „Kaizen“, den kontinuierlichen Verbesserungsprozess, wurde ein ständiger Prozess der Rationalisierung vorangetrieben. Einzelne Gruppen von Arbeitern erarbeiten eigenständig Vorschläge zur Veränderung von Arbeitsabläufen. Eine Folge der Einführung von Gruppenarbeit in Japan war die geringe Personalbemessung. Nach Vorstellung der Vorstände sollte es in Europa – zur Verbesserung der Akzeptanz in den Belegschaften und zur Einbindung der Gewerkschaften – einen „Klassenkompromiss“ geben: Rationalisierung durch die Arbeiter selbst auf der einen Seite und andererseits eine weitgehende Möglichkeit zur Autonomie innerhalb der Gruppen sollten sich ergänzen.

Die Realität sieht inzwischen anders aus. Gruppen bestehen meist aus „olympiareifen Teams“. Alte, kranke oder behinderte Beschäftigte werden meist ausgegrenzt. Lehmkuhl sieht darüber hinaus die erweiterten Entscheidungsspielräume der Arbeiter als Chance und Belastung zugleich an. Die Beschäftigten müssen lernen, implizite Grundannahmen des eigenen wie auch des Handelns von Vorgesetzten und Kollegen zu hinterfragen, um gemeinsam in der Gruppe Probleme lösen zu können. Die Psychologin fordert deshalb ein neues Bildungskonzept, dass sich an den Auswirkungen der neuen Arbeitsform orientiert.

Es solle – unter Orientierung an Sigmund Freud – eine Lerntheorie entwickelt werden, die sich an den unbewussten Handlungsweisen der Beschäftigten orientiert und die Fähigkeit zur Selbstreflexion vermitteln kann. Für Gewerkschafter bietet dieser Ansatz neue Möglichkeiten. Moderne Unterneh-

tere Debatten in den Arbeitsgruppen und der abschließenden Podiumsrunde mit Andrea Nahles (DL21), Marco Bülow (MdB) sowie Thomas Westphal aufgetan: Wie gelingt es linker Politik, aktuelle Tendenzen aufzugreifen und gleichzeitig die darunter liegenden, längerfristig wirkenden Milieuzuschreibungen anzusprechen?

Wir dokumentieren die Tagung als Schwerpunkt von Heft 129 und setzen die Diskussion auf der Frühjahrstagung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung am 04.-06. April 2003 fort.

Anlässlich der Einsetzung der „Rürup-Kommission“ haben wir eine Auswahl von spw-Artikeln zur Reform der Kranken- und Rentenversicherung in einem Sonderheft „Moderner Sozialstaat“ zusammengefasst. Das Sonderheft umfasst 28 S., es kostet 2,50 € zzgl. Versandkosten und kann per eMail an verlag@spw.de oder per Fax an 0231/ 40 24 16 bestellt werden.

Reinhold Rünker



menskonzepte setzen auf die vollständige Nutzung der „Ressource Mensch“. Bei Gruppenarbeit kann kaum noch von Humanisierungsbestrebungen gesprochen werden. Vielmehr prägt heute zunehmende Leistungsverdichtung den Alltag, da Taktzeiten mehr und mehr begrenzt und Pausen immer stärker gekürzt werden.

Die Innenstruktur der einzelnen Gruppen wird vom Druck geprägt, der auf den einzelnen Arbeitsteams lastet. Die Arbeiter kontrollieren sich intern gegenseitig, da viele nur so die vorgegebenen Gruppenziele für erreichbar halten. Gesundheitlich angeschlagene Beschäftigte werden so oftmals durch die eigenen Kollegen unter Druck ge-

setzt, ohne dass dies vom disziplinarischen Vorgesetzten aus geht.

Zunehmende Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen zählen zu den Folgen. Ein Arbeiter stellt fest, dass unter diesen Bedingungen durch Gruppenarbeit „die schlechten Seiten im Menschen aktiviert werden“. „Samstag, Sonntag ärgere ich mich und nehme mir vor, mich solidarischer zu verhalten. Aber am Montag gehe ich durchs Werkstor, und die Ellenbogengesell-

schaft regiert“, beschreibt ein Gruppensprecher diese Entwicklung

Viele Arbeiter leiden unter diesem indirekten Druck des Managements.

Eine Möglichkeit zum Gegensteuern zeigt der – von Lehmkuhl ausführlich geschilderte – Ansatz des Betriebsrates im IT-Konzern IBM. Eine breit organisierte Kampagne, bei der Philosophen, Arbeitsmediziner und Juristen an Veranstaltungen im Betrieb beteiligt wurden, schuf ein Klima, das den Beschäftigten eine offene Diskussion ermög-

lichte. Gegenwehr wurde für die hochqualifizierten IT-Experten, denen Kritik am Management undenkbar schien, zu einem ernsthaften Thema. In den darauf folgenden Tarifverhandlungen spielten diese Erfahrungen eine große Rolle.

Lehmkuhl legt deshalb eine wichtige Untersuchung vor, die für die betriebliche Praxis bei Fragen der Gegenwehr von hoher Bedeutung sein wird.

Marcus Schwarzbach

Mythos Leistungseliten

Michael Hartmann, „Der Mythos von den Leistungseliten – Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft“, Frankfurt/New York, Campus Verlag, 208 Seiten, ISBN 3-593-37151-0 – Preis: 19,90 Euro.

Werden Spitzenmanager hier zu Lande nach den Gründen für ihren beruflichen Erfolg gefragt, antworten sie fast unisono mit dem Credo: Ausschlaggebend war die eigene Leistung. In ihren Augen stellen sie – im Unterschied etwa zu den Politikern oder zum Adel – eine reine Leistungselite dar. Die bisherige Elite-Forschung in Deutschland hat die Sichtweise der Wirtschaft bisher gestützt. Im Unterschied zu den vorindustriellen oder vormodernen Gesellschaften handele es sich heutzutage bei den Eliten, so die Kernaussage der dominierenden Elitetheorien, um reine Funktions- oder Positionseliten, deren Mitglieder ihre Elitezugehörigkeit ausschließlich oder zumindest ganz überwiegend ihrer individuellen Leistung zu verdanken haben, nicht jedoch ihrer familiären Abstammung.

Die von den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft wie auch dem Mainstream der sozialwissenschaftlichen Eliteforschung vertretene Leistungs-These ist jetzt von Michael Hartmann empirisch überzeugend widerlegt worden. Jedenfalls was die Spitzenpositionen in der Wirtschaft angeht (Spitzenpositionen in der Wirtschaft angeht Spitzenpositionen (vom Geschäftsführer bis zum Vorstandsvorsitzenden).

Hartmann hat sich die Lebensläufe von gut 6.500 promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 angeschaut. Die Promovierten dieser drei Disziplinen stellen in landläufiger Sicht die Leistungselite dar, die sich diesen höchsten deutschen Bildungstitel in langen Jahren der Arbeit und Mühe erworben hat.

Hartmann wollte über diese Forschungsweg klären, inwieweit deren berufliche Karrieren durch ihre soziale Herkunft bestimmt worden sind. Nur zwei Prozent der Promovierten, deren Vater Arbeiter, Bauer, kleine Selbstständige, Angestellte oder Beamte ohne leitende Funktionen waren, konnten hier eine

Spitzenposition erreichen. Hingegen schafften es doppelt so viele Promovierte aus dem gehobenen Bürgertum (größere Unternehmer und Grundbesitzer, leitende Angestellte, freiberufliche Akademiker, höhere Beamte und Offiziere) und sogar mehr als sechs Prozent der Großbürgersöhne (Großbürgertum (Großunternehmer, Vorstandsmitglieder bzw. Geschäftsführer, hohe Beamte und Militärs).

Bei der Bewertung dieses Zustands sollte man zudem nicht aus den Augen verlieren, dass sich – trotz aller Erfolge in der Bildungspolitik der letzten 25 Jahre – sich die Promotion selbst bereits als sozial sehr selektiv erweist. Fast durchgängig stammen über drei Fünftel der Promovierten in den drei untersuchten Fachdisziplinen aus dem gehobenen oder dem Großbürgertum. Zur Verdeutlichung: Das gehobene Bürgertum und das Großbürgertum (3% bzw. 0,5% der Bevölkerung) halten sich die Spitzenpositionen in Management der Wirtschaft als exklusiven Klub.

Bedeutsamer als die erste scharfe Auslese durch unser Bildungssystem wirkt die vom Bildungstitel vollkommen unabhängige soziale Selektion. Die soziale Selektion qua Bildungstitel hat sich infolge der Öffnung des Bildungswesens zwar tatsächlich abgeschwächt, und das auch bei der Promotion, wie die 18%ige Zunahme der aus der breiten Bevölkerung stammenden Promovierten zwischen 1975 und 1985 zeigt, bei der Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft hat sie sich aber ganz im Gegenteil sogar noch verschärft. Kam 1970 mit 14% schon nur jeder Siebte der genannten Vorstandsvorsitzenden aus der Arbeiterklasse oder den breiten Mittelschichten, so war es 1995 mit 11% gerade noch jeder Neunte.

Für die Besetzung von Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft ist nach Hartmanns Befunden nicht die Leistung, sondern der klassenspezifische Habitus der Kandidaten ausschlaggebend. Die für die Auswahl zuständigen Eigentümer, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder oder sonstigen Vertreter der Unternehmensführungen suchen sich nämlich jemanden aus, der ihnen in Persönlichkeit und Werdegang ähnelt.

Hartmann zitiert einen Interviewpartner der die Vorstellungsrunden für die Beset-

zung von Spitzenpositionen sehr drastisch mit den Worten charakterisiert: „Die Gespräche mit dem Vorstand laufen doch so, dass der nicht viel mehr macht als herauszufinden, ob man miteinander kann, und wenn jemand ähnliche Interessen hat wie jemand vom Vorstand, dann der Großteil des Gesprächs nur noch darum kreist.“

Maßgeblich ist beim Kandidaten die intime Kenntnis der in den Chefetagen gültigen Dress- und Verhaltenscodes, eine breite bildungsbürgerliche Allgemeinbildung, eine unternehmerische Einstellung inkl. der dafür erforderlichen optimistischen Grundhaltung und vor allem Souveränität und Selbstsicherheit. Persönlichkeitsmerkmale, die man sich nicht antrainieren kann. Und wir alle kennen die peinlichen Beispiele von sozialen Aufsteigern, die sich auf diesem Parkett bourgeois-mäßig zu gebären versuchen. Der Fall Rudolf Scharping wird in der „geschlossenen Gesellschaft“ mit feinem Spott und Freude goutiert worden sein.

In den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft weiß man allerdings durchaus über den Mythos der Leistungseliten bescheid. Dass illustriert ein Schreiben eines deutschen Großkonzerns an den Soziologen Michael Hartmann, das dieser im Buch in Auszügen zitiert.

„In X, dem Mitarbeiterorgan der Y, veröffentlichen wir regelmäßig Glossen.... Wären Sie interessiert, gelegentlich einmal für uns zu schreiben? Zwar kann ich die Aussage in Ihrem FAZ-Kommentar gut nachvollziehen, allerdings können wir dieses Thema so nicht in X behandeln, da das im Klartext hieße, dass viele Mitarbeiter nur wenig Chancen auf Karriere hätten. Aber sicherlich können Sie das Thema auch ein wenig anders akzentuieren. Über die Bedeutung des souveränen Auftretens würden wir gern von Ihnen etwas lesen, ohne zu betonen, dass 80 Prozent der Topmanager aus den oberen drei Prozent der Bevölkerung stammen, denen dieses Verhalten in die Wiege gelegt würde.“ Hartmann ist es übrigens gelungen, ein für jedermann lesbares Buch zu schreiben, ohne wissenschaftlichen Anspruch zu verschonen.

Ingo Zander (Kerpen bei Köln)

Korruption für Fortgeschrittene

Rügemer, Werner: *Colonia Corrupta. Globalisierung, Privatisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels*. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 157 S., 10,50 €.

Werner Rügemer berichtet über Globalisierung, Privatisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels.

Über die Korruption zu schreiben, zumal der Kölner Provenienz – wozu? Das sind doch alte Kamellen, wohlbekannter Sumpf, über den hier berichtet wird, ja beinahe eine Banalität. Denn, das kennen wir bereits, heißt es, in der Annahme über diese, wenn auch zumeist unzugänglich verborgene, Alltäglichkeit dennoch ausreichend informiert zu sein.

Wenn also der Leser und die Leserin das bereits Bekannte hier wieder zu vernehmen glauben, dann werden sie auf die Lektüre dieses Buches sicherlich verzichten können. Nicht jedoch, wenn sie bereit sind, sich auf das Thema einzulassen und die gesellschaftliche Dimension dieses Phänomens in Form von Vernetzungen und Verstrickungen zu suchen und zu erkennen. Die Tragweite des sog. Informellen, welches aber keineswegs strukturlos ist, muss dabei im Fokus des Interesses stehen.

Rügemer sieht die typische Überreichung eines Geldbetrags durch einen Bauunternehmer, der dadurch unmittelbar zu einem gewünschten Auftrag kommt, nicht als gegenwärtig entscheidende Form der Korruption an. „Die moderne Form der Korruption besteht, ausgehend von Unternehmen, vor allem in der indirekten Langzeitbegünstigung und breiten Netzwerkbildung, organisiert in einer Grauzone zwischen Legalität und krimineller Heimlichkeit: Legale und illegale Parteispenden, Gutachter- und Beraterverträge ohne sachliche Gegenleistung, Dankeschön-Zahlungen lange nach Erlangung eines Grossauftrags, Vergabe von Aufsichtsratsmandaten, Vorzugsaktien und Gesellschafteranteilen, Versorgung von Politikern mit lukrativen Geschäftsführerposten, Sponsoring von Kultur-, Sport- und Politik-events.“ (S.150 ff.)

Der Autor führt in seinem Werk „Colonia Corrupta“ in einer zuweilen atemberaubenden Weise und sehr akribisch Nachweis darüber, wie die weiteren Kreise der vermeintlichen Kölner Eliten nicht nur auf eine durchaus schamlose Art und Weise durch und durch korrupt, sondern auch zutiefst kriminell sind. Dabei wird auch die historische Dimension des Problems aufgezeigt. Anhand etwa der Enthüllung von Adenauers Selbstbereicherung, Insidergeschäften und schwarzen Kassen während seiner Amtszeit als OB der Stadt Köln (S. 137ff.) sowie der kriminellen Aktivitäten Kölner Medien- und Finanzmo-

nopole beim Aufstieg und den Verbrechen des deutschen Faschismus (S. 105ff./126ff.), rekonstruiert Rügemer Kontinuitäten Kölischer Korruption zwischen Klüngel und Kapitalverbrechen. Von verbilligt wohnenden Regierungspräsidenten (S. 76ff.) bis zu sowohl von Müllverbrennungsanlagen profitierenden als auch darüber entscheidenden Oberstadtdirektoren (S. 11ff.), lässt der Kölner Publizist nichts aus über das mafiose Geflecht in der Stadt am Rhein, welches allerdings in vielen deutschen Städten (vgl. München, Frankfurt, Wuppertal, Hamburg, Berlin etc.) seine Wiedergänger findet.

Der erste Gedanke, der sich beim Lesen des Buches aufdrängt, ist die Frage nach der Korrektheit der eigenen Wirklichkeitswahrnehmung. Ist es nicht so, dass solche Missstände bzw. kriminelle Machenschaften nur im Süden unseres Kontinents, auf dem Balkan oder aber in einem fernen Lande, wo der Neokolonialismus ungehindert sein Unwesen treibt, möglich sind?

Keineswegs: Die Bananenrepublik, um diesen so pejorativ benutzten Begriff zu verwenden, scheint in Deutschland verbreiteter zu sein als viele meinen. Dass dieser Sumpf, der sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens zu erfassen scheint, weder zeitlich noch „thematisch“ einzugrenzen ist, hat Rügemer in einzelnen Aufsätzen sehr eindrucksvoll dargestellt. Gleichwohl „bleibt (viele) im Dunkeln. Das Bild ist in keiner Weise vollständig, es ist eine Zwischenbilanz.“ (S.7). Indes ist man bereits beim gegenwärtigen Kenntnisstand geneigt zu sagen: es stinkt überall, nicht nur urbi sondern auch (et) orbi (vgl. S. 146 ff.).

Und wer sind die Verlierer dieser Misere, gibt es sie überhaupt, da Korruption, wie Rügemer schreibt, zunächst nur Gewinner kennt, aber keine Opfer? (S.154) Es ist wohl dennoch eine Trivialität zu sagen, dass wir alle zu den Opfern zählen, dass dies aber den wenigsten bewusst und so manchen kaum präsent ist. Auf der anderen Seite haben wir die Kavaliere, die ihre Delikte sehr ertragreich zu verrichten und diese als Wohltaten zu verkaufen wissen. Auf diese Weise werden Städte und Gemeinden im Prozess der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Güter und Gelder in die Taschen von Klünglern und Konzernen systematisch arm und handlungsunfähig gemacht. Der Band bietet zahlreiche Beispiele, wie durch Privatisierung und Korruption im globalen Maßstab die öffentliche Versorgung mit Schwimmbädern, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Kulturzentren, Kinderbetreuung, Energieversorgung, Kanalisation, Straßenbahn, Wohnungsamt, Müllentsorgung etc. gefährdet wird.

Korruption in der Kommune erscheint laut Rügemer immer noch weitgehend als besondere „black box“. „Korruptive Bereiche sind hier nicht nur die bisher vor allem bekannte Vergabe öffentlicher Aufträge, sondern auch



etwa die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, der Verkauf und Kauf kommunaler Grundstücke, die Kreditvergabe und die Grundstücksgeschäfte der Sparkassen mit Bezug zu Ratsmitgliedern und städtischen Spitzenbeamten, schliesslich die Zuteilung von Vorstands- und anderen leitenden Funktionen in den immer zahlreicheren kommunal beherrschten Unternehmen, die in privater Rechtsform organisiert sind. Es kommt hinzu, dass die lokalen und regionalen Medien in der Regel ein Monopol ausüben, als kritische Instanz ausfallen und Mitspieler im korruptiven Netzwerk sind.“ (S.152)

Doch auch Lichtblicke im Kampf gegen Korruption kommen bei Rügemer nicht zu kurz. So berichtet er: „Erst durch politischen Druck und staatlichen Zwang und nur gegen die Unternehmenslobby konnte im Jahre 1999 die Praxis abgeschafft werden, Schmiergelder als betriebsbedingte ‚nützliche Ausgaben‘ steuerlich anzuerkennen. Diese Praxis galt in Deutschland übrigens ununterbrochen seit 1934, seit dem ersten Jahressteuergesetz der Regierung Hitler. Ähnlich konnte erst im Jahr 2000 die Bestechung ausländischer Amtsträger in Deutschland unter Strafe gestellt werden – jahrzehntelang war sie straflos.“ (S.153) Deshalb gilt nach wie vor und mehr denn je: „Wer die Korruption nicht bekämpft, soll von menschlicher Würde, Rechtsstaat und Demokratie schweigen“ (S.155)

Das Buch setzt sich aus verschiedenen Aufsätzen zusammen, die zu unterschiedlichen Zeiten verfasst wurden und diverse Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Lupe nehmen – thematisch aber durchaus eine Einheit bilden. Rügemers Band kann als Handbuch, Pflichtlektüre sowie Einführung in die Kommunalpolitik und Korruption – innerhalb und außerhalb Kölns – sehr gewinnbringend gelesen und empfohlen werden.

Michael Klundt (Köln)

Die Narrative der Gewalt

Wolfgang Sofsky: *Zeit des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. Frankfurt am Main: S. Fischer 2002. ISBN: 3-10-072707-X*

Nach dem *Traktat über die Gewalt* (Fischer 1996) erscheint Wolfgang Sofskys zweites abstraktes Buch über die Sphären der Gewalt – *Die Zeit des Schreckens* ebenfalls ganz in schwarz eingebunden.

Hatte der absolute Terror des Konzentrationslagers den Sofsky noch in *Die Ordnung des Terrors* (Fischer 1993) untersucht, der nichts als die „Verwirklichung seiner Freiheit in der vollkommenen Vernichtung des Menschen“, ohne ihn allerdings notwendig zu Töten zum Gegenstand, geht der Göttinger Soziologe nun einen Schritt weiter: Wolfgang Sofsky hat es sich in dieser mitreißenden Aufsatzsammlung zum Ziel gemacht, die Narrative der Gewalt zu erzählen. In Erzählweise und Abstraktionsebene in jedem Falle dem *Traktat* näher, scheinen nach Littelton⁰ und dem 11. September, nach den Anschlägen auf wehrlose Menschen in Washington, Virginia und Maryland, während einer schon wieder zweijährigen Intifada, einem vor sich hinköchelnden Krieg in Afghanistan und am vermutlichen Vorabend eines Angriffskrieges einer großen westlichen Allianz auf den Irak die einzelnen Punkte aus Sofskys Sammlung wie matte Lichter in einem langer dunkler Gang, der immer nur abwärts weist: man ist geneigt die hobessche Kernthese anzunehmen, die da lautet, dass die Quelle der Gewalt die Vorstellungskraft ist. „Es ist die Imagination, welche immerzu neue Gewaltformen erfindet. Sie führt den Menschen aus dem Bannkreis seiner Erfahrungen hinaus, enthebt ihn seiner Lebensumstände, befreit ihn von eingefahrenen Gewohnheiten. Sie gestattet ihm, sich selbst zu übertrumpfen und ein anderer zu werden. [...] Es gibt keine Grenzen, deren Überschreitung sich Menschen nicht vorstellen können.“ Und tatsächlich ist Sofsky Fatalist, er sieht die Gewalt als inhärente Logik des Menschen und in der Imagination die Uferlosigkeit jenes Vorwärtsdrangs. „Es ist die Imagination, ein ganz und gar menschliches Vermögen, die dafür sorgt, dass die Geschichte der Gewalt weitergehen wird. Wollte man die

Gewalt aus der Welt schaffen, man müsste die Menschen ihrer Erfindungskraft berauben.“ Von diesem ungemütlichen Tenor ausgehend zelebriert Sofsky seine Variationen. Er beginnt seine Betrachtungen bei der einfachen Grenzüberschreitung, dem Töten als direkte, interpersonale Ebene. Aus den nur dem Menschen vorbehaltenen Motivationen der akuten Todespanik und dem Bewusstsein seiner eigenen Sterblichkeit resultiert seine ganze Kulturarbeit und die erste, fundamentalste Dimension der Einbildungskraft: Menschen denken sich ihre eigene Begrenztheit weg, verdrängen sie und nehmen so den Kampf gegen das Fortschreiten der Zeit auf. Sofsky liest folgerichtig den Sinn der Systeme der Gesellschaften als Instrumentarien in diesem Kampf. Der Begriff der Zivilisation und seine kolonialisierenden Mechanismen bleiben eine gut organisierte Selbstlüge. In jenem abstrakten Verständnis der Gesellschaft bleibt der Einzelne ewig, wird geschützt und fühlt sich sicher. „Die Gesellschaft überlebt alle Individuen, denn sie ist in Wahrheit der unsterbliche, allseits gegenwärtige Gott.“

Von hier aus nun steigern sich die Dimensionen, in der die Gewalt gedacht und die Narrative sich darstellen. Von der detaillierten dargestellten Psychologie einzelner Aktionen der Grenzüberschreitung wie Amok oder dem Attentat, die immer um ihre soziale Trägerschaft und spezielle Praktiken ergänzt werden (der Mob, der Pranger, die Maskierung), schwingen wir uns hoch zu den Formen von Terror und Verfolgung und zum Höhepunkt, dem Krieg selbst. Interessant ist, dass der Terrorkrieg, der sich am 11.9.02 versinnbildlicht, ohne die (von Sofsky trocken „sozialdeterministisch“ betitelten) Erklärungsversuche einer stringenten Logik, die von der weltpolitischen Rolle der USA auf die Antwort im jenem Anschlag verweist, auskommen muss. Jede politische Ökonomie, die diesem Anschlag zugrunde liegen soll und sich etwa mit religiöser Verschwörung und Ausbeutung oder dem kulturellen Widerstreit analysieren ließe, weist Sofsky zurück, dies wäre „glatte Verharmlosung.“ Tatsächlich verbleibt er in seiner eigenen Logik, die sich hier als Erklärungsversuch darstellen lässt aber die Fragen nach dem *Warum* nebulös: „Die physische Realität des Massentodes ist nicht mit kulturellem Sinn zu überhöhen [...] ein politisches Ziel jenseits der

Zerstörung war nicht zu erkennen. [...] Das einzige, was die Zerstörung bezweckte, war eine leere Fläche, eine Tabula rasa.“ Freilich kommt dieser Gewaltausbruch nicht aus dem Nichts, sondern erlebt Vorläufer und organisiert sich selbst nach einer Systemlogik. Allerdings weist Sofsky jegliche Idee der direkten gegenseitigen Bedingtheit zurück – was nicht widerspruchsfrei bleiben kann, wenn nach Gründen und Vorbildfunktionen gefragt wird. Indem Sofsky so en passant einen Anti-Clausewitz formuliert, der einen gewissen kausalen Zusammenhang zwischen Politik und Krieg über die Wahl der Mittel negiert, räumt er den unterschiedlichen Narrativen eine partiell eigenständige Ebene ein, die aber in der Differenz zu anderen Ebenen einen Bezug herstellt. Für Sofsky existiert solche eine kausale Verkettung nicht, „die Waffen des Massenterrors heben jede Politik auf.“

Da er die Gewalt und ihre Erscheinungsformen als Eigentlichkeit des Menschen befindet, gibt es keinen tieferen Sinn, nur Oberflächenphänomene. Diese können sozialpolitisch, polizeilich im Sinne von Entwicklungszusammenarbeit, oder militärisch beantwortet werden – die innere Disposition berühren diese Maßnahmen kaum. Eine These, die sicherlich kontrovers, aber in letzter Konsequenz eben fatalistisch letztbegründend ist und nur nachvollzogen werden kann.

Wer dies nicht tut, der wird sich rasch abwenden von seiner Schilderung und sich der eigenen, höher geschätzten Realität von Kausalketten zuwenden. Sofsky stellt dar und verweist in seiner Deskription auf die Abgründe, die wir täglich gewillt sind zu ignorieren. Unter dem Gras, dass in alltäglicher Manier über die Schauplätze des Grauens gewachsen ist, finden sich noch immer sichtbar die Ruinen der Konzentrationslager, die Konturen jener beinahe unsagbaren Gewalt. Sie haben sich eingefügt in das Alltagsleben von Dörfern und Kleinstädten und werden dem Kundigen so zu Zeugen der Geschichtsverdrängung. Der Mensch ist also dem Menschen der skrupellose Wolf; die Gewalt manifestiert sich, ohne, dass allgemeine Schnittmuster genügend Auskunft über die innere Logik und die Motivation geben müssten – in der Fassade des Alltagslebens, des Fortschrittsglaubens und der Zivilisation decken wir ab zu ohne zu beenden.

Lennart Laberenz (Berlin)

Im Visier – die DDR

Robert Allertz *Im Visier die DDR. Eine Chronik (edition ost 2002)*, 190 S.,

Es ist bekannt und wird meist nicht hinterfragt, dass die Westmächte und die Bundesregierung seit jeher einer Einheit Deutschlands nur unter den Vorzeichen der kapitalistischen „Grundordnung mit den Besitz- und Machtverhältnis-

sen der Bundesrepublik“ zustimmen würden (S.94). Das Buch von Robert Allertz *Im Visier die DDR. Eine Chronik (edition ost 2002)* dokumentiert auf 190 Seiten, wie sich diese grundsätzliche Politik aller Bundesregierungen nach 1949 im Alltag der DDR auswirkte.

In 255 Eintragungen werden vor allem Sabotageakte gegen Betriebe der DDR und Spionagefälle seitens des Westens sowie wichtige historische Ereignisse für die Geschichte

der DDR chronologisch aufgezählt, wobei einige umfassendere Exkurse Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen aufzeigen. Dabei steht die grundlegende These immer im Vordergrund, der der Kalte Krieg „kein Wettbewerb“ war, sondern „ein Kreuzzug des Westens gegen den Osten“, wie schon im ersten Eintrag vom 12. Mai 1945 deutlich wird, in dem Winston Churchill zitiert wird, man habe mit Hitler „die falsche Sau geschlachtet“. (S.9)

Der Schwerpunkt liegt deutlich auf den 50er Jahren, die ein Drittel des Buches einnehmen, während gerade ein Viertel den 70er und 80er Jahren gewidmet ist. Schließlich ist es Intention des Autors, herauszuarbeiten, dass hier alle Gründe für die ökonomische Schwäche der DDR zu suchen sind. In den „geschichtlich gewachsenen strukturellen Verschiedenheiten“ (S.103) der beiden Teile Deutschlands, die durch die Beschlagnahmen der Amerikaner vor ihrem Rückzug aus Ostdeutschland im Juni 1945 (S.9-11) und die Reparationen an die Sowjetunion (S.64-66) noch verstärkt wurden, sieht Allertz die „bis zu ihrem Ende nicht ausgleichbaren Belastungen der Wirtschaft der DDR“ (S.66). Es fehlt jedoch jeder Hinweis auf die Schwierigkeiten der DDR, intensives Wachstum stimulieren zu können. Hinzuzufügen zu den Belastungen der DDR-Wirtschaft sind selbstverständlich und korrekterweise der Aderlass an Humankapital, der bis zum Mauerbau am 13. August 1961 die Volkswirtschaft der DDR stark belastete sowie Anstrengungen zur „Störfreimachung“ nach der Kündigung des Handelsabkommens durch die Bundesregierung zum Jahresende 1960 (S.110-114). Es fehlt jedoch z.B. die Tatsache, dass die „kurzfristig[en] Notlösungen (...), die oftmals um ein Vielfaches teurer“ waren als die westdeutschen Importe, von der SED-Führung auch dann noch gefordert und gefördert wurde, als die Bundesregierung die Kündigung längst widerrufen hatte. Vor diesem Hintergrund kann der These nicht zugestimmt werden, dass die Maßnahmen der DDR immer nur in „Reaktion auf die subversive Instrumentalisierung des innerdeutschen Handels durch die BRD“ beschlossen wurden. (S.105)

Die Rechtfertigung des Mauerbaus bleibt darauf verkürzt, dass sie „im Interesse der beiden Großmächte“ gelegen und dass es sich bei den denen, die der DDR den Rücken kehrten „überwiegend um Wirtschaftsflüchtlinge“ gehandelt habe. (S.110-111) Ebenso plump ist der Versuch, den eingestandenen „erheblichen Widerstand“ gegen die vollständige Kollektivierung auf den Einfluss „von außen wirkender Kreise“ zu reduzieren. (S.117)

Störend ist zudem die Auslassung von Fußnoten und die fehlenden Hinweise auf die benutzten Quellen. Gerade bei den Sabotage- und Spionageeintragungen, die zahlenmäßig den größten Teil des Buches einnehmen, ist die kritische Überprüfung der Quellen notwendig. Erstens ist die Neigung bekannt, vereinzelt Störungen der Produktion als Sabotage darzustellen, um Planrückstände zu erklären bzw. um „Feindtätigkeit“ nachzuweisen, zweitens muss zumindest in Betracht gezogen werden, dass Sabotage auch aus innergesellschaftlichen Konflikte resultieren konnte, besonders in der Zeit der Bildung der LPGen. (vgl. Thomas Lindenberger, Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in Thomas Lindenberger (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien

zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, S.167-203, hier S.178-180.)

Allertz unterstellt grundsätzlich Einwirkung von außen. (z.B. S.40-41)

Damit findet sich mit diesem Buch eine weitere Bestätigung der These, die Ernst Wurl von Utopie Kreativ, dort über das Geschichtsverständnis innerhalb der PDS, am 10.11.2002 auf Linksnet.de veröffentlichte: Ernst Wuhl, Die öffentliche Geschichtsdebatte und die Linke – Tendenzen und Probleme, online [02.12.2002] <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=776> „Man fragt sich zuweilen, ob immer noch gilt, was die Historische Kommission [der PDS, C.V.] 1993 meinte: »Stark treten noch Wahrnehmungs- und Wertungsmuster des Parteilehrjahres hervor.«

Die Konzentration auf den „objektiven Gegner“ (ebenda) blendet die inneren Unzulänglichkeiten der DDR – politisch wie ökonomisch – aus und verhindert so die Erneuerung einer sozialistischen Konzeption. Eine Beschäftigung mit der DDR hat für Sozialisten die Herausforderung, Fehler klar zu benennen und Lösungsstrategien zu entwickeln. Anstelle beharrlich darauf hinzuweisen, dass die DDR „bis zu letzten Stunde ihrer selbständigen Existenz alle Rechnungen bezahlen und alle ihre Zahlungsverpflichtungen im Inneren wie im Ausland bezahlen“ konnte, (S.186) muss anerkannt werden, dass die niedrige Arbeitsproduktivität in der DDR ein zentrales Problem darstellte. (Claus Krömlle, Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag (Berlin 1996), S.58)

Gewinnbringender sind dann Diskussionen ehemaliger Funktionäre der DDR, die sich im Gesprächskreis „Helle Panke e.V.“ in Berlin zusammengetan haben. In zahlreichen Schriften dokumentieren sie ihre Diskussionen, die u.a. dort anschließen, wo die DDR erst- und letztmalig ökonomische Formen jenseits der zentralen Planwirtschaft probierte: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung zwischen 1963 und 1970. (Z.B. Helle Panke e.V. (Hrsg.), „...eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR.“ *Entstehen und Abbruch des Neue Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren. Beiträge eines Workshops* (=Pankower Vorträge, Doppelheft 23, (Berlin 2000)).)

Sich hier mit Fragen auseinander zu setzen wie die Möglichkeiten der Preisbildung im Sozialismus bringt einer Erneuerung des sozialistischen Gedankens mehr als das Klammern an Wahrheiten, die durch Arbeiten (fortschrittlicher) Historiker überholt sind. Es ist schade, dass damit die Intention der Chronik fast verdeckt bleibt: „[S]ie beugt dem unverändert kolportierten Irrtum vor: Im Westen gingen ausschließlich unschuldige Demokraten ihrem friedlichen Tagwerk nach und wehrten sich allenfalls, wenn ihnen, „das Böse“ aus dem Osten an die weiße Wäsche wollte.“

Christoph Vietzke (Berlin)

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Neu-Justierung des Sozialstaates; »Die Zersplitterung kann überwunden werden« – Interview mit Susan George; Redaktion Sozialismus: Das erste Europäische Sozialforum; Stefan Krull: Europas Zukunft – Soziale Konvergenz!

Japanisierung der Weltwirtschaft: Interview mit Jörg Huffschmid; Joachim Bischoff: Globalisierung der Deflation? Perspektiven der Weltwirtschaft; Michael Wendt: Kritik des Herbstgutachtens 2002 der Wirtschaftsforschungsinstitute

Redaktion Sozialismus: Eine »moderne« Tarifrunde bei ver.di? Klaus Pickhaus/Jürgen Reusch: »Gute Arbeit« Eine betriebliche und politische Humanisierungsoffensive; Asbjørn Wahl: Privatisierung, TNU und Demokratie

Joachim Hirsch: Irak-Krieg – um was es eigentlich geht; Dieter Boris: Lulas Wahlsieg in Brasilien; Ömer Turgut: Fragile Machtverhältnisse in der Türkei; Rolf Sieber: USA – Republikanischer Triumph und demokratisches Wundenlecken; Theodor Bergmann: Nahost – »Okkupation ist rechtswidrig!« John P. Neelsen: Die Friedensaussichten in Sri Lanka

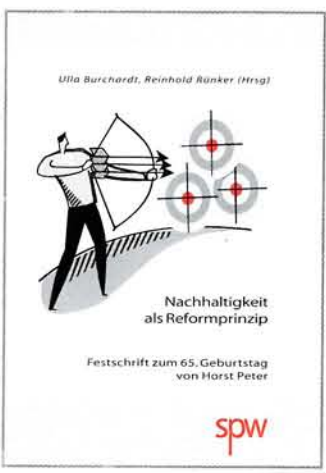
Supplement: Dieter Boris, Die argentinische Tragödie

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
 Probeheft: Redaktion Sozialismus
 St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
 Fax 040/280 505 68
 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert – spw!

2002 ist wieder Wahljahr!

Was hat die rot-grüne Bundesregierung geschafft? Was ist aus dem rot-grünen Reformprojekt von 1998 geworden? Welche Perspektiven gibt es über den Wahltag hinaus? In drei aktuellen Büchern, die im Mai 2002 erscheinen werden, ziehen spw-AutorInnen Bilanz



Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	___	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	___	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	___	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität? ca. 120 S., erscheint im Mai 2002			
	___	9,90 Euro	_____
Gesamt:			_____

Und was die SPD-Linke vor und nach dem Bundestagswahlkampf diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probehft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
 - Normalabo 34 Euro Bei Bankeinzug 32 Euro
 - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift _____

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto _____

Bank _____

Bankleitzahl _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16